

So stark ist Deutschlands Anziehungskraft; In diesem Jahr wurden in Deutschland 950.827 Asylbewerber registriert. Fünf Zahlenvergleiche zur Migration

Die Welt

Donnerstag 26. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 276

Length: 1275 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Trotz eng getakteter **Flüchtlingsgipfel** auf Landes-, Bundes-, EU- und UN-Ebene bleibt Deutschland weiterhin das Hauptziel globaler **Migrationsströme** in die Industriestaaten. Insgesamt wurden im laufenden Jahr mehr als 900.000 **Asylsuchende** registriert. Im November reisten mehr von ihnen nach Deutschland ein als je zuvor in einem Monat: Wie die Bundespolizei der "Welt" mitteilte, wurden bis einschließlich 24. November 192.827 illegale Einreisen registriert. Mit den rund 758.000 von Januar bis Oktober im IT-System der Länder (Easy) registrierten **Asylsuchenden** steigt die Zahl insgesamt auf 950.827 **Asylsuchende**; hinzu kommen noch unregistrierte **Migranten**, über deren Anzahl man nur spekulieren kann. Andererseits können die Easy-Zahlen und die Angaben der Bundespolizei Mehrfachregistrierungen enthalten. Dennoch bilden sie die Realität der **Flüchtlingseinwanderung** wesentlich präziser ab als die Zahl der **Asylanträge**, die Hunderttausende Menschen, die noch keinen Antrag stellen konnten, ausklammert. Welche Zäsur dieses Jahr mit seiner - sehr zurückhaltend geschätzten - einen Million **Asylsuchenden** für das Land bedeutet, veranschaulichen einige Vergleiche.

1. Historisch

2015 kommen mehr Asylsuchende nach Deutschland, als in den Jahren von 1953 bis 1989 zusammen.

Von der Einführung des gesetzlich geregelten Asylverfahrens im Jahr 1953 bis zum Fall der Berliner Mauer kamen insgesamt 0,9 Millionen Schutzsuchende. In der Zeit von 1990 bis 2014 waren es rund 3,2 Millionen. Bereits seit 2007 steigt die Zahl der Asylanträge Jahr für Jahr an, doch niemand außer einigen Pessimisten rechnete auch nur ansatzweise mit dem derzeitigen Massenzustrom. Bemerkenswert ist der extreme Anstieg, seitdem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Nacht zum 5. September dieses Jahres gemeinsam mit ihrem österreichischen Amtskollegen Werner Faymann beschloss, die Grenzen zu öffnen: Wurden von Januar bis August rund 413.000 Asylsuchende registriert, waren es seit September schon mehr als 525.000.

So stark ist Deutschlands Anziehungskraft In diesem Jahr wurden in Deutschland 950.827 Asylbewerber registriert. Fünf Zahlenvergleiche zur Migration

In jener Nacht hatten sich in Ungarn Hunderte Migranten auf den Weg nach Österreich gemacht - zu Fuß, auf der Autobahn. Faymann rief in Berlin an und einigte sich mit Merkel, den Flüchtlingen Zuflucht zu gewähren. Diese Entscheidung gilt vielen als humanitärer Akt, Kritiker hingegen sehen darin einen folgenschweren Fehler, der noch mehr Migranten und Flüchtlinge ermutigte, nach Deutschland zu kommen.

2. Gesellschaftlich

2015 gewinnt die Gesellschaft mehr neue Mitglieder durch Einreise von Asylbewerbern als durch die heimischen Geburtenrate.

Die Zahl der geschätzt eine Million Asylsuchenden im laufenden Jahr übersteigt die Zahl der Geburten bei Weitem. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 715.000 Kinder geboren, unter ihnen laut Statistischem Bundesamt etwa ein Drittel mit Migrationshintergrund; die diesjährige Zahl sollte sich nicht deutlich davon unterscheiden.

Optimisten sehen in den Asylsuchenden wie in den übrigen Migranten, die aus beruflichen Gründen oder im Rahmen des Familiennachzugs kommen, eine wirtschaftliche und soziale Bereicherung. Pessimisten fürchten kulturelle Konflikte und ökonomische Verteilungskämpfe durch einen zu hohen Anteil von Hinzukommenden im Verhältnis zur Aufnahmegesellschaft.

3. International

2015 kommen mehr Asylsuchende nach Deutschland als im vergangenen Jahr in die 44 wichtigsten Industriestaaten gemeinsam.

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) wurden im letzten Jahr 866.020 Asylanträge in den 44 wichtigsten Industriestaaten gestellt. Diese sind aus Sicht der Organisation die Länder Europas (714.260 Anträge), die Türkei (87.820), die USA (121.160), Kanada (13.450), Australien (8960), Neuseeland (290), Australien (8960), Japan (5000) und Südkorea (2900). Im bisherigen Rekordjahr 1992 verzeichneten alle 44 Industriestaaten - wohlbermerkt: inklusive Deutschland - gemeinsam fast 900.000 Asylanträge. Zur Erinnerung: Allein in Deutschland wurden in diesem Jahr seit Januar 938.000 Asylsuchende registriert. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier beschrieb die Diskrepanz bezogen auf sein Bundesland vor der CDU-Basis mit den Worten: "Wir nehmen derzeit in Hessen in zwei Monaten mehr Flüchtlinge auf als Großbritannien und Frankreich im ganzen Jahr."

Bei all diesen Zahlen gilt es aber zu beachten, dass viele stark durch Fluchtbewegungen belastete Staaten in dieser Liste nicht auftauchen: Im Libanon und in Pakistan etwa leben jeweils mehr als eine Million Flüchtlinge.

Dort und in vielen anderen Staaten, die nicht fähig oder willens sind, Asylanträge zu bearbeiten oder über gar kein Asylsystem verfügen, übernimmt das UNHCR die Prüfung der Asylanträge, wenn das betreffende Land ihm dafür ein Mandat erteilt. So leben etwa in der Türkei neben den Asylantragstellern mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge, die kein Asyl beantragten. Während 15 Prozent von ihnen nach UNHCR-Angaben in den insgesamt 25 Lagern leben, sind die übrigen 85 Prozent auf sich allein gestellt und kümmern sich selbst um Wohnung und Lebensunterhalt.

4. Asyl und Migration

2015 kommen mehr Ausländer unter Berufung auf das Asylrecht nach Deutschland als aus allen anderen Einwanderungsgründen gemeinsam.

Die sehr zurückhaltend geschätzte eine Million Asylsuchende in diesem Jahr prägt das gesamte Migrationsgeschehen. Zum Vergleich: Nach Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR) wanderten im vergangenen Jahr rund 1.149.000 ausländische Staatsangehörige zu. In dieser Zahl sind etwa auch ausländische Erntehelfer und Leiharbeiter enthalten, die oft nach kurzer Zeit wieder zurückgehen - so listet das AZR auch 472.000 Abwandernde für diesen Zeitraum auf.

So stark ist Deutschlands Anziehungskraft In diesem Jahr wurden in Deutschland 950.827 Asylbewerber registriert. Fünf Zahlenvergleiche zur Migration

Unter den Zugewanderten befanden sich rund 630.200 EU-Bürger (ohne Deutsche) und rund 518.800 Staatsangehörige aus Ländern außerhalb der EU, den sogenannten Drittstaaten. Zogen laut AZR im vergangenen Jahr unter diesen 518.800 Nicht-EU-Ausländern immerhin 7,2 Prozent zum Zweck der Erwerbstätigkeit, 11,1 Prozent zum Zweck der Ausbildung (Studium, Sprachkurs, Schulbesuch, sonstige Ausbildung), und 12,3 Prozent aus familiären Gründen nach Deutschland, wird sich durch die eine Million Asylsuchenden der Anteil der in erster Linie Hilfsbedürftigen an allen Migranten weiter erhöhen.

So schätzt etwa Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass von derzeit etwa 500.000 bleibeberechtigten Asylsuchenden etwa 70 Prozent erwerbsfähig seien, von diesen wiederum jedoch nur zehn bis 15 Prozent relativ schnell auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt werden könnten.

5. Flucht weltweit

Die weltweiten Flüchtlingszahlen steigen, in Deutschland hat sich die Zahl der Asylsuchenden seit 2010 verzwanzigfacht.

59,5 Millionen Flüchtlinge zählt das UNHCR für das Jahr 2014, das sind 26 Prozent mehr als im Jahr 2010 (43,7 Millionen). Fast 20 Millionen Menschen sind laut UN ins Ausland geflüchtet, 1,8 Millionen haben einen Asylantrag gestellt, die meisten Menschen - 38 Millionen - suchen in friedlicheren Regionen ihres Heimatlands Schutz. Mit diesem relativ moderaten Anstieg von 26 Prozent lassen sich die extremen Zahlen in Deutschland aber nicht erklären: Mit einer Million kommen 20 Mal mehr Asylsuchende als noch im Jahr 2010; damals wurden 48.589 Asylanträge gestellt.

Während die Forderungen nach Obergrenzen und Abschiebungen lauter werden, hofft die Bundesregierung vor allem auf eine gleichmäßigere Verteilung der Asylsuchenden in der EU und eine schärfere Grenzsicherung der Türkei. Merkel appellierte am Mittwoch erneut an die EU-Mitgliedsstaaten, einer solidarischen Verteilung der Flüchtlinge zuzustimmen. Die CDU-Vorsitzende bestimmt: Eine "simple Abschottung wird das Problem nicht lösen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 26, 2015

Albaner haben Deutschland entdeckt; Bundesamt für Migration rechnet mit noch mehr Asylbewerbern aus dem Balkanland. Die Einreise funktioniert sogar ohne Visum

Die Welt

Freitag 8. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 106

Length: 1042 words

Byline: Manuel Bewarder

Boris Kálnoky

Body

Die Zahl der **Flüchtlinge** aus Albanien ist in diesem Jahr sprunghaft angestiegen. Das geht aus einem Bericht des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) hervor, der der "Welt" vorliegt. Bislang deutet demnach nichts auf eine Umkehr des Trends hin: "Wegen der unverändert schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage in Albanien und durch die nun in Gang gesetzte **Migrationswelle** ist auch für die Zukunft von einem hohen **Migrationspotenzial** auszugehen", heißt es. Das BAMF teilt in dem Schreiben den Bundesländern mit, dass es unter anderem aufgrund der hohen **Flüchtlingszahlen** aus Albanien seine Prognose für die Zahl der **Asylanträge** in diesem Jahr auf 400.000 Erst- und 50.000 Folgeantragsteller erhöht. Die Länder hatten sich bereits im März für eine Korrektur der Schätzung von bislang 300.000 **Asylanträgen** ausgesprochen.

Flüchtlinge aus Albanien haben kaum eine Chance, in Deutschland **Asyl** gewährt zu bekommen. Die Anerkennungsquote lag zuletzt in einem sehr niedrigen Bereich. Aufgrund der hohen Zuwanderungszahlen fordern Union und SPD mittlerweile, Albanien zu einem sicheren Herkunftsstaat zu deklarieren, um **Asylanträge** bevorzugt bearbeiten und im Regelfall ablehnen zu können. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Unterbringung von **Flüchtlingen** aus Krisengebieten möchte die Politik damit für Entlastung sorgen.

Nach Angaben der Nürnberger Behörde verzeichnet die Bundesrepublik einen "anhaltenden Zustrom von Asylantragstellern aus den Westbalkanstaaten". Zu Beginn des Jahres wurde dieser von Bewerbern aus dem Kosovo dominiert. Mittlerweile kommen vor allem Flüchtlinge aus Albanien. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Zahl laut BAMF im März mit insgesamt 6300 albanischen Asylsuchenden.

Das Bundesamt rechnet allerdings mit "stark steigenden Asylanträgen" von Albanern. Hintergrund sind die Zahlen, die von den Ländern in das elektronische Verteilungssystem "Easy" eingespeist worden sind. Diese geben einen

Albaner haben Deutschland entdeckt Bundesamt für Migration rechnet mit noch mehr Asylbewerbern aus dem Balkanland. Die Einreise funktioniert sogar ohne Visum

Hinweis auf die aktuelle Lage, während die offiziellen Zahlen des BAMF meist erst mehrere Wochen später nach genauer Analyse präsentiert werden. Derzeit liegt der Wert der in dem System registrierten albanischen Asylsuchenden bereits bei rund 20.000 Personen, wie das BAMF schreibt. Die Behörde vergleicht die Lage in Albanien mit der im Kosovo: "Die wirtschaftliche Lage für Teile der Bevölkerung ist anhaltend prekär. Gerüchte (teilweise gezielt gestreut) über die bereitwillige Aufnahme albanischer Migranten in Westeuropa sowie über gewährte Sozialtransferleistungen erhöhen die Ausreisewilligkeit der Migranten und erleichtern kriminellen Reiseunternehmen zusätzlich des Geschäft." Kosovarische Busunternehmen in Albanien würden bereits Reisen nach Deutschland anbieten. Das BAMF lobt Albanien dafür, dass das Land bereits Gegenmaßnahmen ergriffen hat. So wurden zum Beispiel die Grenzkontrollen verschärft.

Hintergrund für die hohen Asylbewerberzahlen sind laut BAMF unter anderem die hohen Sozialleistungen für Asylantragssteller für die Dauer des Verfahrens. Dazu kommen die wirtschaftliche Situation in Deutschland sowie ein Fachkräftemangel. Auch die weiterhin mehrmonatige Bearbeitungsdauer von Asylanträgen dürfte ein "nicht unerhebliches Motiv bei der Wahl des Ziellandes" sein. Das Bundesamt verweist zudem darauf, dass abgelehnte Asylanträge "konsequent durchgesetzt" werden müssten, wenn Ausreisepflichten bestehen.

Laut Bundesamt ist die Zahl der Flüchtlinge über das Mittelmeer trotz der Wintersaison angestiegen. Bis April kamen rund 23.000 Migranten in Booten aus Libyen nach Italien. Das seien elf Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2014. Insgesamt 95 Prozent der in Italien gelandeten Migranten starteten ihre Überfahrt in Libyen.

Anders als kosovarische Albaner haben Albaner aus Albanien selbst keine Visumprobleme bei der Einreise. Mit einem albanischen Pass kann man problemlos in die Schengenzone, dank einer Visaliberalisierung, die im November 2010 in Kraft trat. Die Migranten kommen also ganz legal.

Um aber langfristig bleiben zu können, beantragen sie Asyl. Zwar wissen sie, dass das Gesuch abgelehnt werden wird, es spricht sich aber auch herum, dass Deutschland abgelehnte Bewerber nur sehr langsam und nicht massenhaft abschiebt. Bis dahin kann man auf dem Schwarzmarkt arbeiten und Sozialleistungen beziehen, die teilweise über dem albanischen Lebensstandard liegen.

Warum aber gerade jetzt? Ein kosovarischer Insider sieht einen Zusammenhang mit der Migrationswelle aus dem Kosovo vor wenigen Monaten. Es gibt enge Verbindungen und Austausch zwischen den Bevölkerungen beider Länder, und "die vielen Kosovaren, die jetzt in Deutschland sind, verbreiten auch nach Albanien hinein die Nachricht, wie gut es ihnen dort geht".

Die große Auswanderungswelle aus dem Kosovo hatte begonnen, nachdem Serbien auf Druck der EU seine Grenzen zum Kosovo geöffnet hatte. Als Schlepperbanden erkannten, dass die serbisch-ungarische Grenze so gut wie gar nicht bewacht wird, verbreiteten sie im Kosovo, dass man bei ihnen für teures Geld nicht nur eine erfolgreiche (illegale) Einreise nach Deutschland buchen, sondern auch gleich einen Job reservieren könne. Viele Migranten dachten also, sie würden in Deutschland leicht Arbeit finden, was natürlich gelogen war. Inzwischen haben Serbien und Ungarn auf Druck der EU ihre gemeinsame Grenze weitgehend undurchlässig für illegale Migranten gemacht. Nach neuesten Daten kommen nur noch etwa zehn Asylsuchende am Tag über die grüne Grenze. Im Januar und Februar waren es teilweise mehr als 1000 am Tag gewesen.

Experten hatten auf dem Höhepunkt der kosovarischen Migrantenwelle argumentiert, die restriktive EU-Visumpolitik sei schuld. Gerade weil Kosovaren grundsätzlich nicht in die EU reisen können, seien die illegalen Migranten zu Zehntausenden gekommen, als die Grenze durchlässig wurde. Sie sahen darin eine Chance, die vielleicht nie wiederkehren würde. Experten argumentierten daher: Könnten Kosovaren - wie die Albaner - sowieso jederzeit einreisen, dann würden sie für ein paar Wochen kommen und dann eventuell zurückkehren, nicht aber gleich Asyl beantragen. Die jetzige Welle albanischer Migranten scheint diese These teilweise zu entkräften. Sie kommen nicht zuletzt deswegen, weil sie kein Visum mehr brauchen.

Albaner haben Deutschland entdeckt Bundesamt für Migration rechnet mit noch mehr Asylbewerbern aus dem Balkanland. Die Einreise funktioniert sogar ohne Visum

Graphic

Getty Images/Sean Gallup

Albanische Flüchtlinge in Berlin. Dass Deutschland lange braucht, um abzuschieben, hat sich bei ihnen rumgesprochen

Sean Gallup

Load-Date: May 8, 2015

End of Document

Unbegrenzte Einwanderung hat ihren Preis; Migrationsforscher Kay Hailbronner schlägt eine Revision der Genfer Flüchtlingskonvention vor. Sie werde nationalen Sicherheitsinteressen längst nicht mehr gerecht

Die Welt

Dienstag 2. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 179

Length: 943 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Der **Asylrechtsexperte** Kay Hailbronner, 73, ist emeritierter Professor der Universität Konstanz und Leiter des dortigen Forschungszentrums für Internationales und Europäisches Ausländer- und **Asylrecht**. Er gehört außerdem dem Beirat des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** an. Für den **Migrationsforscher** steht fest: Die Genfer **Flüchtlingskonvention** wird nationalen Sicherheitsinteressen nicht gerecht. Hailbronner macht einen Vorschlag, der das Risiko vermindern könnte.

Die Welt:

Herr Hailbronner, entwickelt sich die Migrationspolitik der Bundesregierung zum Sicherheitsrisiko?

Kay Hailbronner:

Mit der Zunahme der Zahl der Asylsuchenden steigt naturgemäß das Sicherheitsrisiko, weil zum einen nie auszuschließen sein wird, dass sich unter Asylsuchenden auch gefährliche Personen befinden. Neben diesem allgemeinen Faktor wurde das Risiko noch einmal dadurch erhöht, dass die Überforderung an den Grenzen zu einer zunächst weithin unkontrollierten Einwanderung geführt hat.

Die Registrierung hat die Bundesregierung seit einigen Monaten ja wieder im Griff.

Auch nach der Wiedereinführung von Identitätskontrollen wird sich mangels Papieren und Dokumenten die Überprüfung vielfach darauf beschränken, den vom Asylsuchenden angegebenen Namen und die Herkunft zugrunde zu legen und allenfalls in einem kurzen Gespräch die Glaubwürdigkeit des Asylsuchenden zu überprüfen.

Die klassischen Einwanderungsländer nehmen relativ wenig irreguläre Migranten auf, dafür mehr geprüfte Flüchtlinge direkt aus den Zentren in der Konfliktregion.

Unbegrenzte Einwanderung hat ihren Preis Migrationsforscher Kay Hailbronner schlägt eine Revision der Genfer Flüchtlingskonvention vor. Sie werde nationalen Sic....

Durch ein solches Resettlement-Verfahren kann das Sicherheitsrisiko vermindert werden, weil es viel eher geeignet ist, die Identität eines Flüchtlings, seine besondere Schutzbedürftigkeit und die Integrationsbereitschaft intensiv zu prüfen - vor der Einreise.

Sollte Deutschland also wie die USA, Kanada und Australien auf Resettlement setzen - die dauerhafte Neuansiedlung besonders verfolgter Flüchtlinge - und im Gegenzug irreguläre Asylzuwanderung drastisch minimieren?

Auch Resettlement allein kann nicht die Lösung sein. Aber die immer stärkere Individualisierung und Verrechtlichung eines Anspruchs auf langwierige Asylverfahren und Bleiberecht verkennt, dass Flüchtlingsschutz langfristig nicht ohne Rücksicht auf nationale Aufnahmefähigkeit und Sicherheitsinteressen verwirklicht werden kann.

Also eine Begrenzung des Schutzes Verfolgter?

Nein, aber es muss angesichts begrenzter Ressourcen ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das die spontane Aufnahme auf den unmittelbaren Schutz vor einer unentrinnbaren Notsituation begrenzt und im Übrigen Flüchtlingsschutz als Teil eines internationalen Flüchtlingsmanagements begreift, an dem viele Staaten mitwirken. Nicht nur durch Resettlement oder andere Aufnahmeprogramme, sondern auch durch gemeinsame Finanzierung und Vereinbarungen über externe Schutzfeststellung. Außerdem sollten differenzierte Schutzverfahren entwickelt werden: von der temporären Schutzgewährung über Aufenthaltsrechte mit verschiedener Dauer bis zur Option der Einbürgerung. Der Lösungsansatz der Genfer Konvention, nämlich nationale Schutzgewährung und Verbindung der Nichtzurückweisung mit potenzieller Einwanderung und Einbürgerung, verkennt die unterschiedlichen Schutzbedürfnisse und Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten und die Notwendigkeit einer internationalen Steuerung und Kontrolle. Die Genfer Konvention ist insoweit partiell revisionsbedürftig.

Wie kann irreguläre Migration nach Europa dauerhaft begrenzt werden, bis es eine internationale Lösung gibt?

Eine Rückführung in EU-finanzierte Zentren oder Schutzzonen oder auch Drittstaaten in der Region, die Schutz vor unmittelbarer Verfolgung gewähren, sollte dringend Bestandteil eines globaleren, alle Aspekte einer Bewältigung von großen Flüchtlingsbewegungen umfassenden "Internationalen Flüchtlingsmanagements" sein. Solange es das nicht gibt, muss die Rückführung über bilaterale Abkommen gelingen.

Es gibt bereits vielfältige Rücknahmeabkommen, doch sie funktionieren nur selten. Wenn also noch lange Asylsuchende irregulär einreisen, wie verringern wir das Sicherheitsproblem?

Natürlich müssten wirklich alle irregulären Migranten unmittelbar im Anschluss an die Einreise über eine EU-Außengrenze nach einheitlichen Kriterien überprüft und mit vorhandenen Dateien über sicherheitsgefährdende Personen abgeglichen werden. Kriminelle Asylsuchende, sofern sie keinen Anspruch auf Asyl oder subsidiären Schutz haben, sollten bis zur Abschiebung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

Warum konnte der syrische Islamist in Ansbach zur Tat schreiten, obwohl er vorher schon straffällig geworden war?

Wenn keine strafbaren Handlungen wie die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorliegen, kann die Polizei zur Verhinderung der Gefährdung der Allgemeinheit nur begrenzt die Freiheitsrechte einer Person einschränken - solange keine konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit besteht. Eine allgemeine "Gefährdungslage", die sich nicht in individueller konkreter Gefährlichkeit mit strafrechtlichem Gehalt konkretisiert, lässt sich im freiheitlichen Rechtsstaat mit polizeilichen Mitteln nicht verhindern.

Also müssen die Deutschen lernen, mit der Terrorgefahr zu leben?

Wir werden für die Politik grundsätzlich unbegrenzter Einwanderung über das Asylrecht mit einer steigenden Gefährdung durch eine große Zahl von Flüchtlingen aus fremden Kulturkreisen - und häufig großen Schwierigkeiten für eine Integration, die wirklich als nachhaltig gelten kann - zahlen müssen. Das ist der Preis für die im internationalen Vergleich einmalige Anstrengung des zurückliegenden Jahres.

Unbegrenzte Einwanderung hat ihren Preis Migrationsforscher Kay Hailbronner schlägt eine Revision der Genfer Flüchtlingskonvention vor. Sie werde nationalen Sic....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Oliver Killig

Ein Flüchtling aus Afghanistan imitiert die typische Rautenhaltung der Bundeskanzlerin

Oliver Killig

Load-Date: August 2, 2016

End of Document

Niemand weiß, wie viele Menschen in Deutschland sind; Auf der Suche nach einem relativ genauen Bild

Die Welt

Donnerstag 9. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 133

Length: 1029 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Nicht nur Einwanderungsgegnern wurde im vergangenen Jahr schwindlig, als in manchen Wochen mehr Schutzsuchende kamen als früher in ganzen Jahren. Vielen wollte nicht in den Kopf, dass im Land der Vermesser und Verwalter, der Leitz-Ordner und der Vermögenszuordnungszuständigkeitsübertragungsverordnung niemand wusste, wie viele **Flüchtlinge** und Ausländer ohne Einreiseerlaubnis ins Land kamen.

Eine Bestandsaufnahme der aktuellen **Flüchtlingslage**:

1. Aktuelle Zuwanderung

In der Flüchtlingskrise drifteten die Zahlen der irregulären Migranten, die im IT-System der Bundesländer (Easy) registriert wurden, und die Zahl der gestellten Asylanträge immer weiter auseinander. So wurden zwar fast 1,1 Millionen Easy-Registrierungen gezählt, aber - auch wegen Überlastung der Behörden - nur 477.000 Asylanträge gestellt. Nach einem Kraftakt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) überstieg im Februar 2016 die Zahl der Asylanträge erstmals wieder die Zahl der Easy-Registrierten. Im Mai wurden 55.000 Anträge gestellt, bei etwas mehr als 16.000 Easy-Registrierungen. Im Mai sank auch die Zahl der Eingereisten auf etwa 4500, wie die Bundespolizei der "Welt" mitteilte. Insgesamt hat sie freilich seit Jahresbeginn bereits knapp 118.000 illegale Einreisen festgestellt. Man kann aber mit Blick auf die Tageszahlen von einer Normalisierung sprechen - etwa auf dem Level von 2012.

2. Ausländer mit Bezug zum Asylverfahren

In Deutschland lebten zum Stichtag 30. April 2016 exakt 1.529.784 "aufhältige Ausländer mit Bezug zum Asylverfahren", teilte das BAMF der "Welt" mit. So werden Personen genannt, deren Asylverfahren laufen oder bereits abgeschlossen sind. In dieser Gruppe sind neben den rund 400.000, die auf eine Entscheidung warten, auch Ausländer, deren Antrag schon vor vielen Jahren abgeschlossen wurde, die aber weiter in Deutschland leben - als anerkannter oder abgelehnter Asylbewerber, sei es mit oder ohne Aufenthaltstitel.

Niemand weiß, wie viele Menschen in Deutschland sind Auf der Suche nach einem relativ genauen Bild

Nicht enthalten sind Migranten mit abgeschlossenen Asylverfahren, die inzwischen deutsche Bürger sind. Zuwanderer mit ausschließlich deutschem Pass sowie Doppelstaatler und ihre Nachkommen gelten nicht als Ausländer. Eine Erfassung, wie viele ehemalige Asylbewerber infolge der Einbürgerung aus dem Ausländerzentralregister gelöscht werden, sei derzeit "absolut unmöglich", heißt es aus dem Bundesamt.

3. Registrierte vor der Antragstellung

Zu den 1,5 Millionen kommen jene Schutzsuchende, die noch keinen Asylantrag stellen konnten. Das waren laut BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise zu Jahresanfang - also bevor Österreich die Grenzkontrollen hochfuhr - noch 300.000 bis 400.000 Menschen. Seitdem sei die Zahl gesunken - auf "unter 300.000", sagte Weise im Mai. Dabei handele es sich um Migranten, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer untergekommen sind.

4. Unregistrierte

Die vollkommen unregistrierten Ausländer sind die unbekannte Größe der Migration. Sie haben ihren Aufenthalt nie angemeldet, nie Sozialleistungen beantragt und sind bei keiner Polizeikontrolle aufgefallen. Darunter sind vor allem Flüchtlinge und Migranten, die in einem anderen Land Schutz beantragen wollen oder aus Angst vor Ablehnung erst gar keinen Asylantrag stellen. Zu letzterer Gruppe gehören typischerweise Kriminelle und Zwangsprostituierte. Nach Schätzungen der Migrationsforscherin Dita Vogel von der Universität Bremen befanden sich 2014 zwischen 180.000 und 520.000 "irregulär aufhältige" Ausländer in Deutschland. Auch das BAMF verwendet diese Zahlen.

Wie kommen die Wissenschaftler zu diesem Ergebnis? Vereinfacht gesagt, nimmt Vogel auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik die Anzahl der Tatverdächtigen mit Aufenthaltsstatus "illegal", setzt sie ins Verhältnis zu den Tatverdächtigen mit deutscher Staatsbürgerschaft und der Gruppe der legal im Land lebenden Ausländer. Für die beiden letztgenannten Gruppen ist die Gesamtanzahl bekannt. Unter die Gruppe der Unregistrierten fallen auch die sogenannten Untergetauchten: Ausländer, die nicht mehr in Kontakt mit deutschen Behörden stehen. Sie können eine Weile legal im Land gelebt und dann ihren Aufenthaltsstatus als Studenten oder Arbeitnehmer verloren haben - und bleiben trotzdem. Oder die zum Beispiel als Touristen legal eingereist sind und seitdem hier schwarz arbeiten.

5. Kontingentflüchtlinge und Unbegleitete

Zu keiner der bisher genannten Gruppen gehören die etwa 35.000 syrischen Kontingentflüchtlinge. Sie stellten keinen Asylantrag, sondern wurden direkt nach Deutschland geflogen, nachdem ihre Schutzbedürftigkeit feststand. Hinzu kommen viele der etwa 70.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, auch sie stellen oft keinen Antrag.

6. Ausländer und Migranten

Insgesamt leben laut Statistischem Bundesamt 9,1 Millionen Ausländer und 9,2 Millionen Deutsche mit ausländischen Wurzeln im Land; Letztere haben zumindest die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik. Bei den unter Fünfjährigen stellen Migranten inzwischen etwa ein Drittel der Bevölkerung; sie haben meist einen deutschen Pass.

7. Ausreisepflichtige

Von den Ausländern in Deutschland sind rund 220.000 ausreisepflichtig; meist handelt es sich um abgelehnte Asylbewerber. Unter den Ausreisepflichtigen sind aber 168.000 sogenannte Geduldete, deren Abschiebung vorübergehend, etwa aus gesundheitlichen Gründen, ausgesetzt wurde. Aus Kreisen des Innenministeriums heißt es, für dieses Jahr werde mit 27.000 Abschiebungen und 61.000 freiwilligen Ausreisen gerechnet. Bis Ende April wurden laut Ministerium 9273 Personen abgeschoben - im gesamten Jahr 2015 waren es fast 20.900. Zusammen mit den freiwillig Ausgereisten kommt man für 2016 auf bisher 29.100 Migranten, die einen der beiden Wege der Aufenthaltsbeendigung beschritten.

Die Behörden bevorzugen die freiwillige Ausreise, weil sie die knappen Ressourcen der Polizei schont, kostengünstiger und humaner ist. Der Nachteil für den Staat ist, dass man sich in einigen Fällen nicht sicher sein kann, ob der freiwillig Ausgereiste auch tatsächlich weg ist. Wie die "Welt" im März recherchierte, werden auch

Niemand weiß, wie viele Menschen in Deutschland sind Auf der Suche nach einem relativ genauen Bild

Migranten als ausgereist erfasst, deren von der Ausländerbehörde ausgehändigte Grenzübertrittsbescheinigung nie zurückgesandt wird.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 9, 2016

End of Document

Abhängig von Griechenlands Asylpolitik; Athen behandelt Flüchtlinge besonders schlecht. Deshalb schickt Deutschland keine Menschen dorthin zurück. Das könnte sich aber bald ändern

Die Welt

Montag 4. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 154

Length: 870 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Küste ist für Griechenland Segen und Fluch. Die Urlauber bringen dem Land hohe Einnahmen. Doch seitdem sich die Interkontinentalflucht zum Massenphänomen entwickelt hat, geht mit der Lage am Südstrand Europas auch eine belastende Verantwortung einher: **Migranten** aus den Booten holen. Ihre Identität und Einreisegründe klären, so gut es geht. Die **geflüchteten** Menschen aufnehmen und versorgen, die nicht schutzbedürftigen zurückbringen, die gefährlichen verhaften.

Wie tragisch sich allerdings ein Versagen besonders im letzten Punkt auswirken kann, zeigte sich bei den Anschlägen in Paris. Doch abgesehen von dem Extremfall einreisender Terroristen verstand sich Griechenland zu lange vor allem als Transitstaat. Selbst jetzt, nachdem die Durchreise von den Balkanstaaten weitgehend unterbunden worden ist, leben in Griechenland Regierungsangaben zufolge mit 57.000 **Asylsuchenden** nur etwa so viele wie in Berlin (54.000). Die Route durch das Land wurde nicht zuletzt deswegen so stark genutzt, weil **Flüchtlinge** und andere **Migranten** wussten, dass mit einer Überfahrt nach Griechenland die Weiterreise in die Zielländer in der Mitte Europas so gut wie sicher war. Zwar müssen Schutzsuchende nach dem EU-**Asylsystem** Dublin in dem Land bleiben, über das sie in die EU gekommen sind. Wenn sie weiterreisen, können sie zurückgeführt werden.

Doch dies gelang Deutschland in alle europäischen Staaten zusammengekommen von Januar bis Mai nur in 1453 Fällen, wie die "Welt am Sonntag" vor einer Woche berichtete. Gemessen an der Zahl der Rücknahmeanfragen an die Durchreisestaaten bedeutete das eine Erfolgsquote von unter acht Prozent beziehungsweise 0,5 Prozent aller Asylantragssteller, die im Falle Deutschlands fast immer durch andere europäische Staaten einreisten. Nach Griechenland gab es gar keine Rückführungen, und es gab auch keine Anfragen. Seit 2011. Da untersagte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Unterschreitung von Menschenrechtsstandards Abschiebungen in den Mittelmeerstaat. Die Bundesregierung setzte dieses wesentliche Element der europäischen Asylpolitik daraufhin aus.

Abhängig von Griechenlands Asylpolitik Athen behandelt Flüchtlinge besonders schlecht. Deshalb schickt Deutschland keine Menschen dorthin zurück. Das könnte sic....

Seit dem Beginn der Aussetzung von Dublin-Überstellungen hat Deutschland nach Angaben des Bundesinnenministeriums rund 38.000 Asylsuchende formell übernommen, für die eigentlich Griechenland zuständig gewesen wäre. Allein 19.000 von ihnen in diesem Jahr. Tatsächlich kamen aber wesentlich mehr Migranten über diese Route.

Die Frist zur Aussetzung der Abschiebungen ist vergangenen Donnerstag abgelaufen, eine Entscheidung soll aber erst Dienstag fallen - nach einem Treffen des griechischen Migrationsministers Jannis Mouzalas mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), wie dessen Sprecher mitteilte. Die EU-Kommission hatte im Juni Fortschritte im griechischen Asylsystem offiziell festgestellt, sieht aber noch Handlungsbedarf. Fast genauso lautete die Einschätzung der Kommission schon im Januar, als der Innenminister die Dublin-Rückführungen zuletzt für ein weiteres halbes Jahr ausgesetzt hatte.

Ohnehin steht vielen der Sinn eher danach, die Richtung der Flüchtlingsumverteilung in Europa umzukehren. Statt einer Rückschiebung aus den Hauptzielländern im Zentrum in die Einreisestaaten an den Außengrenzen soll etwa nach dem Willen von Pro Asyl die Bundesrepublik 17.000 Asylsuchende aus Griechenland aufnehmen. Fast schon müßig zu erwähnen, dass der berühmte Plan der EU-Kommission, 160.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien über die EU-Staaten zu verteilen, seit dem Herbst erst zu einem Hundertstel aufging.

Politiker und Menschenrechtsorganisationen weisen nicht ohne Grund auf den Widerspruch zwischen dem Abschiebeverbot nach Griechenland bei gleichzeitiger zusätzlicher theoretischer Aufnahmepflicht durch das Türkei-Abkommen hin. Zwar setzen nur noch wenige Migranten aus der Türkei über, doch die etwa 60.000 Flüchtlinge im Land warten trotz aller Bemühungen oft lange auf ein Asylverfahren, der Staat bringt sie in Industriebarracken an den Stadträndern ohne Strom und fließendes Wasser unter. Es gibt kaum Schulklassen für die Flüchtlingskinder, keine Sprachkurse für die Erwachsenen und wenig finanzielle Unterstützung. Während über das Abkommen mit der Türkei erst knapp sechshundert Migranten abgeschoben wurden, kehrten Tausende mithilfe der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zurück in die Heimat. 3245 Ausländer ohne Chance auf Asyl reisten mithilfe der IOM sicher per Flugzeug zurück nach Marokko, Pakistan, Afghanistan, Bangladesch und in andere Staaten Nordafrikas. Zudem erhalten die Rückkehrer eine kleine Finanzhilfe von 500 Euro. Darüber hinaus kehren laut Berichten der Küstenwache immer wieder Gruppen auf eigene Faust aus Verzweiflung über die Lebensbedingungen zurück in die Türkei.

Mit den schlechten Bedingungen für die Migranten schreckt Griechenland nicht nur jene von einer Überfahrt ab, die vor allem ein besseres Leben und keinen Schutz suchen. Das Land mutet den Flüchtlingen schlimme Zustände zu und verhindert damit auch, dass die Hauptzielländer im Norden Weitergereiste wieder zurückschicken. Bisher erfolgreich.

Ohnehin steht vielen der Sinn eher danach, die Richtung der Umverteilung der Flüchtlinge in Europa umzukehren

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 4, 2016

In Norwegen dauert ein Asylverfahren nur 48 Stunden; Deutschland hat die meisten Bewerber und die längste Bearbeitungszeit. Andere Länder entscheiden viel schneller

Die Welt

Dienstag 25. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 197

Length: 941 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Schon lange bevor die Zahl 800.000 erwarteter **Flüchtlinge** bekannt wurde, verzeichnete Deutschland die meisten **Asylanträge** in Europa. Besonders problematisch ist, dass die Bearbeitung der einzelnen Fälle und der dahinterstehenden Schicksale wesentlich länger dauert als in anderen Staaten. Dadurch müssen einerseits **Flüchtlinge** lange mit der Angst vor Abschiebung leben. Andererseits bleiben nicht schutzbedürftige **Migranten** zu lange in Deutschland, was Unterbringungskapazitäten blockiert und hohe Kosten verursacht. Aktuell liegt die durchschnittliche Bearbeitungszeit der **Asylanträge** bei 5,4 Monaten, wie das Bundesamt für **Migration** (BAMF) der "Welt" mitteilte.

Doch diese Zahl ist nur die halbe Wahrheit: Sie gibt nicht die Zeit an, die von der Einreise bis zur Entscheidung über das **Asylgesuch** vergeht. In Deutschland wird die Dauer erst ab der Antragstellung gemessen - nicht ab der Registrierung durch die Bundesländer, geschweige denn ab dem Erstkontakt, also, wenn sich ein illegaler **Migrant** als **Asylsuchender** meldet. Teilweise sind **Asylsuchende** viele Monate in Deutschland, bis sie den Antrag stellen und in der Statistik auftauchen.

Migrationsforscher Dietrich Thränhardt von der Universität Münster sagt: "Die vom Bundesinnenministerium mitgeteilten Zahlen über die Bearbeitungsdauer bilden nicht die volle Realität ab, derzeit liegt die echte Dauer der Asylverfahren nach meiner Schätzung etwa bei einem Jahr. In die BAMF-Berechnungen gehen ganz überwiegend Fälle ein, die schnell zu entscheiden sind. Dadurch entsteht ein falsches Bild."

Andere Staaten entscheiden hingegen viel schneller darüber, ob ein Asylbewerber als Flüchtling gilt und bleiben darf oder ob er keinen Schutzanspruch erhält und das Land verlassen muss. Die Schweizer etwa erledigen Asylgesuche von Bürgern aus Balkanstaaten in nur 48 Stunden. Diese Gruppe steht auch in Deutschland unter besonderer Beobachtung: Mehr als 40 Prozent der Asylbewerber im ersten Halbjahr stammen aus den sechs Staaten des Westbalkans (Albanien, Kosovo, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro).

In Norwegen dauert ein Asylverfahren nur 48 Stunden Deutschland hat die meisten Bewerber und die längste Bearbeitungszeit. Andere Länder entscheiden viel schnell....

Die Schweiz war schon 2012 mit einem ähnlichen Ansturm aus dieser Region konfrontiert und trieb Migrationsstaatssekretär Mario Gattiker zum Handeln: "Es kann doch nicht sein, dass Personen aus Ländern, die ohne Visum in die EU reisen können, in der Schweiz Asyl suchen", sagte Gattiker damals. Bürger vom Balkan - außer Kosovaren - brauchen seit 2010 kein Visum mehr für die Reise in den Schengenraum, dem auch die Schweiz angehört.

Auf der Suche nach einem besseren Asylsystem ließ sich die Schweiz von Norwegen inspirieren. Der skandinavische Vorzeigewohlfahrtsstaat erledigt bereits seit 14 Jahren Asylanträge von Personen aus sicheren Staaten innerhalb von 48 Stunden. Im Sommer 2012 zog die Schweiz nach, zunächst für Bürger von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Sie werden seither direkt nach der Ankunft an der Grenze in Sammelzentren gebracht, wo die Behörden sie anhören und ihre Asylgesuche bearbeiten. Währenddessen versuchen Beamte Identitätspapiere aufzutreiben. Nach der Ablehnung bekommen die Migranten Ersatzreisedokumente ausgestellt und müssen umgehend die Rückreise antreten - oder sie werden inhaftiert und abgeschoben. Mittlerweile wendet die Schweiz die 48-Stunden-Verfahren auch bei Kosovaren und Georgiern an. Wie in Deutschland liegt die Anerkennungsquote für Bürger aus dem Westbalkan auch in der Schweiz im Promillebereich. Doch weil sich herumsprach, dass die Eidgenossen rasch entscheiden und die Rückführung durchsetzen, ging die Zahl der Anträge aus diesen Staaten in den Folgejahren um 30 bis 90 Prozent zurück.

Diese Senkung bewegte die Schweiz zur Einführung eines abgewandelten Schnellverfahrens auch für die afrikanischen Herkunftstaaten Marokko, Nigeria und Tunesien. Bei diesen dauert es allerdings etwas länger: Laut Schweizer Staatssekretariat für Migration (SEM) bringt das Land sogenannte Fast-Track-Verfahren je nach Herkunftsland in 35 bis 65 Tagen zum Abschluss. Nach der Befragung zur Person können laut SEM bei "Fast-Track-Ländern 55 Prozent der Gesuche innert 20 Tagen entschieden werden. Und 81 Prozent der Fälle kommen innert 40 Tagen zum Entscheid". Seither ist die Zahl dieser Gesuche um fast drei Viertel gesunken.

Auch den Niederlanden gelingt es, 80 Prozent aller Anträge innerhalb einer Woche zu bearbeiten. Allerdings müssen auch dort seit einigen Monaten durch den starken Zugang von Asylbewerbern viele Betroffene etwa zwei Monate warten, bevor dieses schnelle "strukturierte Verfahren" beginnt. Die Niederlande sind für Migrationsforscher Thränhardt gemeinsam mit der Schweiz, Norwegen und Schweden vorbildlich bei der Bearbeitung von Asylanträgen.

Dass auch ein solches Land in große Schwierigkeiten kommen kann, zeigt Schweden, das nach Deutschland die meisten Flüchtlinge in Europa aufnimmt (2014: 81.000). Während noch vor zwei Jahren Asylanträge meist innerhalb von drei Wochen entschieden wurden, sind es jetzt durchschnittlich fünf Monate.

Doch während Schweden in diesem Jahr weniger Asylbewerber verzeichnet, werden sich die Zahlen in Deutschland in diesem Jahr wohl vervierfachen. Die Zahl der anhängigen Verfahren liegt aktuell bei 254.559, wie das BAMF der "Welt" mitteilte. "Die Zahl der unbearbeiteten Anträge steigt in Deutschland von Monat zu Monat und hat ein Ausmaß erreicht, dass in keinem vergleichbaren Nachbarland zu konstatieren ist", sagt Migrationsforscher Thränhardt. "Das Bundesamt müsste personell wesentlich aufgestockt werden, um einen weiteren Anstieg zu verhindern."

"Die echte Dauer der Verfahren liegt bei einem Jahr" Dietrich Thränhardt, Migrationsforscher

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 25, 2015

200.000 Flüchtlinge warten in Afrika? "Die Zahl ist zu niedrig"; Die Gruppe der Asylsuchenden in Deutschland nimmt stark ab. Doch de Maizière rechnet mit neuen Strömen - und mahnt Italien

Die Welt

Samstag 9. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 83

Length: 801 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

In den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen noch einmal deutlich mehr **Asylsuchende** nach Deutschland als im Vorjahresquartal, doch jetzt ist der Stöpsel erst einmal wieder auf der Flasche - so ließen sich in der wuchtigen Sprache Horst Seehofers die Zahlen zusammenfassen, die Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Freitag präsentierte.

Zur Präsentation der **Asylbilanz** des ersten Quartals hatte er sich den entscheidenden Mann für die Umsetzung der **Flüchtlingspolitik** in die Bundespressekonferenz mitgebracht. Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF), zeigte sich zuversichtlich, dass bis zum Herbst fast alle 2015 nach Deutschland gekommenen **Asylsuchenden** auch ihren Antrag gestellt haben werden. Damit würde wieder - wie es vor der **Flüchtlingskrise** der Fall war - die Zahl der **Asylanträge** relativ genau abbilden, wie viele irreguläre **Migranten** nach Deutschland einreisen. Die von Weise als "EASY-Gap" bezeichnete Lücke zwischen Registrierten und **Asylbewerbern** wäre dann geschlossen.

Genau das war durch den extrem starken Zustrom im vergangenen Jahr nicht mehr der Fall, was nicht unwesentlich zum Eindruck des Kontrollverlusts der Bundesregierung über die Zuwanderung beitrug. 173.707 Migranten wurden im ersten Quartal 2016 im IT-System EASY registriert - im Vorjahreszeitraum waren es nur 102.212. Die Zahl der Asylanträge stieg von 85.394 auf 181.405, was Ausdruck der gestiegenen Leistungsfähigkeit des für die Anträge zuständigen BAMF ist.

Doch zur Beschreibung der gegenwärtigen Flüchtlingslage taugen die Quartalszahlen wegen der jüngsten Entwicklung an den europäischen Binnengrenzen nicht - im März wurden nur noch rund 20.500 Asylsuchende registriert. Allerdings haben weder Weise, noch de Maizière noch die Bundesregierung den Rückgang bewirkt, sondern vor allem Österreich, das gemeinsam mit den Ländern des Westbalkans den über Griechenland kommenden Migranten die Grenzen aufwies. "Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Schließung der

200.000 Flüchtlinge warten in Afrika? "Die Zahl ist zu niedrig" Die Gruppe der Asylsuchenden in Deutschland nimmt stark ab. Doch de Maizière rechnet mit neuen S....

Balkanroute. Das ist so", sagte de Maizière. Zwar habe es Differenzen über die nationalen Grenzschießungen gegeben, "allerdings ist der Streit seit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs jetzt erledigt".

Bereits zwei Tage vorher hatte der Bundesinnenminister in Wien zur Freude der Österreicher gesagt: "Die Balkanroute ist erledigt. Wir sind auch der Meinung, dass sie erledigt bleiben muss." Man solle nicht mehr die Unterschiede der Vergangenheit betonen.

Trotz "der positiven Entwicklung" sei es "zu früh, eine Jahresprognose abzugeben", machte der Innenminister zum wiederholten Male klar. Diese könne "nicht seriös sein, weil wir nicht wissen, wie sich die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens entwickelt". Zweitens sei unklar, wie stark andere Ausweichrouten genutzt würden, vor allem jene über das Mittelmeer von Libyen nach Italien. "Und wir wissen nicht, wie sich Italien dann verhält", fügte de Maizière an - wissend um die jahrelange Praxis der Italiener, ankommende Migranten entgegen der Dublin-Verordnung nach Norden durchzuwinken.

Er erwarte aber die Einhaltung dieser Verordnung. "Aufnahme, Registrierung und Durchführung eines Asylverfahrens, das ist die Basis, auf der ich mit den Italienern rede", sagte de Maizière. Zu den Schätzungen, dass in Libyen 200.000 Migranten auf die Überfahrt nach Europa warten, meinte er: "Ich teile diese Schätzungen nicht, ich halte sie für zu niedrig." In Subsahara-Afrika gebe es noch viel mehr Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, nach Europa zu kommen. "Der Migrationsdruck bleibt hoch."

Langfristig kann sich der Minister eine ähnliche Regelung, wie sie mit der Türkei gefunden wurde, auch für die Einwanderung aus Afrika vorstellen. Für jeden aus Griechenland zurückgenommenen Migranten darf die Türkei einen geprüften syrischen Flüchtling nach Europa senden. "Es kann nicht sein, dass es das Portemonnaie ist, das entscheidet, wer nach Europa kommt", sagte de Maizière.

Zu den von der EU-Kommission erarbeiteten Vorschlägen einer Reform des europäischen Asylsystems signalisierte der Innenminister zwar Unterstützung, mit einer raschen Umsetzung rechnet er aber nicht. So betonte er, dass die seit 2011 ausgesetzte Rückführung von sogenannten Dublin-Fällen nach Griechenland bald wieder umgesetzt werden könnten - die EU-Kommission peile an, ab Juli in Griechenland registrierte Migranten, die danach in anderen Staaten Asylanträge stellen, wieder in das südeuropäische Land zurückzubringen.

Selbst wenn dies gelänge und auf anderen Routen kein "unvorsichtiger Skifahrer" eine "Lawine" auslöst, wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) einst orakelte, hätten die Behörden noch alle Hände voll zu tun. Das BAMF sitzt immer noch auf einem Berg von 400.000 gestellten, aber noch nicht bearbeiteten Asylanträgen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 9, 2016

Bundespolizei schickt Flüchtlinge zurück; Migranten werden an der deutsch-österreichischen Grenze abgewiesen, wenn sie in einem anderen EU-Land einen Asylantrag stellen wollen

Die Welt

Dienstag 12. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 9

Length: 373 words

Body

Täglich werden mehrere Hundert **Flüchtlinge** von Bayern aus zurück nach Österreich geschickt. Hintergrund für diese Maßnahme sei die konsequente Umsetzung der sogenannten Dublin-Verordnung, sagte ein Sprecher der Bundespolizeidirektion München. Demnach werden in einem Land der Europäischen Union nur **Flüchtlinge** aufgenommen, wenn sie dort auch einen **Asylantrag** stellen wollen. Wollen **Migranten** in einem anderen EU-Land, beispielsweise Schweden, einen **Asylantrag** stellen, werden sie nicht mehr weitergeleitet.

Zu Beginn der Flüchtlingskrise erlaubten die deutschen Behörden zumeist Schutzsuchenden, die nach Schweden oder Belgien weiterreisen wollten, die Durchreise. In den vergangenen Wochen hingegen wurden strenge Kontrollen in Deutschland und an der Öresund-Brücke, die Dänemark mit Schweden verbindet, eingeführt. Auch Dänemark verstärkte seine Kontrollen zu Deutschland und lässt nur noch Flüchtlinge mit gültigen Papieren einreisen. Österreichische Grenzpolizisten wiederum verweigern an der Grenze zu Slowenien Flüchtlingen die Weiterreise, wenn sie in Österreich keinen Asylantrag stellen wollen.

Unterdessen hält der Flüchtlingsstrom nach Deutschland an. Die Zahl der Flüchtlinge, die über die Balkanroute nach Westeuropa kommen, nimmt zwar wegen des schlechten Winterwetters ab, aber es sind immer noch Tausende zwischen der Türkei und Österreich sowie Deutschland unterwegs. Allein in den ersten zehn Tagen des neuen Jahres seien 25.000 Migranten über Slowenien nach Westeuropa gereist, berichtete die staatliche slowenische Nachrichtenagentur STA. Damit sind seit Mitte Oktober des vergangenen Jahres, als die Transitroute wegen geschlossener Grenzen in Ungarn erstmals über das EU-Land Slowenien verlief, insgesamt 404.000 Menschen gezählt worden.

Auch weiter im Süden in der Ägäis wurden neue Flüchtlinge registriert. Am Montag kamen nach Angaben der Küstenwache in der griechischen Hafenstadt Piräus 1104 Flüchtlinge an Bord einer Fähre von den Inseln Chios und Lesbos an. Am späten Sonntagabend war eine andere Fähre mit gut 500 Migranten und Flüchtlingen in Piräus eingelaufen. Befragt von Reportern, gaben die meisten Migranten an, dass sie nach West- und Nordeuropa weiterreisen wollen. Seiten 4 und 5

Bundespolizei schickt Flüchtlinge zurück Migranten werden an der deutsch-österreichischen Grenze
abgewiesen, wenn sie in einem anderen EU-Land einen Asylantrag

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 12, 2016

End of Document

**Politik Ausland; Flüchtlingsboot: Tote bei Angriff vor libyscher Küste ++
Lettland: Alle Migranten nach Deutschland abgesetzt ++ Asylsystem: EU-
Präsidentschaft soll Vorschläge machen ++ Türkei: Attentäter aus U-Haft
entlassen**

Die Welt

Samstag 22. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 248

Length: 392 words

Body

Flüchtlingsboot

Tote bei Angriff vor libyscher Küste

Mindestens vier **Flüchtlinge** sind nach einem Angriff auf ein Schlauchboot im Mittelmeer ertrunken. Die unbekannten Angreifer hätten sich in der Nacht zu Freitag vor der libyschen Küste mit einem Schnellboot - gekennzeichnet wie die libysche Küstenwache - dem Schlauchboot genähert und seien mit Stöcken auf die **Migranten** losgegangen, teilte die deutsche Hilfsorganisation Seawatch mit. Man habe im Moment des Angriffs die Rettung des Bootes vorbereitet, das sich in Seenot befand. Unter den rund 150 Menschen an Bord sei Panik ausgebrochen.

Lettland

Alle Migranten nach Deutschland abgesetzt

Aus Lettland haben sich nach einem Medienbericht auch die letzten beiden der anfangs 23 anerkannten Flüchtlinge nach Deutschland abgesetzt. Nach einem Dokumentarfilm des lettischen Fernsehens sei das Ehepaar aus Eritrea zu Verwandten weitergezogen. Die Migrationsbehörde bestätigte, dass der Eritreer seine Arbeit als Übersetzer im Flüchtlingszentrum auf eigenen Wunsch Mitte Oktober beendet habe. Zuvor hatten bereits die anderen 21 Migranten, die als Flüchtlinge anerkannt wurden oder einen alternativen Schutzstatus erhalten haben, Lettland in Richtung Deutschland verlassen.

Asylsystem

EU-Präsidentschaft soll Vorschläge machen

Politik Ausland Flüchtlingsboot: Tote bei Angriff vor libyscher Küste ++ Lettland: Alle Migranten nach Deutschland abgesetzt ++ Asylsystem: EU-Präsidentschaft s....

Die slowakische EU-Präsidentschaft und die EU-Kommission sollen bis zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs Mitte Dezember (15./16. Dezember) weitere Vorschläge für ein funktionierendes EU-Asylsystem machen. Die slowakische Präsidentschaft stehe damit "vor einer schwierigen Aufgabe", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nach der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel. Vorschläge sollen etwa zur Umverteilung von Flüchtlingen und verschiedenen Formen der jeweiligen Beiträge gemacht werden. Zur Diskussion steht, dass Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen, Ausgleichszahlungen an die aufnehmenden Mitgliedstaaten leisten.

Türkei

Attentäter aus U-Haft entlassen

Mehr als fünf Monate nach einem Attentat auf den regierungskritischen Journalisten Can Dündar in der Türkei ist der Schütze aus der Untersuchungshaft freigelassen worden. Das entschied ein Istanbuler Gericht. Demnach wird der Prozess wegen "vorsätzlicher Körperverletzung" am 15. Dezember fortgeführt. Die Beweisaufnahme sei zum großen Teil abgeschlossen. Ein Urteil ist damit wahrscheinlich.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 22, 2016

**Gut ausgebildete Christen werden bevorzugt; Worauf Europäer bei
Migranten Wert legen**

Die Welt

Freitag 23. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 224

Length: 283 words

Body

Europäer haben klare Vorstellungen davon, welchen Flüchtlingen Asyl gewährt werden sollte - und welchen nicht. Besonders negativ wirkt es sich demnach auf das Bild eines Migranten aus, wenn er Muslim ist, schlecht ausgebildet und die Landessprache nicht beherrscht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, für die Forscher der Universität Zürich 18.000 Europäer aus 15 Ländern befragten, unter ihnen auch Deutsche. "Unsere Ergebnisse zeigen, dass in den Augen der europäischen Öffentlichkeit nicht alle Flüchtlinge gleich sind", sagte Politikwissenschaftler Dominik Hangartner, einer der Autoren der Studie.

Laut der Umfrage werden in allen Ländern jüngere Asylsuchende bevorzugt, die gut ausgebildet sind und größere Kenntnisse der Landessprache haben. Bei Ärzten und Lehrern sei die Akzeptanz deutlich größer als bei Migranten ohne Ausbildung. "Wir waren überrascht, wie sehr sich die Ergebnisse der Umfragen in ganz Europa ähnelten. "

Nicht nur wirtschaftliche Überlegungen spielen für die Befragten eine Rolle, sondern auch die persönliche Fluchtgeschichte eines Migranten: Eine Person, die unter Folter litt, hatte etwa eine um elf Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, von den Teilnehmern der Studie akzeptiert zu werden. Ähnliches gilt für Menschen, die aus ethischen, politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Auch die Religion eines Asylsuchenden ist den Europäern wichtig. In allen Ländern werden Muslime stärker abgelehnt als andere Gruppen. Trotz der Präferenz bestimmter Flüchtlinge mache die Studie aber auch deutlich: Die Europäer seien generell bereit, Asylsuchenden mit akzeptierten Fluchtgründen in ihrem Land Schutz zu gewähren, so die Autoren.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 23, 2016

EU-Asylsystem wird radikal umgebaut; Mehr Verteilung, mehr Härte, mehr Kontrollen

Die Welt

Donnerstag 7. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 81

Length: 467 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Die EU-Kommission will angesichts der anhaltenden **Flüchtlingskrise** das gemeinsame europäische **Asylsystem** langfristig radikal reformieren. "Das bestehende System ist nicht nachhaltig", sagte EU-Kommissionsvizechef Frans Timmermans. Der Chef der Unionsabgeordneten im EU-Parlament, Herbert Reul (CDU), begrüßte die Vorschläge: "Das vorgelegte Reformpapier setzt genau am richtigen Punkt an." Konkrete Gesetzesvorschläge will Brüssel aber erst in den kommenden Monaten vorlegen. Die EU-Regierungen und das Europäische Parlament müssen anschließend zustimmen. Dies sind die Vorschläge:

Mehr Verteilung: Der erste EU-Staat, den Migranten betreten, soll wie bisher für die Identifizierung, Registrierung und Abnahme von Fingerabdrücken zuständig sein. Dann schlägt die EU-Kommission zwei Möglichkeiten vor: Die Migranten müssen dort auch einen Asylantrag stellen. Erst wenn eine bestimmte Belastungsstufe erreicht ist, soll automatisch eine Umverteilung der Flüchtlinge in andere EU-Länder beginnen. Option zwei: Asylbewerber werden sofort nach einem bestimmten Schlüssel auf alle EU-Mitglieder verteilt. Ziel: Eine gerechte Lastenverteilung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Mehr Macht für EU-Asylagentur: Die Bearbeitung von Anträgen soll auf europäischer Ebene zentralisiert werden. Dazu soll das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) gestärkt werden. Voraussetzung dafür ist aber die Aufteilung der Flüchtlinge nach einem bestimmten Schlüssel und nicht nach dem bisherigen "Dublin-System".

Mehr Härte: Sollten sich Flüchtlinge aus dem Land entfernen, wo sie eine Berechtigung auf Asyl und Schutz besitzen, um in attraktivere EU-Länder wie Deutschland zu gelangen, gefährden sie ihren Asylstatus, ihre materiellen Zuwendungen und können im Extremfall sogar eingesperrt werden.

Mehr Harmonisierung: Die Anerkennungsquoten und Sozialleistungen für Flüchtlinge weichen EU-weit stark voneinander ab. Das kann zu "Asylshopping" führen: Die Migranten versuchen dorthin zu gelangen, wo die Leistungen und Anerkennungschancen am höchsten sind. EASO könnte künftig eine stärkere Rolle bei der

EU-Asylsystem wird radikal umgebaut Mehr Verteilung, mehr Härte, mehr Kontrollen

Überwachung und Einhaltung der geltenden Asylgesetzgebung spielen und dafür sorgen, dass in allen Ländern gleiche Standards gelten.

Mehr legale Migration: Die EU will mehr legale Wege schaffen, um Qualifizierte nach Europa zu locken. Gleichzeitig will sie ein europäisches Regelwerk schaffen, um die Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittstaaten in der Union zu erleichtern.

Mehr Grenzkontrollen: Die Kontrollen an den EU-Außengrenzen für Drittstaatenangehörige sollen verstärkt werden. Ein neues Ein- und Ausgangssystem beim Schengenraum soll elektronisch Namen, Dokumente, biometrische und Reisedaten speichern. Das neue "Entry-Exit-System" wird mit anderen Datenbanken verknüpft.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 7, 2016

Lediglich zwei Nordafrikaner erhielten 2015 Asyl; Bundesregierung äußert sich zur Flüchtlingslage: 43 Prozent der unbegleiteten Minderjährigen im ersten Quartal 2016 kommen aus Afghanistan

Die Welt

Donnerstag 19. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 115

Length: 1105 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Nur zwei **Asylbewerber** aus den Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien wurde 2015 laut Auskunft der Bundesregierung **Asyl** (nach Artikel 16 a des Grundgesetzes) gewährt. Das geht aus einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke für die Linke-Fraktion im Bundestag hervor, die der "Welt" vorliegt.

Insgesamt 31 Bürgern dieser Staaten wurde laut Ausführungen der Bundesregierung **Flüchtlingsschutz** (nach 3 **Asylgesetz** in Anwendung der Genfer Konvention) gewährt, bei weiteren 22 **Asylbewerber** aus dem Maghreb wurde ein sogenannter subsidiärer Schutz gewährt beziehungsweise ein Abschiebungsverbot festgestellt. Alles in allem hat das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) im Jahr 2015 insgesamt 2605 Entscheidungen über **Asylanträge** von Angehörigen der drei nordafrikanischen Staaten getroffen.

Im gesamten Jahr kamen aus Marokko, Algerien und Tunesien zusammen etwa 26.000 irreguläre Migranten nach Deutschland. Obwohl fast alle Asylanträge von Nordafrikanern abgelehnt werden und die Regierungen der drei Staaten regelmäßig bekräftigen, ihre Staatsangehörige zurücknehmen zu wollen, hakt es immer noch bei den Abschiebungen. Wie das Bundesinnenministerium in der vergangenen Woche der "Welt" mitteilte, betraf das im ersten Quartal 2016 nur insgesamt 57 Bürger dieser Staaten. Darüber hinaus gab es Rückführungen in andere Länder - zusammen 96 Nordafrikaner.

Am vergangenen Freitag hat der Bundestag mit großer Mehrheit die Einstufung Marokkos, Tunesiens und Algeriens als sichere Herkunftsstaaten beschlossen. Grüne und Linke lehnten das Gesetz ab, die SPD stimmte mit dem Koalitionspartner Union dafür. Der entsprechende Gesetzesvorschlag könnte aber am 17. Juni mit den Stimmen der von Linkspartei und Grünen mitregierten Bundesländer im Bundesrat zu Fall gebracht werden.

Der Chef der obersten Asylbehörde, Frank-Jürgen Weise, warb am Mittwoch für die Einstufung. Weise verwies auf Erfahrungen mit Serbien und dem Kosovo: "Als die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden sind, ist der Zugang über Asyl praktisch heruntergegangen auf null." Den Menschen, die "verführt durch

Lediglich zwei Nordafrikaner erhielten 2015 Asyl Bundesregierung äußert sich zur Flüchtlingslage: 43 Prozent der unbegleiteten Minderjährigen im ersten Quartal

Schlepper auf dem falschen Weg" gekommen seien, sei keine Illusion zu den Asylchancen in Deutschland mehr vorgegaukelt worden.

Aus der ausführlichen Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linkspartei geht weiterhin hervor, dass nach Angaben des BAMF in den ersten Monaten des laufenden Jahres die Zahl der freiwilligen Ausreisen von Flüchtlingen deutlich höher lag als die der Abschiebungen.

Ein weiterer Befund: 43 Prozent der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge kamen im ersten Quartal 2016 aus Afghanistan. Von den bis März 3652 ohne Eltern und Verwandte nach Deutschland eingereisten Minderjährigen flohen 1568 aus dem Bürgerkriegsland. Es folgen Syrer (761), Iraker (307), Somalier (281) und Gambier (103).

Insgesamt reisten damit im ersten Quartal 2016 noch einmal mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland als in den letzten drei Monaten des Jahres 2015 (3007). Zum Vergleich: Im Jahr 2009 gab es noch im gesamten Jahr genau 1949 Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Seitdem nehmen die Zahlen jährlich stark zu.

Erstaunlich ist, dass die Zahl der an den Grenzen abgewiesenen Unbegleiteten von Januar bis März 2016 (618) im Vergleich zum Vorquartal (40) stark hochschnellte. Laut Bundespolizei werden minderjährige Migranten nur dann abgewiesen, wenn sie Deutschland als Transitland nach Skandinavien oder eine andere europäische Region nutzen - oder gar keinen Schutzstatus in Deutschland beantragen wollen. Warum auf einmal so viele Unbegleitete keinen Schutz an der Grenze beanspruchen, lässt auf eine geänderte Praxis der Bundespolizei schließen.

Bei der Erfassung der irregulär eingereisten Migranten kommen die Behörden voran. Bevor die Flüchtlingszuwanderung im vergangenen Jahr ein nie gekanntes Ausmaß erreichte, war es recht einfach, zu erfahren, wie viele Schutzsuchende ins Land kamen. Die monatlich veröffentlichten Zahlen der Asylanträge lieferten ein relativ genaues Bild. Spätestens 2015 drifteten jedoch die Zahlen der irregulären Migranten, die im IT-System der Bundesländer (Easy) registriert wurden, und die Zahl der beim BAMF in Nürnberg gestellten Asylanträge immer weiter auseinander. Doch die Kraftanstrengung des BAMF und die deutlichen Stoppsignale aus Europa an Flüchtlinge und andere Migranten blieben nicht ohne Wirkung. Im Februar 2016 überstieg die Zahl der Asylanträge erstmals wieder die Zahl der im Easy-System registrierten, meist neu eingereisten Asylsuchenden - im März deutlich (58.315 Asylanträge, 20.608 Easy-Registrierungen).

Das sehr ungleichgewichtige Verhältnis von Easy- und Asylzahlen zwischen den Bundesländern erklärt die Bundesregierung mit Personalausstattungen, aber auch mit möglichen zeitweise "statistischen Verwerfungen" infolge der hohen Asylzahlen.

Eine für die Betroffenen leidvolle Konsequenz ist, dass 28.510 Schutzsuchende seit mehr als zwei Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten. Laut Bundesregierung sind 3808 Verfahren seit mehr als drei Jahren anhängig, 96.655 seit mehr als einem Jahr, wie aus der Antwort an die Linke hervorgeht.

Die innenpolitische Sprecherin, Ulla Jelpke, sagte der "Welt", viele Schutzsuchende, besonders aus Afghanistan, gäben angesichts dieser langen Wartezeiten auf. "Aus Resignation und Verzweiflung heraus wollen sie noch während des laufenden Asylverfahrens wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren", sagte sie. Damit würden sie sich notgedrungen zurück in die Gefahr begeben, vor der sie ursprünglich geflohen sind.

BAMF-Chef Weise warb für frühe Deutschkurse auch für Migranten mit einer schlechten Bleibeperspektive. Denn diese würden aus verschiedenen Gründen dennoch lange im Land bleiben, sagte er in Berlin. Beispielsweise weil sie gegen die Ablehnung ihres Asylantrags klagten oder kein Land hätten, in das sie zurückgeschickt werden könnten. Weise: "Aus der Praxis neige ich dazu, diesen Menschen eigentlich sofort Sprachkurse anzubieten."

Allerdings koste dies Geld. Die Politik müsse daher bedenken, was die beste Lösung sei. Weise, zugleich Präsident der Bundesagentur für Arbeit (BA), mahnte auch Verbesserungen bei der Integration von Flüchtlingen an. "Die Integrationskurse sind bislang noch nicht optimal organisiert", betonte er. So sei der Bedarf höher als das Angebot. Oft wechselten Asylbewerber auch einfach den Ort, sodass ein Kurs dann nicht genutzt werde. Die von der

Lediglich zwei Nordafrikaner erhielten 2015 Asyl Bundesregierung äußert sich zur Flüchtlingslage: 43 Prozent der unbegleiteten Minderjährigen im ersten Quartal

Regierung geplante Auflage für Flüchtlinge, sich an einem bestimmten Wohnsitz aufzuhalten, könne hier Abhilfe schaffen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 19, 2016

End of Document

Nicht gerade Anwalts Liebling; Deutschland hat reichlich Advokaten - aber zu wenige, die sich mit Ausländerrecht beschäftigen. Dabei ist die Nachfrage aufgrund der Flüchtlingskrise so hoch wie nie

Die Welt

Donnerstag 22. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 246

Length: 1177 words

Byline: Thorsten Jungholt

Body

In diesen Zeiten, da immer mehr **Flüchtlinge** nach Deutschland kommen, herrscht vor allem eines: der Mangel. Es fehlt an Unterkünften, an Beamten in der Verwaltung, an medizinischer Versorgung, an Lehrern, an politischen Konzepten - diese Liste ließe sich nach Belieben verlängern.

Woran es eigentlich nicht mangeln sollte, ist die Rechtsberatung für **Flüchtlinge**. Denn Deutschland, das ist das Land der Anwälte. 163.513 zugelassene Advokaten meldet die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) für das Jahr 2015. Das ist der vorläufige Gipfelpunkt eines rasanten Zuwachses in den vergangenen Jahrzehnten: 1990 gab es gerade einmal 56.000 Anwälte, knapp ein Drittel der aktuellen Zahl. Branchenexperten sind sich deshalb einig: Dieses Land hat viel zu viele Rechtsanwälte.

Allerdings zu wenige, die sich um die Flüchtlinge kümmern können oder wollen. Thomas Oberhäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht im Deutschen Anwaltverein (DAV), spricht von einer "extremen Lage. Eine Nachfrage wie im Moment habe ich noch nicht erlebt". Oberhäuser ist seit 18 Jahren Anwalt, gemeinsam mit zwei Kollegen betreibt er eine Kanzlei in Ulm, die sich auf Migrationsrecht spezialisiert hat. Die nächsten freien Termine kann er in vier Wochen vergeben. Die Wochentage sind gefüllt mit Mandanten- und Gerichtsterminen, die Wochenenden nutzt der Jurist fürs Aktenstudium. Gern würde er Mandanten an andere Rechtsanwälte weitervermitteln, "aber ich weiß nicht, an wen. Die wenigen Kollegen im Umkreis sind genauso überlastet wie ich. Es gibt leider nur eine überschaubare Zahl von Rechtsanwälten, die im Migrationsrecht tätig sind."

Das ist nicht nur in Ulm so. Im DAV sind rund 1500 Anwälte registriert, die Asyl- und Ausländerrecht als Schwerpunkt ihrer Tätigkeit angegeben haben. Von denen engagieren sich rund 380 in der Arbeitsgemeinschaft, sind also intensiv mit der Thematik befasst. Dem gegenüber stehen mehr als 300.000 offene Asylanträge, die derzeit beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anhängig sind. Im vergangenen Jahr klagten Asylbewerber

Nicht gerade Anwalts Liebling Deutschland hat reichlich Advokaten - aber zu wenige, die sich mit Ausländerrecht beschäftigen. Dabei ist die Nachfrage aufgrund d....

gegen rund 40 Prozent der Entscheidungen der Behörde. Bei einer prognostizierten Zahl von 800.000 bis 1,5 Millionen Flüchtlingen in diesem Jahr wartet mithin viel Beratungsarbeit auf die Anwälte.

Nach derzeitigem Stand zu viel Arbeit. Die Nachfrage sei auch bei ihm "deutlich gestiegen", sagt Stephan Hocks, Anwalt in Frankfurt und Vorsitzender des Ausschusses für Asyl- und Ausländerrecht in der Bundesrechtsanwaltskammer. "Wir hatten immer genug zu tun, aber jetzt müssen wir Mandate mangels Kapazität auch einmal abweisen." Hocks fände es deshalb wünschenswert, "dass Neueinsteiger oder Umsattler das Migrationsrecht für sich entdecken".

Bei dem Gedränge auf dem Anwaltsmarkt wäre das eine naheliegende Entscheidung. Denn in hergebrachten Fachbereichen wie dem Straf- oder Handelsrecht, dem Familien-, Steuer- oder Arbeitsrecht tobt ein erbitterter Kampf um die Mandate. So manche Kanzlei ringt angesichts der Advokatenschwemme um das wirtschaftliche Überleben. Junganwälte, die nicht gerade die "volle Kriegsbemalung", also zwei Prädikatsexamina, vorweisen können und von den internationalen "law firms" umworben werden, müssen schmale Einstiegsgehälter von 30.000 Euro brutto hinnehmen - wenn sie denn überhaupt etwas finden.

Im Migrationsrecht dagegen herrschen vergleichsweise angenehme Verhältnisse. "Es gibt eigentlich keine Konkurrenz um die Mandate - anders als in Fachbereichen wie dem Straf- oder Teilen des Zivilrechts. Im Ausländerrecht sehe wir uns eher als gemeinsame Verbündete, wir helfen uns gegenseitig", sagt Anwalt Hocks. "Die Kollegen, die sich mit Migrationsrecht befassen, sind gut miteinander vernetzt und pflegen ein kollegiales Verhältnis."

Sein Ulmer Kollege Oberhäuser glaubt dennoch nicht, dass sich die Lage in absehbarer Zeit entspannt: "Es sind kaum Grundlagen da. In der gesamten Ausbildung bekommt man das Wort Ausländerrecht vielleicht mal zu hören. Aber es wird nicht fundiert gelehrt. Sich die nötigen Kenntnisse dann später anzueignen, das geht nicht von heute auf morgen."

Tatsächlich ist das Migrationsrecht komplex. Neben den Asylverfahren, die in der Regel vertiefte Kenntnisse über die politische Lage in den Herkunftsländern erfordern, umfasst es beispielsweise auch das Aufenthaltsrecht mit Fragen von der Einreise per Visum über Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis bis hin zur Einbürgerung. Es geht um Beratung bei Familienzusammenführungen, internationalen Scheidungen oder auch der Strafverteidigung bei illegalen Aufenthalten. Man müsse sich also mit "Völker- und Europarecht, Verfassungs- und Verwaltungsrecht bis hin zu den Erlassen in den einzelnen Bundesländern" auskennen, sagt Hocks. All das sei zudem ständigen und rasanten Änderungen unterworfen. Außerdem sollte "auch ein gewisses persönliches Interesse an der Thematik da sein, eine weltoffene und auf Integration ausgerichtete Grundhaltung".

Hohe, teilweise sehr spezielle Anforderungen also - für ein oftmals bescheidenes Einkommen. Die meisten Flüchtlinge verfügen nicht mehr über sonderlich viel Geld, wenn sie in Deutschland ankommen, und sind auf Unterstützung von Angehörigen, Kirchen oder Hilfsorganisationen angewiesen. Prozesskostenhilfe gibt es nur unter bestimmten Voraussetzungen, die Anwaltskosten übernimmt die Staatskasse lediglich bei erfolgreichem Verfahrensverlauf. "Die Streitwerte sind relativ gering, und in Asylfällen muss man oftmals Ratenzahlungen vereinbaren", sagt Oberhäuser. "Als Anwalt im Migrationsrecht kann man keine Reichtümer scheffeln, aber mit einer vernünftigen Kanzleiorganisation und dem richtigen Mandatemix kann man gut davon leben." Auch Hocks findet, dass sich das Auskommen bei effizienter Arbeit nicht von dem der Anwälte unterscheidet, "die sonst mit den Rechtsfragen des täglichen Lebens befasst sind".

Hilfreich wäre es jedenfalls, wenn mehr Unterstützung von der Bundesrechtsanwaltskammer käme. Die dort angesiedelte Satzungsversammlung, eine Art Parlament der Anwaltschaft, hat das Vorrecht, den Titel eines Fachanwalts einzuführen, der nach entsprechendem Kenntnissnachweis auf dem Kanzleischild geführt werden darf und ein Rechtsgebiet aufwertet. Für mehr als 20 Fachgebiete ist das bereits geschehen, zuletzt für das Vergaberecht. Der Antrag der Migrationsrechtler, den Fachanwalt für Asyl- und Ausländerrecht einzuführen, fand auf der Satzungsversammlung im März jedoch keine ausreichende Mehrheit. "Aber die Entwicklung zeigt doch jetzt, wie wichtig es wäre, den Fachbereich attraktiver zu machen. Ich hoffe, dass sich die nächste

Nicht gerade Anwalts Liebling Deutschland hat reichlich Advokaten - aber zu wenige, die sich mit Ausländerrecht beschäftigen. Dabei ist die Nachfrage aufgrund d....

Satzungsversammlung noch einmal mit dem Thema befasst", sagt Rechtsanwalt Oberhäuser. Geht es nach ihm und weiteren Kollegen aus DAV und Anwaltskammern, soll das Thema bereits im November erneut auf die Tagesordnung kommen.

Anwalts Liebling wird das Migrationsrecht wohl nicht mehr werden. Aber vielleicht findet es zumindest einen Weg aus dem Dasein als juristisches Mauerblümchen.

"Als Anwalt im Migrationsrecht kann man keine Reichtümer scheffeln" Thomas Oberhäuser, Deutscher Anwaltverein

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

pa/Friso Gentsch

Der Somalier Ares Saeed M. im Verwaltungsgericht Osnabrück mit seinem Rechtsbeistand Andreas Neuhoff. Die Arbeit als Ausländeranwalt ist unter Juristen wenig gefragt

Friso Gentsch

Load-Date: October 22, 2015

End of Document

Balkan überfordert deutsches Asylsystem

Die Welt

Dienstag 14. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 161

Length: 311 words

Body

Im ersten Halbjahr 2015 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 179.037 Asylanträge gestellt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der Bewerber um 132,2 Prozent. Während in der öffentlichen Flüchtlingsdebatte der Eindruck dominiert, die meisten Asylsuchenden kämen aus Kriegsgebieten über das Mittelmeer nach Deutschland, stammt fast jeder zweite aus den Staaten des Westbalkans. 82.243 (45,94 Prozent) der Antragssteller kamen aus dem Kosovo, Albanien, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte bei der Vorstellung des Halbjahresberichts, wichtig sei es vor allem, "dass wir schneller und deutlicher differenzieren zwischen tatsächlich schutzbedürftigen Menschen und anderen Personen, die unter keinem Aspekt für ein Aufenthaltsrecht in Betracht kommen". Bereits im Mai hatte der Bund seine Prognose der Asylanträge in diesem Jahr von 300.000 auf 450.000 erhöht. De Maizière begründete dies mit dem erhöhten Migrationsdruck über die Mittelmeerrouten, der Migration aus den Kriegs- und Krisenregionen in Nahost und aus dem Westbalkan.

Eigentlich hatte die Politik mit einem Rückgang der Zahlen gerechnet, nachdem Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt worden waren, wodurch die entsprechenden Anträge schneller bearbeitet und abgelehnte Bewerber einfacher abgeschoben werden können. Die Union würde gerne auch Albanien, das Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklären, kann sich aber nicht gegen SPD, Grüne und Linkspartei durchsetzen, die wegen der Diskriminierung von Roma und anderen Minderheiten eine solche Kategorisierung ablehnen.

Die Anerkennungsquote für die Länder des Westbalkans ist verschwindend gering und liegt nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zwischen 0,1 und 0,2 Prozent.

Load-Date: July 14, 2015

Schweden etabliert den gläsernen Flüchtling; Bei der Integration von Einwanderern hat das Land zahlreiche Daten erhoben. Von dieser Erfahrung könnte Deutschland einiges lernen

Die Welt

Dienstag 11. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 238

Length: 816 words

Byline: Sabine Menkens

Body

In Deutschland wäre das kaum vorstellbar: eine Identifikationsnummer, mit der man sich bei allem, was man tut, ausweisen muss - bei der Anmeldung eines Telefonanschlusses, im Krankenhaus, der Arbeitsaufnahme, beim Finanzamt. Der gläserne Bürger, überwacht von der Wiege bis zur Bahre. In Schweden ist das längst Realität - und Teil des Öffentlichkeitsprinzips.

"Für **Asylbewerber**, die nach Schweden kommen, ist die Identifikationsnummer daher etwas sehr Begehrtes", berichtet Bernd Parusel. Der deutsche Politikwissenschaftler arbeitet beim schwedischen **Migrationsamt "Migrationsverket"** und hat die Vorzüge des gläsernen Bürgers - und damit auch des gläsernen **Flüchtlings** - aus erster Hand kennengelernt. Schweden kann dadurch auf umfangreiche und lange Datenreihen zugreifen und den Erfolg oder Misserfolg seiner Integrationspolitik unmittelbar messen. Eine wichtige Ressource bei der Frage, wie die Eingliederung von **Flüchtlingen** gelingen kann - und welche Maßnahmen auch auf Deutschland übertragbar sind.

Anders als Deutschland hat Schweden langjährige Erfahrungen mit der Integration, wie Thomas Liebig hervorhebt, der Abteilungsleiter für internationale Migration bei der OECD. Kernstück ist ein zweijähriges Programm, das jeder Asylbewerber absolvieren muss. Zu Anfang wird analysiert, welche Vorbildung und Qualifikation vorliegt. Darauf wird ein individueller Integrationsplan aus Sprachkursen, Praktika und berufsbegleitenden Maßnahmen aufgebaut - mit dem Ziel, die Teilnehmer in nicht subventionierte Arbeit zu bringen, erläutern Liebig und Parusel. Zudem wurde das neue Instrument der "Fast-Tracks" etabliert - damit sollen gezielt Flüchtlinge für Mangelberufe gecastet und ausgebildet werden.

Seit 1999 beobachten die Schweden den Erfolg des Programms: Nach dem zweijährigen Programm haben 25 Prozent der Teilnehmer einen regulären Job, nach fünf Jahren 30 Prozent und nach acht Jahren 50 Prozent. Eine trotz aller Bemühungen unbefriedigende Bilanz, wie Parusel eingestand. Allerdings sei der schwedische Arbeitsmarkt auch ein schwieriges Pflaster: Die Löhne und die geforderte Qualifikation sind hoch, es gibt keinen

Schweden etabliert den gläsernen Flüchtling Bei der Integration von Einwanderern hat das Land zahlreiche Daten erhoben. Von dieser Erfahrung könnte Deutschland

Niedriglohnsektor und aufgrund einer hohen Automatisierungsquote nur wenig einfache Servicejobs. Hier seien die Voraussetzungen in Deutschland besser.

Dennoch stehe Schweden vor allem in der Sprachkompetenz der Flüchtlinge und ihrer Integration in die Gesellschaft besser da als Deutschland, meint Parusel. Massenunterkünfte sind unbekannt, Zuwanderern werden so schnell wie möglich normale Wohnungen zugewiesen. Neuerdings gibt es hier auch eine Wohnortauflage.

Berufsqualifizierungsmaßnahmen und Sprachkurse werden vom ersten Tag an organisiert. "Eine passive Phase des Wartens wie in Deutschland gibt es in Schweden nicht", sagt der Migrationsexperte. Und trotz der noch verbesserungsbedürftigen Beschäftigungslage für die erste Generation: Spätestens die Kinder der Flüchtlinge seien in der schwedischen Gesellschaft angekommen. Dafür Sorge auch die immer noch hohe Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung.

Dennoch hat das skandinavische Vorzeigeland im vergangenen Sommer die Notbremse gezogen. Jahrelang haben die Schweden pro Kopf der Bevölkerung die meisten Flüchtlinge in Europa aufgenommen. Auf dem Höhepunkt der Krise begann es dann aber auch, den Zustrom zu begrenzen - mit verstärkten Grenzkontrollen, mehr befristeten Aufenthaltsgenehmigungen und einer drastischen Einschränkung des Familiennachzugs. Das hat viele Neuankömmlinge enttäuscht: 17 Prozent aller Asylbewerber haben seither freiwillig das Land verlassen - weil sie keine Chance mehr auf Anerkennung oder keine Möglichkeit zur Familienzusammenführung für sich sahen.

Für die Integration seien Zuzugsbeschränkungen und unsichere Aufenthaltsverhältnisse problematisch, meint OECD-Experte Liebig. Ein nur vorübergehender Schutzstatus schwäche die Motivation, sich in die Gesellschaft des Aufnahmelandes zu integrieren - und halte potenzielle Arbeitgeber davon ab, einzustellen und auszubilden. Ein kaum zu lösender Zielkonflikt.

Pragmatisch haben die Schweden hingegen das Problem gelöst, wie sie mit Migranten umgehen, die nur geduldet sind. Abgelehnte Asylbewerber, die aber bereits arbeiten, dürfen in Schweden die "Spur wechseln" und werden für einen "Aufenthalt zu Arbeitszwecken" registriert. Wer dauerhaft nicht abgeschoben werden kann, bekommt einen Aufenthaltsstatus und Zugang zu Integrationsmaßnahmen - anders als in Deutschland, wo geschätzte 100.000 Menschen in einem unsicheren Duldungsverhältnis leben.

Dennoch habe Deutschland riesige Fortschritte gemacht, hebt OECD-Ökonom Liebig hervor. Jetzt sei es es an der Zeit, die vielen Modellprojekte, die es überall im Land gibt, zu verstetigen und in ein strukturiertes Programm zu überführen. "Insgesamt ist Deutschland wesentlich besser aufgestellt als bei der letzten großen Migrationswelle Anfang der 90er-Jahre."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 11, 2016

Migration in die EU rechnet sich

Die Welt

Dienstag 4. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 232

Length: 551 words

Byline: George Soros

Body

Die **Flüchtlingskrise** und die von ihr ausgelöste Brexit-Tragödie haben fremdenfeindliche, nationalistische Bewegungen gestärkt, die nun danach streben, eine Reihe anstehender Wahlen zu gewinnen, darunter die nationalen Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland im kommenden Jahr. Statt den Schulterschluss zu üben, um dieser Bedrohung zu begegnen, sind die EU-Mitgliedstaaten immer weniger bereit, miteinander zu kooperieren. Indem sie etwa Grenzzäune errichten, verfolgen sie eine eigennützige **Migrationspolitik** zulasten ihrer Nachbarn, die die EU weiter spaltet, den Mitgliedstaaten ernsthaft schadet und globale Menschenrechtsstandards untergräbt. Wie würde eine umfassende Strategie aussehen? Egal, wie ihre abschließende Form beschaffen wäre, sie würde auf sieben Säulen aufbauen.

Erstens muss die EU eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen direkt aus den Frontstaaten aufnehmen, und zwar auf sichere und geordnete Weise. Zweitens muss die EU die Kontrolle über ihre Grenzen zurückgewinnen. Es gibt kaum etwas, das die Öffentlichkeit stärker verprellt und ängstigt als Szenen des Chaos. Drittens muss die EU ausreichende finanzielle Mittel aufbringen, um eine umfassende Migrationspolitik zu finanzieren. Laut Schätzungen werden hierzu für eine Anzahl von Jahren mindestens 30 Milliarden Euro jährlich benötigt. Viertens muss die EU gemeinsame Mechanismen zum Schutz der Grenzen, zur Entscheidung von Asylanträgen und zur Umsiedlung von Flüchtlingen entwickeln. Ein einheitliches europäisches Asylverfahren würde die Anreize für den Asyltourismus abbauen und wieder Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten herstellen.

Fünftens bedarf es eines freiwilligen Abstimmungsmechanismus für die Umsiedlung der Flüchtlinge. Die EU kann die Mitgliedstaaten nicht zwingen, Flüchtlinge zu akzeptieren, die sie nicht wollen, und sie kann die Flüchtlinge nicht zwingen, an Orte zu gehen, wo sie unerwünscht sind. Sechstens muss die EU Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, deutlich stärker unterstützen, und sie muss in ihrem Ansatz gegenüber Afrika großzügiger sein. Statt Entwicklungshilfegelder so einzusetzen, dass sie ihren eigenen Bedürfnissen zugutekommen, sollte die EU eine echte "große Lösung" anbieten, die sich auf die Bedürfnisse der Empfängerländer konzentriert. Die letzte Säule ist die langfristige Schaffung eines einladenden Umfeldes für Wirtschaftsmigranten. Angesichts der alternden Bevölkerung in Europa überwiegen die mit der Migration verbundenen Vorteile die Kosten der Integration der Migranten deutlich.

Migration in die EU rechnet sich

All dies ist unverzichtbar, um die Ängste der Öffentlichkeit zu beruhigen, die chaotischen Ströme der Asylsuchenden abzubauen, sicherzustellen, dass die Neuankömmlinge vollständig integriert werden, für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zu Ländern im Mittleren Osten und in Afrika aufzubauen und Europas internationalen humanitären Verpflichtungen nachzukommen. Die Flüchtlingskrise ist nicht die einzige Krise, der Europa sich stellen muss, aber sie ist die dringlichste. Und wenn in der Flüchtlingsfrage wesentliche Fortschritte erzielt werden könnten, würde dies dazu führen, dass sich die anderen Probleme leichter bewältigen lassen.

Der Autor ist Chairman von Soros Fund Management und den Open Society Foundations. Aus dem Englischen von Jan Doolan

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Amin Akhtar

Load-Date: October 4, 2016

End of Document

EU-Kommission fordert mehr Hilfen für Athen; Zahl der Flüchtlinge zuletzt wieder sprunghaft gestiegen

Die Welt

Donnerstag 25. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 199

Length: 403 words

Byline: Dr. Christoph Schiltz

Body

Der für Flüchtlingsfragen zuständige EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos hat die Mitgliedsländer dazu aufgerufen, Griechenland stärker mit Asylexperten zu unterstützen: "Jetzt ist nicht der Zeitpunkt, Griechenland den Rücken zu kehren, weil die Migrationsströme zurückgegangen sind." Die Kommission arbeite mit den griechischen Behörden mit Nachdruck daran, die Situation der Flüchtlinge und Migranten vor Ort zu verbessern, betonte der Kommissar.

Derzeit findet dort die größte EU-Operation statt. Mehr als 700 Mitarbeiter verschiedener europäischer Behörden würden Griechenland bei der Aufnahme, Registrierung und Identifizierung von Migranten unterstützen, ebenso bei der Grenzsicherung: "Aber die EU-Mitgliedsländer müssen weiterhin Mitarbeiter zur Verfügung stellen, insbesondere für das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), sodass die Arbeit vor Ort verstärkt werden kann", sagte Avramopoulos.

Es gebe noch mehr als 50.000 geflüchtete Menschen in Griechenland, darunter viele, die ein Recht hätten, auf andere europäische Staaten umverteilt zu werden. Dagegen müssten Migranten, die kein Bleiberecht haben, schnell zurückgeschickt werden. "Jetzt ist nicht die Zeit für Gleichgültigkeit", betonte der Kommissar aus Griechenland.

In Griechenland arbeiten bereits - neben mehr als 600 Einsatzkräften der EU-Grenzschutzagentur Frontex - 54 Fachleute der europäischen Asylagentur EASO und 48 Dolmetscher. Dies sei nur ein Bruchteil des versprochenen Personals, kritisierten die griechischen Behörden zuletzt. In Kreisen der EU-Länder heißt es dagegen, es seien auch deshalb relativ wenige Experten vor Ort, weil Griechenland keine geeigneten Arbeitsbedingungen geschaffen hätte.

Seit dem Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei vom 18. März ist die Zahl der Asylgesuche in Griechenland sprunghaft angestiegen: Im Februar waren es nach amtlichen Angaben 1467, im Juli 4013. Auch die Zahl der Flüchtlinge ist gestiegen. Seit dem Putschversuch in der Türkei Mitte Juli haben sich die Neuankünfte

EU-Kommission fordert mehr Hilfen für Athen Zahl der Flüchtlinge zuletzt wieder sprunghaft gestiegen

mehr als verdoppelt: Setzten in den ersten beiden Juliwochen 634 Flüchtlinge über, waren es in den ersten zwei Augustwochen 1277 Menschen.

Obwohl die Zahlen im Vergleich zum Jahresbeginn deutlich geringer sind, hat Griechenland Probleme bei der Unterbringung. Das Land war vor der Schließung der Balkanroute nicht auf einen längeren Aufenthalt der Flüchtlinge eingestellt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 25, 2016

End of Document

Österreich winkt Migranten einfach durch; Das Land hat 100.000 Asylsuchende seit Dezember nicht registriert. Merkel ist erbost über den Nachbarn

Die Welt

Montag 7. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 56

Length: 672 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Österreich hat in den vergangenen Monaten massenhaft gegen europäische Regeln verstoßen. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der "Welt" hervor.

Demnach verfolgte die Wiener Regierung bis vor Kurzem nicht nur eine Politik des "Durchwinkens" von **Flüchtlingen** nach Deutschland. Österreich unterließ es zudem in großem Umfang, **Asylsuchende** zu registrieren, wie es in der Dublin-Verordnung eigentlich vorgesehen ist.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wurden von der Bundespolizei zwischen dem 23. Dezember 2015 und dem 25. Februar 2016 rund 127.000 Migranten gezählt, die aus Österreich eingereist sind. Im gleichen Zeitraum wurden allerdings von Bundespolizei und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lediglich 14.000 Personen festgestellt, die außerhalb der Bundesrepublik von einem anderen Mitgliedsstaat erstregistriert wurden. Nach Informationen der "Welt" hat die Wiener Regierung ihr Verhalten in der Vergangenheit gegenüber der Bundesregierung unter anderem damit begründet, dass laut Dublin-Verordnung bereits Griechenland für Registrierung und Durchführung fast aller Asylverfahren zuständig sei. Zudem sei für viele Flüchtlinge Deutschland und nicht Österreich Wunschziel gewesen. Die Wiener Regierung hat mittlerweile ihren Kurs korrigiert. Flüchtlinge mit Ziel Deutschland werden zwar weiterhin durchgelassen. Österreich war aber maßgeblich daran beteiligt, dass Mazedonien die Balkanroute an der Grenze nach Griechenland zu schließen versucht. In Berliner Regierungskreisen herrscht Verärgerung über das Vorgehen Österreichs. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warf in einem Interview mit der "Bild am Sonntag" einigen EU-Ländern entlang der Balkanroute vor, mit Alleingängen zu der chaotischen Situation beigetragen zu haben. "Im Übrigen haben wir auch deshalb heute eine andere Situation, weil Österreich und die Balkanländer für ihr Vorgehen an ihren nationalen Grenzen einseitig

Österreich winkt Migranten einfach durch Das Land hat 100.000 Asylsuchende seit Dezember nicht registriert.
Merkel ist erbost über den Nachbarn

Entscheidungen getroffen haben, die sich leider zulasten unseres Partners und Schengenstaates Griechenland auswirken", sagte sie.

In Regierungskreisen wird zudem darauf hingewiesen, dass Deutschland im vergangenen Herbst mit seiner Entscheidung, keine Flüchtlinge an der Grenze zurückzuweisen, dafür gesorgt habe, dass es in Österreich zu keinem Stau von Tausenden Migranten gekommen sei. Mittlerweile weist die Bundespolizei zwar zum Teil Flüchtlinge zurück. Die Zahl lag zwischen 1. Januar und 22. Februar allerdings bei lediglich 6700 Personen. Zum überwiegenden Teil gaben sie an, dass sie in Deutschland kein Asyl beantragen wollten. Würde die Dublin-Verordnung perfekt funktionieren und eingehalten werden, wäre die Zahl der Asylanträge im vergangenen Jahr verschwindend gering gewesen. "Die Bundespolizei stellte im Jahr 2015 insgesamt 1699 Asylsuchende fest, die nicht über einen sicheren Drittstaat beziehungsweise sicheren Herkunftsstaat nach Deutschland eingereist sind", teilte eine Polizeisprecherin der "Welt" mit. Die Einreisen erfolgten überwiegend über die Flughäfen und nur zu einem sehr geringen Teil über die Seehäfen. Streng genommen könnte sich die Bundesrepublik lediglich für diese Personengruppe verantwortlich fühlen. Die übrige Million an Migranten, die laut Schätzung der Regierung 2015 gekommen sind, hätten laut Dublin-Abkommen eigentlich in Griechenland, Italien und den anderen Staaten an der Außengrenze registriert werden und dort einen Asylantrag stellen müssen. Österreich wäre ein weiterer Staat auf der Balkanroute gewesen.

Wenn ein Flüchtling bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat registriert wurde, besteht die Möglichkeit, ihn dorthin zu überstellen. Bereits im Januar 2011 setzte Deutschland Rückführungen nach Griechenland jedoch aus, weil dort regelmäßig Asylbewerber nicht den EU-Regeln entsprechend behandelt wurden. Im Dezember desselben Jahres erklärte der Europäische Gerichtshof Überstellungen nach Griechenland für unzulässig, weil Asylsuchende dort tatsächlich Gefahr liefen, grundrechtswidrig behandelt zu werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 7, 2016

Flüchtlinge umverteilen

Die Welt

Freitag 15. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 111

Length: 621 words

Byline: Dimitris Avramopoulos

Body

Migration ist für Europa eine große Herausforderung. Bei rund 70 000 Asylanträgen und fast 80 000 Migranten, die seit Anfang 2015 in der EU angekommen sind, besteht dringender Handlungsbedarf. Die EU-Kommission setzt daher mit einer Europäischen Migrationsagenda Maßstäbe. Sie strebt eine rasche Reaktion auf die dramatische Situation im Mittelmeer und an unseren Außengrenzen an. Eine stärkere Integration der Migrationspolitik auf EU-Ebene muss erfolgen. Wichtiger ist jedoch, die Migration in alle Politikbereiche prioritär einzubinden. Nur so können der wachsende Strom schutzbedürftiger Migranten und die Grenzsicherung bewältigt werden.

Um mehr Rettungseinsätze zu ermöglichen, haben wir die Mittel für Triton und Poseidon im Mittelmeer verdreifacht. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten ihre am 23. April gegebenen Zusagen einhalten und mehr Ressourcen (Schiffe, Helikopter usw.) zur Verfügung stellen. Wir müssen unserer moralischen Verpflichtung nachkommen und Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, ein besseres Leben ermöglichen. Dazu zählt Solidarität und eine faire Lastenverteilung. Europa hat die höchsten Standards in der Asylpolitik. Wir müssen aber auch ehrlich sein: Das Dublin-System, das bestimmt, welcher Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, ist nicht optimal. Deshalb werden wir das System überprüfen. Sollte sich herausstellen, dass wir es ändern müssen, werde ich es reformieren. In der Zwischenzeit schlagen wir ein System vor, Menschen, die internationalen Schutz beantragt oder erhalten haben, von einem EU-Mitgliedstaat, dessen Asylsystem überlastet ist, in einen anderen umzusiedeln. Dieses System basiert auf einem Verteilungsschlüssel und Quoten. Es wird von allen Mitgliedstaaten erwartet, sich daran zu beteiligen. Die EU wird ihre Partnerschaft mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern stärken, um die Ursachen der Migration zu bekämpfen. Um den Druck von Ländern wie dem Libanon, Jordanien oder der Türkei zu nehmen, die eine große Anzahl von Flüchtlingen beherbergen, und um zu vermeiden, dass Migranten sich auf die gefährliche Reise über das Mittelmeer begeben, schlägt die Kommission vor, den Transfer von 20.000 Flüchtlingen aus diesen Ländern zu organisieren und sie auf der Grundlage eines Verteilungsschlüssels in den EU-Mitgliedstaaten neu anzusiedeln. Wir sollten Flüchtlingen zwar sicherere Optionen anbieten, gleichzeitig müssen wir aber gegen jene vorgehen, die ihre Lage ausnutzen. Die Aktivitäten der Schleuser müssen verhindert werden, die Täter vor Gericht gestellt und ihr Vermögen muss beschlagnahmt werden.

Flüchtlinge umverteilen

Angesichts der alternden Bevölkerung und einer sinkenden Erwerbsbevölkerung können ausländische Arbeitskräfte einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Europas leisten. Leider funktioniert das Blue-Card-System, das die Einreise und den Aufenthalt hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten in der EU ermöglicht, nicht. So wurden 2014 in der gesamten EU nur 16 000 Karten ausgestellt. Wir müssen herausfinden, welche Qualifikationen gefragt sind und in welchen Bereichen Arbeitskräfte fehlen werden. Dazu wird die EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, der Wirtschaft und den Gewerkschaften eine Unternehmensplattform einrichten.

Mit der Migrationsagenda hat die Kommission ihre Initiativbefugnisse voll ausgeschöpft, um alle Dimensionen der Migration zu erfassen. Allerdings hängt der Erfolg nicht nur von uns ab. Ich zähle auf die Regierungen aller Mitgliedstaaten und alle Parlamente, uns die Unterstützung zu gewähren und die Mittel zur Verfügung stellen, damit diese Vorschläge auch Wirklichkeit werden.

Der Autor ist EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Europäisches Parlament

Load-Date: May 15, 2015

End of Document

Die Pässe, bitte!

Die Welt

Mittwoch 21. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 222

Length: 343 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Fast alles hat sich im Migrationskrisendeutschland seit dem vergangenen Herbst verändert. Bundesinnenminister Thomas de Maizière meckerte in seiner Fördern-Fordern-Flüchtlingsrede deshalb zu Recht über den Stempel "Staatsversagen", den mancher leichtfertig auf das Jahr 2015 gedrückt hatte.

Nicht nur, dass Bund, Länder, Kommunen und freiwillige Helfer das Unmögliche schafften und teilweise pro Tag zehntausend neue Betten irgendwie heranholten. Der Staat hat es auch vollbracht, die Asylregeln mit Maß und Mitte so zu verschärfen, dass die Anreize für Migranten ohne Bleibeperspektive heruntergeschraubt wurden. Letztendlich waren es dann zwar die Osteuropäer, die mit der Schließung der Balkanroute die einschneidendste Veränderung, nämlich die Reduzierung der Flüchtlingszahl, erreichten - aber das ist Nebensache. Der Staat steht noch, sogar ziemlich fest. Und er hat in der Krise wieder Oberwasser gewonnen. Gerade deshalb sollte er anpacken, was im vergangenen Jahr liegen geblieben ist.

Man kann der Politik keinen Vorwurf machen, dass sie 2014 vor den vielen Asylanträgen aus Syrien kapitulierte und die Einzelfallprüfung aussetzte. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konnte nur eines: entweder durchwinken oder unter der Last von Hunderttausenden Asylsuchenden zusammenbrechen - und damit tatsächlich versagen.

Der Sturm ist aber vorüber. Im Raum steht der Verdacht, dass sich manche als Syrer ausgegeben haben, obwohl sie aus einem anderen Land kommen. In den Ländern tauchen zudem immer mehr gefälschte syrische Pässe auf, die vom BAMF nicht beanstandet wurden.

Jetzt besteht die Chance, angeknackstes Vertrauen wieder aufzubauen. Das Bundesinnenministerium muss zusammen mit den Ländern alle Asylfälle hervorkramen, die 2015 nicht genau untersucht wurden. Es geht darum, eventuellen Asylmissbrauch nachzuweisen. Es geht darum, mutmaßliche Kriminelle zu entdecken. Es geht darum, dass auf allen anderen Flüchtlingen kein Generalverdacht lastet.

manuel.bewarder@weltn24.de (mailto: manuel.bewarder@weltn24.de)

Die Pässe, bitte!

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Marion Hunger

Load-Date: September 21, 2016

End of Document

Weniger, aber immer noch viele: Bisher 226.000 Asylsuchende; In der ersten Jahreshälfte ist die Zahl der Migranten, die nach Deutschland kamen, gesunken. Noch immer wurden nicht alle Flüchtlinge von den Behörden erkennungsdienstlich vollständig erfasst

Die Welt

Samstag 9. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 159

Length: 617 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Zahl der **Asylsuchenden**, die nach Deutschland kommen, ist im Vergleich zum Höhepunkt der **Flüchtlingskrise** stark zurückgegangen. Nach Informationen der "Welt" wurden im bundesweiten Registrierungssystem Easy bis zum Freitag insgesamt 226.058 **Migranten** gezählt, die im Jahr 2016 hierzulande einen Schutzstatus beantragen wollten.

Hochrechnungen auf das Gesamtjahr sind schwierig, denn 2015 waren die Zahlen erst im Herbst steil in die Höhe gegangen. Mittlerweile kommen viel weniger Flüchtlinge und Migranten in die Bundesrepublik, weil Österreich und die Balkanstaaten ihre Grenzen wieder schützen und die EU mit der Türkei übereinkam, den Zustrom nach Griechenland zu minimieren. Aber selbst wenn sich die Zuwanderung in der zweiten Jahreshälfte etwa so entwickeln sollte wie in der ersten, wäre die Zahl von einer halben Million Asylsuchenden 2016 immer noch eine der höchsten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Im Juni dieses Jahres wurden weniger als 20.000 neue Asylsuchende registriert. Im Mai und April waren es jeweils 16.000 Personen und im März 21.000. Zum Vergleich: Vor der Schließung der Balkanroute lag die Zugangszahl noch deutlich höher - im Februar wurden 61.000 Personen registriert, im Januar waren es sogar noch 92.000. "Wir sehen daran, dass die Maßnahmen auf deutscher und europäischer Ebene greifen", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Die größte Gruppe der neu registrierten Asylsuchenden - fast 75.000 - kam auch im ersten Halbjahr aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Andere Hauptherkunftsländer waren Afghanistan und der Irak. Nach Angaben des Innenministers verließen bis Ende Mai 25.000 Flüchtlinge Deutschland freiwillig. Zudem habe es 12.000 Abschiebungen gegeben.

Die Halbjahreszahl von 400.000 Asylanträgen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wirkt auf den ersten Blick hoch. Darunter sind aber viele Schutzsuchende, die schon vor Monaten einreisten, wegen der

Weniger, aber immer noch viele: Bisher 226.000 Asylsuchende In der ersten Jahreshälfte ist die Zahl der Migranten, die nach Deutschland kamen, gesunken. Noch im....

Überforderung der Behörden jedoch erst nach und nach einen Antrag stellen konnten. Entschieden wurde in den ersten sechs Monaten über die Anträge von rund 283.000 Flüchtlingen. Mehr als die Hälfte erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention, 23.300 Flüchtlinge erhielten subsidiären Schutz (siehe Kasten).

Gleichzeitig hat die stagnierende Zuwanderungszahl im ersten Halbjahr in Deutschland dafür gesorgt, dass die Zahl der eingereisten Personen, die noch keinen förmlichen Asylantrag gestellt haben, deutlich zurückgegangen ist. Auf Anfrage der "Welt" erklärte das BAMF kürzlich, dass sich die Zahl "inzwischen bereits stark verringert hat und mittlerweile bei deutlich unter 300.000 liegen dürfte". Lediglich 150.000 Personen sind nach Schätzungen des BAMF noch nicht vollständig erkennungsdienstlich erfasst. Dies bedeute jedoch nicht, dass diese Personen den deutschen Behörden insgesamt völlig unbekannt wären, erklärte das BAMF. "Sie sind zum allergrößten Teil bereits polizeilich überprüft und in Ländersystemen erfasst worden", so eine Sprecherin.

Der Leistungsschub der Behörde liegt auch an der Hilfe durch die Bundeswehr. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich die Flüchtlingskrise zum längsten Inlandseinsatz ihrer Geschichte entwickelt. Nachdem sich die Asylzuwanderung seit 2012 jährlich verdoppelt hatte und im Jahr 2015 ein nie gekanntes Niveau erreichte, mussten im Juni des Vorjahres die Soldaten helfen - vor allem bei der Registrierung. Inzwischen bearbeiten die Soldaten und Mitarbeiter hauptsächlich Asylanträge. In Spitzenzeiten versorgten, betreuten und transportierten 9000 Bundeswehrangehörige ankommende Migranten. Noch heute helfen 1450 Männer und Frauen aus.

Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 9, 2016

Griechenland gefährdet das Flüchtlingsabkommen; Experte: Ohne Rückführungen in Türkei platzt der Deal

Die Welt

Freitag 30. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 230

Length: 715 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Glaubt man den Worten der EU-Kommission, ist sehr viel sehr gut in der Ägäis. Am Mittwoch wurden neue Zahlen zum Flüchtlingsabkommen mit der Türkei veröffentlicht. Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos sprach von "konkreten positiven Ergebnissen". Demnach kamen im Juni pro Tag nur noch 85 Migranten auf den griechischen Inseln an. Im Oktober 2015 waren es hingegen noch 7000 am Tag.

Allerdings rückt die Kommission den Deal und seine Auswirkungen in ein ihr genehmes Licht. Zwar schrumpfte die Zahl der Ankommenden im Frühjahr nach der Schließung der Balkanroute in Mazedonien und dem Start des Türkei-Abkommens bekanntlich drastisch: Im Januar registrierten die Behörden nach Angaben des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) noch fast 70.000 Flüchtlinge, im April waren es nur noch 3650 und im Mai lediglich 1721, die mit Booten aus der Türkei kamen. Aber es ist schon seltsam, wenn die Kommission Ende September diese relativ alten Zahlen hervorhebt, Tatsächlich sind die Zahlen im Juli und August wieder angestiegen, auf 1920 beziehungsweise 3447. Auch im aktuellen Monat werden es deutlich mehr sein.

Bei dem Vordenker des Abkommens zwischen EU und Türkei, dem Migrationsforscher Gerald Knaus, lassen die steigenden Überfahrten und die Entscheidung der Griechen, Flüchtlinge von den Inseln auf das Festland zu transportieren alle Alarmglocken schrillen. "Wenn es nicht endlich gelingt, Migranten von den griechischen Inseln in die Türkei zurückzuführen, kollabiert das EU-Türkei-Abkommen", warnt Knaus im Gespräch mit der "Welt". Knaus erklärt die wieder ansteigenden Überfahrten im Mittelmeer mit einer anderen geänderten Risikoabwägung: "In der Ägäis hielt die Migranten das Gefühl der Aussichtslosigkeit ab, sie dachten, dass die Überfahrt in die Sackgasse der griechischen Inseln oder zurück in die Türkei führt." Doch nun, so Knaus, hätten sie festgestellt, dass ihre Chancen, in Griechenland zu bleiben, oder sogar mit einiger Verzögerung weiter nach Norden zu kommen, nicht so gering sind. Seit dem Start des Abkommens kamen nämlich mehr als 15.000 Migranten über die Ägäis - zurückgeführt wurden laut EU nur rund 600. Als Leiter der Forschungseinrichtung Europäische Stabilitätsinitiative

Griechenland gefährdet das Flüchtlingsabkommen Experte: Ohne Rückführungen in Türkei platzt der Deal

hatte sich der Österreicher Knaus im vergangenen Herbst mit einem Aufsatz über die Grundzüge eines Abkommens zwischen der EU und der Türkei in die Wahrnehmung der politischen Entscheider katapultiert: Die Türkei muss über ihr Staatsgebiet irregulär nach Griechenland gereiste Migranten zurücknehmen, darf dafür im Gegenzug syrische Flüchtlinge legal per Flugzeug nach Europa senden und bekommt zudem EU-Milliardenhilfen für die fast drei Millionen Syrer im eigenen Land.

Inzwischen zeigt sich immer deutlicher, dass zentrale Elemente des Abkommens in der Praxis nur schlecht funktionieren. Unter EU-Politikern kursierte zunächst der Spruch: Niemand hält sich an das Abkommen - außer die Flüchtlinge. Denn sie blieben ja tatsächlich aus, obwohl kaum jemand gegen seinen Willen zurückgebracht wurde. Griechische Behörden lehnen es schlicht ab, Schutzsuchende zurückzuschicken. Sie halten übereinstimmend mit Menschenrechtsorganisationen die Lage für Asylsuchende in der Türkei für zu unsicher.

Beobachter wie Knaus sehen deshalb die EU in der Pflicht, in Ankara auf vernünftige Asylverfahren zu dringen, damit es Athen leichter fällt abzuschieben. Doch die EU hat auch in Griechenland eine große Baustelle: Denn viele EU-Mitgliedsstaaten schicken deutlich weniger Mitarbeiter als angekündigt nach Griechenland, um vor Ort bei der Betreuung und den Asylverfahren zu helfen.

Am Mittwoch erklärte der griechische Europaminister Nikos Xydakis daher in der "Welt": "Wir werden in Kürze damit beginnen, eine große Zahl Migranten auf das Festland zu bringen." Den Osteuropaexperten Knaus versetzt dieser Plan in Alarmstimmung: Es fehle eine schlüssige Strategie für eine Rückführung in die Türkei. Alles andere würde, "den Schleppern ein starkes Argument liefern. Die sagen den Flüchtlingen: ‚Versucht es wieder, die Inseln sind nicht die Endstation.‘" Europa spiele derzeit "russisches Roulette". So sei jede Woche, die das Abkommen halte, "ein Geschenk, das die EU nutzen müsste".

Niemand hält sich an das Abkommen - außer die Flüchtlinge Spruch unter EU-Politikern

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 30, 2016

Erste Runde im Flüchtlingskarussell; Am Montag wurden 32 syrische Flüchtlinge aus der Türkei nach Deutschland umgesiedelt. Sie kommen im Lager Friedland unter

Die Welt

Dienstag 5. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 79

Length: 1116 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Nachdem die Grenzschießungen auf der Balkanroute die EU-Staaten aus der kollektiven **Migrationsschockstarre** gerüttelt haben, startete am Montag das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei. 32 syrische **Flüchtlinge** landeten in Hannover und wurden mit Bussen ins Erstaufnahmelaager Friedland bei Göttingen gebracht. "Viele waren sehr erschöpft und wollten nach der Ankunft einfach nur schlafen", sagt der langjährige Leiter der Einrichtung, Heinrich Hörnschemeyer, der "Welt".

Die Neuankömmlinge werden zwei Wochen in Friedland bleiben und den üblichen "Wegweiserkurs" besuchen, in dem etwa die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und der Zugang zu medizinischen und sozialstaatlichen Leistungen vermittelt wird. Danach werden sie auf Kommunen in Niedersachsen verteilt. Bei den 32 Syrern handelt es sich um Resettlement-**Flüchtlinge**, wie Hörnschemeyer der "Welt" mitteilte. Diese müssen keinen **Asylantrag** stellen, weil ihre Schutzbedürftigkeit bereits vor der Einreise festgestellt wurde. Sie wurden vom UN-**Flüchtlingshilfswerk** (UNHCR) ausgewählt, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für zunächst drei Jahre und haben danach gute Chancen, weiterhin in Deutschland bleiben zu dürfen. Welchen Status künftige Gruppen bekommen, ist noch unklar. Ob in dieser Woche noch weitere **Flüchtlinge** in Friedland ankommen, weiß Hörnschemeyer nicht. "Bisher haben wir keine weiteren Ankündigungen." Allerdings habe er auch erst am Donnerstag erfahren, dass heute die Syrergruppe ankomme.

Auch in den kommenden Tagen sollen syrische Flüchtlinge nach Deutschland geflogen werden. Laut einem Sprecher des Bundesinnenministeriums sei mit einer ähnlichen Größenordnung wie am Montag zu rechnen. Die sogenannte Eins-zu-eins-Vereinbarung, wonach Europa für jeden von Griechenland zurückgeschickten irregulär eingereisten Syrer einen aus dem Bürgerkriegsland stammenden Flüchtling aufnimmt, könne nicht tagesaktuell eingelöst werden. Hintergrund sei die aufwendige Auswahl der jeweiligen Personen.

Erste Runde im Flüchtlingskarussell Am Montag wurden 32 syrische Flüchtlinge aus der Türkei nach Deutschland umgesiedelt. Sie kommen im Lager Friedland unter

Die EU und die Türkei hatten sich dafür auf einen detaillierten Prozess geeinigt. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gibt es verschiedene Kriterien dafür, welche Menschen vorrangig in der EU Aufnahme finden sollen. Im Vordergrund stehen demnach die Zusammenführung von Familien, relativ hohe Chancen für eine reibungslose Integration (etwa eine gute Schul- oder Berufsausbildung, Sprachkenntnisse oder Religionszugehörigkeit) sowie der Grad der Schutzbedürftigkeit.

Die Personen werden dem UNHCR zunächst von der türkischen Migrationsbehörde vorgeschlagen. Dieses wiederum stellt umfangreiche Dossiers mit Informationen über die Flüchtlinge zusammen. Die wichtige Identitätsprüfung - rund 70 Prozent der Asylsuchenden in Deutschland haben keine Dokumente - erfolgt laut Bundesinnenministerium durch Deutschland im Visumverfahren. Wenn keine Papiere vorliegen, muss die Identität glaubhaft gemacht werden. Abschließend findet vor der Ausreise eine Gesundheitsuntersuchung statt. Dabei geht es vor allem darum, ob die Person flugtauglich ist. Deutschland würde 15.100 Syrer direkt aus der Türkei aufnehmen. Nach Finnland wurden am Montag elf Syrer geflogen. Weitere sollen am Dienstag in den Niederlanden ankommen. Frankreich und Portugal haben ebenfalls die Aufnahme angekündigt.

Die Europäer sind zunächst bereit, der Türkei im Rahmen eines Tauschhandels, der sogenannten Eins-zu-eins-Lösung, 72.000 Syrer auf legalem Weg abzunehmen. Die Hoffnung ist aber, dass diese Zahl nicht erreicht wird, weil Migranten frühzeitig erkennen, dass sich eine irreguläre Einreise nach Europa nicht mehr lohnt. Laut dem umstrittenen Abkommen mit der Türkei sollen Migranten erst gar nicht mehr die gefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland wagen. Vielmehr sollen sie darauf bauen, künftig von der Türkei direkt in die Europäische Union einreisen zu können. Die EU-Außengrenze wäre durch dieses Verfahren nicht mehr so durchlässig wie bisher - auch ohne dass in der Ägäis im großen Stil Flüchtlingsboote zurück in die türkischen Häfen geschleppt werden müssten.

Und tatsächlich gibt es erste Signale, dass der maßgeblich von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erarbeitete Plan aufgehen könnte. Die Zahl der in Griechenland ankommenden Migranten ist in den vergangenen Wochen zurückgegangen. Zwar ist Griechenland immer noch das mit Abstand beliebteste Hauptankunftsland, doch im Vergleich der dritten zur vierten Märzwoche zeichnet sich ab, dass die Ankunftsahlen sich in Italien auf 3888 mehr als verdoppelten, während sie in Griechenland um 63 Prozent zurückgingen.

Insgesamt kamen laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) in den ersten drei Monaten dieses Jahres bereits 19.350 Migranten über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien, annähernd doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Bis Ende März reisten im laufenden Jahr rund 172.000 Migranten über die Transitrouen aus Afrika und Asien nach Europa ein, davon nur 2587 auf dem Landweg, die übrigen über das Meer. 2015 kamen rund 1.047.600 Migranten über diese Transitrouen.

Die italienische Regierung schätzt, dass derzeit mindestens 240.000 Ausreisewillige in Libyen auf einen günstigen Zeitpunkt für die gefährliche Überfahrt nach Italien warten. Bis ins vergangene Jahr ließ Italien die meisten Asylsuchenden nach Norden weiterziehen, viele von ihnen ohne Registrierung. Die Österreicher bezweifeln offenbar, dass sich Italien künftig an die in den Dublinverträgen vorgesehene Pflicht zur Registrierung und Asylprüfung aller Ankommenden halten wird und wird sich mit Soldaten am Brenner gegen Flüchtlinge abschotten. Wien nennt als Grund für die geplante Maßnahme die Vermutung, dass Flüchtlinge infolge des EU-Abkommens mit der Türkei zunehmend Ausweichrouen suchen werden. Bei Protesten an der österreichisch-italienischen Grenze gegen Grenzschießungen in Europa war es am Sonntag zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Mehrere Hundert Flüchtlingsaktivisten versuchten, am Brennerübergang Polizeiabsperrungen zu durchbrechen und bewarfen Polizisten mit Steinen und Flaschen.

Bei der Aufnahme der Syrer in der Europäischen Union handelt es sich um die eine Seite des am 18. März dieses Jahres in Brüssel getroffenen EU-Türkei-Abkommens. Die andere Seite betrifft die Rückführung von irregulär eingereisten Migranten in die Türkei. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu versicherten, dass die umstrittene Rückführung "unter voller Wahrung" des Völkerrechts ablaufen werde. Regierungssprecher Steffen Seibert sprach in Berlin vom "Auftakt eines Prozesses". Der 4. April 2016 sei ein "wichtiger Tag" bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Erste Runde im Flüchtlingskarussell Am Montag wurden 32 syrische Flüchtlinge aus der Türkei nach Deutschland umgesiedelt. Sie kommen im Lager Friedland unter

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/ TOBIAS SCHWARZ

Ein Polizist begleitet die ersten aus der Türkei umgesiedelten syrischen Flüchtlinge am Flughafen Hannover zu ihrem Bus

TOBIAS SCHWARZ

Load-Date: April 5, 2016

End of Document

"Sie ist eine Visionärin der offenen Grenzen"; Der Chef der Internationalen Organisation für Migration preist den Kurs der Kanzlerin, kritisiert mangelnde Solidarität mit Deutschland und fordert von der EU eine langfristige Asyl- und Migrationspolitik

Die Welt

Mittwoch 20. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 16

Length: 1349 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Der Internationalen Organisation für **Migration** (IOM) gehören 162 Mitgliedsstaaten und 10.000 Mitarbeiter weltweit an. Sie prüft im Auftrag der Regierungen **Flüchtlinge** in den großen Aufnahmезentren und transportiert sie in aufnahmebereite Staaten. Für Deutschland führt die IOM freiwillige Rückreisen von abgelehnten **Asylbewerbern** und anderen Ausländern durch. Ein Gespräch mit Generaldirektor William Lacy Swing über die **Flüchtlingskrise**.

Die Welt:

Was geschieht, wenn Angela Merkel morgen die Grenzen schließen lässt?

William Lacy Swing:

Das wird sie nicht tun. Ich habe für Angela Merkel die allergrößte Bewunderung und für ihre visionäre und mutige Entscheidung, Deutschlands Türen zu öffnen für Menschen, die vor Verfolgung, Armut, Konflikten von Westafrika bis zum Golf von Bengalen und vor allem vor dem Krieg in Syrien fliehen. Wir hatten die Hoffnung, dass alle 28 EU-Staaten es ihr gleichtun und Verantwortung übernehmen. Das taten sie nicht, aber das schwächt nicht die Bewunderung und das Lob für Merkels Entscheidung. Sie ist eine Visionärin der offenen Grenzen.

Die Bundespolizei hat ein Konzept zur Schließung. Was geschieht dann?

Viele europäische Staaten haben das schon gemacht oder führen wie Schweden sehr scharfe Kontrollen durch. Anstatt Merkel zu folgen, schlug einer nach dem anderen die Tür zu. Ungarn, Polen, Tschechien und Rumänien sagen Nein. Finnland enthielt sich bei der Entscheidung, 120.000 Flüchtlinge umzuverteilen, die andern sind sich mehr oder weniger einig, nicht ihre Flüchtlingsquoten zu akzeptieren. Wenn Deutschland nun die Tür zumacht, würden die übrigen Staaten bis Griechenland wohl folgen. Das wäre furchtbar, Migranten brauchen sichere Häfen.

"Sie ist eine Visionärin der offenen Grenzen" Der Chef der Internationalen Organisation für Migration preist den Kurs der Kanzlerin, kritisiert mangelnde Solida....

Warum kommen aber derzeit mehr Asylsuchende in den sicheren Hafen Deutschland als in alle übrigen westlichen Staaten zusammen?

Nun, ihr habt eine politische Führung, die sagt, wir nehmen die auf, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, und ihr habt eine Bevölkerung, die ihre Verantwortung wahrnimmt, das ist beeindruckend. Die Herausforderung wird nun die Integration, die Menschen brauchen Jobs, kulturelle Orientierung, Wohnungen und müssen die Sprache lernen. Ich habe lange hier gelebt und studiert, und ich weiß, die Deutschen schaffen das.

Müssen wir uns endgültig von dem alten Gedanken verabschieden, dass Grenzen begrenzen, und lernen, dass es keine wirksame Zugangskontrolle zu unserer Gesellschaft mehr gibt?

Wir müssen vor allem das Migrationsnarrativ ändern. Einwanderung ist nicht giftig, sondern hat überwältigend positive Effekte. Einwanderungsfreundliche Länder genießen laut einer Weltbankstudie mehr Wohlstand und Wachstum. In den USA sind etwa 40 Prozent der Chefs der größten Unternehmen Einwanderer oder deren Kinder. Wir haben keine europäische Migrationskrise, wir haben eine europäische Fluchtamnesie. Aus diesem Erdteil flohen Millionen, jetzt wird er zum Aufnahmekontinent. Es kann in einer Gesellschaft nicht so sehr um Identität gehen, sondern um gemeinsame Werte und Interessen, wir müssen mit Unterschiedlichkeit umgehen lernen. Wenn der arme Teil der Welt viele Kinder bekommt, aber wenige Jobs hat, und der Teil der Welt, der 75 Prozent des Wirtschaftswachstums hat, zu wenige Kinder bekommt, aber Arbeitnehmer auf allen Qualifikationsstufen braucht, dann folgt unausweichlich: Alle Länder werden multikulturell, multiethnisch, multireligiös.

Genau das wollen viele Europäer mit funktionierenden Grenzen verlangsamen oder aufhalten.

Man muss den Menschen die Ängste nehmen, eine Million Flüchtlinge muss man nicht als ein Riesenproblem sehen, das gelöst werden muss, sondern als eine humane Realität, eine Chance, die man nutzen kann. Bei einer gleichmäßigen Verteilung unter 500 Millionen Europäern wäre die Aufnahme von einer Million kein Problem, sondern ein Bevölkerungszuwachs für einen geburtenschwachen Kontinent, der Arbeitnehmer auf allen Qualifikationsstufen braucht. Flucht geschieht aus Verzweiflung, und diese verzweifelten Menschen werden einen Weg finden, der eine bessere Zukunft verheißt als ein Flüchtlingslager in Jordanien, der Türkei oder im Libanon.

Es gibt kein Recht auf eine bessere Zukunft, sondern nur auf Schutz vor Krieg und Verfolgung. Viele der hier Ankommenden waren in diesen Lagern. Wie können wir sie so ausstatten, dass die Menschen dort bleiben?

Wir wollen nicht möglichst viele in den Flüchtlingszentren halten, wir wollen sie mit unseren Resettlement-Programmen an aufnahmebereite Staaten verteilen. Wenn du in Syrien sitzt und dein Kind seit fünf Jahren keine Schule gesehen hat, oder im Libanon, wo du zwar im Lager sein kannst, aber nicht arbeiten darfst, dann willst du da raus.

Wie sieht das perfekte Flüchtlingszentrum aus?

Menschenwürdige Zentren sind wichtig, man muss Sprachkurse machen und so weiter, aber die IOM will sie so schnell wie möglich rausholen und sie in die Wirtschaft bringen. Kanada etwa nimmt uns 50.000 Flüchtlinge jährlich ab - wir führen vorher Gesundheits- und Sicherheitschecks durch, fliegen sie sicher nach Kanada, und die Kommunen dort nehmen sie nach Quoten auf. Stellen Sie sich vor, zehn europäische Staaten würden ebenfalls jeweils 50.000 aufnehmen. Damit wäre viel gewonnen.

Sollten die europäischen Staaten wie die klassischen Einwanderungsländer unregelmäßige Flüchtlingseinwanderung nahezu stoppen und dafür große Kontingente von Flüchtlingen aufnehmen?

Auch in den klassischen Einwanderungsländern, also USA, Kanada und Australien, sind die Kontingente nicht so groß, wie wir uns das wünschen. Die Vereinigten Staaten nehmen jährlich etwa 70.000 Flüchtlinge auf und erhöhen jetzt auf 100.000. Das ist nicht viel für ein so großes Land, aber immer noch Platz eins. Kontingentaufnahme hat immer den Vorteil, dass man weiß, wer ins Land kommt, im Moment kommen bei euch spontan Menschen an, und ihr wisst nicht, wer das ist. In einem regulären Flüchtlingsprogramm kann es manchmal 24 Monate dauern, bis wir

"Sie ist eine Visionärin der offenen Grenzen" Der Chef der Internationalen Organisation für Migration preist den Kurs der Kanzlerin, kritisiert mangelnde Solida....

alle Sicherheitschecks gemacht haben, das ist sehr sorgfältig. Es wäre sicher ein positiver Effekt der sogenannten Migrationskrise, wenn möglichst alle EU-Staaten zu offiziellen Resettlement-Staaten würden, also jährlich Kontingente von geprüften Flüchtlingen bestimmen würden, die wir dann sicher ins Land brächten.

Also große Kontingente zusätzlich zu den irregulären Asylsuchenden?

Es wäre gut, wenn die EU aus dieser Situation herausfindet, indem sie ein neues System mit geteilter Verantwortung errichtet, und wenn die Mitglieder mit einer langfristigen Migrations- und Asylpolitik auf die Krise antworten. Falsch wäre es, irreguläre Migranten, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen, als Wirtschaftsflüchtlinge abzulehnen. Wir haben einen gemischten Flüchtlingsstrom: Kranke, Alte, Schwangere, allein reisende Minderjährige, meist ohne Papiere, Iraker und Syrer, die zu ihren Familien nach Norden ziehen. Sie haben gute Gründe wegzuziehen.

Deutschland würde sich trotzdem gerne auf die Schutzbedürftigen konzentrieren und wieder mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben, was oft an den Herkunftsstaaten scheitert. Wirtschaftsminister Gabriel will diese Weigerung etwa Marokkos und Algeriens, eigene Bürger zurückzunehmen, mit Kürzungen der Entwicklungshilfe ahnden.

Entwicklungshilfe soll Armut reduzieren und Entwicklung fördern und nicht zur Bekämpfung irregulärer Migration benutzt werden. Stattdessen sollte man die bilaterale Kooperation verbessern. Marokko und Deutschland haben bereits zugesagt, auf unserer großen Migrationskonferenz Global Forum 2017 und 2018 teilzunehmen, dort werden sie darüber sprechen, wie Staaten den Nutzen der Migration vergrößern können.

In Europa hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sie neben der Gewährung von Schutz nur nützlich ist, wenn sie reduziert wird. Werden jedes Jahr so viele Menschen nach Europa kommen?

Ich antworte mit Gegenfragen: Ändert sich etwas an den Gründen für Flucht und Auswanderung? Besteht weiterhin ein sozioökonomisches Nord-Süd-Gefälle? Gehen die religiösen und ethnischen Konflikte von Afghanistan über Syrien bis Somalia und Zentralafrika weiter? All diese Push-Faktoren sind immer noch da.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/DIMITAR DILKOFF

Zug nach Norden: Flüchtling an der mazedonisch-serbischen Grenze

DIMITAR DILKOFF

Load-Date: January 20, 2016

**Nicht allen Syrern droht Verfolgung; Subsidiärer Schutz ist für
Bürgerkriegsflüchtlinge angemessen, urteilt das Oberverwaltungsgericht**

Die Welt

Donnerstag 24. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 276

Length: 615 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Wer ist ein **Flüchtling**? Wen die Armut ins Ausland treibt? Wer aus einem Land kommt, in dem gefoltert wird? In dem der Krieg tobt? In dem Milizen und Gangster wüten? Ja, umgangssprachlich. Nein, nicht im juristischen Sinne. Das deutsche **Asylsystem** prüft zwar jeden ankommenden **Migranten**, der deutlich macht, dass er Schutz sucht. Am Ende des **Asylverfahrens** erhält aber nur **Flüchtlingsschutz** - **Asyl** nach dem Grundgesetz oder **Flüchtlingsschutz** nach der Genfer Konvention - , wer glaubhaft machen kann, dass er von individueller Verfolgung bedroht ist.

Alle anderen werden entweder als nicht schutzbedürftig abgelehnt. Oder sie erhalten einen der übrigen beiden Schutztitel. Selten den sogenannten Abschiebeschutz und viel häufiger den sogenannten subsidiären Schutz. Dass dieser Schutz auch für die meisten Syrer angemessen ist, hat am Mittwoch das Oberverwaltungsgericht Schleswig bestätigt. Zuvor hatten laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 32.000 der insgesamt 113.000 subsidiär Schutzberechtigten auf vollen Flüchtlingsschutz geklagt.

"Subsidiäre" dürfen - seit dem von der großen Koalition beschlossenen Asylpaket II - ihre Familien erst nach zwei Jahren nach Deutschland holen und müssen ihren Schutztitel schon nach einem Jahr, nicht erst nach drei Jahren, verlängern lassen. In 75 Prozent der 3490 bereits entschiedenen Verfahren urteilten die Gerichte für die Migranten. Bundesweit war es seit Beginn der Flüchtlingskrise das erste Mal, dass ein Oberverwaltungsgericht darüber urteilte.

Im konkreten Fall hatte zuvor das Verwaltungsgericht Schleswig einer Syrerin vollen Flüchtlingsschutz zuerkannt - mit der weitreichenden Begründung, dass ihr allein durch die Beantragung von Asyl in einem westlichen Staat in Syrien schon Verfolgung drohe. Gegen diesen sogenannten Nachfluchtgrund hatte das BAMF Berufung eingelegt. Ergebnis: "Syrische Flüchtlinge, die keine individuelle Verfolgung vor der Ausreise erlitten haben, können die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht allein wegen ihres Auslandsaufenthaltes und der Asylantragstellung beanspruchen", heißt es im Urteil des Oberverwaltungsgerichts. "Für die Annahme, dass der syrische Staat jeden unter Generalverdacht stellt, der Opposition anzugehören, gibt es keine Anhaltspunkte", sagte die Vorsitzende Richterin des dritten Senats, Uta Strzyz.

Nicht allen Syrern droht Verfolgung Subsidiärer Schutz ist für Bürgerkriegsflüchtlinge angemessen, urteilt das Obergerverwaltungsgericht

Der subsidiäre Schutz ist eigentlich der vorgesehene Titel für Schutzsuchende aus (Bürger-)Kriegsstaaten, die zwar glaubhaft machen können, dass eine Rückkehr zu gefährlich wäre. Bei denen aber nichts dafür spricht, dass sie direkt als Person von Verfolgung bedroht sind, etwa aus religiösen oder politischen Gründen.

Ihn erhalten auch die meisten syrischen Schutzsuchenden, nachdem das BAMF auch für sie wieder vollständige Asylverfahren durchführt und nicht mehr - wie auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise - nur schriftliche Befragungen. Zu diesem Zeitpunkt hatten Syrer mangels genauerer, mündlicher Überprüfung fast ausschließlich den vollen Flüchtlingsschutz erhalten.

Für die 33 Jahre alte Klägerin bedeutet das Urteil, dass sie als subsidiär Schutzbedürftige noch bis Ablauf der Zwei-Jahres-Frist ohne ihre Familie leben muss. Ihr Mann und ihre vier Kinder halten sich ihren Angaben zufolge derzeit in der Türkei auf.

Eine in diesem Fall weniger aufwendige Familienzusammenführung in der Türkei ist rechtlich nicht möglich. Das Abkommen zwischen der EU und Türkei zur Rücknahme irregulärer Migranten bezieht sich nur auf solche, die nach dem 20. März nach Griechenland kamen und sich auch noch dort befinden. Das Gericht lässt keine Revision zu. Die Klägerin kann aber innerhalb eines Monats Beschwerde gegen die Nichtzulassung einlegen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 24, 2016

So unterschiedlich bewerten die Bundesländer Asylanträge; Wo ein Anliegen landet, wird zur Schicksalsfrage

Die Welt

Montag 19. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 15

Length: 922 words

Byline: Andreas Maisch

Body

Es gibt Zahlen, die Heiko Habbe ratlos machen: Dass sich laut amtlicher Statistik der Anteil abgelehnter Asylanträge zwischen den Bundesländern teils stark unterscheidet, kann der Anwalt und Asylexperte beim Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland nicht verstehen. Weshalb werden in Hamburg mehr als 40 Prozent der Anträge abgelehnt, während es in Niedersachsen weniger als 30 Prozent sind? Der Jurist hält diese Unterschiede für "erklärungsbedürftig".

Auch die im Vergleich hohe Ablehnungsquote für Syrer in Brandenburg von 3,5 Prozent könne er nicht nachvollziehen, sagt Habbe. Denn in den meisten Bundesländern wird nur der Bruchteil eines Prozents der Anträge syrischer Flüchtlinge abgelehnt. Diese Zahlen sind aus dem Jahr 2013; für 2014 liegen für die einzelnen Bundesländer noch keine Zahlen vor. Obwohl die Gesetzeslage in ganz Deutschland gleich ist, haben Flüchtlinge nach Recherchen der "Welt" nicht überall die gleiche Erfolgsquote.

Eigentlich müssten die Entscheidungen über Asylanträge nach einheitlichen Maßstäben erfolgen; die Unterschiede dürften deshalb nur gering sein. Denn alle Asylanträge werden von Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bearbeitet. Die Landesregierungen haben keinen Einfluss auf die Entscheidungen in den Dienststellen, die in ihrem Bundesland angesiedelt sind.

Die Opposition kritisiert die uneinheitliche Entscheidungspraxis des BAMF scharf. "Auch für Flüchtlinge aus Staaten mit hohen Anerkennungschancen wie Afghanistan und Iran ist die Anerkennungsquote offensichtlich abhängig vom Zuweisungsort in Deutschland", sagt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg. "Das Asylverfahren darf aber nicht zu einer Lotterie werden." Auch die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke fordert, das Problem aufzuklären. "Trotz der Dienstanweisungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gibt es eine uneinheitliche Praxis in den Außenstellen."

So wurde in einigen Bundesländern 2013 zum Beispiel fast die Hälfte der Asylanträge afghanischer Flüchtlinge abgelehnt - 47,6 Prozent der Anträge in Thüringen und 43,4 Prozent in Hamburg. Hingegen wurden in

So unterschiedlich bewerten die Bundesländer Asylanträge Wo ein Anliegen landet, wird zur Schicksalsfrage

Niedersachsen lediglich 26,5 Prozent der Anträge zurückgewiesen, in Bremen sogar nur 21 Prozent. Bei diesen Quoten sind nur diejenigen Flüchtlinge berücksichtigt, die überhaupt kein Aufenthaltsrecht erhalten. Asyl im eigentlichen Sinne bekommen nämlich ohnehin nur die allerwenigsten Antragssteller, dieses wird nur für politische Verfolgung gewährt. Häufiger erhalten die Asylbewerber Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention, wenn das BAMF zu dem Schluss kommt, dass begründete Furcht vor Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe besteht. Darüber hinaus genießen viele Asylbewerber Abschiebeschutz, auch wenn sie weder einen Asyl- oder Flüchtlingstitel erhalten.

Im vergangenen Jahr bearbeitete das BAMF etwa 129.000 Asylanträge, knapp 40.000 davon wurden positiv entschieden. Das ergibt nach offizieller Lesart eine Schutzquote - also Asyl, Flüchtlings- oder Abschiebeschutz zusammengezählt - von etwa 30 Prozent. Einige Asylexperten ziehen allerdings eine "bereinigte" Schutzquote vor. Denn zieht man von den bearbeiteten Fällen die sogenannten formellen Entscheidungen ab, kommt man auf eine Schutzquote von 50 Prozent. Als formelle Entscheidungen versteht man alle Fälle, die sich anderweitig erledigen, zum Beispiel wenn der Bewerber einen deutschen Staatsbürger heiratet oder weil nach der Dublin-Verordnung ein anderer Staat für den Asylantrag zuständig ist.

Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sieht trotz der unterschiedlichen Anerkennungsquoten in den Bundesländern keine Probleme. Einmal im Jahr prüfe das BAMF, wie einheitlich die Entscheidungspraxis bei den wichtigsten Herkunftsländern sei, sagt Ursula Gräfin Praschma, Chefin der Abteilung für Grundlagen des Asylverfahrens. Bei erheblichen Abweichungen vom Durchschnitt kontrolliere das Amt nach. Meistens seien unterschiedliche Ablehnungsquoten nachvollziehbar.

Der Anwalt Gunter Christ, der vor allem afghanische Flüchtlinge vertritt, hat eine unangenehme Erklärung für die stark abweichenden Ablehnungsquoten. Diese dürften "weniger mit den Fällen, sondern viel mehr mit den jeweiligen Entscheidern zu tun haben". Es gebe nicht nur offene Beamte, sondern auch solche, die nicht anerkennen wollten. Der Anwalt hat die Erfahrung gemacht, dass in Hamburg viele Asylanträge afghanischer Flüchtlinge negativ beschieden werden. Bei anderen Außenstellen seien die Entscheidungen häufiger positiv. Die Statistiken, die der "Welt" vorliegen, untermauern diese Vermutung.

Offenbar orientierten sich die Beamten auch an der Rechtsprechung ihres zuständigen Verwaltungsgerichts, damit die Richter sie möglichst selten korrigierten, erläutert Christ. Denn auch die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte sei "äußerst uneinheitlich".

Auch Jelpke will sich mit den Erklärungsversuchen des BAMF nicht zufrieden geben. Sie fordert, die Gründe für die deutlichen Abweichungen zu untersuchen. Außerdem müssten die Instrumente zur Qualitätssicherung der Entscheidungen gestärkt werden.

Denn die Gründe für die unterschiedlichen Anerkennungsquoten und den erteilten Schutzstatus seien "nicht transparent und nachvollziehbar". Welchen Status ein Flüchtling erhalte, dürfe nicht von der zufälligen Verteilung auf eine Dienststelle abhängen.

"Das Asylverfahren darf nicht zu einer Lotterie werden" Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen

Load-Date: January 19, 2015

Die Vermessung des Migrationsmagneten; Nicht nur die Asylzahlen gehen durch die Decke, auch für EU-Migranten ist Deutschland attraktiv wie nie. Doch eine besonders gefragte Zuwanderergruppe zielt sich

Die Welt

Donnerstag 7. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 5

Length: 867 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Seit der migrationshistorischen Zäsur des vergangenen Jahres, als Deutschland mehr Asylsuchende aufnahm als in all den Jahren von der Einführung des gesetzlich geregelten Asylverfahrens im Jahr 1953 bis zum Fall der Mauer, ist die Diskussion über Einwanderung von den Teilaspekten Asyl und illegale Einreise überlagert. 1,1 Millionen Flüchtlinge wurden laut der von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) vorgestellten Asylstatistik für 2015 registriert. Die Zahl der tatsächlich gestellten Asylanträge lag mit knapp 477.000 wegen der schleppenden Bearbeitung deutlich niedriger.

Doch unabhängig vom aktuellen Flüchtlingszustrom hat sich Deutschland zu einem der attraktivsten Zielländer entwickelt. Der ebenfalls von de Maizière präsentierte Migrationsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2014 liefert dazu präzise Zahlen:

1. Wie viele Migranten kommen?

Die Zahl der Zuzüge nach Deutschland ist wie in den Vorjahren auch 2014 weiter gestiegen. Mehr als 1,46 Millionen Menschen verlegten ihren Wohnsitz nach Deutschland. Eine derart hohe Zahl war zuletzt 1992 zu verzeichnen, als Hunderttausende Spätaussiedler nach Deutschland zogen. In den Zuzügen sind auch ausländische Erntehelfer und Leiharbeiter enthalten - so listet der Bericht auch 900.000 Fortzüge für diesen Zeitraum auf, sodass sich in 2014 ein Wanderungsgewinn von rund 550.000 Personen ergab, weit mehr als in jedem anderen europäischen Land. Zum Vergleich: 2015 wurden in Deutschland 715.000 Kinder geboren. Derzeit gewinnt die Gesellschaft mehr neue Mitglieder durch Einreise von Ausländern als durch die Reproduktion der bisherigen Bewohner des Landes.

2. Woher kommen die Migranten?

Die Vermessung des Migrationsmagneten Nicht nur die Asylzahlen gehen durch die Decke, auch für EU-Migranten ist Deutschland attraktiv wie nie. Doch eine besonde....

Nicht nur die Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht erreicht ein ungekanntes Niveau. Auch der Zuzug aus den EU-Staaten steigt. Rund 880.000 EU-Bürger kamen 2014 nach Deutschland, 200.000 aus weiteren europäischen Ländern (inklusive Türkei), 220.000 aus Asien, 75.000 aus Afrika.

Zwar sind die Türkischstämmigen die größte Migrantengruppe in Deutschland, doch zogen in 2014 nur weniger als 28.800 Türken nach Almanya. Schon seit 1996 ist Polen das Hauptherkunftsland. Knapp 198.000 Menschen kamen aus dem östlichen Nachbarland (13,5 Prozent aller Zuzüge). Aus Rumänien, dem zweitwichtigsten Herkunftsland, wurden rund 192.000 Zuzüge registriert, ein deutlicher Anstieg um 41,6 Prozent. Drittstärkstes Herkunftsland ist Bulgarien mit 77.790 Zuzügen.

3. Warum ziehen Ausländer nach Deutschland

Abzüglich der Zuwanderer aus der EU zogen 518.802 Drittstaatsangehörige, also Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besaßen, nach Deutschland. Darunter kamen 12,3 Prozent aus familiären Gründen. Nachdem sich der Familiennachzug 2010 bis 2013 auf relativ konstantem Niveau hielt, wurde 2014 ein Wiederanstieg um 13,6 Prozent verzeichnet. 7,2 Prozent kamen zum Arbeiten, 11,1 Prozent wegen eines Studiums, des Schulbesuchs oder eines Sprachkurses. Aus humanitären Gründen, inklusive einer Duldung oder einer Aufenthaltsgestattung, kamen 36,9 Prozent. Unter den Übrigen waren besonders viele, die einen Aufenthaltstitel beantragt hatten.

4. Einwanderergruppen

Von den 80,9 Millionen Einwohnern in Deutschland hatten laut Mikrozensus etwa 16,4 Millionen Personen einen Migrationshintergrund (20,3 Prozent), davon besaßen etwa 9,2 Millionen die deutsche Staatsbürgerschaft. Insgesamt sind etwa zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund selbst Migranten, während knapp ein Drittel bereits in Deutschland geboren wurde, also zur zweiten oder dritten Einwanderungsgeneration gehört. Mit knapp 2,9 Millionen stellen die Türkischstämmigen die größte Migrantengruppe. Von ihnen sind 48 Prozent selbst zugewandert. Insgesamt stellen sie 17,4 Prozent an allen Personen mit ausländischen Wurzeln. Inklusive der Spätaussiedler kommen 1,6 Millionen Personen aus Polen, 1,2 Millionen aus der Russischen Föderation und 920.000 aus Kasachstan.

5. Wie viele Fachkräfte kommen?

Verglichen mit den hohen Zuzugszahlen bewegt sich die Zuwanderung von Fachkräften aus Nicht-EU-Staaten auf niedrigem Niveau: 27.000 Personen kamen aus diesem Grund nach Deutschland - immerhin mehr als in den Vorjahren. Unter den Fachkräften stellten die Personen mit einem Schulabschluss oder einer Berufsausbildung die mit Abstand größte Gruppe (19.515). Forscher und Hochqualifizierte (428) kamen nur vereinzelt. Zusätzlich zogen 5378 Drittstaatsangehörige über die "Blaue Karte EU" ins Land. Dieser 2012 neu geschaffene Aufenthaltstitel ist jedoch noch weit davon entfernt, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen, den Fachkräftemangel wirksam zu bekämpfen.

6. Neueste Trends

Wie der Bundesinnenminister am Mittwoch sagte, reisten im Dezember pro Tag etwa 3300 Asylsuchende nach Deutschland ein. Derzeit kämen besonders viele Marokkaner und Algerier. "Wenn man sich die Geografie anguckt, ist das natürlich ein besonderer Anlass zur Sorge, und wir werden uns zu kümmern haben, woran das liegt", erklärte der Minister. Spätestens Anfang 2018, bei der Vorstellung des Migrationsberichts 2016, wird sich zeigen, ob der starke Zuzug der Nordafrikaner der Beginn einer neuen Auswanderungswelle war. Oder ob die Bundesregierung ihn eindämmen konnte.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 7, 2016

Die Vermessung des Migrationsmagneten Nicht nur die Asylzahlen gehen durch die Decke, auch für EU-Migranten ist Deutschland attraktiv wie nie. Doch eine besonde....

End of Document

Lücken im Asylsystem; Der Attentäter von Ansbach war straffällig und hätte nach Bulgarien abgeschoben werden sollen. Aber es gibt viele Möglichkeiten, doch in Deutschland zu bleiben

Die Welt

Dienstag 26. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 2; Ausg. 173

Length: 1265 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

In Würzburg verletzte vor einer Woche ein offenbar minderjähriger **Flüchtling** mehrere Personen mit einer Axt schwer. In Ansbach zündete am Sonntagabend ein **Asylbewerber** aus Syrien eine Bombe, verletzte dabei 15 Menschen und tötete sich selbst. In beiden Fällen hatte die Tat einen islamistischen Hintergrund.

Hinzu kommt die Bluttat eines Syrers am Sonntag in Reutlingen, der eine Frau mit einem Dönermesser umbrachte. Offenbar eine Beziehungstat. Und doch haben alle Fälle eines gemeinsam: Die Taten wurden von Männern begangen, denen Deutschland Schutz gewährte.

Doch wie können solche Gewalttaten von Flüchtlingen verhindert werden? Die "Welt" gibt einen Überblick darüber, wie streng die Gesetze gegen kriminelle Ausländer bereits sind, warum Abschiebungen immer wieder scheitern und welche Sicherheitsrisiken mit der Flüchtlingswelle zusammenhängen.

Was hat die Regierung bisher gegen kriminelle Ausländer unternommen?

Obwohl noch kein Täter verurteilt war, beschloss die Bundesregierung im Januar aufgrund der massenhaften Übergriffe in der Kölner Silvesternacht, kriminelle Ausländer und Asylbewerber härter zu bestrafen. Das Gesetz trat im März in Kraft. Demnach können ausländische Straftäter bereits dann ausgewiesen werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Dabei spielt keine Rolle, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Diese Verschärfung betrifft aber nur ein paar Delikte wie zum Beispiel Straftaten gegen das Leben, also etwa Mord oder sexuelle Übergriffe. Auch Diebstahl kann entsprechend bestraft werden - sofern dabei Gewalt angewendet wurde oder es sich um Serientäter handelt. Der CSU gingen die Vorschläge nicht weit genug. Generalsekretär Andreas Scheuer forderte, dass straffällige Flüchtlinge auch ohne Prozess abgeschoben werden dürfen.

Lücken im Asylsystem Der Attentäter von Ansbach war straffällig und hätte nach Bulgarien abgeschoben werden sollen. Aber es gibt viele Möglichkeiten, doch in De....

Werden Ausreisepflichtige auch tatsächlich abgeschoben?

Zwar wird ein Migrant mit einem abgelehnten Asylantrag umgehend ausreisepflichtig, meist wird diese Ausreise aber nicht vollzogen. Zum 31. März waren fast 220.000 Menschen als "ausreisepflichtig" erfasst. Darunter waren aber nur rund 51.000 Ausländer, die "vollziehbar ausreisepflichtig" waren. Die übrigen waren Geduldete. Das vorübergehende Bleiberecht bekommen abgelehnte Asylbewerber, bei denen tatsächliche oder rechtliche Gründe gegen eine Abschiebung sprechen.

Aber auch wer vollziehbar ausreisepflichtig ist, so wie der syrische Islamist aus Ansbach, findet oft Wege, der Abschiebung zu entgehen. Herkunftsländer weigern sich, die Menschen wieder aufzunehmen. Auch gilt ein Abschiebeverbot, wenn im Heimatland Folter oder die Todesstrafe drohen.

Insgesamt gab es in den ersten fünf Monaten weniger als 11.300 Abschiebungen. Das Bundesinnenministerium rechnet damit, dass bis zum Ende des Jahres 27.000 Zuwanderer abgeschoben und 61.000 das Programm der Bundesregierung zur freiwilligen Rückkehr nutzen werden. Dem stehen allerdings mindestens 370.000 Asylbewerber gegenüber, deren Anträge in diesem Jahr voraussichtlich abgelehnt werden, die also ausreisepflichtig werden.

Warum war der Täter aus Ansbach noch in Deutschland?

Nach Angaben des Innenministeriums war der Mann in Bulgarien bereits als subsidiär Schutzberechtigter anerkannt. Danach zog er weiter, wurde in Österreich registriert und kam im Juli 2014 nach Ansbach. Daraufhin stellte er auch in Deutschland einen Asylantrag, am 2. Dezember wurde sein Asylantrag abgelehnt und die Abschiebung nach Bulgarien angeordnet. Daraufhin legte er medizinische Atteste vor, die eine psychische Labilität untermauerten. Deshalb wurde die angedrohte Abschiebung zunächst aufgehoben, in diesem Juli wurde er aber erneut zur Abschiebung nach Bulgarien aufgefordert. Noch nicht geklärt ist, warum er trotz eines abgeschlossenen Asylverfahrens in Bulgarien überhaupt ein zweites in Deutschland durchlief.

Grundlage für solche Rückführungen ist die sogenannte Dublin-Verordnung. Demnach ist jenes EU-Land für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig, in dem der Migrant zuerst registriert wurde. In der Realität gelingen Dublin-Abschiebungen nur relativ selten. Immer wieder gibt es Gerichtsurteile, die eine Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufheben beziehungsweise die Situation für Flüchtlinge in Bulgarien als unzumutbar beurteilen. Nach Ansicht des Innenministeriums bestehen in dem Land zwar Mängel, aber keine strukturellen, die einer Überstellung im Weg stehen könnten. So wurden im vergangenen Jahr 39 Syrer nach Bulgarien abgeschoben. Insgesamt wurden 168 Menschen syrischer Herkunft mit Bezug auf die Dublin-Regeln in die zuständigen EU-Länder gebracht.

Bleiben Asylbewerber frei, obwohl sie straffällig geworden sind?

Der Staat kann nur begrenzt Freiheitsrechte einschränken, solange keine konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit besteht. Das war offenbar bei dem Syrer nicht der Fall. Auch die von ihm begangenen Straftaten waren nicht schwerwiegend genug, um den Mann nach geltender Gesetzeslage in Haft zu nehmen.

Welches Sicherheitsrisiko bergen die großen Flüchtlingszahlen?

Mit der Flüchtlingswelle im vergangenen Jahr hat sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden auch die Gefahr erhöht. Kriminelle hätten unerkannt einreisen können, weil aufgrund der hohen Zugangszahlen nur wenige der Migranten umfassend überprüft wurden.

Der Würzburger Axttattentäter wohnte zum Beispiel seit mehr als einem Jahr in Deutschland - eine umfassende Identitätsprüfung und ein genauer Sicherheitscheck hatte bis zuletzt aber nicht stattgefunden - obwohl beides vorgesehen ist.

Die Überprüfung stellt die Behörden vor große Probleme: Rund 70 bis 80 Prozent der Einreisenden legen keine Ausweisdokumente vor. Im Zuge des Asylverfahrens werden Identität und Herkunft dann vor allem über

Lücken im Asylsystem Der Attentäter von Ansbach war straffällig und hätte nach Bulgarien abgeschoben werden sollen. Aber es gibt viele Möglichkeiten, doch in De....

Befragungen sowie einen Abgleich von Fingerabdrücken und Sprachanalysen festgestellt. Im Juni noch erklärte das BAMF, dass immer noch bis zu 150.000 Asylsuchende in der Bundesrepublik nicht erkennungsdienstlich erfasst seien.

Auch wenn es wenige Statistiken dazu gibt, in welchem Umfang getrickst wird: Es wird von vielen vorgetäuschten Staatsbürgerschaften ausgegangen. Einer vertraulichen Analyse der EU-Grenzschutzagentur Frontex ist zu entnehmen, dass 2015 rund 170.000 Migranten grob überprüft wurden, die sich bei ihrer Ankunft in Griechenland als Syrer ausgaben. 14,2 Prozent von ihnen erwiesen sich jedoch als Bürger anderer Staaten. Wahrscheinlicher Grund für die Falschangabe: Migranten aus Syrien erhalten in Europa leichter einen Flüchtlingsschutz.

Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, fordert, dass das BAMF wegen der Sicherheitslage Nachprüfungen durchführen müsse. "Fast alle Syrer, die 2015 eingereist sind, haben lediglich einen Fragebogen ausgefüllt, ohne intensive Befragungen", sagte Wendt der "Welt". Er gestand aber auch ein: "Einzelne Kriminelle können immer durchrutschen, hundertprozentig wird die Erfassung nie sein."

Geht von Flüchtlingen eine besonders hohe Gefahr aus?

Eine von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) angestoßene Erhebung kommt zu dem Schluss, dass Zuwanderer grundsätzlich nicht mehr Straftaten begehen als Deutsche. Besonderes Augenmerk richten die Sicherheitsbehörden dennoch auf Migrationsbewegungen und eine damit zusammenhängende islamistische Terrorgefahr. Denn: Obwohl die Terrormiliz IS für Anschläge in Europa eigentlich nicht auf den Flüchtlingsstrom angewiesen ist, hatten sich beispielsweise Attentäter von Paris unter die Migranten gemischt und Kontrolllücken ausgenutzt.

Fast alle Syrer haben lediglich einen Fragebogen ausgefüllt Deutsche Polizeigewerkschaft

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/MICHAELA REHLE

Ermittler sichern in Ansbach Spuren am Tatort. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) äußert sich zur "Schreckenswoche"

dpa/ Daniel Karmann

MICHAELA REHLE

Daniel Karmann

Load-Date: July 26, 2016

Deutschland versagt bei Rückführung von Flüchtlingen; Im Rahmen des Dublin-Abkommens wurden in diesem Jahr 40.000 Übernahmeersuchen an andere europäische Staaten gestellt. Aber nur in 2860 Fällen mit Erfolg. Viele Asylsuchende tauchen unter

Die Welt

Freitag 21. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 247

Length: 488 words

Byline: Philip Kuhn

Marcel Leubecher

Body

Deutschland gelingen nur wenige Überstellungen von Schutzsuchenden in andere Schengenstaaten. Das geht aus Zahlen des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) hervor, die der "Welt" vorliegen. Demnach hat die Bundesrepublik von Januar bis September dieses Jahres exakt 40.000 Übernahmeersuchen an Mitgliedstaaten gestellt. Letztlich wurden aber nur 2860 Personen in diese Länder überstellt.

Nur sieben Prozent aller Flüchtlinge, die Deutschland rückführen wollte, sind also tatsächlich bei den Schengen-Partnern eingetroffen. Als besonders schwierig erwiesen sich Rückführungen nach Ungarn. An keinen Staat richtete Deutschland mehr Anfragen - insgesamt 10.082. Allerdings war das aufwendige Unterfangen in lediglich 248 Fällen erfolgreich.

Von Januar bis Ende September 2016 kamen insgesamt 213.000 Schutzsuchende nach Deutschland. Streng genommen müsste eine große Mehrheit von ihnen Deutschland wieder verlassen - zumindest dann, wenn die Dublin-Regelung eingehalten würde, nach der Flüchtlinge in die Länder zurückgebracht werden, aus denen sie nach Deutschland gereist sind. Doch spätestens in der Flüchtlingskrise zeigte sich die Schwäche des Systems: Bei Einhaltung des Regelwerks hätte Zentraleuropa alle Verantwortung auf Randstaaten wie Italien und Griechenland abgewälzt.

Klar ist aber auch, dass Deutschland als wichtigster Aufnahmestaat in Europa nicht die Hauptlast tragen will. Deshalb werden im Rahmen des Dublin-Abkommens regelmäßig Übernahmeersuchen gestellt. Übrigens auch von anderen Staaten an Deutschland. In diese Richtung funktioniert das auch deutlich besser. So waren im gleichen Zeitraum von 24.435 Übernahmeersuchen an Deutschland immerhin 9688 erfolgreich. Das ist eine Quote von 40

Deutschland versagt bei Rückführung von Flüchtlingen Im Rahmen des Dublin-Abkommens wurden in diesem Jahr 40.000 Übernahmeersuchen an andere europäische Staaten....

Prozent. Seit diesem Jahr schieben die übrigen EU-Staaten erstmals mehr Migranten nach Deutschland ab als umgekehrt.

Besonders die von der Flüchtlingskrise gebeutelten Schweden fanden mit ihren Übernahmeersuchen in Berlin Gehör. 3254 Migranten konnten so nach Deutschland gebracht werden. Loswerden wollte die Regierung in Stockholm 4351.

Meistens sind nicht die anderen Länder schuld, wenn Überstellungen aus Deutschland scheitern. Wie das BAMF der "Welt" mitteilte, legen viele Asylbewerber Klagen gegen die Überstellungsbescheide ein. Wenn das zuständige Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung der Klage gegen den Bescheid anordnet, kann der Betroffene bis zum Ende des Hauptsacheverfahrens nicht überstellt werden - das kann mehrere Monate in Anspruch nehmen. In einzelnen Fällen kommt es sogar zur Aufhebung der Überstellungsbescheide.

Zudem tauchen viele dieser Migranten - ähnlich wie bei Abschiebungen in ihre Herkunftsstaaten - lieber unter, als in ein anderes europäisches Land zurückgebracht zu werden. Das wird problematisch, wenn nach Ablauf einer sechsmonatigen Frist, in einigen Fällen sind es 18 Monate, die Zuständigkeit für das Asylverfahren auf Deutschland übergeht.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 21, 2016

Viele Wege führen nach Deutschland; Die Balkanroute so gut wie dicht, Europa aber noch lange nicht. Zuletzt kamen Flüchtlinge häufiger über die Schweiz in die Bundesrepublik

Die Welt

Dienstag 20. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 221

Length: 1644 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Pauly

Body

Auch wenn die Balkanroute so gut wie geschlossen ist, Millionen **Migranten** warten vor den Toren Europas darauf, dass sie doch irgendwie hereinkommen. Sie haben ihre Heimatländer in Asien oder Afrika verlassen, weil sie ein besseres Leben suchen. Sicherer - oder manchmal schlichtweg lebenswerter.

Nachdem das staatlich organisierte Durchreichen von der Türkei bis nach Deutschland gestoppt wurde, nehmen sie wieder größere Risiken in Kauf. Sie verstecken sich in Lastwagen, steigen auf kaputte Boote mit viel zu wenig Treibstoff oder klettern über militärisch gesicherte Grenzzäune. Eine komplette Abschottung? Das ist unmöglich. Und solange sich Europa nicht zur Aufnahme von größeren **Flüchtlingskontingenten** durchringt oder die Menschen von der Fahrt übers Mittelmeer abhält, wird der Druck auf die Außengrenze nur noch größer werden. Die Menschen kommen. Auch nach Deutschland, zuletzt häufiger über die Schweiz.

Auch im Jahr nach der großen europäischen Krise ist die weltweite **Flüchtlingslage** mit ihren Ursachen und Konsequenzen also längst nicht gelöst. Am Montag werden sich die Vereinten Nationen in New York deshalb den Kopf darüber zerbrechen, wie man verhindern kann, dass bald sogar noch deutlich mehr als die bisherigen 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Die Zahlen und Erkenntnisse verschiedener Behörden, die die "Welt" für diesen Artikel zusammengetragen hat, zeigen, wie die Menschen nach Europa kommen. Experten sprechen von einem "gigantischen Herkunftsraum". Und eine Prognose, wie es weitergeht, die mag keiner abgeben.

Schon kurz nach der Schließung der Balkanroute im Frühjahr rückte die zentrale Mittelmeerroute wieder in den Fokus. Auch wenn die Gesamtzahl dieses Jahr aufgrund der vielen Migranten im Januar und Februar für

Viele Wege führen nach Deutschland Die Balkanroute so gut wie dicht, Europa aber noch lange nicht. Zuletzt kamen Flüchtlinge häufiger über die Schweiz in die Bu....

Griechenland noch größer ist, holt Italien auf. Dort kommen mittlerweile wieder deutlich mehr Flüchtlinge an als in Griechenland. Und während die EU mit der Türkei einen Partner gefunden hat, um die Weiterreise der Migranten zu stoppen, herrschen in Libyen Krieg und Terror - das pure Chaos also. Dort funkt den Schleusern niemand dazwischen.

Hunderttausende Flüchtlinge warten laut Schätzungen von Sicherheitsbehörden darauf, dass sie genug Geld zusammengekratzt haben, um die oftmals tödliche Überfahrt zu wagen. Schlepper schicken sie dann oftmals mit Schlauchbooten aufs offene Meer. Das Benzin reicht meist nur für ein paar Meilen, dann sollen die Migranten einen Notruf nach Italien senden. Der Aufwand für die Schleuser ist minimal - die Einnahmen aber sind in den vergangenen Jahren immer größer und betragen weltweit rund sechs Milliarden Euro.

Insgesamt ist die Zahl der Flüchtlinge auf dieser Route stabil. Nach Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex erreichten in den ersten acht Monaten dieses Jahres 116.000 Flüchtlinge Italien, nur rund 500 mehr als im vergangenen Jahr.

Verändert hat sich laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) dagegen die Herkunft der Migranten: Vor allem kommen heute Nigerianer, Eritreer und Sudanesen. In dem einen Land wütet die Terrormiliz Boko Haram. Eritrea wiederum ist eine brutale Diktatur mit außergerichtlichen Hinrichtungen und illegalen Verhaftungen, in der Gegner des Regimes schnell und spurlos verschwinden.

Der Sudan schließlich ist nicht nur ein zentrales Transitland, in dem sich mehrere Fluchtrouten nach Libyen treffen. Die Jahre des Bürgerkriegs haben dort zudem zu außergewöhnlich vielen Binnenflüchtlingsen geführt. All das hat dazu geführt, dass die EU mittlerweile auf eine engere Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern setzte. Finanzspritzen oder eine enge Entwicklungszusammenarbeit sollen dazu führen, dass sich erst gar nicht so viele auf den Weg machen. Ob das klappt, bleibt abzuwarten.

Syrer, die bis Anfang 2015 noch vielfach den Weg übers zentrale Mittelmeer wählten, registrieren die Behörden heute übrigens kaum noch in Italien. Insgesamt starten mehr Migranten ihre Fahrt übers Mittelmeer mittlerweile in Ägypten. In Italien sind in diesem Jahr bereits mehr Flüchtlinge aus dem nordafrikanischen Land angekommen als im gesamten Vorjahr. Rund zehn Tage dauert diese Überfahrt - und sie ist laut IOM deutlich gefährlicher, weil Flüchtlinge dabei länger auf offener See sind und im Notfall nur schwer zu retten sind. Weitaus weniger Personen kommen weiterhin nach Spanien. Ein paar Migranten überquerten das Mittelmeer zuletzt von Algerien nach Sardinien.

Europa versucht mittlerweile verstärkt zu verhindern, dass sich die Migranten überhaupt ins Boot setzen. Darüber spricht die Bundesregierung auch mit Kairo. Und in Libyen will man demnächst bei der Ausbildung der Küstenwache helfen. Das ist ein Anfang. Ein Ziel ist, etwas Ähnliches wie das Türkei-Modell auch aufs südliche Mittelmeer zu übertragen. Dann könnten Migranten, die aus Libyen kommen, direkt in Asylzentren in nordafrikanischen Staaten zurückgeschickt werden. Manchen würde das wahrscheinlich abschrecken.

Das Abriegeln der Balkanroute in Mazedonien, ein Vorgang, der im Februar seinen Anfang nahm, führte zum starken Rückgang der Ankunftsahlen auf den griechischen Inseln. Das anschließend gestartete Abkommen zwischen der EU und der Türkei sorgte schließlich dafür, dass sich kaum noch jemand auf den Weg über die Ägäis machte.

Doch natürlich ist diese Route nach Europa damit nicht komplett dicht - und viele Syrer befinden sich weiterhin in einer nahezu aussichtslosen Lage. An der syrisch-jordanischen Grenze leben laut Amnesty International etwa 75.000 Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen. Es mangle an Nahrung, Wasser und Medizin, viele Menschen seien gestorben.

Migranten und Schleuser haben längst neue Wege nach Europa gefunden. Übers Schwarze Meer und auch über Albanien gelangen zwar viel weniger Migranten als zunächst erwartet. Doch über die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien findet so mancher noch seinen Weg Richtung Mitteleuropa. Immer wieder jedoch stehen die

Viele Wege führen nach Deutschland Die Balkanroute so gut wie dicht, Europa aber noch lange nicht. Zuletzt kamen Flüchtlinge häufiger über die Schweiz in die Bu....

Migranten vor abgesperrten Grenzen. In den Balkanländern sind mittlerweile wieder viele Migranten gestrandet. Europa hilft gerade Bulgarien, die Landgrenze zur Türkei stärker zu sichern.

Viele Migranten geben bei Befragungen an den EU-Außengrenzen an, dass sie am liebsten nach Deutschland weiterreisen würden. So etwas ist eigentlich aber nicht vorgesehen. Denn nach dem Dublin-Prinzip ist jener EU-Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig, in dem ein Flüchtling ankommt. In Europa wären das vor allem Griechenland und Italien. In den vergangenen Jahren reichten beide Länder viele Migranten einfach weiter. Ihr Argument: Die Menschen wollen sowieso nicht hier bleiben, sondern weiter nach Deutschland. "Das bisherige Konzept, dass die reicheren EU-Binnenländer ihre grenzpolizeiliche Verantwortung an die ärmeren Staaten an der EU-Peripherie weiterreichen, ist nicht aufgegangen", sagt Jörg Radek, Vize-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Viele wollen zwar noch immer weiter - schaffen es aber nicht. In Griechenland sind mehr als 60.000 Flüchtlinge gestrandet, weil sie auf der Balkanroute nicht weiterkommen. Zähneknirschend startet Athen nun mit der Registrierung - ganz ähnlich übrigens wie Italien. Dort wurden mehrere Hotspots aufgebaut, in denen Migranten untergebracht und betreut werden. Rom reagiert damit unter anderem auf die Signale Österreichs. Die Wiener Regierung ist darauf vorbereitet, in wenigen Stunden den Brenner zu schließen - falls die Zuwandererzahl aus dem Süden weiter steigt oder bald die ausgegebene Obergrenze erreicht werden sollte. Soweit will es Italien aber erst gar nicht kommen lassen.

Während in den vergangenen Jahren vor allem Bayern im Blickpunkt der Flüchtlingsströme stand - hier treffen sich Mittelmeer- und Balkanroute - , schauen die deutschen Sicherheitsbehörden mittlerweile auch wieder auf andere Grenzen aufmerksamer.

Ab Mitte 2015 etwa stieg die Zahl der Migranten aus der Russischen Föderation deutlich. Vor allem waren das Menschen aus Tschetschenien. Sie haben hierzulande zwar kaum Aussicht auf Asyl - doch offenbar sind die Lebensbedingungen derart schlecht und der Druck auf Regimegegner in dem Kaukasusstaat so hoch, dass sich zuletzt viele auf den Weg nach Europa gemacht haben.

Zuletzt berichteten verschiedene Medien davon, dass mittlerweile doppelt so viele Tschetschenen aus Weißrussland nach Polen einreisen wollen. Sicherheitskreise hierzulande bestätigen, dass dort viele versuchten, in den Nachbarstaat einzureisen. Wenn sie tatsächlich über die Grenze kommen, ist eigentlich Warschau für die Asylverfahren zuständig. Doch viele Personen entziehen sich den Behörden und versuchen, nach Deutschland zu gelangen. Nach Angaben des Brandenburger Innenministeriums wurden in den ersten acht Monaten des Jahres in dem Bundesland fast 2000 Asylsuchende aus Russland registriert - darunter vor allem Tschetschenen. Das sind deutlich mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der von der Bundespolizei festgestellten illegal Eingereisten an der Grenze zu Polen ist hingegen recht stabil.

Während die Situation an der Ostgrenze die Behörden noch nicht beunruhigt, blickt man weiter aufmerksam auf die Situation in Bayern - und aktuell auch auf die Grenze zur Schweiz in Baden-Württemberg. "Es tritt ein Verdrängungseffekt in andere Grenzabschnitte zur Schweiz, Frankreich und Belgien ein", erklärt GdP-Vize Radek, der beklagt, dass die Bundespolizei aufgrund des Einsatzes in Bayern und des fehlenden Personals, andere Grenzabschnitte vernachlässigen muss.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums zählten die Beamten dort bis zu diesem Sommer eine recht konstante Zahl von Einreisen. Seit Juni ist laut einem Sprecher aber ein "deutlicher Anstieg feststellbar". Es sind vor allem Afrikaner, die übers italienische Como in die Schweiz einreisen. Dort werden sie zunächst registriert - verschwinden dann aber. Und tauchen schließlich wieder in Deutschland auf.

Original Gesamtseiten-PDF

Viele Wege führen nach Deutschland Die Balkanroute so gut wie dicht, Europa aber noch lange nicht. Zuletzt kamen Flüchtlinge häufiger über die Schweiz in die Bu....

REUTERS/ARND WIEGMANN

Flüchtlinge in einem Lager in Como, Italien, nutzen jede Möglichkeit, um Kontakt mit der Heimat aufzunehmen

ARND WIEGMANN

Load-Date: September 20, 2016

End of Document

Europäische Antworten allein reichen nicht; Außenminister Steinmeier spricht mit Vertretern internationaler Organisationen über Möglichkeiten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. EU-Kommission bereitet gemeinsames Asylsystem für Europa vor

Die Welt

Mittwoch 13. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 162

Length: 867 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Nach dem Gipfel ist vor dem Dialog, der Gesprächsrunden anstößt, die Konferenzen vorbereiten, die Marschrichtungen für den Gipfel abstecken - an Zusammenkünften wichtiger Akteure in der **Flüchtlingskrise** herrscht wahrhaftig kein Mangel.

Doch sie sind der schieren Not geschuldet: Noch immer finden längst nicht alle **Flüchtlinge** erträgliche Aufnahmezentren in ihren Weltregionen, noch immer riskieren viele ihr Leben auf dem Meer, noch immer nutzen auch viele Nichtschutzbedürftige die Fluchtbewegungen, um in andere Länder einzuwandern - was wiederum die Aufnahmebereitschaft für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge in den Zielländern nicht unbedingt vergrößert.

Um wieder einen Schritt zur Bewältigung dieser nie ganz lösbaren Schwierigkeiten zu gehen, bat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) die wichtigsten Akteure der globalen **Flüchtlingshilfe** und **Migrationssteuerung** an den vielleicht friedlichsten Ort Berlins, in die Villa Borsig am Tegeler See. Einem Vorschlag des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Anan folgend, der die "wichtigsten Player" der **Migrationskrise** an einen Tisch bringen wollte. Zum zweiten Mal nahmen nun die Vereinten Nationen (UN), die Internationale Organisation für **Migration** (IOM), Europäische Union (EU), das Internationale Rote Kreuz, Weltbank und die Bundesrepublik an diesem Round Table Platz.

Der einzige Staatsmann in der Runde, Steinmeier, skizzierte zu Beginn sein Programm: "Wir müssen uns innerhalb der Weltgemeinschaft verständigen, wie Migration gesteuert werden kann. Einzelstaatliche oder europäische Antworten allein reichen nicht aus." Damit unterstrich er den Konsens in der Bundesregierung, die das traditionelle Mittel der Migrationssteuerung namens nationale Grenzschießung als gedankliche No-go-Area ausgeschildert und damit viel Wut vor allem im deutschen wie europäischen Osten auf sich gezogen hatte.

Europäische Antworten allein reichen nicht Außenminister Steinmeier spricht mit Vertretern internationaler Organisationen über Möglichkeiten zur Bewältigung der....

Aber gerade durch ihre großzügige Aufnahme von Flüchtlingen hat die Bundesregierung den Respekt der internationalen Gemeinschaft geerntet. UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi, der UN-Sonderbeauftragte für Migration, Peter Sutherland, IOM-Generaldirektor William Swing und EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos überboten einander in Berlin im Lob der Bundesregierung.

Swing pries die "visionäre Entscheidung der Kanzlerin" vom vergangenen September, Avramopoulos würdigte das "Role Model Germany" in der Flüchtlingspolitik. Sutherland verband sein Lob mit der scharfen Kritik am "Versagen von 21 EU-Staaten, die so gut wie keine Flüchtlinge aufnehmen und die nationalistische Karte spielen".

Bisher scheiterten alle Versuche Brüssels, die Osteuropäer mit Engelszungen und Daumenschrauben zur Flüchtlingsaufnahme in relevanten Größenordnungen zu bewegen. Dass auch sie für Menschen sorgen sollen, die vor einem Bürgerkrieg weit hinter der Türkei fliehen, wollen die Regierungen dieser Länder nicht anerkennen. In dieser Woche will die Kommission die Arbeit an einem neuen gemeinsamen Asylsystem für alle Mitgliedstaaten abschließen. Am Mittwoch stellt die EU-Kommission Grundzüge vor.

UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi warnte davor, die zurückgehenden Flüchtlingszahlen in Europa als Entwarnung zu verstehen. Allein im Irak, im Südsudan und in Burundi seien in diesen Tagen wieder Hunderttausende neu auf der Flucht. "Unglücklicherweise verbessert sich der Trend nicht."

Alle Organisationen warben für einen "globalen Ansatz", um mit den Flüchtlingsbewegungen besser zurechtzukommen. EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos sagte: "Wir haben Fortschritte gemacht. Aber wir haben unsere Ziele noch nicht zu 100 Prozent erreicht."

Deutschland will in Herkunftsländern von Flüchtlingen und Migranten verstärkt auf die Gefahren einer unerlaubten Reise nach Europa hinweisen, bereits heute verfolgt das Auswärtige Amt solche Kampagnen unter anderem schon über digitale Netzwerke in Afghanistan und im Nahen Osten. Im Abschlusspapier des Treffens heißt es: "Wir müssen auf die Menschen zugehen, sie über potenzielle Risiken und legale Einwanderungsmöglichkeiten aufklären."

Das Außenamt wird laut Steinmeier zudem das neue Analysezentrum der IOM in Berlin finanziell unterstützen. Kern ist ein Datenportal zur globalen Migration, um die Kooperation zwischen internationalen Organisationen zu fördern und um Flüchtlings- und Migrantenbewegungen analysieren zu können. In einer ersten Phase soll sich das Portal auf europabezogene Daten konzentrieren, in einer zweiten weltweite Daten bereitstellen. Unabhängig von konkreten Maßnahmen bekräftigten die Teilnehmer der Konferenz, "dass alle Migranten, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, auf ihrem Weg das Recht auf Sicherheit und Würde haben". Dasselbe gelte für die Rückführung von Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wird.

Im gesamten Jahr organisiert die internationale Gemeinschaft Treffen zur Migrationspolitik. Auf der Londoner Konferenz im Februar lag der Schwerpunkt auf der Hilfe für Syrien, auf der UNHCR-Konferenz im März in Genf ging es um legale Wege der Einwanderung. Im Mai kamen die Staats- und Regierungschefs in Istanbul zum ersten humanitären Weltgipfel zusammen. Im September folgt in New York die UN-Generalsversammlung zur Migration.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Rainer Jensen

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (m.) mit Vertretern internationaler Hilfsorganisationen: Unter anderem haben sie vereinbart, in Krisenländern Kampagnen zur Aufklärung potenzieller Flüchtlinge zu starten

Europäische Antworten allein reichen nicht Außenminister Steinmeier spricht mit Vertretern internationaler Organisationen über Möglichkeiten zur Bewältigung der....

Rainer Jensen

Load-Date: July 13, 2016

End of Document

Merkel will Gegner mit härterem Flüchtlingskurs beschwichtigen; Entlastung für osteuropäische Staaten. EU-Grenzschutztruppe Frontex soll die Balkanroute noch undurchlässiger machen. Pro Asyl kritisiert: Bundesregierung treibt Migranten in verzweifelte Lage

Die Welt

Montag 26. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 226

Length: 518 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Der Streit über die **Flüchtlingspolitik** hat einen tiefen Graben zwischen CDU und CSU, aber auch quer durch die Europäische Union gezogen. Doch nun stehen die Zeichen auf Annäherung.

Zum einen versuchen Politiker der Schwesterparteien, weniger über das Zurückweisen von **Migranten** zu debattieren, sondern das Gemeinsame - das Begrenzen der **Flüchtlingszahl** - zu betonen. Zum anderen hat die Bundesregierung am Wochenende beim **Flüchtlingsgipfel** in Wien eine weitere Kurskorrektur vollzogen: Die Balkanroute soll künftig von der EU-Grenzschutzagentur Frontex gesperrt werden.

Berlin geht damit vor allem auf die Osteuropäer zu. Diese hatten im Frühjahr noch im Alleingang die Grenzen geschlossen - und damit die Flucht nach Europa deutlich erschwert. Wie die "Welt am Sonntag" berichtete, soll Frontex schon bald viele Grenzbeamte nach Griechenland schicken. Gleichzeitig plant die Bundesrepublik, Griechenland und Italien künftig jeweils 6000 Flüchtlinge pro Jahr abzunehmen. Die Rückführung von Menschen ohne Aussicht auf Asyl soll verstärkt werden, sagte die Kanzlerin.

Innenexperten der großen Koalition lobten die Ergebnisse des Gipfels in Wien. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), begrüßte das strengere Vorgehen gegen illegale Migration und damit den verstärkten Schutz der EU-Außengrenze. "Dafür ist es wichtig, die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit mehr Rechten und mit mehr Personal auszustatten", sagte Mayer der "Welt". Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, hofft, dass der Gipfel "der Anfang einer Wende in der europäischen Flüchtlingspolitik" darstellt. Man müsse "jetzt zu Kompromissen kommen, was jeder einzelne Mitgliedstaat leisten

Merkel will Gegner mit härterem Flüchtlingskurs beschwichtigen Entlastung für osteuropäische Staaten. EU-Grenzschutztruppe Frontex soll die Balkanroute noch und....

kann beim Schutz der EU-Außengrenzen, bei der Aufnahme Schutzbedürftiger und bei der Bekämpfung von Fluchtursachen", sagte Lischka.

Schwere Vorwürfe erhebt dagegen die Organisation für den Schutz von Flüchtlingen, Pro Asyl. Geschäftsführer Günter Burkhardt sagte dieser Zeitung mit Blick auf Einsatzpläne an der griechisch-mazedonischen Grenze: "Die Bundesregierung treibt gemeinsam mit den übrigen EU-Staaten Flüchtlinge in Griechenland in eine verzweifelte Situation." Sie seien dadurch "gefangen ohne Chance auf faire Prüfung ihrer Asylanträge - weder in Griechenland noch in einem anderen EU-Staat". Burkhardt fügte hinzu: "Auch wenn Deutschland künftig Griechenland 500 Flüchtlinge pro Monat abnimmt, ändert das nichts an der Verelendung der rund 60.000, die dort festsitzen."

Der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Konstantin von Notz, kritisierte eine mangelnde Aufnahmebereitschaft in Europa für Flüchtlinge: "Wer die illegale Migration tatsächlich bekämpfen will, der muss gleichzeitig realistische legale Möglichkeiten schaffen, nach Europa zu kommen", sagte von Notz. Gleichzeitig sprach sich der Grünen-Innenexperte für eine "effektive Kontrolle" der EU-Außengrenzen aus. Man müsse "wissen, wer einreist". Das sei zum Beispiel wichtig, "um die Freizügigkeit innerhalb Europas zu erhalten", sagte von Notz.

Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 26, 2016

Das neue Tor zu Deutschland; Seit die Balkanroute so gut wie dicht ist, versuchen viele Flüchtlinge, über die Schweiz nach Baden-Württemberg zu gelangen. Die Bundespolizei versucht, sie schon vor der Grenze abzufangen

Die Welt

Dienstag 1. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 256

Length: 1974 words

Byline: Manuel Bewarder

Philip Kuhn

Body

Berlin, Weil am Rhein und Chiasso

Es ist nur eine kurze Szene im Eurocity von Mailand nach Zürich, aber sie dürfte den Fahrgästen im Gedächtnis bleiben. Am Schweizer Grenzbahnhof Chiasso steigt ein gutes Dutzend Beamte des Grenzwachtkorps ein. Angespannt und sichtbar voller Adrenalin, durchkämmen die Schweizer Grenzschrützer den Zug nach **Flüchtlingen**. Sie werden schnell fündig. In einem Großraumabteil hat sich ein Afrikaner in den engen Zwischenspalt zwischen zwei Vierersitzreihen gekauert. Eigentlich ist er dort fast unsichtbar. Doch die Beamten haben Erfahrung.

"Komm raus", herrscht ihn einer der Grenzschrützer an. Dabei zieht er den verängstigten Mann entschlossen am Hemdkragen aus seinem Versteck. Es muss schnell gehen. Der Zug hat nur wenige Minuten Aufenthalt. "Der schon wieder", murmelt ein Kollege. Als der Zug in Richtung Zürich abgefahren ist, stehen die Schweizer Beamten mit sechs dunkelhäutigen **Flüchtlingen** auf dem Bahnsteig.

Das unscheinbare Industriestädtchen Chiasso im Schweizer Kanton Tessin ist nach Schließung der Balkanroute und des Brenners zum wichtigsten Nadelöhr für **Flüchtlinge** auf dem Weg nach Deutschland geworden. Seit März haben sich illegale Einreisen von Italien in die Schweiz am Grenzzort Chiasso verzehnfacht - von 400 auf mehr als 4000. Die Schweizer haben reagiert und den Bahnhof faktisch zur Hochsicherheitszone gemacht.

Inzwischen hält sich die Anzahl von Fahrgästen und Grenzpolizisten auf dem Bahnhof die Waage. "Zwei Drittel der Migranten sind nur auf der Durchreise", sagt Walter Pavel vom Grenzwachtkorps in Bern. Ein Drittel gibt an, in der Schweiz Asyl zu wollen. Das macht es den Schweizer Beamten in Chiasso vergleichsweise einfach. Denn wer nur

Das neue Tor zu Deutschland Seit die Balkanroute so gut wie dicht ist, versuchen viele Flüchtlinge, über die Schweiz nach Baden-Württemberg zu gelangen. Die Bun....

Transit will, muss innerhalb weniger Stunden nach Italien zurück. So sieht es das Rückübernahmeabkommen zwischen beiden Ländern vor.

Seit die Balkanroute geschlossen ist, kommen Migranten vor allem über das zentrale Mittelmeer nach Europa, vor allem nach Italien. 158.000 zählte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR seit Anfang des Jahres, allein im Oktober mehr als 26.000 - damit fast drei Mal so viele wie im Vorjahresmonat. Das ist eine enorme Belastung für den Staat, der noch immer mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen hat. Die meisten Migranten wollen ohnehin weiter nach Norden.

Früher klappte das auch oftmals, denn Rom winkte die vielen Afrikaner durch, anstatt sie - wie in Europa vorgesehen - zu registrieren und ihre Asylanträge zu bearbeiten. Mittlerweile jedoch kommt Italien seiner Pflicht nach. Es bleibt auch keine andere Wahl. Denn Österreich hat am Brenner bereits Vorkehrungen getroffen, um schnell die Grenze schließen zu können. Italien wiederum fürchtet Staus sowie damit verbundene wirtschaftliche Schäden - und hat deshalb auf die Drohung aus Wien reagiert. Mittlerweile achtet man darauf, dass möglichst wenige Migranten die Grenze nach Österreich überqueren.

Die Schweiz allerdings unterließ es zunächst, solche Drohsignale nach Italien zu senden. Die Folge: Im Frühsommer versuchten plötzlich immer mehr Migranten durch dieses Nadelöhr zu gelangen und quasi durch die Hintertür, fernab der Grenzkontrollen in Bayern, nach Deutschland zu gelangen. Doch mittlerweile tut auch die Schweiz viel mehr, um so wenig Einreisen wie möglich zuzulassen, und erhöht damit den Druck auf Italien. In Rom ist man verzweifelt. Am vergangenen Dienstag drohte Premier Matteo Renzi mit einem Veto gegen den EU-Haushalt, falls sein Land nicht entlastet würde und Staaten wie etwa Ungarn bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht solidarischer seien.

Siaka ist einer jener Flüchtlinge, die in Italien gestrandet sind und weiter nach Deutschland wollen. Vor einer Woche wurde der 19-Jährige aus Gambia in Chiasso aus dem Zug geholt und nach Como zurückgeschoben. In der norditalienischen Stadt nahe der Schweizer Grenze stranden Flüchtlinge aus ganz Afrika. Manche sind schon seit Wochen dort. So lange will Siaka nicht warten. "Ich muss das Geld für einen Schlepper zusammenkratzen."

300 Euro kostet der Weg zu Fuß über die Berge in die Schweiz. Seit einigen Tagen lebt er zusammengepfercht mit anderen Flüchtlingen in einem Auffanglager, das die Stadt eher widerwillig errichtete. Zuvor hatten die Flüchtlinge wochenlang vor dem Hauptbahnhof der norditalienischen Stadt campiert.

Siakas Traumziel heißt Deutschland. Dort will er Fußballprofi werden, in Gambia haben sie ihn alle nur "Ballack" genannt. Als bezahlter Vereinsfußballer ernährte er daheim die Familie, brachte mit dem Geld seine sechs Schwestern und drei Brüder über die Runden. Bald soll viel mehr Geld aus Deutschland fließen, darauf hoffen sie in Gambia. Wenn er es schafft. Denn Siaka ist schon ein wenig ernüchtert. "Das ist nicht das Europa, das ich mir erträumt habe", sagt er. Den Freunden in Gambia berichtete er am Telefon, wie ihn das Warten in Como zermürbt, wie schlecht Afrikaner behandelt werden. "Niemand hat mir geglaubt", sagt Siaka. "Meine Freunde wollen nach Deutschland."

Haben es die Flüchtlinge erst mal in die Schweiz geschafft, ist der Weg nach Norden praktisch frei. Die 316 Kilometer lange Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz ist durchlässig. Deutlich wird das am Empfangs- und Verfahrenszentrum Basel (EVZ), einer Erstaufnahme für Asylbewerber, unmittelbar an der deutschen Grenze gelegen. Zehn solcher Zentren gibt es in der Schweiz. Dorthin müssen Migranten zuerst, nachdem man sie an den Grenzübergängen aufgegriffen hat und sie angegeben haben, Asyl beantragen zu wollen. Anschließend werden sie weiter auf die Kantone verteilt.

Vom EVZ in Basel sind es exakt 300 Meter bis nach Deutschland. Auch von der Kreuzlinger Erstaufnahme am Bodensee ist die deutsche Grenze nur einen halben Kilometer entfernt. Diese Nähe zum nördlichen Nachbarn ist vermutlich kein Zufall. Kritiker werfen den Schweizern vor, sich auf diese Weise besonders rasch und unkompliziert ihrer Migranten zu entledigen.

Das neue Tor zu Deutschland Seit die Balkanroute so gut wie dicht ist, versuchen viele Flüchtlinge, über die Schweiz nach Baden-Württemberg zu gelangen. Die Bun....

Tatsächlich wollen die meisten Flüchtlinge ohnehin weiter nach Deutschland - auch dann, wenn sie zum Schutz Asyl in der Schweiz beantragt haben. Der 13-jährige Aman aus Eritrea hat die Chance der kurzen Wege erkannt. Er ist als unbegleiteter Minderjähriger allein über das Mittelmeer bis in die Schweiz gekommen - da wird es an 300 weiteren Metern nicht scheitern.

Zur besten Tageszeit, gegen elf Uhr morgens, marschiert der Junge seelenruhig über die deutsch-schweizerische Grenze. Vorbei an den in die Jahre gekommenen Zollanlagen, in denen noch Beamte arbeiten, hinüber nach Weil am Rhein, das sich nahtlos an Basel anschließt. Niemanden kümmert das. Eine Stunde später registriert ihn die Bundespolizei in Weil, noch am selben Tag wird er in eine Einrichtung für minderjährige Flüchtlinge gebracht - in Deutschland wohlgermerkt.

Auf den Vorfall angesprochen, reagieren Baden-Württemberger Beamte demonstrativ gelassen. In Südbaden wolle grundsätzlich niemand auf offene Grenzen verzichten, heißt es aus Polizeikreisen. Aber wie lange noch? Die Flüchtlinge kommen immer zahlreicher. Laut Statistik des Schweizer Staatssekretariats für Migration haben sich "unkontrollierte Abreisen" aus der Schweiz seit Anfang dieses Jahres verdoppelt. Bis Ende September waren es insgesamt fast 6000.

Die Mehrheit dieser "unkontrollierten Abreisen" geht nach Deutschland - dafür jedenfalls sind im Umkehrschluss die Zahlen der deutschen Sicherheitsbehörden ein starkes Indiz. Denn zeitgleich zu den Abreisen aus der Schweiz verzeichnete die Bundespolizei einen deutlichen Anstieg illegaler Einreisen aus der Alpenrepublik. Während es im vergangenen Jahr knapp 3000 waren, zählte man allein bis September dieses Jahres schon 5200. Allein in den Sommermonaten von Juni bis August, als die Überfahrt über das Mittelmeer wegen guten Wetters ein bisschen sicherer war, verdoppelte sich die Zahl im Vergleich zum Zeitraum im Vorjahr.

Sicherheitsbehörden wissen, dass deutlich mehr Migranten als von ihnen erfasst die Grenze unerkannt überqueren. Darauf deuten auch die offiziellen Zahlen hin: Während die Bundespolizei an den Grenzen zur Schweiz und Österreich zum Beispiel im August insgesamt lediglich 3200 illegale Einreisen feststellte, meldeten sich im Bundesgebiet im gleichen Zeitraum rund 14.000 neue Asylsuchende. Die Diskrepanz ist offensichtlich erheblich - selbst wenn man berücksichtigt, dass nicht alle über die südliche Grenze einreisen oder sich schnell als asylsuchend melden.

Für die deutschen Beamten an der Grenze bedeutet der gewachsene Zustrom mehr Arbeit. Den Bundespolizisten Vladimir Schreiner und Cornelia Barth bleiben 32 Minuten, um den ICE 278 zwischen Badischer Bahnhof in Basel und Freiburg nach Flüchtlingen zu durchkämmen. Schon nach wenigen Minuten der erste Treffer: Fünf Afrikaner mit zwei Säuglingen sind auf dem Weg nach Norden. Sie kommen aus Togo, Kamerun, der Elfenbeinküste und Äthiopien. Alle ohne gültiges Ticket.

In Freiburg werden die Flüchtlinge aus dem Zug geleitet, dann geht es im Gänsemarsch Richtung Bundespolizeipräsidium. Einer der Flüchtlinge ist die 35-jährige Victoire Mirab aus Kamerun. Sie ist mit ihrem Ehemann unterwegs. Kurz nach der Ankunft in Italien kam im Juni ihr inzwischen neuntes Kind zur Welt; die übrigen acht sind noch in ihrem Heimatland. "Ich bin Friseurin, mein Mann ist Koch. Wir hoffen, hier Arbeit zu finden." Warum Deutschland und nicht etwa Frankreich, wo die beiden - Französisch ist Amtssprache in Kamerun - wohl besser aufgehoben wären? "Frankreich?" Victoire Mirab verzieht angewidert das Gesicht. "Bloß nicht."

Auf dem Revier in Freiburg liegen Windeln bereit, freundliche Polizistinnen schaukeln die Säuglinge, während deren Eltern aufwendig registriert werden. Ein Hinweisschild auf Arabisch klärt darüber auf, dass es im Bundespolizeipräsidium kein WLAN für Gäste gibt. Stunden später liefert der europäische Datenbankabgleich wenig überraschende Ergebnisse. Alle aufgegriffenen Flüchtlinge wurden bereits in der Schweiz und Italien registriert; alle haben in einem der beiden Länder zudem Asylanträge gestellt. Nach der Dublin-Regel müssten sie zurückgeschickt werden. Eigentlich. In der Praxis aber ist die Chance groß, dass die Männer und Frauen in Deutschland bleiben dürfen.

Die Freiburger Bundespolizisten spüren, dass etwas gewaltig schief läuft; der Ansturm bringt sie auch personell an ihre Grenzen. In Berlin weiß man genau, dass die offene Grenze Probleme mit sich bringt. Doch richtige stationäre

Das neue Tor zu Deutschland Seit die Balkanroute so gut wie dicht ist, versuchen viele Flüchtlinge, über die Schweiz nach Baden-Württemberg zu gelangen. Die Bun....

Kontrollen wie an der Grenze zu Österreich, dazu ist Berlin bislang nicht bereit, und schon gar nicht zu strikten Zurückweisungen. Deshalb versucht sich die Bundespolizei neben Schleierfahndungen zusammen mit Schweizer Kollegen an einem Trick: Die Migranten sollen es erst gar nicht bis nach Deutschland schaffen.

Wenige Meter vor der deutschen Grenze, noch in Basel, kontrollieren Deutsche und Schweizer gemeinsam. Von Juni bis September konnten auf diese Weise "900 unerlaubte Einreisen" verhindert werden, wie es Innenminister Thomas de Maizière (CDU) kürzlich in einer Pressemitteilung mit dem Titel "Aktionsplan Deutschland Schweiz" verkündete. Die Rede ist darin auch von "gemeinsamen Patrouillen im grenzüberschreitenden Zugverkehr". Im Klartext: Migranten sollen schon in der Schweiz aus dem ICE gefischt und abgewiesen werden.

Offiziell wird die deutsch-schweizerische Zusammenarbeit als gemeinsames Polizeiabkommen verkauft. De facto handelt es sich um Grenzkontrollen. Das weiß man auch bei der Bundespolizei in Weil am Rhein, wo deshalb niemand ein böses Wort über grenznahe Asylreinrichtungen in der Schweiz verliert. "Die Zusammenarbeit mit unseren Schweizer Kollegen funktioniert hervorragend", lobt Thomas Gerberer von der Direktion in Weil am Rhein. Es ist dabei nur ein schwacher Trost für die Bundespolizei, dass man ohne die gemeinsamen Streifen mit den Schweizern und deren peniblen Kontrollen in Chiasso deutlich schlechter dastünde.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Roland Schmid (3)

Die Flüchtlinge, die ohne gültiges Ticket unterwegs waren, müssen den Beamten aufs Revier folgen. Dort wird geprüft, ob sie bereits anderswo in der EU einen Asylantrag gestellt haben

Roland Schmid (3)

Die Flüchtlinge, die ohne gültiges Ticket unterwegs waren, müssen den Beamten aufs Revier folgen. Dort wird geprüft, ob sie bereits anderswo in der EU einen Asylantrag gestellt haben

Roland Schmid (3)

Die Flüchtlinge, die ohne gültiges Ticket unterwegs waren, müssen den Beamten aufs Revier folgen. Dort wird geprüft, ob sie bereits anderswo in der EU einen Asylantrag gestellt haben

Roland Schmid/ Roland Schmid

Gemeinsam mit ihren Schweizer Kollegen kontrolliert die Bundespolizei Züge nach Deutschland. Für Migranten, die illegal einreisen, endet die Fahrt vorerst in Freiburg

Beate Nowak

Roland Schmid

Roland Schmid

Roland Schmid

Roland Schmid

Das neue Tor zu Deutschland Seit die Balkanroute so gut wie dicht ist, versuchen viele Flüchtlinge, über die Schweiz nach Baden-Württemberg zu gelangen. Die Bun....

Load-Date: November 1, 2016

End of Document

300.000 Flüchtlinge in diesem Jahr? Es könnten auch mehr werden; Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamtes für Migration, schätzt recht zurückhaltend. Schon bis Ende Juli wurden rund 238.000 Asylfälle registriert

Die Welt

Montag 29. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 202

Length: 811 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Die Literaturwissenschaft könnte sich einmal der Frage widmen, wer das Sprichwort "Prognosen sind äußerst schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen" in die Welt gesetzt hat. Tucholsky, Twain, Valentin, aber auch Bohr und Churchill gelten als mögliche Urheber. Sicher stammt es nicht aus Thomas de Maizières (CDU) Bundesinnenministerium und dem ihm untergeordneten Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF).

Dort wird es aber offenbar stark beherzigt: Bis jetzt - Ende August - liegt keine offizielle Prognose vor, wie viele tatsächlich und angeblich Schutzsuchende bis Ende Dezember ins Land kommen dürften. Die Lektion aus dem vergangenen Jahr, als eine Prognose nach der anderen von der Wirklichkeit überholt wurde, hat sich eingebrennt. Umso mehr überraschte Amtschef Frank-Jürgen Weise in der "Bild am Sonntag" mit der Aussage: "Wir stellen uns auf 250.000 bis 300.000 **Flüchtlinge** in diesem Jahr ein, darauf richten wir unsere Kapazitäten aus." Der Leiter der Nürnberger Behörde machte aber deutlich: "Das BAMF gibt keine Prognosen ab, das ist Aufgabe des Innenministeriums." Er persönlich "glaube aber, es werden dieses Jahr eher noch etwas weniger als 300.000 Menschen kommen".

Dass Weise damit recht behält, kann bezweifelt werden. Nicht etwa, weil von Januar bis Ende Juli schon weit mehr - rund 469.000 - Asyl-Erstanträge gestellt wurden. Diese kamen nämlich von vielen bereits im vergangenen Jahr Eingereisten, die erst nach mehreren Monaten ihren Antrag stellen konnten.

Zweifelhaft ist die von Weise angegebene Größenordnung, weil laut seiner eigenen Behörde schon bis Ende Juli rund 238.000 Zugänge von Asylsuchenden im Easy-System registriert wurden. Hier entfielen die meisten Registrierungen auf die Zeit vor der weitgehenden Schließung der Balkanroute durch Österreich und seine südosteuropäischen Nachbarn sowie dem Türkei-Abkommen. Seit April wurden in jedem Monat dann nur noch rund 16.000 schutzsuchende Migranten im Easy-System registriert.

300.000 Flüchtlinge in diesem Jahr? Es könnten auch mehr werden Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamtes für Migration, schätzt recht zurückhaltend. Schon bis E....

Selbst wenn sich dieses Niveau bis Ende des Jahres hält und nicht der übliche Trend einer stärkeren Asyleinwanderung in der zweiten Jahreshälfte eintritt - in diesem Fall dürfte etwa die Zahl der Einreisen über Griechenland und Italien nicht weiter ansteigen - , stünden am Ende des Jahres mehr Registrierungen als von Weise angenommen.

Deswegen ist es entscheidend, inwiefern die Zahl der Easy-Registrierungen dann wirklich der Zahl der Eingereisten entspricht. Es gibt nämlich auch hier das Problem der Über- und Untererfassung. Vor der Flüchtlingskrise haben sich wenige um das IT-System Easy geschert. Ein Blick auf die monatlich veröffentlichten Asylantragszahlen genügte, um die Asyleinwanderung ungefähr zu beziffern.

Doch seitdem Einreisen und Anträge sich stark auseinanderbewegen - bis vor ein paar Monaten übertrafen Erstere Letztere, jetzt ist es umgekehrt - liefert Easy ein genaueres Bild der Flüchtlingseinwanderung.

Aber eben auch kein völlig präzises. Denn das IT-System erfasst auch Schutzsuchende, die wenig später in ihren Wunschstaat weiterreisen. Es "können Fehl- und Doppelerfassungen nicht ausgeschlossen werden", weil die Registrierung anonym erfolgt, wie das BAMF der "Welt" mitteilt. Easy ist laut Bundesamt "keine Datenbank im üblichen Sinne, sondern nur ein reines fallbasiertes Verteilungssystem, welches nur die Merkmale ‚aufnehmendes Bundesland‘ und ‚Herkunftsland‘ kennt". Fachleute im Bundesinnenministerium schätzten die Quote der Doppelerfassungen auf etwa zehn Prozent.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Schutzsuchende, die nie in Easy auftauchen. Das Bundesamt erläutert: "Eine zweite Fehlerquelle ergibt sich dadurch, dass nicht alle Asylsuchenden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt werden. Bestimmte Personengruppen haben keine Verpflichtung, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen und werden daher nicht im Easy-System registriert. Dazu gehören zum Beispiel unbegleitete Minderjährige oder Personen in Haft."

Eine weitere Gruppe, die nicht in Easy, aber auch nicht in der Zahl der Asylanträge auftaucht, sind die etwa 40.000 syrischen Kontingentflüchtlinge. Sie stellen keinen Asylantrag, sondern werden direkt nach Deutschland geflogen, nachdem ihre Schutzbedürftigkeit schon vor Ort festgestellt wurde.

Schließlich kommt die unbekannte Größe der Migration hinzu: illegal Eingereiste, die noch nie in Behördenkontakt standen und noch bei keiner Polizeikontrolle aufgefallen sind. Sie haben aus Angst vor einer Ablehnung nie Asyl beantragt. Einige möchten niemandem zur Last fallen: Sie verzichten auf Sozialleistungen und gehen lieber Schwarzarbeit nach. Auch Kriminelle haben ein Interesse daran, nicht gemeldet zu sein.

Es wird noch länger dauern, bis man weiß, ob Weises Schätzung der Wirklichkeit entspricht. Bisher steht noch nicht einmal genau fest, wie viele Flüchtlinge im vergangenen Jahr ins Land gekommen sind.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 29, 2016

Der überhöhte 4. September 2015; Vor einem Jahr erlaubte Merkel Migranten aus Ungarn die Einreise

Die Welt

Samstag 3. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 207

Length: 674 words

Byline: Marcel Leubecher

Thorsten Mumme

Body

Wer möchte, kann gerade dabei zuschauen, wie ein Mythos entsteht - wie ein wichtiger Tag zu einem Schicksalstag überhöht wird: Nach dieser Lesart öffnete Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 4. September 2015 Deutschlands Grenzen. Dabei war dies nur der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die sich schon lange abgezeichnet hatte. Ein Blick auf die Entwicklung der Asylantragszahlen zeigt, dass seit 2008 kontinuierlich mehr Asylsuchende kamen. Seit 2012 verdoppelten sich die Anträge von Jahr zu Jahr und stiegen 2014 auf mehr als 200.000 an. Seit drei Jahren zieht Deutschland die meisten Asylsuchenden aller Industrieländer an.

Während die Zahl der Flüchtlinge weltweit laut UNHCR seit 2010 um 30 Prozent stieg, erlebte Deutschland eine Verzwanzigfachung im selben Zeitraum. Und 2015 waren vor dem 4. September schon über 400.000 Schutzsuchende registriert worden. Nahezu täglich kamen auch vorher Flüchtlinge per Zug aus Ungarn über Österreich nach Deutschland. Das Durchwinken auf der Balkanroute etwa begann schon am 18. Juni. Damals öffnete Mazedonien für 72 Stunden die Grenzen. Noch stärker war die Wirkung durch Meldungen, Ungarn wolle einen Grenzzaun errichten. Als dann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 25. August via Twitter mitteilte, auch unregistrierte Flüchtlinge aus Syrien würden ab sofort nicht zurückgeschickt, sondern in Deutschland anerkannt, wurde der Zuzug noch stärker. Von da an wollten sich die Menschen erst recht nicht mehr in Ungarn registrieren lassen. Das Dublin-System, nach dem Flüchtlinge in dem EU-Land registriert werden müssen, in dem sie zuerst ankommen, war also spätestens dann faktisch ausgesetzt - nachdem es jahrelang immer seltener beachtet worden war. Italien und Griechenland ließen Flüchtlinge schon lange vorher nach Norden weiterreisen. Oft registrierten diese Länder die Migranten gar nicht. Folge: Eine Rückführung, wie im Dublin-Regelwerk vorgesehen, konnte nicht umgesetzt werden; Behörden im Zentrum Europas wussten oft nicht, woher ein Asylsuchender kam. Gab es nach Italien immerhin einige Rückführungen, fielen sie seit 2011 Richtung Griechenland völlig aus - wegen der vom EuGH bestätigten Menschenrechtsverstöße in dem Mittelmeerstaat.

Der überhöhte 4. September 2015 Vor einem Jahr erlaubte Merkel Migranten aus Ungarn die Einreise

Das gesamte Dublin-System war eigentlich als Antwort auf die in dem Winzendorf Schengen beschlossene Abrüstung der Kontrollen an den Staatsgrenzen gedacht. Merkel konnte - in einem über Symbolisches hinausgehenden Bedeutungsanspruch - am 4. September also gar keine Grenzen öffnen. Das hatte ihr Amtsvorgänger Helmut Kohl (CDU) schon erledigt. Nach langem Tauziehen erreichte er zum Ende seiner Kanzlerschaft den Wegfall der Kontrollen an der österreichischen Grenze zum 1. April 1998. Und seit 2007 gehört auch Ungarn zum Schengenraum. Auch wenn Merkel am 4. September nicht telefonisch die Einreise der Migranten aus Ungarn erlaubt hätte, wären sie zumindest nicht an einer deutschen Grenzkontrolle gescheitert.

Weil die Flüchtlingswanderung erst ein halbes Jahr später wirkungsvoll eingeschränkt wurde - durch die weitgehende Schließung der Balkanroute und das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei - leben inzwischen mehr als 1,7 Millionen Ausländer mit Bezug zum Asylverfahren in Deutschland, wie das BAMF der "Welt" mitteilte. Zum Stichtag 31. Juli dieses Jahres waren es 1.731.998 Menschen. Darin enthalten sind "sowohl abgeschlossene als auch anhängige" - also aktuell laufende - Asylverfahren, sagte eine Sprecherin. Am 30. April waren es noch mehr als 200.000 Personen weniger. Allerdings kamen in den drei Monaten bis Juli nur etwa 50.000 Schutzsuchende im Land an. Die übrigen Asylsuchenden waren Ausländer, die schon länger im Land waren, aber erst nach Monaten ihren Asylantrag stellen konnten. Auch diese Überforderung und die dadurch entstandene Unordnung, in der viele Menschen ohne Sicherheitsüberprüfung einreisten, verbinden viele zuerst mit dem Datum 4. September 2015. Der Tag wird in den Geschichtsbüchern stehen - auch wenn an ihm keine Grenzen geöffnet wurden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 3, 2016

**EU will schärfer gegen Asylmissbrauch vorgehen; Vorschlag aus Brüssel:
Wer nicht mit Behörden kooperiert, muss mit Ablehnung rechnen. Die
Regeln in den Staaten sollen einheitlich sein. Österreichs Innenminister
gegen Arbeitserlaubnis für Asylbewerber**

Die Welt

Donnerstag 14. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 163

Length: 551 words

Body

Für **Asylbewerber** sollen nach dem Willen der EU-Kommission in Europa künftig härtere Auflagen gelten. Wer nicht mit den Behörden des Aufnahmestaates zusammenarbeitet, müsse mit einer Ablehnung rechnen. Ziel sei ein System, "das sich großzügig zeigt gegenüber den Verletzlichsten, aber streng gegenüber jenen, die es missbrauchen wollen", sagte EU-**Migrationskommissar** Dimitris Avramopoulos. Die Vorschläge benötigen die Zustimmung der EU-Staaten und des Europaparlaments.

Die Anträge von Schutzsuchenden, die falsche Angaben machen, sollen künftig in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden. Bei Personen, die bleiben dürfen, soll regelmäßig überprüft werden, ob sich die Situation in ihrem Herkunftsland verbessert hat und sie dorthin zurückkehren können. Wer unerlaubt von einem EU-Land in ein anderes wechselt, müsste zur Strafe länger als die eigentlich vorgesehenen fünf Jahre auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung warten. Die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel kritisierte die Pläne als unnötig harsch. Den Wechsel von einem EU-Land ins andere zu bestrafen helfe nicht. "Wir riskieren, Schutzbedürftige ihrer Grundrechte zu berauben", so Sippel. Die Grünen-Parlamentarierin Ska Keller sagte: "Abschreckung und Sanktionen sollen zur Leitlinie des gemeinsamen europäischen Asylsystems werden."

Insgesamt will die EU-Kommission die Regeln in Europa stärker angleichen. Derzeit etabliere die EU lediglich Mindeststandards für den Umgang mit Schutzsuchenden, was starke Abweichungen von Land zu Land schaffe. "Das führt nicht nur zu einer ungleichen Behandlung von Asylsuchenden, sondern verschafft ihnen auch Anreize, irregulär von einem Mitgliedstaat in den anderen zu wechseln", erklärte Avramopoulos. Er plädierte zudem für eine Straffung der Verfahren und dafür, dass Migranten unkompliziert abgeschoben werden können, wenn sie aus einem Land kommen, das auf einer europäischen Liste sicherer Herkunftsstaaten steht. Die EU erarbeitet derzeit solch eine Liste. An einigen Stellen will die EU-Kommission die Rechte Schutzsuchender auch stärken. Sie sollen etwa einen Anspruch auf kostenlosen rechtlichen Beistand bekommen. Wer sich um Asyl beworben hat, soll in der Regel spätestens binnen sechs Monaten eine Arbeitserlaubnis bekommen.

EU will schärfer gegen Asylmissbrauch vorgehen Vorschlag aus Brüssel: Wer nicht mit Behörden kooperiert, muss mit Ablehnung rechnen. Die Regeln in den Staaten s....

Davon will Österreichs Innenminister Wolfgang Sobotka nichts wissen. "Ich halte es für absolut undenkbar, Asylbewerbern eine Arbeitserlaubnis zu erteilen", sagte er der "Welt". "Das wäre ein Aufruf an die Menschen in den Krisenstaaten, nach Österreich zu kommen." Das Land fährt eine harte Linie in der Flüchtlingsfrage. So will Österreich dem Nachbarn Ungarn laut Sobotka "mit der Unterstützung von Polizei und Militär" dabei helfen, die serbisch-ungarische Grenze zu sichern.

EU-Kommissar Avramopoulos möchte, dass die Mitgliedstaaten sich jedes Jahr absprechen, wie viele Flüchtlinge sie freiwillig aufnehmen. Gefährliche und illegale Fluchtrouten müssten ersetzt werden durch "sichere und legale Wege nach Europa für Menschen, die wirklich Schutz benötigen". Avramopoulos lobte den Flüchtlingspakt mit der Türkei. Seit die Zusammenarbeit vereinbart wurde, sind deutlich weniger Migranten aus der Türkei nach Europa gekommen. Die Vereinbarung sieht vor, dass die meisten Migranten zurückgeschickt werden. Siehe Kommentar und Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 14, 2016

End of Document

Umbau des Asylsystems

Die Welt

Donnerstag 1. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 229

Length: 716 words

Byline: George Soros

Body

Die Europäische Union muss die Verantwortung für das Fehlen einer gemeinsamen **Asylpolitik** übernehmen. Dieser Mangel führte dazu, dass der wachsende **Flüchtlingsstrom** dieses Jahres von einem handhabbaren Problem zu einer weiteren politischen Krise eskaliert ist. Jeder Mitgliedstaat hat sich auf selbstsüchtige Weise nur um seine eigenen Interessen gekümmert und oft gegen die Interessen anderer gehandelt. Dies hat unter den **Asylsuchenden**, der Öffentlichkeit sowie unter den Polizei- und Justizbehörden für Panik gesorgt. Die Hauptopfer dabei waren die **Asylbewerber**. Angesichts dessen, dass der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muss das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere **Asylbewerber** und **Migranten** dürfen nicht vergessen werden. Dementsprechend muss ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedstaaten mit einbeziehen. Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit **Migration** eingeführt.

Die EU muss in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muss die Last fair verteilt werden. Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muss während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zu Nutze machen. Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen, und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg.

Zudem muss sich die EU an die Spitze der weltweiten Bemühungen stellen, Jordanien, dem Libanon und der Türkei genügend Mittel zur Unterstützung der vier Millionen Flüchtlinge zukommen zu lassen, die momentan in diesen Ländern leben. Bis jetzt wurde nur ein Bruchteil der Summe aufgebracht. Die jährlichen Kosten liegen bei mindestens 5.000 Euro pro Flüchtling oder 20 Milliarden insgesamt. Die EU müsste den Frontstaaten jährlich mindestens 8-10 Milliarden Euro garantieren, und der Rest sollte von den Vereinigten Staaten und der Welt aufgebracht werden. Auch diese Summe könnte durch die Art langfristiger Anleihen finanziert werden, deren Erlöse

Umbau des Asylsystems

bereits den Asylbewerbern in Europa zugute kommen. Auch muss die EU sofort damit beginnen, ein einheitliches Büro für Asyl und Migration zu gründen, und später auch eine einheitliche EU-weite Grenzsicherung. Das momentane Flickwerk von 28 unterschiedlichen Asylsystemen funktioniert nicht: Es ist teuer und ineffizient, und bei der Bestimmung, wer asylberechtigt ist, führt es zu völlig uneinheitlichen Ergebnissen. Das neue Büro könnte die einzelnen Verfahren schrittweise aneinander angleichen, gemeinsame Regeln für Beschäftigung, Unternehmensgründung und Hilfszahlungen aufstellen und eine effektive und rechtlich einwandfreie Rückkehrpolitik für Migranten einführen, die abgelehnt wurden.

Der Exodus aus dem kriegsgeschüttelten Syrien hätte nie zu einer Krise werden müssen. Er war schon seit langem abzusehen, leicht prognostizierbar, und Europa sowie die internationale Gemeinschaft hätten ihn durchaus bewältigen können. Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechs-Punkte-Plan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen missachtet, droht, die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen. Die EU muss darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden.

Der Autor ist Vorsitzender von Soros Fund Management und der Open Society Foundations.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff Copyright: Project Syndicate, 2015

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Amin Akhtar

Load-Date: October 1, 2015

Migration in Verantwortung

Die Welt

Dienstag 18. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 191

Length: 415 words

Byline: Ulrich Clauß

Body

Not lehrt Nachdenken. Wer die Debatten über die Flüchtlingsfrage verfolgt, kann parallel zur anhaltenden Fluchtbewegung von Millionen Menschen in Richtung Mittel- und Nordeuropa eine zweite Migration beobachten. Es ist die Abkehr vieler Politiker von Positionen, die sich angesichts massenhafter Wanderungsbewegungen auch und vor allem nach Deutschland als schlicht unhaltbar erweisen. Es ist eine Migration in praktische Verantwortung für praktikable Lösungen.

So schließen sich ganz im Sinne tätiger Hilfe für tatsächlich von Krieg und Verfolgung bedrohte Menschen jetzt sogar Spitzenpolitiker der SPD der Forderung an, die Definition des "sicheren Herkunftsstaats" auf alle EU-Beitrittskandidaten anzuwenden. Diese Diskussion darf übrigens nicht beim Balkan enden. Ist Afghanistan beispielsweise wirklich ein "unsicheres" Herkunftsland, nachdem eine vom Westen militärisch gestützte Regierung dort installiert wurde? Auch der mittlerweile vielstimmig geforderte Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen inklusive beschleunigter Asylverfahren spricht für zunehmenden Realismus der politischen Entscheider. Bis zu 40 Prozent der Asylbewerber kommen schließlich aus den Balkanländern. Warum sollen sie - ohne reale Chance auf Asyl - erst in die Kommunen überwiesen werden? Auch die wachsende Kritik an "Fluchtanreizen" für Wirtschaftsflüchtlinge gehört zur Transformation von gesinnungs- zu verantwortungsethischem Denken.

Vor allem die immer zahlreicheren freiwilligen Helfer werden für diese Besinnung auf Notwendiges und Angemessenes dankbar sein. Denn sind die Menschen einmal vor Ort in den Kommunen, muss dort natürlich unterschiedslos geholfen werden. Auch wenn bei vielen der Eindruck entsteht, dass durchaus nicht immer im Sinn des deutschen Asylgesetzes "geflüchtet" wird. Die Deutschen haben dabei allen Grund, eine Neujustierung ihrer Asylpolitik selbstbewusst anzugehen. Wie UN-Flüchtlingskommissar Guterres im Gespräch mit dieser Zeitung hervorhebt, nehmen Deutschland und Schweden mit ihren EU-weit beispiellos gut funktionierenden Asylsystemen so viele Flüchtlinge auf wie der Rest Europas zusammen.

Asylpolitik hierzulande mag in der Vergangenheit vor allem vom Schuldgefühl aus dunkler deutscher Zeit bestimmt gewesen sein. Allein die schiere Zahl der gegenwärtig und wohl auch weiterhin Asylsuchenden gebietet aber die

Migration in Verantwortung

Anpassung deutscher Flüchtlingspolitik an praktische Gegebenheiten der Gegenwart - vor allem im Interesse tatsächlich bedrohter Menschen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 18, 2015

End of Document

Politik Kompakt; Asyl: Woelki: Armut auf Balkan anders bekämpfen ++
Westbalkan: Flüchtlingskrise beschäftigt mehrere Konferenzen ++
Mazedonien: Ausschreitungen an Grenze zu Griechenland ++ Migranten:
Deutsche halten hohe Anzahl für verkraftbar

Die Welt

Samstag 22. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 195

Length: 450 words

Body

Asyl

Woelki: Armut auf Balkan anders bekämpfen

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki hat zum Abschluss seiner Balkanreise seine Forderung nach einem Einwanderungsgesetz bekräftigt. Deutschland brauche ein Einwanderungsgesetz, "weil das deutsche **Asylrecht** kein geeignetes Mittel ist, um die Armut auf dem Balkan zu bekämpfen", sagte der Erzbischof. Es sei verständlich, wenn Menschen kämen, die bessere Lebensbedingungen suchten. Zugleich habe er den Menschen in Albanien und Kosovo geraten: "Bleibt in eurem Land! Ihr habt hier eine Zukunft!" Seiner Ansicht nach lebe man dort "in Sicherheit" und werde "in der Regel nicht politisch verfolgt".

Westbalkan

Flüchtlingskrise beschäftigt mehrere Konferenzen

Der Umgang mit Flüchtlingen wird Thema des Besuchs von Frankreichs Staatspräsident François Hollande am Montag in Berlin sowie der Westbalkankonferenz am Donnerstag in Wien sein. Wie der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, mitteilte, trifft Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Österreich die Regierungschefs aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien. Diese beklagen längst einen "Aderlass". In der Bundesregierung wird erwogen, Albanien, Mazedonien und das Kosovo zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, was schnellere Asylentscheidungen und Abschiebungen ermöglicht. Seibert hob die Verantwortung der Herkunftsländer hervor, angemessene Lebensbedingungen zu schaffen.

Mazedonien

Ausschreitungen an Grenze zu Griechenland

Politik Kompakt Asyl: Woelki: Armut auf Balkan anders bekämpfen ++ Westbalkan: Flüchtlingskrise beschäftigt mehrere Konferenzen ++ Mazedonien: Ausschreitungen a....

Mit Tränengas und Blendgranaten hat die mazedonische Polizei am Freitag versucht, Hunderte Migranten am Überschreiten der Grenze von Griechenland aus zu hindern. Viele von ihnen flüchteten in Panik aus dem Niemandsland zwischen den beiden Staaten zurück nach Griechenland, wie das Fernsehen berichtete. Andere legten sich aus Protest gegen die Blockade auf die Bahngleise in der Nähe des Grenzübergangs Gevgelija. Mazedonien hatte wegen der angespannten Situation an seinen Grenzen zu Griechenland und Serbien am Donnerstag den Notstand erklärt und den Übergang an einer wichtigen Route nach Westeuropa blockiert.

Migranten

Deutsche halten hohe Anzahl für verkraftbar

Die Mehrheit der Deutschen ist der Meinung, dass die Bundesrepublik die große Zahl von Flüchtlingen verkraften kann. Dies gaben 60 Prozent (Juli: 54 Prozent) im ZDF-"Politbarometer" an. Fast drei Viertel der Befragten sind dafür, dass es bei der Unterbringung von Flüchtlingen und der Abwicklung der Asylverfahren Unterschiede geben sollte - je nachdem, welche Chance jemand auf ein Bleiberecht hat. 69 Prozent stimmen dem Vorschlag zu, Flüchtlingen weniger Geld und dafür mehr Sachleistungen zu geben, 26 Prozent lehnen das ab.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 22, 2015

600 Prozent mehr Einreisen als vor einem Jahr; Die EU-Grenzschutzagentur Frontex erwartet 2016 noch mehr Migranten. Ihr Chef Fabrice Leggeri verlangt ein entschiedenes Handeln der Europäer und der Türkei

Die Welt

Mittwoch 24. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 46

Length: 892 words

Byline: Jette Moche

Marcel Leubecher

Body

Während die Europäer seit Monaten nach Antworten auf die **Migrationskrise** suchen, steigt die Zahl der irregulären Grenzübertritte an. Fabrice Leggeri, der Exekutivdirektor der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, dämpft die Hoffnungen auf eine Entspannung der Lage.

Die wichtigsten Entwicklungen und Probleme im Überblick.

Die Trends: Im laufenden Jahr hat Frontex bereits 140.000 irreguläre Grenzübertritte festgestellt. Im Vergleich zum Dezember hat die Zahl laut Leggeri zwar um rund 40 Prozent abgenommen. Vergleiche man jedoch die Zahlen von Anfang 2016 mit denen vom Beginn des vergangenen Jahres ergebe sich eine Steigerung um 600 Prozent, sagt Leggeri. Mit 82.000 seien die meisten Übertritte in Griechenland gezählt worden, 6000 waren es in Italien. Leggeri prognostiziert: "Wenn die **Flüchtlingszahlen** in diesem Jahr im Vergleich zu 2015 stabil bleiben, dann würde ich sagen, war es ein gutes Jahr." Die Flucht- und **Migrationsgründe** bestünden weiterhin, also sei auch von einer anhaltend starken **Migration** nach Europa auszugehen.

2015 habe Frontex 1,8 Millionen irreguläre Grenzübertritte in die EU festgestellt, allerdings gehe die Organisation nur von einer Millionen Migranten aus. Die Diskrepanz ergibt sich daraus, dass die meisten Migranten zweimal die Grenze übertreten, zum ersten Mal bei der Einreise nach Griechenland und zum zweiten Mal nach ihrem Weg über den Balkan, wenn sie etwa nach Kroatien einreisen. Bezüglich der Herkunft der Migranten habe sich etwas verändert: Im laufenden Jahr kommen weniger Migranten aus den Staaten am Horn von Afrika, dafür aber mehr aus westafrikanischen Ländern nach Europa.

600 Prozent mehr Einreisen als vor einem Jahr Die EU-Grenzschutzagentur Frontex erwartet 2016 noch mehr Migranten. Ihr Chef Fabrice Leggeri verlangt ein entschei....

Mangelhafte Rückführung: Der Frontex-Chef verweist auf die mangelnde Umsetzung der völkerrechtlichen Abkommen: "Nach EU-Recht müssten die nicht schutzbedürftigen Migranten wieder zurück in die Türkei oder ihr Herkunftsland gebracht werden." Dies gelinge allerdings nur selten. Neben dem Rücknahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei trat schon 2002 das griechisch-türkische Rücknahmeabkommen in Kraft, das aber bisher wenig bewirkt hat. Zwar stellt Athen jährlich Tausende Anträge auf Rückführungen, doch die Türkei nimmt die meisten Anträge nicht an. Selbst in den angenommenen Fällen führt dies fast nie zur Rückführung: Während Athen zwischen Januar und Oktober vergangenen Jahres 8727 Anträge stellte und die Türkei 2395 annahm, wurden nur acht Personen tatsächlich abgeschoben. Die übrigen Migranten waren für die Behörden nicht mehr zu erreichen, sie waren längst nach Norden gezogen. Im gesamten Jahr 2014 stellte Athen laut einer Auswertung der European Stability Initiative von Daten der griechischen Polizei, die der "Welt" vorliegt, fast 10.000 Anträge auf Rücknahme, davon wurden sechs umgesetzt. Leggeri sagt, die Türkei sei "ein enger Partner und ein sicherer Staat, wir können und müssen mehr von der Türkei erwarten, im Kampf gegen die Schlepper und die Durchreise der Migranten nach Europa".

Frontex in Griechenland: Leggeri forderte von den EU-Staaten mehr Grenzbeamte für Griechenland. Der Exekutivdirektor verweist auf die Situation an der griechisch-mazedonischen Grenze. Dort seien nur sechs bis acht von Frontex koordinierte Grenzbeamte im Einsatz. Griechenland habe für den Einsatz an dieser Grenze 100 Beamte angefordert. "Aber wir haben diese Ressourcen nicht", sagt Leggeri. Frontex selbst verfügt über keine eigenen Grenzbeamten. Auch bei Schiffen zur Überwachung der See ist die Agentur darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten entsprechend Personal zur Verfügung stellen. Leggeri berichtet, Frontex koordine in zwischen 1200 Grenzbeamte der Mitgliedsländer. Er habe Verständnis, wenn die Länder Probleme dabei hätten, noch mehr zur Verfügung zu stellen. Eine Verbesserung an den Grenzen in Griechenland zur Türkei müsse in seinen Augen aber Priorität haben.

Griechenland bekommt die Lage selbst nicht in den Griff und trägt stark dazu bei, dass das bestehende Rücknahmeabkommen mit der Türkei kaum umgesetzt wird, denn entgegen seiner Verpflichtung unterzieht Griechenland nur wenige Migranten einem Asylverfahren und verzeichnet damit auch wenige abgelehnte Asylanträge - das Abkommen mit der Türkei bezieht sich nur auf abgelehnte Asylbewerber.

Auch hier unterstützt Frontex die Griechen: Die Grenzschutzagentur greift die Einreisenden auf und führt sie der griechischen Asylbehörde oder dem EASO (European Asylum Support Office) zu, wenn viele Gründe dafür sprechen, dass es sich um Flüchtlinge handelt. Die übrigen Migranten werden in die sogenannten Hotspots gebracht, wo sie eine Aufforderung bekommen, das griechische Hoheitsgebiet innerhalb eines Monats zu verlassen.

Forderungen von Frontex: Vor allem ein grundsätzlicher Punkt ist Leggeri wichtig: "Die Aufgabe des Grenzschutzes wird oft nur unter dem Aspekt der Migration betrachtet, ein ebenso wichtiger Punkt ist aber die Bekämpfung der internationalen Kriminalität." Aus Gründen der Sicherheit, des Schutzes vor Terroristen und anderen Gefährdern seien überwachte Grenzen notwendig. Allerdings hält Leggeri nach wie vor Binnengrenzen für keine wirksame Antwort auf die Massenmigration. Würde etwa die Balkanroute dichtgemacht, suchten sich die Flüchtlinge andere Routen, meint Leggeri: "Die Erfahrung im letzten Jahr hat gezeigt, dass kein Zaun - zum Beispiel in Ungarn - Flüchtlingsströme stoppen kann."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Georgi Licovski

Kein Weiterkommen: ein Flüchtling an der griechisch-mazedonischen Grenze

600 Prozent mehr Einreisen als vor einem Jahr Die EU-Grenzschutzagentur Frontex erwartet 2016 noch mehr Migranten. Ihr Chef Fabrice Leggeri verlangt ein entsche....

Georgi Licovski

Load-Date: February 24, 2016

End of Document

Wird aus Verzweiflung Wut?; Die Bundespolizei befürchtet "gewaltsame Ausschreitungen" an der griechisch-mazedonischen Grenze. Immer noch kommen viele Asylsuchende nach Deutschland

Die Welt

Samstag 26. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 72

Length: 877 words

Byline: Manuel Bewarder

Eva Marie Kogel

Marcel Leubecher

Body

Zwischen den drei Männern aus Damaskus und den mazedonischen Grenzbeamten liegen nur acht Meter und ein Zaun. Ihnen bleibt nur das Starren. "Es muss gut werden, zurück können wir nicht", sagen sie.

Ein paar Hundert Meter weiter warten weitere 12.000 **Migranten** auf den Gleisen der Strecke Thessaloniki - Skopje, die durch das Camp führen. Sie wollen nicht in besser ausgestatteten Lagern in Nordgriechenland untergebracht werden. Sie befürchten, dort interniert zu werden. Mit einem Sitzstreik machen sie auf die aussichtslose Situation in dem Lager neben dem Dorf Idomeni aufmerksam. Ihre Verzweiflung könnte sich bald in einem dritten Grenzsturm entladen, prognostiziert die Bundespolizei: "Trotz des restriktiven Grenzmanagements sind aktuell kaum Ausweichbewegungen festzustellen. Vielmehr zeigt der Versuch, die griechisch-mazedonische Grenze zu 'überrennen', dass die **Flüchtlinge** noch immer auf die Balkanroute setzen. Gewaltsame Ausschreitungen in diesem Zusammenhang werden wahrscheinlicher", heißt es in einem internen Bericht der Bundespolizei.

Tritt dieses Szenario ein, wäre die deutsche Sicherheitsbehörde selbst betroffen: Die EU-Kommission will in den kommenden beiden Wochen 2400 Beamte aus den Mitgliedsstaaten mobilisieren, um die Vereinbarungen mit der Türkei umzusetzen - darunter Beamte der Bundespolizei. Diese prognostiziert auf Grundlage ihrer internen Untersuchung, die am Montag abgeschlossen wurde: "Stabilere Wetterverhältnisse in der Ägäis ab Ende März werden sich begünstigend auf Seewegschleusungen auswirken." Davon ist am Freitag noch nichts zu spüren. Binnen 24 Stunden hätten nur 161 Menschen zu den griechischen Ostägäis-Inseln übergesetzt, teilte der

Wird aus Verzweiflung Wut? Die Bundespolizei befürchtet "gewaltsame Ausschreitungen" an der griechisch-mazedonischen Grenze. Immer noch kommen viele Asylsuchend....

griechische Flüchtlingskrisenstab mit. Bereits jetzt stauen sich, seitdem Österreich und die Balkanstaaten keine Flüchtlinge ohne Papiere mehr einreisen lassen, Zehntausende Migranten in Griechenland. Am Freitag sendeten die griechischen Behörden rund 20 Busse nach Idomeni und boten abermals eine Unterbringung in anderen Lagern an - ohne großen Erfolg. Etwa 1500 Migranten wurden in den vergangenen Tagen in Zeltdörfer an der albanischen Grenze gebracht, doch dort bewachen Polizisten die Grenzübergänge, an der grünen Grenze werden allenfalls vereinzelt Migranten aufgegriffen. Die Verantwortlichen in Tirana, Rom und auch in Brüssel befürchten, dass Schmuggler alte Verbindungen über die Adria nutzen könnten, um Menschen aus Albanien nach Italien zu schleusen. Bulgarien bewacht mit Soldaten die Landgrenze zur Türkei.

Die Schlussfolgerung, die Balkanroute sei "dicht", ist allerdings irreführend. Immer noch kommen viele Schutzsuchende in Deutschland an. Zwischen dem 18. und 23. März stellte die Bundespolizei 808 irreguläre Einreisen an den deutschen Grenzen fest, davon 576 in Bayern, wie die Behörde der "Welt" mitteilte. Als irregulär werden Einreisen von Menschen ohne Papiere oder Visa bezeichnet.

Falls die Asylzuwanderung auf diesem Niveau bliebe, würden in diesem Jahr - die im EU-Türkei-Deal vorgesehenen Kontingentflüchtlinge nicht eingerechnet - mehr als 50.000 Schutzsuchende kommen. Dies entspräche der Größenordnung der Jahre vor 2012, seit dem die Asylanträge jährlich stark angestiegen waren.

Letztere Entwicklung war Ausdruck des Zerfalls des europäischen Asylsystems. Ursprünglich hatten die Europäer im Zuge der Einführung der Reisefreiheit die sogenannten Dublin-Verordnungen vereinbart: Die Staaten an den Außengrenzen sollten den Schutz derselben übernehmen; irreguläre Migranten sollten dort einen Asylantrag stellen, wo sie erstmals europäischen Boden betraten. Diese ungleiche Lastenverteilung funktionierte nie vollständig; die Randstaaten der EU waren für die meisten Asylsuchenden nicht Ziel-, sondern Transitländer, wie sich an den jährlichen Asylantragszahlen ablesen ließ.

Wenn die Dublin-Regeln vollständig eingehalten worden wären, hätten 2015 nur 1699 Migranten in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Die übrigen etwa eine Million Neuankömmlinge waren bereits in einem sicheren Drittstaat, bevor sie nach Deutschland kamen. "Die Bundespolizei stellte im Jahr 2015 insgesamt 1699 Asylsuchende fest, die nicht über einen sicheren Drittstaat beziehungsweise sicheren Herkunftsstaat nach Deutschland eingereist sind. Die Einreisen erfolgten überwiegend über die Flughäfen und nur zu einem sehr geringen Teil über die Seehäfen", hatte die Bundespolizei der "Welt" im Februar auf Anfrage mitgeteilt.

Auf die aus der Nichteinhaltung der Dublin-Verträge resultierenden Grenzsicherungen reagierten die Staats- und Regierungschefs vergangene Woche: Die wegen der Flüchtlingsströme errichteten Grenzkontrollen in Europa sollen enden. Dazu soll vor allem der Aktionsplan mit der Türkei beitragen. Demnach sollen die Europäer alle in Griechenland Ankommenden in die Türkei zurückführen. Im Gegenzug werden die EU-Staaten - außer Polen, Ungarn und der Slowakei - Syrer direkt aus der Türkei nach Europa holen.

Der Plan soll der Einstieg in ein Flüchtlingsaufnahmesystem über Kontingente und der Anfang vom Ende der Flüchtlingsaufnahme über irreguläre Migration sein. Szenen wie in Idomeni würden dann der Vergangenheit angehören. Zumindest in Europa.

1699 Asylsuchende reisten 2015 nicht über einen sicheren Staat ein Bundespolizei

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 26, 2016

Mal wieder ein Ultimatum für Griechenland; Seit 2002 könnte Athen abgelehnte Asylbewerber zurück in die Türkei schicken, was fast nie geschieht. Das liegt auch an Ankara - und soll sich ändern

Die Welt

Freitag 19. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 42

Length: 1208 words

Byline: Marcel Leubecher

Andre Tauber

Body

Berlin/Brüssel

Die wichtigen Gespräche in Europa, das hat gute Tradition, sie werden im kleinen Kreis geführt. In einem schmucklosen Sitzungssaal in der Ständigen Vertretung der Republik Österreich in Brüssel wollten sich elf Staats- und Regierungschefs der EU am Donnerstag mit dem türkischen Regierungschef Ahmet Davuto lu treffen, um über einen Aktionsplan zu beraten, den die Europäische Union mit der Türkei abgeschlossen hat. Das Ziel: Die Begrenzung der **Flüchtlingszahlen**.

Die griechische Regierung ruft nun, trotz der Absage von Ministerpräsident Davuto lu wegen der Terroranschläge von Ankara, zum Tempo bei den anstehenden Arbeiten auf. "Wir müssen alle unsere Kraft darin investieren, die Türkei dazu zu bringen, dass der Aktionsplan funktioniert", sagt der griechische Europaminister Nikos Xydakis der "Welt". "Die Europäische Union hat bereits viel Geld und noch mehr politisches Kapital investiert."

Für Griechenland wird es eng. Eigentlich wollten die Staats- und Regierungschefs auf diesem "Mini-Gipfel" Bilanz ziehen, ob der Flüchtlingsstrom gemeinsam mit der Türkei reduziert werden konnte. Sollte das nicht gelingen, drohen einige EU-Staaten die Grenzen in Europa zu schließen. Hinter Griechenland. Das Land wäre damit vom Schengenraum faktisch abgetrennt. Der Aktionsplan zwischen EU und Türkei sieht vor, dass die Regierung in Ankara den Kampf gegen die Schlepperbanden verstärkt und die Menschen von der Überfahrt nach Griechenland abhält. Gleichzeitig sollen sich die Türken verpflichten, illegale Migranten, die keinen Anspruch auf Asyl haben, zurückzunehmen. "Das würde das deutlich Signal aussenden: Riskiert nicht euer Geld und euer Leben. Geht nicht diesen Weg", erklärt Europaminister Xydakis.

Mal wieder ein Ultimatum für Griechenland Seit 2002 könnte Athen abgelehnte Asylbewerber zurück in die Türkei schicken, was fast nie geschieht. Das liegt auch a....

Bei der Umsetzung gibt es Fortschritte, wird in Brüssel stets betont. Die Türkei verschärfte den Kampf gegen Schlepperbanden. Sie verlangt Visa von Syrern, die aus Drittstaaten einreisen wollen. Sie stimmte auch einem Nato-Einsatz in der Ägäis zu - und der Rücknahme der Bootsflüchtlinge, die von den Nato-Schiffen künftig aufgefischt werden.

Nun wird verhandelt, inwiefern die Türkei bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen, die es trotz allem nach Europa schafften. Zwar erklärte sich im vergangenen November das Land bereit, das Rücknahmeabkommen mit der EU schon ab Juni, und damit früher als geplant, vollständig umzusetzen. Doch der Vertrag hat Schlupflöcher, sagen die Migrationsexperten der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI). Sie verweisen darauf, dass es nur jene betrifft, die "direkt das Gebiet eines Mitgliedsstaaten betraten, nachdem sie aus der Türkei kamen", so steht es im Abkommen.

Das könnte zu Problemen führen, sollten über die Türkei eingereiste Migranten aus anderen EU-Ländern als Griechenland abgeschoben werden. Die Türkei könnte etwa argumentieren, dass das letzte Land, durch das Flüchtlinge bei ihrer Ankunft zogen, Balkanstaaten waren, die nicht dem Schengen-Raum angehören. Falls eine solche Deutung die Rückübernahme blockieren sollte, gewänne das Rücknahmeabkommen zwischen Griechenland und der Türkei besonders an Wert, so die ESI-Experten.

Ein solches Abkommen zwischen beiden Ländern gibt es bereits seit dem Jahr 2002. Doch Kritikern zufolge ist es allerdings zu schwerfällig, um wirklich wirksam zu sein. Es sei auf wenige Hundert Menschen angelegt, heißt es in EU-Diplomatenkreisen. Es müsse dringend erneuert und effizienter gemacht werden. Tatsächlich hat der bilaterale Vertrag bislang wenig bewirkt. Zwar stellt Athen jährlich Tausende Anträge auf Rückführungen, doch die Türkei nimmt die meisten Anträge nicht an. Und wenn, dann wird nur in Ausnahmefällen wirklich abgeschoben. Während Athen zwischen Januar und Oktober vergangenen Jahres 8727 Anträge stellte und die Türkei 2395 annahm wurden nur acht Personen tatsächlich ausgewiesen. Die übrigen waren für die Behörden nicht mehr zu erreichen und längst nach Norden weitergezogen. Im gesamten Jahr 2014 stellte Athen laut einer ESI-Auswertung von Daten der griechischen Polizei, die der "Welt" vorliegt, fast 10.000 Anträge auf Rücknahme, davon wurden allerdings nur sechs umgesetzt.

Das wird auch in Athen verbal beklagt. "Hinter jedem Abkommen muss der politische Wille stehen, es auch umzusetzen", sagt Xydakis. Und eben an diesem Willen scheint es aus seiner Sicht noch zu mangeln. Athen sieht vor allem die Türkei in der Pflicht. Ein neues bilaterales Abkommen müsse dafür nicht geschlossen werden. Unterstützung erhält Athen von der EU-Kommission, die bereits seit zwei Jahren Druck unter Berufung auf das griechisch-türkische Rücknahmeabkommen auf die Türkei ausübt. Doch neben der türkischen Zurückhaltung ist auch ein Problem, dass Griechenland, entgegen seiner Verpflichtung, nur wenige Migranten einem Asylverfahren unterzieht und damit auch wenige abgelehnte Asylanträge verzeichnet - das Abkommen mit der Türkei bezieht sich nur auf abgelehnte Asylbewerber.

Vor zwei Wochen hat sich allerdings an diesem Punkt entscheidendes getan: Griechenland kündigte die Einstufung der Türkei als "sicheren Drittstaat" an. Wenn dies wirksam wird, ist es den Griechen zumindest rechtlich möglich, die Asylanträge von Flüchtlingen und anderen Migranten nach formaler Prüfung umgehend als unbegründet abzulehnen. Griechenland könnte also die Antragsteller unter Berufung auf das griechisch-türkische Rücknahmeabkommen direkt in den "sicheren Drittstaat" Türkei zurückschicken.

Alexandra Stiglmeier, die leitende Analystin der European Stability Initiative fordert: "Griechenland könnte auf dieser Grundlage die Migrationsroute über den Balkan schließen, Athen könnte sofort mit der Rückführung beginnen", das seit 2013 geltende Asylverfahren in der Türkei genüge immerhin weitgehend den Ansprüchen der Flüchtlingskonvention. Im Gegenzug müssten die Europäer allerdings die Türkei bei der Umsetzung rechtsstaatlicher Asylverfahren unterstützen und dem Staat großzügige Flüchtlingskontingente abnehmen, sagte sie der "Welt".

Doch der von Merkel herbeigesehnte "Klub der Willigen", der mit der Türkei über eine permanente Aufnahme von Flüchtlingskontingenten verhandeln soll, wenn sich nicht alle 28 EU-Staaten auf eine gemeinsame Linie einigen können, scheint sich aufzulösen, bevor er Gestalt angenommen hat: Nach Ansicht des österreichischen

Mal wieder ein Ultimatum für Griechenland Seit 2002 könnte Athen abgelehnte Asylbewerber zurück in die Türkei schicken, was fast nie geschieht. Das liegt auch a....

Vizekanzlers Reinhold Mitterlehner "kann jeder ableiten, dass die Koalition der Willigen in der Form offensichtlich nicht mehr besteht", sagte der konservative Politiker am Donnerstag. Ausdruck dessen seien auch die von seinem Land beschlossenen Tagesobergrenzen für Migranten.

Wann sich die nächste Gelegenheit für einen "Mini-Gipfel" bietet, ist noch vollkommen offen. Und die Zeit ist knapp. Die Visegrad-Gruppe gab der Türkei nur einen Monat Zeit, um die Flüchtlingszahlen wie vereinbart zu reduzieren. "Wenn der Zustrom von 1500 bis 2000 Menschen am Tag bis Mitte März andauert, wird klar sein, dass die Türkei ihre Versprechen nicht erfüllt hat und wir andere Maßnahmen brauchen, um die europäische Grenze zu schützen", sagte der tschechische Europastaatssekretär Tomas Prouza. Es ist ein klares Ultimatum. Auch an Griechenland.

Griechenland könnte die Migrationsroute über den Balkan schließen Alexandra Stiglmeier, leitende Analystin der European Stability Initiative

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AP/Santi Palacios

Ankunft eines Bootes auf der griechischen Insel Lesbos. Die Türkei soll in der Flüchtlingsfrage künftig als "sicherer Drittstaat" gelten

Santi Palacios

Load-Date: February 19, 2016

Wie Europa mit den Flüchtlingen "Schwarzer Peter" spielt; Verzweifelt stemmen sich die Staaten im Südosten gegen die Migrantenwelle - und bauen reihenweise Grenzzäune auf

Die Welt

Samstag 20. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 141

Length: 1005 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Die Nachricht wirbelte als pointierte Klage durchs Internet: Ungarn, das Land, das einst den Eisernen Vorhang niederriss, baut einen neuen Eisernen Vorhang. Vier Meter hoch, an der ganzen Grenze zu Serbien. Diesmal nicht, um die Bevölkerung im Land zu halten, sondern um illegale Migranten daran zu hindern, hereinzukommen. Im Schnellverfahren, ohne große Abstimmung mit Serbien oder der EU. Denn, so die ungarische Regierung, bis die EU einmal etwas entscheide, sei es meist schon zu spät.

Völlig unbeachtet blieb hingegen eine Nachricht im Januar: Bulgarien beschloss im Eilverfahren, seinen eigenen, damals 30 Kilometer langen Grenzzaun zur Türkei so schnell wie möglich auf die gesamte Grenze auszuweiten. Anders könne man der Migrantenwelle nicht Herr werden. Bis Ende des Sommers soll der neue Zaun stehen.

Griechenland hatte schon einige Zeit davor entlang des Grenzflusses Evros mit Zäunen, Gräben, Kamerasystemen, Bewegungsdetektoren, Patrouillen und gar Minenfeldern seine Grenze zur Türkei befestigt. Bereits im Dezember 2012 meldete die griechische Polizei, insbesondere im durchlässigen Nordosten sei die Grenze nun dicht, die Zahl der aufgegriffenen illegalen Migranten sei dort von 55.000 im Jahr 2011 auf buchstäblich null im November 2012 gesunken. Auch Bulgarien hatte nach dem Bau eines ersten Grenzzaunabschnittes Erfolge gemeldet: Statt 11.000 seien im Jahr 2014 nur noch 6000, anderen Quellen zufolge sogar nur 4000 illegale Migranten über die grüne Grenze gekommen.

Grenzbefestigungen sind also effektiv, allerdings besteht ihre Wirksamkeit bislang eher darin, die Flüchtlingsrouten zu verschieben, statt die Flüchtlingsströme selbst zu stoppen. Es ist eine Art Dominoeffekt, der sehr bald zu einem Europa der Grenzzäune führen kann: Der griechische Zaun verschob den Migrantenstrom zur bulgarischen Grenze, bis die Bulgaren auch einen Zaun bauten. Nun wird zunehmend der Seeweg nach Griechenland bevorzugt.

Wie Europa mit den Flüchtlingen "Schwarzer Peter" spielt Verzweifelt stemmen sich die Staaten im Südosten gegen die Migrantenwelle - und bauen reihenweise Grenz....

Ähnlich dürfte sich der ungarische Grenzzaun auswirken. Die Migranten werden vermutlich nach Kroatien ausweichen, und wenn dort auch ein Zaun errichtet werden sollte, erleben womöglich die Donausmuggler an der serbischen-rumänischen Grenze eine neue Blütezeit. Vielleicht baut Serbien dann selber einen Zaun an der Grenze zu Bulgarien und Mazedonien und zum Kosovo.

In Mazedonien ließ sich die Regierung dieser Tage schon etwas ganz Besonderes einfallen: Eine Gesetzesänderung sieht Straffreiheit bei illegalem Grenzübertritt vor - aber nur wenn die Migranten binnen drei Tagen weiterreisen. Im Grunde zwingt dieses Gesetz die Migranten, möglichst schnell das zu tun, was sie ohnehin wollen: nach Norden weiterzureisen, sonst müssen sie ins Gefängnis.

Das ist kreative Migrationspolitik, eine in ganz Europa gespielte Partie "Schwarzer Peter". Wer behält am Ende den Migranten? Schnell verschieben, bevor er bei einem selbst hängenbleibt. Italien ermuntert seine Migranten schon lange, ihr Glück in Deutschland oder anderswo im reichen Norden zu suchen. Griechenland droht mit ähnlichen Maßnahmen, wenn die Nordeuropäer Athen nicht noch mehr Geld geben - oder Schulden erlassen.

Den Schwarzen Peter hat bislang Ungarn gezogen. 53.000 illegale Einwanderer ließen sich dort seit Jahresanfang registrieren, mehr als in Italien oder Griechenland. Ungarn ist derzeit, gemessen an seiner geringen Bevölkerung und seiner schwachen Wirtschaft, das pro Kopf am meisten von neuer, außereuropäischer Migration betroffene Land in Europa. Zwar reisen die (zumeist) Wirtschaftsflüchtlinge am liebsten weiter in reichere Länder. Aber schon planen Deutschland und Österreich, in Anwendung des sogenannten Dublin-II-Vertrages, alle Migranten nach Ungarn zurückzuschicken, die dort Asyl beantragten und dann weiterreisten. Der Vertrag besagt, dass Migranten in jenen EU-Ländern bleiben müssen, in denen sie zuerst Asyl beantragen, und dass jene Länder solche Asylbewerber zurücknehmen müssen, falls sie weitergereist sind.

Da Ungarn für viele Migranten das erste Land der Schengenzone ist, das sie betreten, beantragen sie in der Regel dort Asyl, und nicht in dem Land, in das sie eigentlich weiterreisen wollen.

Es ist fraglich, ob es Deutschland und Österreich entlasten wird, Zehntausende Migranten zurück nach Ungarn zu schicken. Denn wahrscheinlich werden sie einfach so schnell wie möglich von dort wieder in die reichen Länder reisen - es sei denn, Österreich und die Slowakei bauen ihrerseits Zäune an der Grenze zu Ungarn.

In Budapest ist man deswegen besonders verärgert über die EU, weil nach ungarischer Meinung der Europäische Gerichtshof die Schleusen für die neue Migrantenwelle eigenhändig geöffnet hat. Ein Urteil aus dem Jahr 2012 untersagt es Ungarn, Asylbewerber wie bis dahin üblich in Auffangslagern eingesperrt zu halten, bis über ihren Antrag entschieden wird. Das Ende der alten Praxis bedeutete, dass Ungarn als Transitland nach Nordeuropa attraktiv wurde: Man konnte einreisen und dann weiterreisen, da man nicht mehr eingesperrt wurde. So schwoll die Zahl der illegalen Migranten von 2600 (2012) auf 53.000 (Januar - Mai 2015).

Ein wenig ist Ungarn selbst schuld an dem akuten Problem. Es ist vertraglich verpflichtet, seine Landesgrenzen als Außengrenze der Schengenzone vor illegalen Einwanderern zu schützen. Aber bis Anfang dieses Jahres war die Grenze zu Serbien schlichtweg komplett unbewacht. Hätte Budapest seine Pflichten früher besser erfüllt, wäre die jetzige Einwanderungswelle vielleicht nicht so massiv ausgefallen.

Allerdings ist die Zahl der täglich eintreffenden illegalen Einwanderer deutlich zurückgegangen, seit in Zusammenarbeit auch mit der deutschen Polizei der serbische Grenzschutz intensiver an der Grenze patrouilliert. Serbiens Ministerpräsident Aleksandar Vučić zeigte sich denn auch "schockiert" über die ohne vorherige Abstimmung erfolgte ungarische Initiative. Denn wenn die meisten Migranten wegen zunehmend undurchlässiger Grenzen im Norden in Serbien hängenbleiben, hat das Land ein Problem. Es ist ja noch kleiner und ärmer als Ungarn.

Original Gesamtseiten-PDF

Wie Europa mit den Flüchtlingen "Schwarzer Peter" spielt Verzweifelt stemmen sich die Staaten im Südosten gegen die Migrantenwelle - und bauen reihenweise Grenz....

Graphic

ag

Load-Date: June 20, 2015

End of Document

In Deutschland leben so viele Ausländer wie nie; Ende der Flüchtlingskrise ist nach OECD-Einschätzung nicht in Sicht

Die Welt

Mittwoch 23. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 11; Ausg. 222

Length: 839 words

Byline: Anja Ettel

Tobias Kaiser

Body

In Deutschland leben mittlerweile so viele Ausländer wie nie zuvor. Das geht aus dem internationalen **Migrationsausblick** der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor. Demnach kletterte die Zahl der Ausländer Ende 2014 auf 8,2 Millionen, das ist ein Zuwachs um sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung stieg in diesem Zeitraum von 8,5 auf knapp neun Prozent, schreiben die OECD-Experten. Die größte Gruppe machten dabei weiterhin die gut 1,5 Millionen Zuwanderer aus der Türkei aus, gefolgt von 670.000 Bürgern polnischer und 570.000 Bürgern italienischer Herkunft.

Die OECD erwartet, dass durch die gegenwärtige **Flüchtlingskrise** die Zahl der Zuwanderer, die dauerhaft in Deutschland bleiben, stark steigen wird. Bereits seit 2013 nimmt die Zahl der **Migranten** zu, die sich in Deutschland niederlassen. Im vergangenen Jahr dürften sich nach Hochrechnungen der Organisation eine halbe Million Menschen in Deutschland niedergelassen haben; die Mehrheit davon EU-Bürger, die die Freizügigkeit innerhalb der Union nutzten.

In diesem Jahr wird die Zahl der dauerhaften Zuwanderer wegen der Flüchtlingskrise noch einmal stark ansteigen. "2015 wird ein Rekordjahr für die Asyl-Migration", sagt Thomas Liebig, Migrationsexperte bei der Organisation. Er und seine Kollegen rechnen damit, dass zwischen 300.000 und 350.000 der Asylbewerber, die in Deutschland eintreffen, dauerhaft im Lande bleiben werden. Allerdings, so Liebig, sei die Zahl der Einwanderer aus den anderen EU-Staaten immer noch höher. Trotzdem warnt er, die Folgen der Flüchtlingsbewegung zu unterschätzen. Die hohe Zahl der Neuankömmlinge bringe selbst das gegenwärtig wirtschaftliche starke Deutschland an seine Belastungsgrenzen: "Die Flüchtlingskrise ist eine große Herausforderung, die Deutschland auch langfristig nicht alleine bewältigen kann", sagte Liebig. "Europa als Ganzes hat allerdings die Kapazitäten dafür." Nötig sei mehr europäische Zusammenarbeit.

In Deutschland leben so viele Ausländer wie nie Ende der Flüchtlingskrise ist nach OECD -Einschätzung nicht in Sicht

Die OECD legt ihren Bericht über die Migrationsströme in den 34 Mitgliedsländern einmal im Jahr vor. Angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise ist der Ausblick in weiten Teilen allerdings längst von der Wirklichkeit überholt worden. Das gilt vor allem für die Prognose der Flüchtlingszahlen weltweit. So hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ende August prognostiziert, dass bis Jahresende 800.000 Menschen als Asylbewerber nach Deutschland kommen könnten. Hingegen spricht die OECD in ihrem Report von bis zu einer Million Flüchtlinge in diesem Jahr - in allen 34 OECD-Staaten zusammen. Schon aufgrund dieser Prognose könne man feststellen, dass derzeit mehr Menschen auf der Flucht seien als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. "Das ist eine Notfallsituation, auf die Europa und die Welt koordiniert reagieren müssen."

Entscheidend für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft sei jetzt, dass den Menschen umfassende Hilfestellung gegeben werde, sagte Liebig. Die Erfahrungen in anderen Ländern zeigten, dass sich vor allem eine Maßnahme bewährt habe: "Sprachkurse im Hinblick auf die Beschäftigung sind der wohl kräftigste Integrationsmotor." Zudem warnte Liebig davor, die Neuankömmlinge dort anzusiedeln, wo Wohnraum günstig sei. Das habe sich in anderen Ländern als falsche Strategie herausgestellt. Stattdessen sollten die Asylbewerber dorthin gebracht werden, wo ihre Jobaussichten am Besten seien.

Aufschlussreicher als die Asylbewerberzahlen, die angesichts der Migrationsbewegungen derzeit ohnehin schwierig zu erheben sind, sind die Trends, die der Report ebenfalls aufzeigt. So warnen die Experten davor, dass der bisherige Flüchtlingszustrom nach Europa nur ein Teil dessen sein könnte, was sich an weiteren Migrationsbewegungen womöglich anbahnt: Schätzungen zufolge hätten allein in der Türkei bisher knapp zwei Millionen Syrer Zuflucht gefunden. Im Nachbarland Libanon seien es 1,1 Millionen. "Die wachsenden Schwierigkeiten für die Flüchtlinge, in diesen Ländern Arbeit zu finden, den eigenen Aufenthalt zu legalisieren oder auch nur ihre Kinder zur Schule zu schicken, sind die wichtigsten Gründe dafür, warum die Flüchtlingsströme nach Europa so rasant steigen", heißt es in dem Report. Liebig wies zudem darauf hin, dass der Familiennachzug nach Europa noch gar nicht begonnen habe. Gegenwärtig seien die Neuankömmlinge in der EU vor allem Erwachsene und Männer. Das habe sich in der Türkei schon geändert, dort sei die Mehrheit der Neuankömmlinge bereits Kinder und Jugendliche.

Anders als viele Kernländer Europas stehen klassische Einwanderungsländer wie die USA oder Australien laut OECD bisher kaum unter Druck. Nachdem Australien Maßnahmen ergriffen habe, um illegale Einwanderung zu erschweren, sei die Zahl der Asylsuchenden 2014 auf unter 10.000 gefallen. In den USA bleibe die Zahl mit 120.000 Antragstellern zwar konstant hoch, liege aber noch weit unter dem Rekordwert, der Mitte der 90er-Jahre erreicht worden war.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 23, 2015

**Flüchtlinge sollen direkt zurück; Überlegung des Innenministeriums:
Gerettete sollen Europas Boden nicht betreten, sondern für die Asylprüfung
nach Nordafrika kommen**

Die Welt

Montag 7. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 261

Length: 1448 words

Byline: Manuel Bewarder

Sabine Menkens

Body

Die Fahrt, die fast keiner überleben sollte, startete in der Nacht. Wie so oft. Möglichst wenige sollten nämlich mitbekommen, wie die Schlepper viel zu viele Männer, Frauen und Kinder auf die kleinen Boote schubsten. Im Schutz der Dunkelheit tuckerte das Schiff schließlich mit rund 140 Menschen in Libyen los mit Kurs auf Italien. Endlich Europa, das war ihr Ziel. Doch schon nach wenigen Stunden kenterte das Boot. Wahrscheinlich überlebten nur 29 Personen.

Die Flucht über das Mittelmeer ist so gefährlich wie noch nie. Nach Angaben der Internationalen Organisation für **Migration** (IOM) ertranken allein in den ersten Novembertagen fast 250 Menschen. Im gesamten Jahr sollen es bereits mehr als 4000 sein. Sie alle wollten nach Italien, in die Europäische Union. 160.000 **Migranten** sind in diesem Jahr bereits an der Küste angekommen. Allein im Oktober zählten die Behörden rund 28.000 Anlandungen - was fast dreimal so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres sind.

Das zentrale Mittelmeer hat sich damit wieder zum wichtigsten Schauplatz der europäischen **Flüchtlingskrise** entwickelt. Während die Route über die Ägäis und den Balkan seit dem Frühjahr so gut wie dicht ist, bekommt Europa die **Migration** von Libyen nach Italien auch nach Jahren nicht in den Griff. Die Folgen sind katastrophal: Tausende Menschen sterben.

Und Italien scheint zunehmend mit der Versorgung und Unterbringung der vielen Flüchtlinge überfordert zu sein. Gleichzeitig finden weiterhin viele von ihnen einen Weg über die Alpen nach Norden und kommen nach Deutschland, das weiterhin das beliebteste Ziel zu sein scheint. Einen Lösungsansatz ist Europa bislang schuldig geblieben.

Flüchtlinge sollen direkt zurück Überlegung des Innenministeriums: Gerettete sollen Europas Boden nicht betreten, sondern für die Asylprüfung nach Nordafrika ko....

Im Bundesinnenministerium in Berlin überlegt man nun jedoch Maßnahmen, die nicht weniger als alle Probleme auf einmal lösen sollen: Die auf hoher See geretteten Migranten sollen demnach nicht mehr nach Italien, sondern gleich zurück nach Nordafrika gebracht werden. Dort könnten dann die Asylverfahren geprüft werden, und anerkannte Flüchtlinge würden sicher nach Europa gebracht.

Die Vision sieht so aus: Bereits nach wenigen Tagen würde dann kaum ein Migrant noch die gefährliche und nun auch aussichtslose Fahrt in Richtung Italien wagen. Viele Leben könnten so gerettet werden. Und gleichzeitig würde Europa nur noch jene einreisen lassen, die tatsächlich Schutz erhalten sollen.

Im Juni dieses Jahres wagte sich auf europäischer Bühne bereits der österreichische Außenminister Sebastian Kurz hervor: Bootsflüchtlinge sollten auf dem Weg nach Europa abgefangen und zurückgeschickt werden. Solange ihre Asylanträge geprüft würden, sollten sie auf Inseln im Mittelmeer untergebracht werden. Er nannte Teile des australischen Modells als Vorbild. Dort kämen keine illegalen Migranten mehr an, kaum jemand würde noch ertrinken. Die EU-Kommission allerdings, die hier gefragt wäre, lies Kurz abblitzen: Dies sei "kein Modell für uns", sagte eine Sprecherin. Mit Australien verbindet Europa nämlich vor allem katastrophale Zustände in den Asyllagern auf den weit entlegenen Inseln. Die Sprecherin verwies auf das Prinzip des "non-refoulement", der Nicht-Zurückweisung. Demnach dürfen Asylsuchende nicht in ein Land zurückgeschickt werden, in dem ihnen etwa wegen ihrer Religion Verfolgung droht.

Auch in Berlin reagierte man zurückhaltend. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, man habe dies "zur Kenntnis genommen". Konkrete Vorschläge Österreichs "zur Beratung in den europäischen Gremien" seien "uns noch nicht bekannt". Das war Anfang Juni.

Offiziell heißt es vonseiten der Bundesregierung, dass man die "Methode Türkei" auch gern auf die zentrale Mittelmeerroute übertragen wolle. De Maizière erklärte zum Beispiel, dass die EU in nordafrikanischen Haupttransitstaaten wie Libyen zentrale Einrichtungen aufbauen könnte, in die alle aufgegriffenen Bootsflüchtlinge zurückgebracht würden. Mit dem Modell Australien schien das jedoch wenig zu tun zu haben. Denn in der Ägäis werden ja eben keine Boote abgefangen. Und eine Rückführung in das Haupttransitland Libyen schien angesichts der zerrütteten staatlichen Strukturen dort sowieso für Jahre ausgeschlossen.

Es dauerte bis in den Oktober, bis deutlicher wurde, welchen Weg das Innenministerium einschlagen könnte. Vor einem Treffen der europäischen Innenminister sagte de Maizière ein paar Sätze in die Mikrofone. Der Bericht einer Nachrichtenagentur legte nahe, dass Deutschland Österreich nun unterstütze. Nur ein paar Tage später erschien in der "Zeit" ein Bericht, der in eine ähnliche Richtung deutete.

Konkret darauf angesprochen, ob Migranten, die aus Libyen kommen und von europäischen Schiffen gerettet werden, möglichst direkt in andere nordafrikanische Länder - wie zum Beispiel Tunesien oder Ägypten - zurückgebracht werden sollen, erklärte das Bundesinnenministerium der "Welt am Sonntag", dass man dafür plädiere.

Schriftlich hieß es: "Ziel muss es sein, den Schleuserorganisationen die Grundlage für ihre Geschäfte zu entziehen und die Migranten vor der lebensgefährlichen Überquerung des Mittelmeeres zu bewahren", so eine Sprecherin. "Die fehlende Aussicht auf das Erreichen der europäischen Küste könnte ein Grund sein, warum die Migranten davon absehen, unter Einsatz ihres Lebens und hoher eigener finanzieller Mittel die gefährliche Reise anzutreten." Wichtig für ihre Entscheidung könnte zudem die Aussicht auf ein "geordnetes und rechtsstaatliches Asylverfahren" sein. Man suche nach Lösungswegen. Konkrete Pläne oder Gespräche auf EU-Ebene gebe es allerdings nicht.

Nach der Berichterstattung am Sonntag formulierte das Ministerium jedoch vorsichtiger: Es sei richtig, dass man sich dafür ausspreche, im Mittelmeer gerettete Migranten möglichst direkt nach Afrika zurückzubringen. Eine Forderung des Innenministeriums sei dies jedoch nicht. Erneut wurde zudem auf das Abkommen mit Ankara als mögliches Vorbild verwiesen: "Im Falle EU-Türkei gibt es kein Zurückschicken von See, weshalb das auch nicht zur Übertragung der ‚Methode Türkei‘ gehört", sagte ein Sprecher. Distanzieren wollte man sich von den Zitaten aus der "Welt am Sonntag" allerdings nicht. Welches Vorgehen direkt auf See befürwortet wird, bleibt jetzt im Vagen.

Flüchtlinge sollen direkt zurück Überlegung des Innenministeriums: Gerettete sollen Europas Boden nicht betreten, sondern für die Asylprüfung nach Nordafrika ko....

Im eigenen Lager unterstützt man auf jeden Fall Überlegungen, Migranten nach Afrika zu schicken und dort die Aussicht auf Asyl zu prüfen. Die Überlegungen fänden "die uneingeschränkte Unterstützung der Innenpolitiker der Fraktion", sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach der "Welt". Er habe Verständnis, dass es Fragen dazu gibt, wie die Details geregelt werden - aber nicht für die Haltung der Opposition. Linke und Grüne hatten scharfe Kritik an der Idee geübt. Bosbach: "Es geht ja nicht darum, Flüchtlinge in einen Verfolgerstaat zurückzuschicken, sondern in einen sicheren Hafen, damit dort ein Asylantrag geprüft werden kann. Wir ersparen den Flüchtlingen damit eine lebensgefährliche Überfahrt und befreien sie aus den Händen von Schleppern und Schleusern."

Bosbach warf die Frage nach einer Aufnahmequote auf, sollte das Konzept Realität werden: "Wenn wir die vorläufige Prüfung der Schutzbedürftigkeit vorverlegen, stellt sich damit aber natürlich die Frage, wie vielen Menschen wir im Rahmen eines solchen Aufnahmeverfahrens die sichere Überfahrt nach Europa ermöglichen." Wenn es zu einem solchen Verfahren komme, "würde sich allerdings sofort die Frage nach einer zahlenmäßigen Begrenzung, einer jährlichen Aufnahmequote stellen. In unbegrenzter Aufnahmehöhe könnte ein solches Verfahren nicht durchgeführt werden." Das individuelle Asylrecht in Deutschland würde durch diese Regelung nicht abgeschafft, betonte Bosbach. "Aber wir würden dann natürlich nur Menschen nach Deutschland kommen lassen, deren Asylantrag auch eine hohe Aussicht auf Erfolg hat. Ich glaube nicht, dass die SPD die Pläne in Bausch und Bogen ablehnt."

Das legen auch Äußerungen von SPD-Vize Ralf Stegner nahe: Seine Partei teile das Anliegen, "Schleppern, die aus dem Elend der Flüchtlinge Profit schlagen, die Grundlage ihres menschenverachtenden Handwerks zu entziehen. Insofern prüfen wir jeden ernst gemeinten Vorschlag." Was die SPD auf keinen Fall mitmache, sei, dass die "Grundsätze der Humanität verletzt werden", sagte Stegner. "Seenotrettung bleibt unsere humanitäre Pflicht, damit Menschen nicht ertrinken. Und unser Verfassungsrecht auf Asyl verlangt ein ordnungsgemäßes, individuelles Prüfverfahren."

Das Innenministerium selbst spricht von "komplexen" rechtlichen Fragen. Die Einhaltung von rechtsstaatlichen Verfahren und die Beachtung der Menschenrechtskonvention seien jedenfalls "unabdingbare Voraussetzungen" auch für künftige Überlegungen, heißt es. Der Vorschlag liegt damit auf dem Tisch.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/ANDREAS SOLARO

Eine junge Frau, eingeschlagen in eine Rettungsfolie. Sie wurde vom italienischen Roten Kreuz in Sicherheit gebracht

ANDREAS SOLARO

Load-Date: November 7, 2016

Mit dem Asyl-Shopping soll Schluss sein; Was kommt mit den neuen Regeln auf die Flüchtlinge und die EU-Länder zu? Die wichtigsten Fragen und Antworten

Die Welt

Donnerstag 14. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 163

Length: 777 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Mehr Härte gegenüber Asylbewerbern, schnellere Entscheidungen, einheitliche Regeln bei Asylverfahren in ganz Europa - die EU-Kommission zieht vor dem Hintergrund anhaltender Flüchtlingsströme die Zügel an. Die "Welt" beantwortet die wichtigsten Fragen

Wie verändert sich die Bearbeitungszeit bei Asylanträgen?

Die Fristen für einzelne Verfahrensschritte sollen deutlich verkürzt werden. Damit entsteht nicht nur Druck auf die Asylbewerber sondern auch auf die zuständigen Behörden. Die Anträge müssen jetzt innerhalb von drei Tagen registriert werden. Entscheidungen über einen Anträge müssen jetzt in der Regel innerhalb von sechs Monaten fallen, bei Überlastung der Asylbehörden ist eine Verlängerung um wenige Monate möglich. Es soll aber auch Schnellverfahren geben, die innerhalb von zwei Monaten entschieden werden können. Bei einem unzulässigen Asylgesuch soll innerhalb eines Monats entschieden und dann möglichst schnell abgeschoben werden. Die Fristen für die Behandlung von Einsprüchen werden ebenfalls verkürzt. Betroffene haben je nach Verfahren zwischen einer Woche und einem Monat Zeit, Widerspruch einzureichen.

Was sind die Voraussetzungen für schnellere Bearbeitungszeiten?

Wichtig für gemeinsame Standards und zügige Verfahren ist, dass die EU eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsstaaten erstellt und nicht jedes Land weiterhin eigene Maßstäbe anlegt. Wenn Migranten dann aus einem Staat kommen, in dem aus europäischer Sicht keine Gefahr besteht, können sie auch leichter dorthin zurückgeschickt werden. Auch für Transitstaaten, die Migranten durchreisen, soll es eine einheitliche Liste geben - in diesem Fall ist es leichter, Flüchtlinge in so genannte sichere Drittstaaten wieder zurückzuschicken.

Mit dem Asyl-Shopping soll Schluss sein Was kommt mit den neuen Regeln auf die Flüchtlinge und die EU-Länder zu? Die wichtigsten Fragen und Antworten

Was passiert mit Asylbewerbern, die nicht kooperieren?

Ihnen drohen beschleunigte Verfahren, eine schnellere Ablehnung des Antrags und im Extremfall sogar die Inhaftierung. Das gilt beispielsweise für Schutzsuchende, die ihr Ankunftsland unerlaubt verlassen, Fingerabdrücke verweigern oder falsche Angaben machen. Um eine so genannte Sekundärmigration, also die Flucht vom Ankunftsland in einen anderen EU-Staat zu unterbinden, müssen sich Asylbewerber künftig regelmäßig bei den Behörden melden.

Welche Rechte haben die Asylbewerber?

Bisher wurden die Asylverfahren in den Mitgliedsländern recht unterschiedlich gemanagt. Das führte zu unterschiedlichen Anerkennungsquoten, großen Differenzen bei der Behandlung von Asylbewerbern und bei der Bearbeitungszeit. Jetzt sollen die Standards vereinheitlicht werden. Ziel ist auch, Asyl-Shopping zu verhindern. Das könnte Deutschland, das bisher als besonders attraktiv für Flüchtlinge gilt, entlasten. So sollen künftig die Rechte von Asylbewerbern EU-weit verbessert werden. Jeder Asylbewerber erhält nun das Recht auf ein persönliches Interview und er kann gleich zu Anfang des Asylverfahrens bereits einen kostenlosen Rechtsbeistand erhalten. Unbegleitete Jugendliche sollen fünf Tage nach Antragsstellung einen Vormund erhalten. Schutzsuchende, die gute Aussichten auf einen Asylstatus haben, sollen schon nach drei Monaten, spätestens aber nach einem halben Jahr, arbeiten können. Für sie sollen dann die gleichen Rechte gelten wie für heimische Beschäftigte. Allerdings will die Kommission das Recht auf bestimmte Sozialleistungen von der Teilnahme an Integrationsangeboten abhängig machen.

Wie soll legale Migration gefördert werden?

Die EU-Kommission fordert einen europaweiten Rahmen für Neuansiedlungen. Dabei holen die EU-Länder direkt Flüchtlinge aus den Drittstaaten und suchen sie auch selbst aus. Mögliche Kriterien sind Schutzbedürftigkeit, Qualifikation oder Religionszugehörigkeit. Bisher ist jedes Land selbst für die Neuansiedlungen verantwortlich und wählt nach eigenen Maßstäben aus. Seit Juli 2015 nahmen die EU-Länder nur 8268 Flüchtlinge direkt aus Drittstaaten auf. Das ist - im internationalen Maßstab - viel zu wenig. Die Kommission schlägt nun vor, jährlich einen EU-Neuansiedlungsplan zu erstellen, der für die Mitgliedstaaten einen Rahmen darstellt. Darin sollen die Mitgliedsländer festlegen, aus welchen Staaten Flüchtlinge vorrangig aufgenommen werden sollen, wie der Auswahlprozess erfolgt und wie viele Flüchtlinge die EU-Staaten insgesamt aus den Drittstaaten holen wollen. Es soll aber keine Quoten geben. "Die Mitgliedsländer werden selbst darüber entscheiden, wie viele Flüchtlinge jedes Jahr neu angesiedelt werden müssen", sagte Kommissionsvizechef Frans Timmermans. Die Kommission will den Mitgliedsländern für jeden neu angesiedelten Flüchtling 10.000 Euro finanzielle Unterstützung bezahlen- fast doppelt so viel wie bisher.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 14, 2016

SPD fordert EU-Asyl für Hunderttausende; Migrationsexperten weisen Brüssel Schuld für Schlepperwesen zu und warnen vor Militärmission auf dem Mittelmeer

Die Welt

Montag 1. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 124

Length: 843 words

Byline: Daniel Sturm

Body

Die **Migranten** in der SPD fordern eine liberalere **Flüchtlingspolitik** für Europa. Die EU müsse "sichere Einwanderungswege" schaffen, heißt es in einer am Sonntag verabschiedeten Erklärung der Arbeitsgemeinschaft (AG) **Migration** und Vielfalt in der SPD. Dafür solle sie sich für das Resettlement-Programm des UN-**Flüchtlingskommissars** engagieren. So könne "Menschen die legale Möglichkeit gegeben werden, in Europa ein neues Leben zu beginnen". Die bisher diskutierten Zahlen von 20.000 **Flüchtlingen** wirkten "bei zig Millionen **Flüchtlingen** wie ein Hohn".

"Wenn etwa der Libanon mehr als eine Million Menschen und damit circa ein Viertel der eigenen Bevölkerung aufnimmt, dann müssten die diskutierten Dimensionen im wohlhabenden Europa mit seinen über 500 Millionen Einwohnern die Hunderttausende erreichen", heißt es in der Erklärung weiter. "Das Versagen der Abschottungspolitik Europas ist leider erst mit den wachsenden Todeszahlen im Mittelmeer in die Öffentlichkeit gelangt", sagte Aziz Bozkurt, der Vorsitzende der AG **Migration** in der SPD, der "Welt". Wenn die europäischen Staaten "vom Kurs der bisherigen Duldung eines Friedhofs vor der Haustür abkehren wollen, müssen legale Wege für **Flüchtlinge** geöffnet werden", fordert er: "Wenn Deutschland alleine 20.000 syrische **Flüchtlinge** aufnehmen konnte, müssen es europaweit Hunderttausende sein, um wirklich der humanitären Verpflichtung nachzukommen. Alles andere verschärft die dramatische Lage im Mittelmeer und wäre eine Ankündigung für ein weiteres Massensterben."

Der Appell der SPD-Migranten kommt unmittelbar vor einer Konferenz der Sozialdemokraten über "Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik". Bei der Veranstaltung in Berlin sollen am Donnerstag Parteichef Sigmar Gabriel und Fraktionschef Thomas Oppermann, Integrations-Staatsministerin Aydan Özoguz und der Premierminister des besonders von Flüchtlingsankünften betroffenen Malta auftreten. Das bisherige "Dublin"-System, das Asylverfahren in den EU-Ankunftsändern vorschreibt, hat nach Auffassung der SPD-Migrationspolitiker versagt. Mit ihm trügen die Staaten an der Außengrenze der EU "die größten

SPD fordert EU-Asyl für Hunderttausende Migrationsexperten weisen Brüssel Schuld für Schlepperwesen zu und warnen vor Militärmission auf dem Mittelmeer

Herausforderungen"; dies widerspreche der Solidarität, heißt es im Beschluss der AG Migration: "Wir fordern das Ende von Dublin-Abschiebungen in Deutschland, bis ein solidarischer Verteilungsmechanismus mit vergleichbaren sozialen Standards in Europa beschlossen und umgesetzt wurde..." Eine solche Vereinbarung ist indes bisher nicht in Sicht. Großbritannien und mehrere osteuropäische Staaten wenden sich gegen die Pläne von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der für eine Quotierung der Flüchtlinge zwischen den Mitgliedstaaten plädiert.

Heftige Kritik üben die SPD-Politiker am Konstrukt der sicheren Herkunftsländern. Die politischen Unruhen jüngst in Mazedonien etwas zeigten, "dass trotz bürgerkriegsähnlicher Zustände eine Anerkennung als Flüchtling fast unmöglich ist". Staaten wie Mazedonien "gehören sofort aus der Liste der 'sicheren Herkunftsländer' gestrichen". Schnellere Asylverfahren und Abschiebungen, wie jüngst von diversen SPD-Politikern gefordert, werden abgelehnt. "Schnellverfahren mit dem Ziel der generellen Ablehnung von Flüchtlingen lehnen wir aufgrund komplexer Fluchtgründe generell ab", heißt es in dem Beschluss der SPD-AG Migration.

Die Standards bei Unterbringung und Integrationsmaßnahmen seien zwischen den EU-Staaten "gravierend und müssen auf einem hohen Niveau harmonisiert werden". In Italien, Bulgarien und Ungarn etwa gebe es "kaum staatliche Hilfen" für Flüchtlinge, die dort zum unter rassistischen Übergriffen leiden müssten. Anerkannte Flüchtlingen sollten künftig die volle Freizügigkeit in der EU genießen dürfen: "Es ist nicht verständlich, wieso anerkannte Flüchtlinge sich nicht frei in Europa bewegen dürfen." Deziert wendet sich die SPD gegen Pläne der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini für eine Militärmission im Mittelmeer, bei der Schlepperboote versenkt werden sollen. "Es darf keine militärische Aktion der EU, nach dem Vorbild der Operation Atalanta gegen die Piraterie vor der Küste Somalias, geben." An derlei Maßnahmen, bei denen Menschenleben gefährdet werden könnten, dürfe sich "Deutschland auf keinen Fall beteiligen ... Wer Schlepperboote zerstört, nimmt das Sterben von Menschen in Kauf." Die Seenotrettung müsse vom Thema Asylsuche "entkoppelt und finanziell deutlich gestärkt werden".

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte schon vor zwei Wochen eine reservierte Haltung zu den Militär-Plänen seiner europäischen Kollegin Mogherini gezeigt. Er verwies damals darauf, eine solche Mission müsse allemal völkerrechtlich geprüft und mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgestimmt werden. Die AG Migration der SPD beklagt nun, die zugespitzte aktuelle Diskussion über die Schlepper-Bekämpfung "setzt an einem Symptom der Migrationsbewegungen an und verkennt die Situation, dass gerade die Abschottungspolitik der EU zum Erblühen des Marktes geführt hat". Stattdessen gelte es die Ursachen von Flucht zu bekämpfen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

dpa/Alessandro Di Meo

Flüchtlinge werden gerettet

Alessandro Di Meo

Load-Date: June 1, 2015

1000 neue Stellen im Bundesamt für Migration

Die Welt

Mittwoch 17. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 138

Length: 267 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Um Ländern und Kommunen bei der Bewältigung der finanziellen und logistischen Aufgaben bei Flüchtlingen zu helfen, will der Bund seine Finanzhilfe noch in diesem Jahr verdoppeln. Dabei geht es um eine Erhöhung von 500 Millionen auf eine Milliarde Euro. Danach soll sich der Erklärung zufolge eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Neustrukturierung der Asylbewerber- und Flüchtlingsaufnahme" mit einer grundlegenden Neuordnung der Kosten für die Versorgung von Asylbewerbern beschäftigen. Um eine Zahl der Asylentscheidungen zu steigern, soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in diesem Jahr um 1000 und im nächsten Jahr um bis zu 1000 weitere Stellen aufgestockt werden. Bund und Länder seien sich zudem einig, so heißt es, Ausländer- und Sozialbehörden sowie die für Asylstreitigkeiten zuständigen Verwaltungsgerichte personell und organisatorisch in die Lage zu versetzen, die vom BAMF gefällten Asylentscheidungen "angemessen zu bewältigen" und "zügig die Rückführung veranlassen zu können". Hier wird das Papier konkret: Gerichtsverfahren sollen möglichst auf zwei Wochen begrenzt werden. Um die derzeit noch laufenden 221.000 Verfahren effektiv abzubauen, wird das BAMF bundesweit vier Entscheidungszentren einrichten. Darüber hinaus sollen Asylbewerber und Geduldete mit einer guten Bleibeperspektive schneller Zugang zu Integrationskursen, Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildung erhalten. Während der Ausbildung sollen junge Asylsuchende einen Abschiebeschutz genießen. Bund und Länder wollen für eine schnellere Prüfung ausländischer Bildungsabschlüsse sorgen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 17, 2015

Berlin und Paris fordern Asylzentren am EU-Rand; Brüssel soll Plan zur Verteilung der Flüchtlinge in Europa nachbessern. Bisheriges Verfahren sei "nicht gerecht und auch nicht länger tragbar"

Die Welt

Dienstag 2. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 125

Length: 375 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Deutschland und Frankreich haben die EU aufgefordert, eine umfassende und angemessene europäische Antwort auf die Probleme der illegalen **Migration** zu finden und ihren Plan zur Verteilung der **Flüchtlinge** in Europa nachzubessern.

Das Vorhaben der Brüsseler Kommission für ein befristetes Verteilungsverfahren stelle bislang "kein ausgewogenes Verhältnis" zwischen Solidarität und Verantwortung her, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und seinem französischen Kollegen Bernard Cazeneuve.

Ein Quotenverfahren, wie von der EU vorgeschlagen, sollte "zeitlich befristet" sein und im Rahmen eines Gesamtansatzes für Migration "eine Ausnahme bleiben", heißt es in dem Text. Ansonsten solle weiter der Grundsatz gelten, wonach das Land für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist, in dem diese zuerst registriert werden. Für das Quotenverfahren schlagen de Maizière und Cazeneuve vor, Wartezentren in der Nähe der Ankunftsorte der Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen einzurichten.

Dort sollten Migranten mit Unterstützung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) zügig erfasst, überprüft und in das richtige Verfahren überführt werden. "Einige dieser Asylbewerber, die offensichtlich schutzbedürftig sind, werden anhand des vereinbarten Verteilungsschlüssels anderen Mitgliedsstaaten zugewiesen", heißt es weiter. Eindeutig nicht schutzbedürftige illegale Einwanderer sollen dagegen so schnell wie möglich wieder abgeschoben werden.

In der Erklärung wird darauf verwiesen, dass Frankreich, Deutschland, Schweden, Italien und Ungarn bislang 75 Prozent der Asylbewerber aufnehmen. "Das ist nicht gerecht und auch nicht länger tragbar." Die Regierungen beider Länder seien daher bereit, die Vorschläge der Kommission zu prüfen. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), sagte der "Welt", er unterstütze die Vorschläge der Minister de Maizière und Cazeneuve. Es müsse "dringend zu einer gerechteren Verteilung kommen".

Berlin und Paris fordern Asylzentren am EU-Rand Brüssel soll Plan zur Verteilung der Flüchtlinge in Europa nachbessern. Bisheriges Verfahren sei "nicht gerecht

Brüssel signalisierte nach der deutsch-französischen Kritik Entgegenkommen. Die EU-Kommission sei "bereit und offen für eine Diskussion über die Verteilungskriterien", sagte eine Kommissionssprecherin.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 2, 2015

End of Document

Bruchstellen des Abkommens mit Erdogan treten zutage; Griechenland schiebt kaum Migranten in die Türkei ab. Der Kernpunkt des Flüchtlingsdeals droht zu scheitern

Die Welt

Montag 31. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 255

Length: 1277 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Athen

Eine Seeschlacht nach der anderen schlägt die stolze griechische Flotte auf den Ölgemälden an den Wänden der Villa Maximos in Athen, dem Sitz des griechischen Ministerpräsidenten. Hier schildert ein bestens aufgelegter Alexis Tsipras seine Sicht auf die europäische **Migrationskrise**, in der ein ausgezehrttes Hellas, wie schon in der Schuldenkrise, nun zum zweiten Mal die Last Europas auf den Schultern trage.

Während die Perspektive des Sozialisten auf die Euro-Rettung nördlich der Alpen als Mythos verbucht wird, findet seine Deutung des Umgangs mit der zweiten Krise breite Zustimmung - obwohl derzeit in ganz Griechenland mit 61.000 nur etwa genauso viele Schutzsuchende leben wie in Berlin. Tsipras propagiert, wie immer mehr europäische Spitzenpolitiker bis hin zur Bundeskanzlerin, eine Neuausrichtung der europäischen **Migrationspolitik**. Es gelte, die illegale **Migration** durch legale **Migration** zu ersetzen, verkündete der griechische Regierungschef im Gespräch mit einigen Journalisten. Damit widerspricht er seiner Syriza (Koalition der radikalen Linken) und ihren europäischen Schwesterparteien.

Doch während sich die Europäer in der Theorie annähern, hapert es in der Praxis: Die Bruchstellen des Abkommens mit der Türkei treten immer deutlicher zutage. Der Kernpunkt, die Rückführung irregulärer Migranten, wird kaum umgesetzt - vor allem, weil Athen die Türkei, anders als im März geplant, nicht zu einem "sicheren Drittstaat" erklärt hat und dies auf absehbare Zeit auch nicht tun wird.

Das liegt einerseits an grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber Migrationsbeschränkungen in Teilen von Syriza. Zum anderen bedeutet die Erklärung zu einem sicheren Drittstaat auch immer eine Aufwertung des betreffenden Landes. Diesen Schritt scheuen viele Griechen, die auf eine lange konfliktreiche Geschichte mit den Türken zurückblicken. Zudem stützen viele in der Türkei eingesetzte Mitarbeiter der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) oder sogar der EU-Kommission die griechische Sicht,

Bruchstellen des Abkommens mit Erdogan treten zutage Griechenland schiebt kaum Migranten in die Türkei ab. Der Kernpunkt des Flüchtlingsdeals droht zu scheitern

dass Nichtsyrier - vor allem die vielen Afghanen, Iraker und Pakistaner - dort meist kein faires Schutzverfahren bekommen.

Andererseits besteht die EU-Kommission, einig mit Ankara, darauf, dass die Türkei ein sicherer Drittstaat ist. Andernfalls wäre das Abkommen gar nicht möglich, weil nur in solche Länder rückgeführt werden darf. Ergebnis des Streits: Bisher wurden nur 695 Migranten laut EU aus Griechenland zurückgesendet - mehr als die Hälfte bereits in den ersten Wochen nach Beschluss des Abkommens im März. Die türkische Botschafterin in Athen sieht es so: "Sobald die Migranten wieder denken, sie werden nicht aus Griechenland zurückgebracht, werden sie wieder dorthin fahren." Eine verbreitete Auffassung.

Längst kommen wieder mehr Zuwanderer. Laut UNHCR erreichen mit etwa 110 täglich doppelt so viele die Inseln als noch im Juni, da waren es durchschnittlich 50. Zahlen der türkischen Küstenwache zeigen, dass wieder deutlich mehr Menschen nach Europa streben. Während die Beamten im Juni 509 Migranten von der Überfahrt abhielten, stiegen die Zahlen im September auf 3120, berichtet Ankaras Botschafterin in Athen.

Derzeit werden pro Monat so viele Menschen rückgeführt, wie täglich ankommen. Selbst wenn dieser Trend sich nicht verstärkt, könnte die Lage in den mit aktuell mehr als 15.000 Bewohnern doppelt überbelegten Lagern auf den griechischen Inseln weiter eskalieren. Erst am Montag hatten Migranten auf Lesbos vier Container, in denen die Mitarbeiter der europäischen Asylagentur arbeiteten, niedergebrannt; täglich gibt es Schlägereien und Demonstrationen.

Im Oktober wurden laut UNHCR-Schätzungen schon 1185 Migranten auf das griechische Festland gebracht, um die Inseln zu entlasten. Diese Transfers könnten künftig in viel größerem Umfang stattfinden, was auch die größte Oppositionspartei Nea Demokratia vehement fordert. Doch auch der Vorsitzende dieser Partei lehnt eine Antwort auf die entscheidende Frage ab, an der die Rückführung und damit möglicherweise bald der ganze EU-Türkei-Flüchtlingsdeal scheitert. Welche Kriterien muss die Türkei erfüllen, damit sie von Griechenland als sicherer Drittstaat für alle durchgereisten Migranten anerkannt werden kann?

Der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas reagiert auf diese Frage gereizt. Ab Ende November sollen wöchentlich 200 Migranten in die Türkei zurückgebracht werden, so seine knappe Antwort. In Gesprächen mit entscheidenden Akteuren der Umsetzung des Abkommens sind keine Vorschläge erkennbar, wie dieser Konflikt gelöst werden kann. Die geplante pauschale Rückführung kommt bis auf Weiteres nur für Migranten infrage, die gar keinen Schutz in Griechenland suchen; das waren vor Inkrafttreten des Flüchtlingsdeals fast alle Zuwanderer; mittlerweile sind es laut EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos nur noch zwei Prozent.

Bei den übrigen Schutzsuchenden unterscheidet Griechenland zwischen Syrern und allen anderen; Letztere kommen automatisch ins griechische Asylverfahren, weil die Türkei für sie als nicht sicher gilt. Bei jedem Syrer wird einzeln geprüft, ob er von Ankara ein faires Verfahren erwarten kann und somit rückgeführt werden kann. Doch selbst wenn die griechischen Behörden dies positiv entscheiden, legen fast alle Migranten dagegen Berufung ein. Und bekommen von den Juristen oft recht. Die Berufungskomitees kommen also noch häufiger als die griechische Asylbehörde zu dem Schluss, dass die Türkei keinen ausreichenden Flüchtlingsschutz bietet. Nach dem aktuellsten Bericht der EU-Kommission wurde seit Bestehen des Deals gerade einmal bei sechs syrischen Schutzsuchenden endgültig entschieden, dass Athen nicht zuständig ist und die Türkei ein sicherer Drittstaat ist. Diese Umstände sprechen stark gegen die häufig vorgebrachte Erklärung aus Athen, die sehr geringe Rückführungszahl liege vor allem am Mangel an Sachbearbeitern. Dieses Problem bekommen die Griechen mithilfe der EU zunehmend in den Griff. Trotz dem Abzug aller dänischen Mitarbeiter von den Inseln, weil Kopenhagen den Einsatz für zu riskant hält.

Easo-Direktor Carreira fordert zwar, mehr Mitarbeiter für längere Zeiträume zu entsenden. Doch auch er sieht das Problem im langwierigen Asylverfahren: "Wir entscheiden oft zwei Tage nach dem ersten Interview. Weil danach aber meist die Berufung, unser zweites Interview und schließlich oft noch eine zweite Berufung folgen, kann sich ein Fall über mehr als ein Jahr hinziehen."

Bruchstellen des Abkommens mit Erdogan treten zutage Griechenland schiebt kaum Migranten in die Türkei ab. Der Kernpunkt des Flüchtlingsdeals droht zu scheitern

Nicht nur die Forscher der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI), die das EU-Türkei-Abkommen inspiriert haben, verlangen von der EU: Sie muss präzise und öffentlich formulieren, was Ankara unternehmen muss, um von Griechenland als sicherer Drittstaat für alle Schutzsuchenden anerkannt zu werden.

Andernfalls bleiben angesichts des zunehmenden Migrationsdrucks und ausbleibender Rückführungen zwei Szenarien: Entweder es kommen wieder viel mehr Schutzsuchende irregulär über Griechenland ins Zentrum Europas. Oder die Landesgrenzen auf dem Kontinent werden unter dem Druck einwanderungskritischer Parteien so stark ausgebaut, dass die Befürchtung des griechischen Migrationsministers Mouzalas wahr wird: "Unser Land wird zu einem zweiten Ellis Island, wenn die Europäer uns nicht mehr Flüchtlinge abnehmen.", sagte der Politiker.

Von dem zu Beginn des Abkommens vorgetragenen Ziel, alle irregulär einreisenden Schutzsuchenden zurückzubringen und für jeden rückgeführten Syrer einen geprüften syrischen Flüchtling aus der Türkei nach Europa zu fliegen, redet nicht einmal der EU-Migrationskommissar mehr.

Was muss die Türkei tun, damit Griechenland sie als sicheren Drittstaat anerkennt?

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 31, 2016

"Wir müssen uns Flüchtlinge noch einmal genau anschauen"; Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Klaus Bouillon (CDU), will die 2015 eingereisten Syrer erneut befragen lassen

Die Welt

Freitag 25. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 277

Length: 818 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die erhöhte Gefahr durch den islamistischen Terrorismus und die hohen **Migrationszahlen** im vergangenen Jahr fordern insbesondere die Innenminister. Vor der Innenministerkonferenz kommende Woche erklärt der aktuelle Vorsitzende, Saarlunds Innenminister Klaus Bouillon (CDU), welche Schritte in der **Migrationspolitik** nun gemacht werden müssen.

DIE Welt:

Herr Bouillon, vor einem Jahr forderten Sie angesichts der vielen Migranten eine drastische Reduzierung. Ansonsten drohten "Unruhen" und "sozialer Unfrieden". Wie sieht ihr aktuelles Fazit aus?

Klaus Bouillon:

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, als in einem Vierteljahr bis zu 300.000 Personen einreisten, war es im Grenzbereich. Glücklicherweise hat sich die Lage entspannt. Logistisch sind alle Bundesländer sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mittlerweile gerüstet. Die Unterbringung ist längst kein Problem mehr. In wenigen Wochen werden alle beteiligten Behörden zudem miteinander vernetzt sein. Dann wird die Abstimmung noch besser klappen.

Die Bundesregierung hat ihre Politik im Laufe des Jahres korrigiert. Die Schließung der Balkanroute wird als Erfolg gelobt. War die Politik der offenen Grenzen ein Fehler?

Die Schließung der Balkanroute und das Abkommen mit der Türkei haben dafür gesorgt, dass die Zahlen zurückgegangen sind. Das war auch notwendig. Wichtig ist aber: Kein Mensch konnte damit rechnen, dass sich in kurzer Zeit so viele Menschen nach Europa aufmachen. Was wäre denn passiert, wenn wir die Grenze geschlossen hätten? Vielleicht hätten die Menschen mit Gewalt versucht, in die Bundesrepublik zu kommen.

"Wir müssen uns Flüchtlinge noch einmal genau anschauen" Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Klaus Bouillon (CDU), will die 2015 eingereisten Syrer erne....

Vielleicht aber hätte man die vielen Migranten dann besser versorgen können. Vielleicht wären die Asylverfahren ordentlicher abgelaufen. Vielleicht hätte man mögliche Terrorverdächtige entdeckt. Sind das nicht Argumente fürs Zurückweisen?

Wir sind alle überrollt worden. Das trifft auf den Staat und die gesamte Gesellschaft zu. Ich denke jedoch, dass unsere Behörden die Herausforderung viel besser gemeistert haben, als Sie beschreiben. Die Leistung der bayerischen Behörden, wo die Flüchtlinge meist als Erstes ankamen, war beispiellos.

Deutschland nimmt in Europa eine Außenseiterrolle ein. Selbst Länder wie Schweden weisen konsequent Migranten zurück. Sollten auch wir dieses Zeichen setzen?

Das halte ich nicht für notwendig. Weil deutlich weniger Migranten kommen, ist die Grenze nicht mehr unser Problem. Jetzt müssen wir jedoch einen Schritt weitergehen: Vor allem sollten wir viel mehr Deutschkurse als bisher anbieten. Dafür brauchen wir viel mehr Lehrer. Noch immer warten sehr viele Menschen auf Sprachkurse, weil uns Lehrer fehlen. Wir sollten deshalb die Voraussetzungen für das Unterrichten solcher Klassen schnell herunterschrauben. Wenn jemand bereits Deutsch studiert, soll er auch solche Kurse unterrichten dürfen.

Unter anderem die oberflächlichen Asylverfahren beim BAMF haben dafür gesorgt, dass wir nicht wirklich wissen, wer ins Land eingereist ist. Besteht die Gefahr, dass wir falsche Identitäten legalisieren?

Das ist eine Gefahr, die uns auch länger bekannt ist. Es gibt in Deutschland Zehntausende Eingereiste, deren Identität kaum feststellbar ist. Im Saarland sind es Hunderte Migranten, bei denen das der Fall ist. Wir versuchen über das Abgleichen von Fingerabdrücken oder genaue Befragungen zum Lebenslauf die Identität zu klären.

Die CSU spricht sich dafür aus, die vielen Syrer, die 2015 eingereist sind und lediglich einen Fragebogen ausfüllen mussten, noch einmal persönlich zu befragen. Ist das der richtige Ansatz?

Ich halte das für notwendig. Wir wissen mittlerweile, dass sich auch einige Gewaltbereite und Gefährder unter die Flüchtlinge gemischt haben. Wenn der Berg beim BAMF abgebaut ist, müssen wir uns diejenigen, die lediglich einen Fragebogen ausgefüllt haben, noch einmal genau anschauen. Das ist auch im Interesse derjenigen, die tatsächlich vor dem Krieg geflüchtet sind. Angesichts der Gefährdungslage müssen wir das machen.

Die Zahl der abgelehnten Asylbewerber steigt deutlich an. Die Länder sollen nun mehr Personen zurückführen. Wie bewerten Sie es, dass Länder wie Berlin oder Thüringen Abschiebungen im Grunde ablehnen und auf eine freiwillige Rückkehr setzen?

Ich kann diesen Kurs nicht nachvollziehen. Zum Glück unterstützt ein großer Teil der Bevölkerung die Aufnahme von Kriegsflüchtlings hierzulande. Wir müssen aber auch sehen, dass es Menschen gibt, die das Asylrecht missbrauchen. So etwas kann für Frust sorgen. Ich bin deshalb ein klarer Verfechter der Linie: Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, der soll schnell dahin zurückkehren, wo er herkommt. Natürlich ist es sinnvoll, die freiwillige Rückkehr zu fördern. Dies halten wir auch so im Saarland. Wenn allerdings eine freiwillige Ausreise nicht erfolgt, dürfen wir das Mittel der Abschiebung nicht diskreditieren; ansonsten geben wir ein notwendiges Druckmittel aus der Hand.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 25, 2016

Warum Wien jetzt einen Zaun zu Ungarn will; Regierung in Budapest verlegt ein Flüchtlingslager direkt an die Grenze zu Österreich. Und weist Vorwürfe zurück, das geschehe mit Kalkül

Die Welt

Samstag 7. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 106

Length: 668 words

Byline: Thilo Maluch

Boris Kálnoky

Body

Körmend

Schwerfällig manövriert sich der weiße Bus durch das rostige Tor der Kaserne. Aus den Fenstern schauen ein paar **Migranten**, wie die Journalisten angerannt kommen. Kamerateams, Fotografen. "Gerade sind sie eingetroffen", telefoniert einer der Journalisten die eilige Nachricht an seine Redaktion.

Es ist vier Uhr Nachmittags. Der Bus ist halb leer, vielleicht 20 Menschen darin. Ihr Werdegang in Ungarn gleicht vermutlich dem all jener, die derzeit illegal ins Land kommen: Schlepper schneiden ein Loch in den Grenzzaun, die **Migranten** kriechen durch. Die Polizei kommt, dann geht es ins Auffanglager. Meist handelt es sich um Menschen ohne Chance auf **Asyl**: aus Pakistan, Afghanistan, kaum mehr einer aus Syrien. Syrer hoffen derzeit anscheinend darauf, dass die EU sie legal und direkt aus der Türkei nach Europa bringen wird, und warten vorerst ab.

Warum so viel Aufregung um 20 Migranten? Sie sind die ersten im neuen Auffanglager Körmend an der Grenze zu Österreich. Und Körmend ist zum Brennpunkt eines neuen Themas in der Flüchtlingskrise geworden: Hofft man regelrecht, dass sie sich nach Österreich absetzen werden und bringt sie deswegen hierher? Budapest lässt Lager an der Grenze zu Serbien schließen, von wo die Flüchtlinge kommen, und errichtet dafür ein neues an der Grenze zu Österreich. Die Flüchtlinge werden also näher dahin gebracht, wohin sie eh wollen. Es ist wohl kein Zufall, dass die Wiener Regierung zeitgleich mit der Inbetriebnahme des Lagers die Grenzsicherung in der Region verschärft hat. Und siehe da: Schon in der Nacht zu Dienstag nahm die österreichische Polizei einen Schlepper mit fünf Afghanen fest - sie kamen vermutlich aus Körmend.

Warum Wien jetzt einen Zaun zu Ungarn will Regierung in Budapest verlegt ein Flüchtlingslager direkt an die Grenze zu Österreich. Und weist Vorwürfe zurück, das....

Eigentlich schien Ungarns Flüchtlingsproblem gelöst. Erst baute die Regierung einen Zaun, anschließend machten alle anderen Länder bis hinunter nach Mazedonien die "Balkanroute" dicht. Die EU und die Türkei vereinbarten, dass auch der Weg über das Meer nach Griechenland geschlossen wird. Eigentlich müsste kaum noch jemand durchkommen. Und dennoch. Täglich versuchen nach Angaben der Behörden rund 500 Menschen, durch den Zaun zu brechen, und durchschnittlich mehr als 150 von ihnen gelingt es auch. Das sei auf Dauer mehr, als die begrenzte Kapazität der ungarischen Auffanglager verkraften könne. Deswegen, so die Begründung der Regierung, sei jetzt "vorübergehend" dass neue Lager in Körmend eingerichtet worden.

12.000 Asylbegehren gab es seit Jahresbeginn, trotz Zaun. Eigentlich will niemand in Ungarn auch Asyl bekommen, aber wenn man es beantragt, kommt man für die Dauer des Verfahrens immerhin in ein offenes Lager - und damit die Gelegenheit, sich abzusetzen. Aus diesen Lagern kann man dorthin gehen, wohin man eigentlich will: nach Deutschland zumeist. Nach Angaben der Zeitung "Népszabadság" sind 10.000 dieser Asylbewerber spurlos verschwunden.

Dass die nach Körmend verfrachteten Migranten über die nur wenige Kilometer entfernte grüne Grenze nach Österreich gehen werden, das war zumindest im vergangenen Jahr so, sagt Körmonds Bürgermeister István Bebes. Insofern versteht er die Sorgen der Wiener Regierung, die wegen des Lagers in Körmend sogar einen Grenzzaun in diesem Abschnitt plane. "Bislang bauen sie ihn aber nicht", sagt Bebes. Aber dass die Verlagerung der Asylbewerber ins westliche Grenzgebiet den Migranten den Weg nach Westen absichtlich erleichtern soll, will der zur Regierungspartei Fidesz gehörende Bürgermeister nicht gelten lassen: Es gebe einfach nicht so viele Objekte gibt, die das Innenministerium nutzen könne. Das Auffanglager befindet sich auf dem Gelände einer ehemaligen Polizeischule. Mit "Empathie" will Bebes den Flüchtlingen begegnen, und klagt über "Scharfmacherei" der örtlichen rechten Jobbik-Partei. Derweil berichtet die Zeitung "Magyar Nemzet", die Anwohner deckten sich in der nächstgrößeren Stadt Szombathely mit Pfefferspray ein - der Umsatz sei dort in den letzten Tagen um das Dreifache gestiegen.

Der Bürgermeister klagt über Scharfmacherei der Rechten

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 7, 2016

"Wir werden viele Migranten aufs Festland bringen"; Der griechische Europaminister macht die EU für die Lage der Flüchtlinge auf den Inseln mit verantwortlich

Die Welt

Mittwoch 28. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 228

Length: 1119 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Andre Tauber

Body

Brüssel

Ein Schiff der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex hat am Montag 70 **Migranten** von der griechischen Insel Lesbos in die türkische Küstenstadt Dikili gebracht. Es ist die erste größere Rückführung seit Inkrafttreten des EU-**Flüchtlingspakts** mit der Türkei im April. Auf den griechischen Inseln sitzen mittlerweile mehr als 14.000 **Flüchtlinge** fest.

Die Welt:

Herr Minister, es gibt Unruhen und Brände in Flüchtlingslagern auf griechischen Inseln. Wie bewerten Sie die Bedingungen dort?

Nikos Xydakis:

Die Situation auf den Inseln ist komplex. Wir müssen dort das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei umsetzen. Das ist ein sehr komplizierter Prozess. Wir müssen jeden einzelnen Asylantrag auf individueller Basis bearbeiten. Wir brauchen mehrere Hundert Fachbeamte, um das zu leisten. Die haben wir aber nicht. Derzeit verläuft die Bearbeitung von Asylanträgen in Griechenland zwar schneller als im EU-Durchschnitt, aber die Situation ist trotzdem schwierig.

Warum?

"Wir werden viele Migranten aufs Festland bringen" Der griechische Europaminister macht die EU für die Lage der Flüchtlinge auf den Inseln mit verantwortlich

Vor dem EU-Türkei-Abkommen hatten nur drei Prozent der Flüchtlinge Asyl beantragt, jetzt bewerben sich 99 Prozent, um Zeit zu gewinnen und nicht sofort in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Wir bearbeiten die Anträge in mehreren Instanzen. Die EU-Kommission erklärte im März dieses Jahres, dass wir 400 Beamte der EU-Asylagentur EASO bräuchten. Bis heute sind aber nur 26 Beamte auf die Inseln gekommen. Wir benötigen äußerst dringend mehr Unterstützung aus den EU-Ländern. Ich erwarte, dass die Europäer jetzt Solidarität zeigen und nicht nur Versprechungen machen, sondern auch handeln. Es kommen immer mehr Flüchtlinge auf die griechischen Inseln, die Situation dort kann kippen und eskalieren. Das müssen wir verhindern.

Was hält die Staaten aus Ihrer Sicht ab, mehr Beamte zu schicken?

Es gibt technische Probleme. Es fehlt häufig an geeignetem Personal aufseiten der Mitgliedstaaten. Hinzu kommt, dass die Umverteilung der Flüchtlinge von Griechenland auf andere EU-Staaten nicht vorankommt. Jeder sagt das. Die Umverteilung ist fast zum Tabu-Wort geworden. Das ist ein Problem, denn es gibt klare Beschlüsse der EU-Regierungen.

Laut dem griechischen Migrationsminister Mouzalas können 7000 Menschen sofort umverteilt werden.

Ja, es könnten im Moment rund 7000 Flüchtlinge sofort aus Griechenland auf andere EU-Staaten umverteilt werden, alle Formalitäten dafür sind erfüllt. Aber das passiert nicht. Die meisten EU-Staaten nehmen uns viel zu wenige Flüchtlinge ab, einige Länder antworten nicht einmal auf unsere Anfragen. Seit September 2015 sind im Vergleich zu den 65.000 vereinbarten nur rund 3500 Flüchtlinge aus Griechenland auf andere EU-Länder verteilt worden. Das ist viel zu wenig.

Warum ist die Situation für die griechische Regierung so schwierig?

Wir müssen im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens alle Menschen auf den Inseln in den Hotspots halten. Das ist sehr schlecht für sie. Sie sind nicht auf dem Festland, wo sie bessere Lebensbedingungen, mehr Bewegungsfreiheit und Schulen für die Kinder hätten. Die Inseln sind für die Flüchtlinge ein Ort, an dem sie sich eingesperrt fühlen. Das verunsichert sie. Vor dem Brand im Flüchtlingslager Moira ging das Gerücht um, dass es Massendeportationen geben würde. Die Menschen dort hat das verrückt gemacht.

Die fünf Hotspots auf den Inseln, wo Migranten einen Asylantrag stellen können, haben nur 7450 Plätze. Mittlerweile leben dort aber mehr als 14.000 Menschen. Wie lange kann man die Situation noch beherrschen?

Wir werden einige Menschen zum Festland bringen.

Das machen Sie doch schon.

Nicht so, wie das nötig wäre, um die Inseln zu entlasten. Wir werden aber in Kürze damit beginnen, eine große Zahl Migranten auf das Festland zu bringen. Das wird sehr gut organisiert sein und auf legale Weise durchgeführt werden. Wir kennen die Namen und die Bedürfnisse der betroffenen Migranten. Wir werden sie in bewachten Räumlichkeiten unterbringen.

Was erwarten Sie jetzt von der EU?

Wir brauchen die Umsetzung der bereits getroffenen Beschlüsse. Wir haben alle Hotspots eröffnet, wir bieten jeden Tag 60.000 Menschen Wohnungen, Essen und Schulbildung. Wir verlangen, dass alles umgesetzt wird, was gemeinsam beschlossen wurde. Nicht mehr und nicht weniger.

Aber die EU-Partner wollen nicht.

Das ist nicht unsere Schuld. Wir haben mehr als unser Bestes getan. Wenn Europa nicht mit dieser historischen Herausforderung umgehen kann, dann ist das ein Problem. Die Türkei scheint ihrerseits sich an das Abkommen zu halten, und wir hoffen, dass sie es weiterhin tut.

"Wir werden viele Migranten aufs Festland bringen" Der griechische Europaminister macht die EU für die Lage der Flüchtlinge auf den Inseln mit verantwortlich

Was sind die Konsequenzen für Griechenland?

Wen kümmert das denn? Deutschland ist es nicht egal, Italien auch nicht und einigen anderen Ländern wie zum Beispiel Portugal und Schweden ebenso nicht. Aber sonst?

Wird Griechenland zur vergessenen Krise in Europa?

Das ist das Resultat einer falschen Politik. Es gab die Finanzkrise von 2008. Die hat Amerika gelöst. Wir haben nun eine Migrationskrise. Europa löst sie nicht. Jetzt kommt auch noch die Brexit-Krise dazu. Auch da ist keine Lösung in Sicht. Für jede Krise fehlen die Lösungen. Europa liefert nicht! Das ist das größte Problem der EU.

Innenminister Thomas de Maizière will Flüchtlinge gemäß der Dublin-Verordnung künftig nach Griechenland abschieben. Machen Sie mit?

Es ist nicht realistisch, auf einer Durchsetzung der Dublin-Verordnung zu bestehen und Flüchtlinge aus anderen EU-Ländern wieder nach Griechenland abzuschicken. Das würde mein Land überfordern. Wir werden das auf keinen Fall akzeptieren. Es gibt bereits 60.000 Migranten in Griechenland. Das bringt uns an die Grenze der Belastbarkeit. Wenn andere EU-Länder, Menschen, die in Griechenland angelandet sind, wieder zu uns zurückschicken, dann hätten wir bald eine oder zwei Millionen Flüchtlinge. Fragen Sie, was der bulgarische oder der italienische Premierminister davon halten! Es macht keinen Sinn. Das Dublin-System ist kollabiert.

Haben Sie eine Botschaft an Deutschland?

Vertraut mehr den Leuten in der EU und insbesondere den Menschen in Griechenland. Die Griechen arbeiten sehr hart, laut dem europäischen Statistikamt vielleicht am härtesten in der gesamten EU. Sie haben nicht viel Geld, keine großen Pensionen, und sie versuchen, mit ihren arbeitslosen Kindern zu leben. Auf der anderen Seite sieht sich eine große Anzahl junger Wissenschaftler, die zum Wachstum des Landes einen wertvollen Beitrag leisten könnten, gezwungen, das Land zu verlassen. Griechenland hat etwas zu bieten. Die Menschen hier hegen, anders als in einigen anderen Ländern, keine schlechten Gefühle gegenüber Europa. Das Einzige, was sie möchten, ist, dass man sie arbeiten lässt und dass sie in Würde von ihrer Arbeit leben können. Keine dummen Vorurteile, keine nationalen Hassreden. Das ist gerade das Wichtige.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 28, 2016

**EU-Staaten einigen sich nach heftigem Streit nicht auf Asylquoten;
Freiwillige Verteilung von 60.000 Flüchtlingen beschlossen. Kanzlerin warnt
vor Eindringen islamistischer Kämpfer**

Die Welt

Samstag 27. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 147

Length: 841 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Sie stritten heftig, aber am Ende stand nur ein lauer Kompromiss. Die EU-Staaten einigten sich bei einem Treffen in Brüssel auf freiwilliger Basis 60.000 **Flüchtlinge** in den Mitgliedsstaaten zu verteilen. 40.000 **Migranten** aus Syrien und Eritrea sollen Italien und Griechenland abgenommen werden, wo besonders viele Menschen nach einer Flucht über dem Mittelmeer ankommen. 20.000 weitere **Flüchtlinge** werden direkt aus den **Flüchtlingslagern** außerhalb Europas vor allem rund um Syrien im Rahmen so genannter Neuansiedlungsprogramme der UN aufgenommen werden. Allerdings können nach Angaben von Litauens Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė vier oder fünf Staaten Ausnahmeregelungen nutzen. Dazu gehören neben Ungarn und Bulgarien auch Großbritannien, Dänemark und Irland.

Die Bundesregierung zeigte sich unzufrieden mit dem Ergebnis. Sie unterstützte, ebenso wie beispielsweise Italien und Österreich, die ambitionierten Pläne von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der eine verpflichtende Quote gefordert hatte, die sich unter anderem an der Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl orientierte. Kanzlerin Angela Merkel sagte beim EU-Gipfeltreffen: "Ich hätte mir mehr verpflichtende Maßnahmen gewünscht". Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bezeichnete die Einigung auf eine freiwillige Aufnahme als "ersten Teilerfolg". Die europäischen Staaten seien aber noch "weit entfernt" von einem "fairen und gerechten Ergebnis". Besonders scharfe Kritik kam aus Belgien. Ministerpräsident Charles Michel bezeichnete den Verzicht auf verbindliche Quoten als "ein großes Problem für die Zukunft". Die stundenlange Sitzung über Flüchtlingsfragen in der Nacht zum Freitag sei "praktisch umsonst" gewesen. "Wir erwarten, dass andere Länder jetzt auch Verantwortung übernehmen", sagte Michel. Die Kanzlerin betonte, das Thema Flüchtlinge sei "eine der größten Herausforderungen, vor denen die EU steht".

Diplomaten sprachen von einer "emotionalen" und "erhitzten" Debatte. Nach Angaben aus EU-Kreisen sollen sich Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk über Rechtsfragen gestritten haben. Juncker spielte den Disput nachher

EU-Staaten einigen sich nach heftigem Streit nicht auf Asylquoten Freiwillige Verteilung von 60.000 Flüchtlingen beschlossen. Kanzlerin warnt vor Eindringen isl....

herunter: "Es gab keine Konflikte zwischen Donald und mir". Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi attackierte seine EU-Kollegen beim Gipfel-Abendessen direkt: "Wenn Ihr mit der Zahl 40.000 nicht einverstanden seid, verdient Ihr es nicht, Europa genannt zu werden". Dann fügte er hinzu: "Wenn das Eure Vorstellung von Europa ist, dann könnt Ihr es lassen". Am Ende stimmten die "Chefs" zumindest der Zahl von 40.000 Flüchtlingen zu. Renzi zeigt sich darüber zufrieden: "Es ist ein unglaublicher Schritt, wichtiger für Europa als für Italien." Für Europa sei es "ein neuer Grundsatz, für Italien eine kleine Hilfe". 40.000 Flüchtlinge sollen nun in den kommenden zwei Jahren ab dem Spätsommer verteilt werden - 24.000 aus Italien und 16.000 aus Griechenland. Dabei geht es nur um Asylberechtigte, also vor allem syrische Kriegsflüchtlinge und Opfer der Militärdiktatur in Eritrea. Deutschland wird mehr als 8000 Flüchtlinge im Rahmen dieser so genannten Umsiedlung aufnehmen.

Mit der freiwilligen Umsiedlung ist die Flüchtlingsdebatte in Europa aber lange nicht zu Ende. Die Zahl der Migranten, insbesondere aus Afrika, steigt stetig an. Allein im ersten Quartal 2015 hat die EU laut Statistischem Amt der Europäischen Union (Eurostat) 185.000 Asylbewerber aufgenommen - eine Steigerung von 86 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Italien drängt, das Kernelement des derzeitigen EU-Asylsystems nach dem Dublin-III-Abkommen aufzuweichen. Es sieht vor, dass sich dasjenige Land um das Asylverfahren kümmern muss, in dem ein Flüchtling erstmals europäischen Boden betritt. Wenn diese Regel streng beachtet würde, wären die Küstenstaaten Italien und Griechenland besonders von dem Flüchtlingsstrom betroffen. Die Mehrheit der EU-Länder will aber an den bisherigen Regeln festhalten.

Der Münchner Kardinal Reinhard Marx bezeichnete die EU-Flüchtlingspolitik als "Trauerspiel". Der Direktor des italienischen Flüchtlingsrates CIR, Christopher Hein, sagte: "Das Ergebnis des Gipfels war äußerst mager." Hein sieht die Umverteilung von Flüchtlingen generell kritisch. "Es macht keinen Sinn, wenn man einen Menschen von Kalabrien nach Polen oder von Sizilien nach Litauen verschiebt.

Neben der Umverteilung will die EU insbesondere auch die Rückführung illegaler Migranten forcieren. Dazu gehöre auch die enge Zusammenarbeit mit Transitländern wie Libyen, sagte Merkel. Sie verwies aber noch auf einen anderen Punkt, der den Europäern zunehmend Sorge bereitet: "Wir wissen, dass wir gerade mit Blick auf die Migrationspolitik aufpassen müssen, dass nicht islamistische Kämpfer eindringen in die EU." Darum sei die "Registrierung und die Einhaltung der Standards bei der Aufnahme von Migranten von äußerster Wichtigkeit". Die EU will künftig verstärkt ihre Außengrenzen kontrollieren. Das erfordert aber erheblich mehr Personal und erfordert zusätzliche Ausgaben in mindestens zweistelliger Millionenhöhe.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 27, 2015

**Lage auf dem Balkan kritisch; Athen räumt Grenzstation zu Mazedonien.
Flüchtlinge aus Afghanistan dürfen nicht weiter**

Die Welt

Mittwoch 24. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 46

Length: 367 words

Body

Die strikten Einreisebestimmungen einzelner Länder haben die **Flüchtlingskrise** auf dem Westbalkan verschärft. Der Beschluss Österreichs, tägliche Obergrenzen zur Aufnahme von **Asylbewerbern** einzuführen, löste eine Reihe weiterer Maßnahmen entlang der sogenannten Balkanroute aus. So begann die griechische Polizei mit der Räumung eines Grenzübergangs zu Mazedonien, nachdem das Nachbarland nur noch Syrer und Iraker passieren lässt, die weiter nach Österreich, Deutschland oder Skandinavien wollen.

In der Grenzstadt Idomeni befanden sich rund 1200 Migranten, die die Grenze nach Mazedonien nicht passieren durften. Die meisten von ihnen stammen aus Afghanistan oder haben keine Reisedokumente. Sie hatten zwischenzeitlich versucht, die Grenze gewaltsam zu überqueren. Die griechische Polizei begann schließlich damit, den Grenzübergang zu räumen, und brachte vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan ins Landesinnere. Slowenien setzt zur Sicherung seiner Grenze mittlerweile die Armee ein.

Ungeachtet der widrigen Wetterbedingungen im Winter reißt der Flüchtlingsstrom nicht ab. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) kamen in diesem Jahr bereits mehr als 100.000 Menschen in Griechenland und Italien an. Allein am Dienstagmorgen erreichten weitere 1250 Flüchtlinge per Fähre von drei griechischen Inseln Athen.

Der Bürgermeister der Hafenstadt Piräus, Jannis Moralis, sagte: "Es kommen immer mehr Schiffe." Die Hafenterminals seien bereits voll, überwiegend mit Frauen und Kindern. Die Entwicklungen in der Region ließen vor allem in Griechenland eine humanitäre Krise befürchten, hieß es in einer Erklärung von EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos.

Österreichs Haltung in der Flüchtlingspolitik sorgt für anhaltende Verärgerung in Deutschland. Führende Unionspolitiker riefen das Nachbarland dazu auf, das "Durchwinken" von Migranten nach Norden zu stoppen. Sowohl CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt als auch Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer kritisierten die Entscheidung der Regierung in Wien, nur noch 80 Asylbewerber pro Tag zu akzeptieren, aber 3200 Flüchtlinge pro Tag nach Deutschland weiterzuleiten. Seiten 5 und 6

Lage auf dem Balkan kritisch Athen räumt Grenzstation zu Mazedonien. Flüchtlinge aus Afghanistan dürfen nicht weiter

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 24, 2016

End of Document

Unions-Politiker verlangen Verständnis für Asylbewerber; "Kriminalisierung von Banden reicht nicht aus"

Die Welt

Donnerstag 18. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 139

Length: 849 words

Body

Wenn sich Angela Merkel am Donnerstag mit den Ministerpräsidenten aller Länder zum **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt trifft, ist die Schlachtordnung klassisch: Während die Grünen für liberale Regelungen plädieren, wollen die Unionsparteien weniger **Asylanträge** und schnellere Abschiebungen. Die CSU hat sogar einen 16-Punkte-Plan aufgestellt, wie die EU-Außengrenzen stärker kontrolliert und Illegale per Schleierfahndung aufgespürt werden können.

Umso überraschender ist die aktuelle Intervention von Abgeordneten aus CSU und CDU, die einen ganz anderen Akzent setzen. In dem "Gedanken zu einer humanitären und gerechten **Flüchtlingspolitik**" überschriebenen Papier, das der "Welt" vorliegt, weisen sie den Eindruck zurück, Deutschland würde von **Flüchtlingen** überschwemmt: Zwar hätten vier Millionen syrische **Flüchtlinge** ihr Land verlassen, aber "nur vier Prozent dieser Menschen haben Zuflucht in der Europäischen Union gefunden". Von zusätzlicher Sicherung der EU-Außengrenzen ist nicht die Rede, stattdessen wird die humanitäre Lage dort in den Blick genommen: "Wer die Situation der **Flüchtlinge** an den Außengrenzen der EU sieht, sieht auch, dass dort die Menschenwürde ihre Grenzen erreicht." Die EU-Grenzländer seien überfordert: "Wir müssen Griechenland, aber auch Italien stärker entlasten."

Die Autoren des Papiers, das unschwer erkennbar als Denkanstoß für die eigenen Parteien gemeint ist, sind ein ungewöhnliches Trio. Dagmar Wöhrl, eine etablierte CSU-Bundestagsabgeordnete, die als Parlamentarische Staatssekretärin schon einmal einer Regierung von Angela Merkel angehörte, hat sich mit Serap Güler zusammengetan, einer Landtagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, die auch dem Bundesvorstand der CDU angehört. Dritter im Bunde ist Younes Ouaqasse, Vorsitzender der Internationalen Kommission der Jungen Union.

Dass zwei von drei Verfassern selbst Migrationshintergrund haben, mag eine Rolle spielen. Der CDU-Generalsekretär Peter Tauber führt gerade eine Kampagne durch, seine Partei "jünger, bunter und weiblicher" zu machen, um auch für neue Wählerschichten attraktiv zu werden. Die Autoren des Papiers jedenfalls kritisieren nur wenig verklausuliert die Rhetorik der Unionsparteien, die sich auf Forderungen konzentriert, kriminellen Schleppern und Schleusern das Handwerk zu legen. Sie schreiben hingegen: "Die Diskussion über die Bekämpfung der

Unions-Politiker verlangen Verständnis für Asylbewerber "Kriminalisierung von Banden reicht nicht aus"

Schlepperbanden und deren Verantwortung für die Flüchtlingskrise verläuft bislang zu eindimensional. Natürlich tragen die kriminellen Banden einen Teil der Verantwortung. () Eine Kriminalisierung der Banden allein reicht nicht aus. Denn Tatsache ist auch: Aus Perspektive vieler Flüchtlinge sind Schlepperbanden die einzige Möglichkeit, ihrem Elend zu entfliehen." Statt sich auf Abschreckung vor illegaler Einwanderung durch polizeiliche oder sogar militärische Einsätze im Mittelmeer zu konzentrieren, wie es zuletzt die EU diskutierte, fordern die Abgeordneten, Alternativen zu bieten: Sie wollen diskutieren, ob "besonders Schutzbedürftigen" die Möglichkeit gegeben werden könne, einen "vorläufigen Asylantrag in den diplomatischen Vertretungen in einigen Drittländern (z.B.: Ägypten) zu stellen" oder sich an "Asylanlaufstellen für Flüchtlinge in den nordafrikanischen Staaten" zu wenden.

Auch für die Flüchtlinge, die bereits in Deutschland angekommen sind, haben Wöhr, Güler und Ouaqasse Vorschläge, die deutlich von denen ihrer Parteiführungen abweichen. So solle es für "jugendliche Flüchtlinge, die sich in einer Berufsausbildung befinden", nicht nur "Regelungen für eine Sicherstellung des Aufenthalts während der Ausbildung" geben, sondern auch für "eine folgende Anschlussbeschäftigung". In Seehofers 16-Punkte-Plan steht genau das Gegenteil. Während vor allem die CSU darauf drängt, dass abgelehnte Asylbewerber von den Bundesländern schneller abgeschoben werden, meinen die Abgeordneten: "Auch diejenigen, die seit Jahrzehnten mit einer Duldung in unserem Land leben, müssen in den Fokus unserer Flüchtlingspolitik: Sie brauchen endlich ein Bleiberecht." Die Aufnahmeeinrichtungen der Länder sollten ebenfalls verbessert werden, sie brauchten "verbindlich festgelegte, transparente und überprüfbare Mindeststandards".

Die Veröffentlichung dieser "Gedanken" ausgerechnet zum Flüchtlingsgipfel der Kanzlerin ist ein Signal: Hier wollen Christdemokraten und Christsoziale, dass ihre Parteien nicht mehr als Bollwerk gegen Migranten auftreten.

Wöhr, Güler und Ouaqasse schreiben denn auch, sie wollten "Migration als Mehrwert verstehen und als Chance denken". "Warum schaffen wir nicht Modelle für Zusatzqualifikation speziell für Flüchtlinge?", fragen sie und schlagen vor: "Befähigen wir sie mit gezielter Förderung als demokratische Aufbauhelfer, um zerstörte Staatlichkeit und Strukturen wiederherzustellen." Aber auch den Fall, dass die Flüchtlinge für immer bleiben, sehen die Unionsabgeordneten positiv: "In den Fällen, wo eine Rückkehr nicht möglich ist, bleiben sie uns als Experten mit internationalem Wissen erhalten und können im nationalen Kontext beim Umgang mit Flüchtlingsfragen helfen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

PA/Eventpress Stauffenberg

Dagmar Wöhr (CSU), Younes Ouaqasse und Serap Güler (beide CDU) wollen "Migration als Mehrwert verstehen"

PA/Eventpress Stauffenberg

Dagmar Wöhr (CSU), Younes Ouaqasse und Serap Güler (beide CDU) wollen "Migration als Mehrwert verstehen"

PA/Eventpress Stauffenberg

Dagmar Wöhr (CSU), Younes Ouaqasse und Serap Güler (beide CDU) wollen "Migration als Mehrwert verstehen"

Eventpress Stauffenberg

CDU

bvj soe

Unions-Politiker verlangen Verständnis für Asylbewerber "Kriminalisierung von Banden reicht nicht aus"

Load-Date: June 18, 2015

End of Document

Bundespolizei weist jeden zweiten Migranten zurück; Wegen "Nichterfüllung der Einreisevoraussetzungen" gelangen deutlich weniger Zuwanderer über Österreich nach Deutschland. Route über die Schweiz wird bei Flüchtlingen beliebter

Die Welt

Montag 1. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 178

Length: 508 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Die Bundespolizei hat an der Grenze zu Österreich zuletzt deutlich mehr Migranten an der Einreise gehindert. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der "Welt" hervor. Der Anteil der Zurückweisungen ist im Laufe der Monate gestiegen und betrug im Juli etwa die Hälfte. Bis zum vergangenen Donnerstag registrierte die Bundespolizei in Bayern rund 2600 Migranten an der Grenze. Laut Bundesinnenministerium wurde der Hälfte - 1300 Personen - die Einreise verweigert. Als Grund für die Zurückweisung nannte ein Sprecher "die Nichterfüllung der Einreisevoraussetzungen". Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Person in der Bundesrepublik kein Asyl beantragen will.

Die Bundespolizei registrierte im Juli zudem mehr Migranten, die über die Schweiz in die Bundesrepublik einreisten. Die Beamten zählten für diesen Monat bereits bis zum vergangenen Donnerstag 750 Personen, die über diesen Weg nach Deutschland kamen. Im gleichen Zeitraum des Vormonats waren es noch etwa 200 weniger.

Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, hat sich seit der Schließung der Balkanroute Mitte Februar deutlich reduziert. Im Januar zum Beispiel zählte die Bundespolizei noch mehr als 60.000 ankommende Flüchtlinge - und damit deutlich mehr als nun im Juli. Doch auch wenn die Zuwanderung deutlich zurückgegangen ist, warnte die Bundespolizei in einem internen Papier erst kürzlich: "Die Balkanroute über Serbien und Ungarn hat sich in Bezug auf die illegale Migration nach Europa wieder etabliert." Zuletzt beobachteten die Behörden zudem eine leichte Verlagerung der sogenannten zentralen Mittelmeerroute über Italien nach Mitteleuropa. Seitdem Österreich seine Grenzen stärker kontrolliert, weichen mehr Migranten, die aus Afrika kommen, über die Schweiz aus. Aus Sicherheitskreisen heißt es, man beobachte die Entwicklung genau.

Die Zahl der allein reisenden minderjährigen Flüchtlinge ist den Angaben zufolge ebenfalls stark zurückgegangen. Während im ersten Quartal des Jahres insgesamt noch 3652 aus dieser Personengruppe gezählt wurden, waren es

Bundespolizei weist jeden zweiten Migranten zurück Wegen "Nichterfüllung der Einreisevoraussetzungen"
gelangen deutlich weniger Zuwanderer über Österreich nach

im Mai und Juni laut Innenministerium an der Grenze zu Österreich nur noch jeweils rund 200. Im Juli registrierte die Bundespolizei bis zum vergangenen Donnerstag sogar nur etwa 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Bei dieser Gruppe sank die Zahl der zurückgewiesenen Migranten: Im Mai wurde noch 20 allein reisenden Minderjährigen die Einreise verweigert - im Juni waren es den Angaben zufolge nur noch vier. Für den Juli liegen laut Ministerium noch keine Zahlen vor.

Jörg Radek, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sagte zu den aktuellen Zahlen, die abnehmende Zahl der Einreisenden habe dazu geführt, dass die Bundespolizei die Migranten in Bayern schneller und gründlicher kontrollieren könne. Er warnte jedoch davor, über Bedarf Beamte in Bayern einzusetzen. Der Bund sei durch die angedrohte Verfassungsklage des Freistaats gezwungen, in der Region mehr Präsenz als eigentlich geplant zu zeigen. Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 1, 2016

End of Document

Afghanistan ist "in einigen Regionen ausreichend sicher"; Der Chef der Internationalen Organisation für Migration hält die Rückkehr von Flüchtlingen häufig für vertretbar

Die Welt

Donnerstag 15. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 294

Length: 1264 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

William Lacy Swing ist Direktor der Internationalen Organisation für **Migration** (IOM), die unter dem Dach der Vereinten Nationen steht und der 162 Mitgliedstaaten angehören. Sie überprüft mit 10.000 Mitarbeitern in großen Aufnahmезentren weltweit **Flüchtlinge** und transportiert die besonders Schutzbedürftigen in aufnahmebereite Staaten (Resettlement). Für Deutschland und viele andere Staaten betreibt die IOM freiwillige Rückreisen von abgelehnten **Asylbewerbern** und anderen Ausländern. Im Fall Afghanistan nimmt Swing eine differenzierte Haltung ein. In der deutschen Politik wird derzeit darüber gestritten, ob Abschiebungen in das Land wegen der Sicherheitslage dort vertretbar sind.

Die Welt:

Herr Swing, wird Angela Merkel als Vorkämpferin einer humanen Migrationspolitik in die Geschichtsbücher eingehen?

William Lacy Swing:

Angela Merkel wird in den Geschichtsbüchern sehr gut wegkommen. Sie war visionär in einer Zeit, als es bitter nötig war - und andere europäische Staaten versagten. Deutschland zeigt, dass die Aufnahme von Flüchtlingen auch in dieser Größenordnung funktioniert. Ich denke, ihr habt das unter Kontrolle.

Wurde die Wiederkehr des Nationalismus - von Brexit über Trump bis zur AfD - ermöglicht, weil die starke Einwanderung gegen den Willen zu vieler Bürger betrieben wurde?

Die Bewegung gegen die Globalisierung und das Establishment richtet sich natürlich auch gegen Einwanderung. Diese Menschen müssen begreifen, dass sie wegen Migration weder ihr Aussehen noch ihre Sprache noch ihre Religionszugehörigkeit verlieren. Kein einziges unserer wichtigsten Probleme - vom Klimawandel bis zur

Afghanistan ist "in einigen Regionen ausreichend sicher" Der Chef der Internationalen Organisation für Migration hält die Rückkehr von Flüchtlingen häufig für v....

Arbeitslosigkeit - können wir dadurch beheben, dass wir uns in Identitätsfragen verstricken. Anstatt über nationale Identität sollten wir wieder mehr über gemeinsame Interessen und geteilte Werte diskutieren. Vor zehn Jahren war die Migration in der Öffentlichkeit kein Thema, jetzt haben wir eine Situation, in der die Einwanderungsfrage massiven Einfluss auf die Wahlergebnisse in vielen Ländern hat.

Innerhalb weniger Jahrzehnte haben die Regierungen Westeuropas ihre im globalen Vergleich homogenen Gesellschaften in multikulturelle und multiethnische Gesellschaften weiterentwickelt. Hätte man behutsamer vorgehen sollen?

Ich sehe das anders, Menschen reden von Gesellschaften, die nie existiert haben. Migration geschieht. Sie wird sich verstärken. Wenn wir einfach nur die demografischen Ungleichgewichte in der Welt betrachten, müssen wir annehmen, dass, selbst wenn Deutsche, Italiener und all die anderen Europäer plötzlich wieder anfangen, viele Babys zu bekommen, es 20 Jahre dauern würde, bis diese auf dem Arbeitsmarkt landeten. Diese Länder werden unausweichlich noch stärker multikulturell, multiethnisch, multireligiös und vielsprachig. Das ist die Welt, und wir müssen uns auf sie vorbereiten. Migration ist so alt wie die Menschheit, sie war immer da, und die Zustimmung zu ihr hängt davon ab, wie erfolgreich wir sie steuern.

Können die irreguläre Flüchtlingszuwanderung und die reguläre - über Resettlement - koexistieren?

Je mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten Staaten schaffen, desto weniger irreguläre Migranten bekommen sie. Ein Land kann mehr legale Kanäle schaffen: Über mehr Arbeitserlaubnisse und Studentenvisa und die zeitlich befristete Aufnahme von Kriegsflüchtlingen über Kontingente. Die IOM hat drei Ziele: Illegale Migration reduzieren, legale Migration vorantreiben und drittens die Rechte all dieser Menschen schützen.

Werden die europäischen Staaten in absehbarer Zeit großzügige Kontingente aufnehmen, wenn es ihnen nach und nach gelingt, die illegale Migration über das Mittelmeer zu beenden?

Leider wird das nicht geschehen. Zwar sind mehr als die Hälfte der EU-Mitglieder offiziell sogenannte Resettlement-Staaten, das heißt, sie sind grundsätzlich bereit, über die IOM Kontingente geprüfter Flüchtlinge aufzunehmen. Tatsächlich kommen sie zusammen jährlich nicht einmal auf 10.000. Die Vereinigten Staaten nehmen alleine mehr Flüchtlinge über Resettlement auf als der Rest der Welt zusammen - rund 100.000. Und das sind noch nicht einmal ein Prozent der weltweiten Flüchtlinge.

Was halten Sie von den Plänen, in Nordafrika große Aufnahmezentren aufzubauen und abgelehnte Asylbewerber aus Europa und auf dem Mittelmeer Gerettete dorthin zu bringen?

Bisher wissen wir noch zu wenig, wie sich die Europäer das vorstellen. Falls es aber auf Offshore-Zentren hinausläuft, in denen Migranten irgendwo auf halber Strecke zwischen Herkunfts- und Zielstaat leben müssen, sprechen wir dafür sicher keine Empfehlung aus.

Würde sich die IOM daran beteiligen?

Bisher engagieren wir uns nur in Lagern, aus denen heraus das Resettlement in aufnahmebereite Staaten ermöglicht wird. An Offshore-Lagern der europäischen Staaten in Afrika würden wir uns nicht beteiligen.

Wie stark trägt das wirtschaftliche Handeln der mächtigen Staaten und dort angesiedelter Konzerne zur Flucht aus Afrika bei?

Zum einen brauchen die afrikanischen Volkswirtschaften mehr ausländisches Kapital, weil das Arbeitsplätze schafft. Dazu bedarf es eines guten Investitionsklimas, eines Rechtsstaats, der Unternehmen anlockt, die im Überfluss vorhandene afrikanische Arbeitskraft zu nutzen. Zum anderen verhalten sich einige Unternehmen aber nicht korrekt. Die Verträge zur Fischerei haben oft dazu geführt, dass große Flotten aus den reichen Ländern so viel Fisch gefangen haben, dass nichts mehr für die Einheimischen übrig blieb. Das ist sehr ungünstig gelaufen, weil lokale Fischer ihre Existenzgrundlage verloren haben.

Afghanistan ist "in einigen Regionen ausreichend sicher" Der Chef der Internationalen Organisation für Migration hält die Rückkehr von Flüchtlingen häufig für v....

Würden Sie den Aufkauf von Fischereirechten und riesigen Anbauflächen als Ausbeutung bezeichnen?

Wenn arme Staaten dazu verführt werden, zu viele Nutzungsrechte für landwirtschaftliche Flächen und Fischgründe abzutreten, ist das Ausbeutung in ihrer übelsten Form. Besonders wenn die Menschen vor Ort nicht einmal von den entstehenden Jobs profitieren, weil sie mit ausländischen Angestellten der großen Fangflotten besetzt werden. Für einige afrikanische Regierungen ist es sehr verlockend, gegen große Summen Nutzungsrechte für landwirtschaftliche Flächen und Fischgründe an internationale Konzerne abzutreten.

In Deutschland haben in diesem Jahr 130.000 Afghanen Asylanträge gestellt. Nur jeder Zweite wird als Flüchtling anerkannt, die Übrigen bleiben aber auch meist da. Wäre es sicher, die afghanischen Nichtflüchtlinge zurückzubringen?

Die IOM führt immer wieder freiwillige Ausreisen aus Deutschland nach Afghanistan durch, weil es in einigen Regionen ausreichend sicher ist. Wir prüfen aber jeden einzelnen Fall und bleiben auch mit den freiwilligen Rückkehrern nach der Heimreise in Kontakt. Dadurch bekommen wir ein besseres Bild über die Gefahren in den jeweiligen Regionen. Bisher haben wir in diesem Jahr rund 3000 Heimreise-Anträge von in Deutschland lebenden Afghanen bewilligt. Bis zum Ausreisetermin entscheiden sich allerdings einige doch noch gegen die Rückkehr, weil sie bis zum Schluss freiwillig ist.

Unterstützen Sie Afghanen darin, sich zu Hause dem Kampf gegen die Fluchtursachen namens Taliban, IS und al-Qaida anzuschließen?

Die IOM sagt den Afghanen nicht, was sie tun sollen, wenn sie heimkehren.

Die afghanischen Streitkräfte leiden stark unter Soldatenmangel. Wäre es nicht sinnvoll, einige ausgewanderte Afghanen nach der Rückkehr zum Wehrdienst zu motivieren?

Wir verwenden viel Zeit darauf, Soldaten und Milizionäre aus ihren Kampfverbänden zu lösen und ihnen die Waffen abzunehmen. Wir werden also nicht dazu beitragen, Migranten in die Armee zu treiben. Unsere Aufgabe ist der Aufbau von Zivilgesellschaft.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Martin U. K. Lengemann

Der US-Diplomat William Lacy Swing ist seit Juni 2008 Direktor der Internationalen Organisation für Migration

Martin U. K. Lengemann, Martin U.

Load-Date: December 15, 2016

15.500 Visa für Gastarbeiter vom Balkan; Ein Programm der Bundesregierung für legale Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen zeigt Wirkung und könnte ein internationales Vorbild werden

Die Welt

Dienstag 25. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 250

Length: 841 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Auf dem Höhepunkt der **Flüchtlingskrise** 2015 kamen sie noch in Massen nach Deutschland, um **Asyl** zu beantragen: **Migranten** aus den Westbalkanländern Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro. 144.000 **Asylanträge** wurden von dieser Gruppe im vergangenen Jahr gestellt - obwohl die Chance auf Anerkennung nahe null liegt. Denn Fluchtgründe wie Krieg oder Vertreibung können die wenigsten **Migranten** aus diesen Staaten vorweisen. Sie suchen etwas ganz anderes in Deutschland: Arbeit und eine Zukunft.

Um den Druck aus dem System zu nehmen und zumindest für einige dieser Wirtschaftsflüchtlinge eine legale Einreisemöglichkeit zu schaffen, legte die Bundesregierung schließlich im Rahmen des **Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes** ein Gastarbeiterprogramm für den Westbalkan auf, das zunächst von 2016 bis 2020 gelten soll. Zugleich wurden die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Das Programm ist erfolgreich angelaufen: In dessen Rahmen wurden bis September nach "Welt"-Informationen bereits 15.500 Visa ausgestellt.

Geregelt ist das Gastarbeiterprogramm in Paragraph 26 der Beschäftigungsverordnung. Wenn Migranten vom Balkan ein konkretes Arbeits- oder Ausbildungsplatzangebot in der Tasche haben und die Bundesagentur für Arbeit (BA) dem Antrag des Unternehmens auf Beschäftigung zustimmt, können die Arbeitnehmer in ihren Herkunftsländern ein Einreisevisum für Deutschland bekommen. Voraussetzung ist, dass sie in den letzten zwei Jahren keine Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben - oder sie ihren Asylantrag zurückgezogen haben und vor Inkrafttreten der Verordnung im Oktober 2015 freiwillig aus Deutschland ausgereist sind.

Die Bundesagentur für Arbeit kann dem Antrag laut Arbeitsministerium nur dann zustimmen, wenn die Vorrangprüfung für EU-Bürger eingehalten wird und die Beschäftigungsbedingungen nicht ungünstiger sind als für vergleichbare inländische Beschäftigte. Damit soll Lohndumping ausgeschlossen werden. Für die Arbeitsmigranten aus dem Westbalkan ist das Angebot offenbar hoch attraktiv. Allein im ersten Halbjahr 2016 wurden laut BA-

15.500 Visa für Gastarbeiter vom Balkan Ein Programm der Bundesregierung für legale Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen zeigt Wirkung und könnte ein internatio....

Statistik bereits 17.182 Zustimmungen nach dem neuen Gastarbeiterprogramm erteilt. Und auch die anschließende Visavergabe verläuft offenbar zügig. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wurden bei den deutschen Auslandsvertretungen in Belgrad, Podgorica, Pristina, Sarajewo, Skopje und Tirana bis Ende Juni bereits 10.000 Visaanträge nach dem neuen Programm positiv beschieden. Bis Ende September sei diese Zahl dann auf 15.500 erteilte Visa angestiegen, teilte das Auswärtige Amt der "Welt" mit.

Zusätzlich zu dem Gastarbeiterprogramm können Arbeitnehmer aus dem Westbalkan wie bisher mit der sogenannten Blue Card einreisen - wenn sie einen Hochschulabschluss haben und in Mangelberufen arbeiten. Rechnet man die Zahlen von Gastarbeiterprogramm und Blue Card zusammen, zählte die BA in den ersten neun Monaten dieses Jahres sogar 27.508 Zustimmungen für Arbeitsmigranten aus dem Westbalkan.

Vor allem das neue Gastarbeiterprogramm findet bei den Unternehmen Anklang. Aktuell könnten zwar "noch keine fundierten Aussagen darüber getroffen werden", in welchem Umfang über die Regelung Beschäftigungsverhältnisse zustande kämen und in welchen Wirtschaftszweigen sich Schwerpunkte herausbilden würden, heißt es in dem Bericht der BA über "Beschäftigungsaufnahmen ausländischer Staatsangehöriger in Deutschland". Im ersten Halbjahr 2016 habe es aber die meisten Zustimmungen zu Anstellungsverhältnissen im Baugewerbe (53,2 Prozent), im Gastgewerbe (12,6 Prozent) und im Bereich der "sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" (9,2 Prozent) gegeben.

Die Bundesagentur für Arbeit bewertet das Programm positiv. "Es hat Druck aus dem Asylsystem genommen und den Migrationsprozess kanalisiert", sagt ein Sprecher. "Der Prozess sorgt dafür, dass jetzt genau die Fachkräfte kommen, die uns fehlen." Die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) beobachtet den deutschen Weg ebenfalls mit Wohlwollen. "Das ist ein sehr interessanter Ansatz, um das Problem von Asylbewerbern, die keine echten Fluchtgründe haben, sondern nur einen Job suchen, in den Griff zu bekommen", sagte OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig der "Welt". "Es war eine kluge Politik, das Konzept der sicheren Herkunftsländer mit der Möglichkeit der gesteuerten Arbeitsmigration zu verbinden." Dass so viele Unternehmen bereits Anträge auf Anstellung von Westbalkan-Migranten gestellt haben, zeigt nach Ansicht von Liebig, dass die Flüchtlinge "Qualifikationen mitbringen, die andere vielleicht nicht haben". "Ich gehe davon aus, dass man es in ein paar Jahren als Modellfall betrachten wird."

Tatsächlich ist die Zahl der Flüchtlinge aus den Westbalkan-Ländern im Jahresvergleich erheblich zurückgegangen. In den ersten neun Monaten 2016 wurden beispielsweise rund 70 Prozent weniger Asylanträge von Menschen aus Albanien gestellt als im Vorjahreszeitraum. Sie bilden seit einiger Zeit die größte Gruppe der Asylbewerber aus der Region.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 25, 2016

**Politik Kompakt I; Großbritannien: Eurotunnel zählt schon 37.000
Fluchtversuche ++ Frankreich: Erneut Flüchtlingslager in Paris geräumt ++
Deutschland: Außenamt beurteilt Mittelmeereinsatz positiv**

Die Welt

Donnerstag 30. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 175

Length: 440 words

Body

Großbritannien

Eurotunnel zählt schon 37.000 Fluchtversuche

Auf der französischen Seite des Kanaltunnels hat der Betreiber Eurotunnel in diesem Jahr 37.000 Fluchtversuche gezählt. Die **Migranten** seien jeweils den Behörden übergeben worden, wie das Unternehmen in London mitteilte. In der Nacht war erneut ein Mensch beim Versuch ums Leben gekommen, durch den Kanal nach Großbritannien zu gelangen. Oft versuchen **Flüchtlinge**, als blinde Passagiere auf den Ladeflächen der Lkw mitzureisen. Zwischen 3000 und 5000 **Migranten** warten in Calais auf eine solche Gelegenheit. Sie erhoffen sich bessere **Asylchancen** und Lebensbedingungen als in Frankreich. Premierminister David Cameron bezeichnete die Lage als "sehr besorgniserregend". Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) warnt eindringlich vor der **Flüchtlingssituation** am Eurotunnel. Lkw-Fahrer hätten dort "Angst um Leib und Leben", sagte BGL-Vize Adolf Zobel. Fahrer deutscher Speditionen würden sich zunehmend weigern, Güter durch den Tunnel nach Großbritannien zu transportieren.

Frankreich

Erneut Flüchtlingslager in Paris geräumt

In Paris ist erneut ein improvisiertes Flüchtlingslager mit rund 200 Bewohnern vor allem aus Eritrea und dem Sudan geräumt worden. Sozialarbeiter der Stadt Paris, Vertreter der Flüchtlings- und Asylbehörde und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen boten den Migranten im Pariser Norden an, sie mit Bussen in Flüchtlingsunterkünfte zu fahren. Polizisten waren nicht im Einsatz. Ein Mitarbeiter der Stadt sagte später, die "überwiegende Mehrheit" der Flüchtlinge habe das Angebot einer Unterkunft angenommen. In der französischen Hauptstadt sind immer wieder von Flüchtlingen selbst errichtete Lager geräumt worden, in denen die Migranten unter erbärmlichen Umständen leben. Oft entstehen aber binnen kurzer Zeit neue Lager.

Politik Kompakt I Großbritannien: Eurotunnel zählt schon 37.000 Fluchtversuche ++ Frankreich: Erneut Flüchtlingslager in Paris geräumt ++ Deutschland: Außenamt

Deutschland

Außenamt beurteilt Mittelmeereinsatz positiv

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), hat eine positive Zwischenbilanz des europäischen Einsatzes zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer gezogen. Allein die deutsche Marine habe seit Anfang Mai 6000 Menschen in Sicherheit gebracht, sagte Roth im RBB-Inforadio. Der Staatsminister lobte zudem die europäische Zusammenarbeit: "Es gibt hier keine nationalen Antworten auf die Frage, wie gehen wir mit den Flüchtlingen um." Die Bundeswehr beteiligt sich seit Anfang Mai an dem Einsatz im Mittelmeer. Ziel der Mission ist es, Flüchtlinge aus Seenot zu retten, die sich von Nordafrika aus auf den Weg über das Mittelmeer nach Europa machen. Um Schleppern das Handwerk zu legen, sei ein Mandat der Vereinten Nationen nötig.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/JOEL SAGET

Ein Flüchtling putzt sich am Rand des improvisierten Camps die Zähne

dpa/Soeren Stache

Die Fregatte "Schleswig-Holstein" vor der Küste von Catania (Sizilien)

JOEL SAGET

Soeren Stache

Load-Date: July 30, 2015

Wird Deutschland die Hauptlast tragen?; Heute startet der nächste Gipfel zur Flüchtlingskrise. Die wichtigsten Fragen und Antworten

Die Welt

Donnerstag 17. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 65

Length: 1207 words

Byline: Andre Tauber

Marcel Leubecher

Body

Am Donnerstag und Freitag treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu, um über Lösungen der **Flüchtlingskrise** zu beraten.

Auf dem Tisch liegt ein Angebot, das Ankara Anfang vergangener Woche überraschend den EU-Partnern unterbreitete. Hier sind die wichtigsten Fragen und Antworten zum Spitzentreffen.

Wie geht Merkel in den Gipfel?

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geht wohlwollend in die Verhandlungen mit der Türkei. "Wir sollten eines nicht übersehen, was die Türkei seit Jahren in ihrem Land leistet, kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Es gereicht Europa nicht zur Ehre, dass es sich lange so schwer getan hat, die Lasten zu teilen", sagte Merkel in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch. Sie zeigte Verständnis für die Bedingungen, die von der Regierung in Ankara im Gegenzug für die Rücknahme von Flüchtlingen gestellt werden. Die Türkei fordert den Fall des Visa-Zwangs für alle türkischen Bürger ab Juni, die Ausweitung der EU-Beitrittsgespräche sowie eine Verdoppelung der Hilfen für Syrien-Flüchtlinge in der Türkei auf sechs Milliarden Euro. "Ich halte den türkischen Wunsch nach mehr finanzieller Hilft für völlig nachvollziehbar", sagte die CDU-Chefin. Ein Vorziehen der vereinbarten Visa-Liberalisierung vom Herbst auf den Sommer heiße nicht, dass die Bedingungen dafür gesenkt würden. Auch die Gespräche über den EU-Beitritt würden ergebnisoffen geführt.

Was verlangt die Türkei?

Ankara bietet der EU an, alle Flüchtlinge, die es in Booten auf eine griechische Insel schaffen, wieder zurückzunehmen. Im Gegenzug verlangt die Türkei, dass die EU Flüchtlingen legale Wege nach Europa eröffnet und politische und finanzielle Zugeständnisse. Nun soll darüber entschieden werden.

Wird Deutschland die Hauptlast tragen? Heute startet der nächste Gipfel zur Flüchtlingskrise. Die wichtigsten Fragen und Antworten

Wird Griechenland zum Flüchtlingslager der EU?

Die Balkanroute ist zwar für fast alle Flüchtlinge und Migranten ohne gültige Reisedokumente und Visa dicht. Das hält viele Migranten nicht von der Überfahrt ab. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass seit Jahresbeginn 143.205 Menschen auf die griechischen Inseln kamen. Zusätzlich sollen mehr als tausend irreguläre Migranten über die Landgrenze aus der Türkei eingereist seien. Weil das Land nie ein funktionsfähiges Asylsystem aufgebaut hat, bietet die EU alle nötige Hilfe an. Am Dienstag beschloss der Ministerrat ein humanitäres Nothilfebudget von 700 Millionen Euro bis 2018, 300 Millionen sollen schon 2016 verfügbar sein.

Gehen die Flüchtlinge neue Routen?

Die Sorge ist groß, dass das so kommen wird. Die früher stark genutzte Fluchtroute über Italien droht wieder attraktiv werden. Laut IOM kamen seit Jahresbeginn bereits 9492 Migranten über das Mittelmeer nach Italien. Die 28 EU-Staaten erklärten am Dienstag, man müsse schon jetzt "alles tun", um mögliche Ausweichrouten zu verhindern. Auch wenn die Türkei Migranten aus Griechenland zurücknimmt, könnte die Lage an der langen Grenze zu Bulgarien eskalieren. Im Grenzraum halten sich auf türkischer Seite zwischen 400.000 und 500.000 Migranten auf. Ob Bulgariens Forderungen, in dem Deal mit der Türkei genauso behandelt zu werden wie Griechenland, ist offen.

Wird der Türkei die Visa-Liberalisierung ohne Weiteres angeboten?

Die Europäische Union hatte der Türkei eigentlich eine Visa-Liberalisierung für Oktober in Aussicht gestellt, nun verlangen sie die Türken schon für Juli. Viele hegen die Sorge, das hohe Tempo könne zu Abstrichen bei den Bedingungen führen, die die Türkei einhalten muss. Die Europäische Kommission betonte am Mittwoch erneut, dass die Türkei alle Kriterien erfüllen muss. Entsprechend äußerte sich auch Ankara. Das Thema allerdings behält enorme Sprengkraft. Auch die deutsche CSU spricht sich gegen eine vollständige Liberalisierung aus.

Die Türkei verlangt sechs Milliarden Euro für die Betreuung der Flüchtlinge vor Ort. Bekommt sie das Geld?

Die Europäische Union hat sich bereits darauf verständigt, drei Milliarden Euro in die Flüchtlingsarbeit in der Türkei zu investieren. Für die weiteren drei Milliarden, die die Türken nun fordern, bleibt Zeit bis 2018. Das sollte ausreichend sein, um das Geld zu besorgen. Die Milliarden gelten als gute Investition, da es weit günstiger ist, die Flüchtlinge in der Türkei zu versorgen als in Europa.

Wird es einen zügigeren EU-Beitritt der Türkei geben?

Zumindest soll weiteres Tempo in den Verhandlungen aufgenommen werden. Die Türkei fordert, dass fünf neue Verhandlungskapitel geöffnet werden. Bislang blockiert allerdings Zypern einen solchen Schritt. Sie verlangen, dass die Türkei ihren Staat anerkennt. EU-Diplomaten hegen die Hoffnung, dass die Gespräche zu Bewegungen in den Verhandlungen über eine Wiedervereinigung von Nord- und Südypern führen werden.

Ist die Rückführung aller Migranten in die Türkei machbar?

Das ist umstritten. Mit der Rückführung aller irregulären Migranten würde zwar der Anreiz für Flüchtlinge gemindert, sich auf die gefährliche Überfahrt zu begeben. Doch Ankara ist dazu nur bereit, wenn die Europäer reguläre Flüchtlinge aus der Türkei aufnehmen. Rechtlichen Bedenken von Menschenrechtsorganisationen sowie der Vereinten Nationen tritt die EU-Kommission entgegen. "Die Regeln erlauben, dass ein Asylantrag zurückgewiesen wird, wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat kommt", sagt EU-Kommissionsvize Frans Timmermans. Griechenland hatte vor einem Monat angekündigt, die Türkei zu einem solchen Drittstaat zu erklären. Es werde allerdings keine "Blanko-Rückführungen" aus Griechenland sondern individuelle Verfahren geben, stellte Timmermans klar. Dafür muss Griechenland allerdings mehr Tempo bei den Asylverfahren machen.

Wird die Europäische Union Flüchtlingskontingente aus der Türkei übernehmen und wie viele werden es sein?

Wird Deutschland die Hauptlast tragen? Heute startet der nächste Gipfel zur Flüchtlingskrise. Die wichtigsten Fragen und Antworten

Die Europäische Union wird der Türkei in zwei Runden Flüchtlinge abnehmen. In der ersten Phase siedelt die Europäische Union für jeden zurückgeführten Syrer einen anderen Syrer aus der Türkei um, der sich in der Türkei aufhält. "Was wir vorschlagen, ist eine vorübergehende Maßnahme, um das Geschäftsmodell der Schlepper zu beenden", sagt EU-Kommissions-Vize Timmermans. Nach EU-Diplomatenangaben dürften einige Tausend Flüchtlinge umgesiedelt werden, nicht etwa Hunderttausende. Dann kommt Runde zwei: Sind die Flüchtlingsströme über das Meer einmal gestoppt, sollen der Türkei dann größere und klar festgelegte Kontingente abgenommen werden. Laut dem "Samsonplan" des niederländische Ministerpräsidenten Mark Rutte, dessen Land derzeit die Ratspräsidentschaft innehat und der etwa von Deutschland, Schweden und Österreich unterstützt wird, soll die Union jährlich zwischen 150.000 und 250.000 Flüchtlinge aus der Türkei aufnehmen.

Wird Deutschland bei der Lösungen die Hauptlast tragen?

Wer der Türkei nach einem Stopp der Flüchtlingsströme wie viele Flüchtlinge abnimmt, ist noch nicht entschieden. Wohl wurde aber klargestellt, dass sich die EU-Staaten nur auf freiwilliger Basis beteiligen. Damit wurde vor allem den Bedenken der osteuropäischen Staaten, die sich einer Aufnahme von Flüchtlingen versperren, Rechnung getragen. Die Hoffnung ist allerdings groß, dass sich die Staaten der "Koalition der Willigen" rund um Deutschland, Österreich und die Niederlande beteiligen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 17, 2016

Vom Flüchtling zum Handwerker; Betrieben geht der Nachwuchs aus, und viele Ältere gehen schon mit 63 in Rente. Nun sollen Asylbewerber die Lücke stopfen

Die Welt

Freitag 8. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 106

Length: 755 words

Byline: Stefan Von Borstel

Body

Kurz vor dem **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt hat das Handwerk an die Politik appelliert, den Zugang von jungen **Flüchtlingen** zu einer betrieblichen Ausbildung zu erleichtern. Das Credo des Handwerks laute: "Bei uns zählt nicht, wo man herkommt. Sondern wo man hinwill", sagte Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer auf dem Unternehmerforum seiner Organisation. "Mit dieser Botschaft gehen wir aktuell auch auf die **Flüchtlinge** zu."

Jetzt müsse auch die Politik mitziehen und die Rahmenbedingungen verbessern, "damit unsere Betriebe Rechtssicherheit haben, wenn es um die Ausbildung und Beschäftigung von **Asylbewerbern** und ihrer Bleibeperspektive geht". Konkret fordern Handwerk und Deutscher Industrie- und Handelskammertag, dass **Asylbewerber**, die eine Ausbildung in Deutschland beginnen, diese auch abschließen und anschließend weiterbeschäftigt werden können. Sie kritisieren auch die lange Dauer der **Asylverfahren**, die **Asylbewerber** und Unternehmen vor große Unsicherheiten stelle. Eine weitere Voraussetzung für die Integration von **Flüchtlingen** seien ausreichende Sprachkenntnisse. Wollseifer appellierte an die Parlamentarier, mitzuhelfen, dass Zuwanderer so schnell wie möglich Deutsch lernen.

"Unsere Gesellschaft kann vor dem Zustrom der vielen Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, nicht die Augen verschließen", sagte der Handwerkspräsident. Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt sei im Interesse aller. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg rechnet damit, dass bis zum Jahresende mehr als 400.000 Asylanträge gestellt werden. Das wären doppelt so viele wie 2014. Spitzenvertreter von Bund und Ländern beraten am Freitag in Berlin, wie der Flüchtlingsstrom bewältigt werden kann. Die Länder fordern eine stärkere finanzielle Unterstützung des Bundes.

Wollseifer hieß die Flüchtlinge ausdrücklich willkommen. Er verwies auf die steigende Zahl qualifizierter Zuwanderer, die "zunehmend personelle Lücken in unseren Betrieben schließt". Dies sei eine gute Entwicklung, so Wollseifer. "Hier können wir noch mehr tun und als Gesellschaft insgesamt unsere Willkommenskultur verbessern."

Vom Flüchtling zum Handwerker Betrieben geht der Nachwuchs aus, und viele Ältere gehen schon mit 63 in Rente. Nun sollen Asylbewerber die Lücke stopfen

Für das Handwerk spielt dabei wohl auch eine Rolle, dass zunehmend der berufliche Nachwuchs ausbleibt. In den vergangenen zehn Jahren sank die Zahl der Auszubildenden in dem Wirtschaftszweig um ein Fünftel oder mehr als 100.000 auf nur noch 371.000. Der Anteil ausländischer Azubis stieg im gleichen Zeitraum von fünf auf sieben Prozent. In einigen Großstadt-Regionen, etwa Stuttgart, Frankfurt oder Mannheim, liegt der Anteil mit 21, 15 und 14 Prozent noch deutlich höher.

"Zukünftig wollen wir noch mehr junge Migranten durch die berufliche Bildung für eine Tätigkeit im Handwerk gewinnen - nicht nur als Arbeitnehmer, sondern auch als Meister und Unternehmer", kündigte der Präsident des Zentralverbands an. Ein Drittel der unter 15-Jährigen habe einen Migrationshintergrund, in den Großstädten liege die Quote teilweise bei 50 Prozent und darüber. "Das spiegelt sich auch in unseren Belegschaften wider", meinte Wollseifer.

Nach einer Studie des des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) haben die zahlreichen Zuwanderer Deutschland "in den vergangenen Jahren vor schmerzhaften Auswirkungen des demografischen Wandels bewahrt". Nur durch Zuwanderung konnte die prognostizierte Lücke im Fachkräftebedarf fast vollständig geschlossen werden. Dank ungewöhnlich vieler Zuwanderer entstand zusätzliches Wirtschaftswachstum, wurden die Sozialkassen entlastet und die Staatsschulden reduziert, hieß es in der am Donnerstag vorgestellten Analyse.

"Wir sind längst Einwanderungsland", kommentierte der CDU-Politiker Jens Spahn die Ergebnisse der Untersuchung. "Und wir brauchen dringend Fachkräfte". Vor dem Hintergrund, dass viele Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben, müsse man das duale Ausbildungssystem als "Integrationsmotor" verstehen.

Nach Einschätzung des ZDH-Präsidenten wird in Zukunft auch die Beschäftigung Älterer einen wesentlichen Anteil an der Fachkräftesicherung ausmachen. "Hier waren wir schon auf gutem Wege", sagte Wollseifer. Jetzt führe die Rente mit 63 dazu, dass die Zahl der älteren Erwerbstätigen wieder sinke. Bereits 280.000 erfahrene Beschäftigte hätten davon Gebrauch gemacht, klagte er. "Diesen Aderlass an Erfahrung können unsere Betriebe nur schwer kompensieren." Immer kürzer einzahlen und immer länger Rente kassieren - für den ZDH-Präsidenten ist das ein "Crash-Kurs gegen das Sozialsystem".

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

picture alliance / Robert B. Fis/rh

Ein Goldschmied bei der Arbeit: Das Handwerk fordert die Zulassung von Asylbewerbern zur Ausbildung

rh

Load-Date: May 8, 2015

Exodus aus dem Kosovo; Tausende flüchten täglich über die Grenze von Serbien nach Ungarn. Dann geht es weiter nach Norden. Viele haben nur ein Ziel: "Ich will nach Deutschland. Wir alle wollen nach Deutschland"

Die Welt

Samstag 14. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 38

Length: 1425 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Der Ungar Vincze Szalma holpert mit seinem Jeep über einen Feldweg - links winterlich karger Wald, rechts verdorrtes Schilf. "Da vorne ist die serbische Grenze", sagt er, während sich sein alter Lada Niva durch den Schlamm wühlt. "Die **Flüchtlinge** verstecken sich, wenn wir kommen. Aber wir werden schon welche finden." Szalma ist ein sogenannter Feldwächter im kleinen, ungarischen Ort Ásotthalom. Seit vergangenen Sommer gibt es diese Dorfwächter. Drei feste, 13 Freiwillige. Bisher achtete der grauhaarige Szalma mit seinem jungen Kollegen Barnabás Herédi darauf, dass keine Harken, Wasserschläuche oder Maiskolben von den Feldern und Höfen der Bauern gestohlen werden. Seit Herbst vergangenen Jahres aber sind sie vor allem dafür verantwortlich, **Flüchtlinge** zu finden, die illegal über die Grenze wollen.

Tausende Wirtschaftsmigranten sind es, die seit Kurzem über die Grenze von Serbien nach Ungarn gelangen - und so in die Europäische Union. Von hier können sie wegen des Schengen-Abkommens oft problemlos in andere Länder reisen, auch nach Deutschland. Daher steht Ungarn nun unter starkem Druck zu handeln. "Früher, da kamen nur 20, höchstens 30 am Tag. Ab September wurden es plötzlich Hunderte, dann Tausende. Täglich." Szalmas persönlicher Rekord liegt bei 700 abgefangenen **Flüchtlingen**. Das war Mitte Januar. Da kamen täglich mehr als 3000 **Migranten** über die Grenze, die hier vielerorts nur ein flacher Graben im Ödland ist.

Das Mobiltelefon läutet. Ein Kollege hat im Schilf eine Gruppe Migranten entdeckt. "Nein, nimm sie noch nicht fest", sagt Szalma. "Beobachte sie nur. Wir kommen." Nach wenigen Minuten Fahrt sieht Szalma junger Männer im Gebüsch am Wegesrand. Die Feldwächter rufen die Polizei und springen aus dem Wagen. "Kosovo?", ruft Szalma. Die Migranten nicken. Einer von ihnen sagt in gutem Deutsch: "Ich will nach Deutschland. Wir alle wollen nach Deutschland." Im Kosovo verdiene er nur 150 Euro und habe nur drei Tage frei im Monat. "Kosovo, alles Scheiße. Serbien, auch Scheiße. Deutschland, das ist gut. Da kann man arbeiten, fünf Euro die Stunde, egal ob schwarz oder nicht, es ist besser." Rexhep Kurteshi heißt der Mann. Er ist 23 Jahre alt und war schon im Jahr 2000 in

Exodus aus dem Kosovo Tausende flüchten täglich über die Grenze von Serbien nach Ungarn. Dann geht es weiter nach Norden. Viele haben nur ein Ziel: "Ich will na....

Deutschland, als Kriegsflüchtling. Damals war noch Krieg im Kosovo. "Aber nach 22 Monaten haben die Deutschen mich zurückgeschickt."

Der Bürgermeister des Grenzortes Ásotthalom, László Torockai, berichtet: "Meist kommen die Migranten nachts, es ist sehr kalt - und dann fallen einige ins eisige Wasser. Mehrere Babys seien schon erfroren." Torockai ist von der rechtsradikalen Jobbik-Partei. Es war seine Idee, Feldwächter zu beschäftigen. Und ihm ist es auch zu verdanken, dass nun viele auf den kleinen Grenzort schauen. Er alarmierte die ungarischen Medien, darauf folgte die internationale Presse. Und darauf die Politik und die Polizei. Bis dahin waren die Feldwächter die einzigen, die versuchten, Flüchtlinge zu entdecken. Torockai sieht die nationale und europäische Sicherheit bedroht. Er sagt: "Es kommen ja auch Menschen aus Syrien, aus dem Irak, aus Afrika und aus Pakistan."

Während Szalma weiter versucht, Flüchtlinge um Ásotthalom herum zu entdecken, findet nur wenige Kilometer entfernt ein Treffen statt: am Grenzübergang Röske. Schwarze Regierungskarossen, Polizeikonvoi mit Blaulicht. Die Polizeichefs Serbiens und Ungarns treffen sich, um dringend über die Flüchtlingskrise zu beraten. Zu Fuß laufen sie anschließend durch die Felder an der Grenze, um sich selbst ein Bild zu machen. Bereits am Montag hatte es ein Treffen in Belgrad gegeben. Dorthin kamen auch die deutschen und österreichischen Kollegen. Denn letztlich sei Ungarn "ein Transitland", sagt Károly Papp, Chef der ungarischen Polizei. "Die Migranten wollen weiter, nach Deutschland und nach Österreich."

Wenn die Flüchtlinge es nach Ungarn schaffen, setzen sie sich bisher einfach in den Zug. In Schengen gibt es keine Grenzkontrollen. Mittlerweile aber "gibt es intensive gemeinsame Kontrollen mit deutschen und österreichischen Kollegen in den Zügen nach Wien und München", sagt Papp. Die Entscheidungen der Polizeichefs haben Erfolg: Denn seit dem Treffen in Röske werden auf der serbischen Seite Eliteeinheiten der Polizei und des Militärs eingesetzt, um die Migranten zu stoppen. Dass die serbische Polizei nun stärker die Grenze schützt, merkt auch Szalma auf der ungarischen Seite. Es ist fünf Uhr nachmittags. Heute haben die Männer in ihrem Grenzabschnitt mehr als 100 Migranten entdeckt - wenig findet Szalma. So viele wie bei seinem Rekord Mitte Januar hat Szalma schon lange nicht mehr gefasst. Auch Károly Papp nennt rückläufige Zahlen für die gesamte Grenze: "Gegenwärtig sind es täglich 650 Migranten, deutlich weniger als die mehr als 3000 täglich, die wir im Januar zählten." Dass viele verstärkt über die Grenze zwischen Ungarn und Serbien fliehen, liegt am Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Oktober 2012, sagt Gizella Vas. Sie ist Chefin der Grenzpolizei. Das Gericht verurteilte die ungarische Regierung für die bis dahin geltenden Praxis, Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihren Antrag in Gewahrsam zu halten. Man konnte also nicht weiterreisen, etwa nach Deutschland. Entsprechend wenige versuchten den riskanten Weg über Ungarn. Viele versuchten es früher über Montenegro und Kroatien nach Österreich. Nach Ungarn kamen im Jahr 2012 weniger als 3000 Menschen. Dann aber fügte sich Ungarn dem Willen der europäischen Richter. Seitdem halten die Behörden Asylbewerber nur noch 24 Stunden fest, um ihre Personalien und Asylanträge entgegenzunehmen. Bearbeitet werden könnten die Anträge nicht, sagt Gizella Vas, denn die Antragsteller seien "binnen 36 Stunden weg - ab in den Westen". Die Lockerung der Regeln in Ungarn sprach sich schnell herum. 2013 kamen schon 13.000 Asylbewerber. 2014 waren es bereits 43.000 - und allein in den ersten fünf Wochen dieses Jahres kamen weitere 23.000. Etwa 40 Prozent sind Kinder.

István Kovács lebt in Röske, dem Ort an der Grenze, wo die Polizei berät, wie sie mit der Situation umgehen sollen. Er findet es bedrückend, dass so viele Kinder diesen Weg auf sich nehmen müssen. "Wissen Sie, was das Schlimmste ist? Das Weinen der Kinder. Man hört es aus hundert Meter Entfernung." Vincze Szalma und Barnabás Herédi, die Feldwächter, sind weiter auf Patrouille. "Schaut, hier kommen sie auch immer rüber", sagt Szalma. Da ist ein kleiner Fluss, Baumstämme liegen quer im Wasser - eine improvisierte Brücke. Am Ufer liegen nasse Kindersocken und lose Blätter, detaillierte Landkarten, Computerausdrucke mit eingezeichneten Routen - von Ort zu Ort bis nach Oslo. Menschenschmuggler verlangen für solche Dienste viel Geld. "Wir haben 500 Euro für jeden bezahlt", sagt Rexhep Kurteshi. Geld würden auch die serbischen Polizisten nehmen.

Theoretisch besagen die Dublin-Regeln, dass die deutschen Behörden solche Migranten in das Land zurückschicken müssen, in dem sie ihren Asylantrag stellten. Aber das passiert nicht, da die Abgeschobenen schnell wieder da sind. Zweitens schuf ein deutscher Richter im vergangenen Juni einen Präzedenzfall, indem er urteilte, man könne Migranten nicht nach Ungarn abschieben - weil dort ihre Menschenrechte nicht garantiert seien.

Exodus aus dem Kosovo Tausende flüchten täglich über die Grenze von Serbien nach Ungarn. Dann geht es weiter nach Norden. Viele haben nur ein Ziel: "Ich will na....

Insofern üben die deutschen Behörden Druck auf Ungarn aus, auf die neue Situation zu reagieren: Und Polizeichef Károly Papp berichtet von Erfolgen: Die Kontrollen auch im Inneren des Landes seien überall verschärft worden, man habe "2014 etwa 61 Prozent mehr illegale Migranten im Landesinneren aufgegriffen als im Vorjahr". Freilich kamen 2014 sechs mal mehr Asylbewerber ins Land als im Vorjahr - die allermeisten also schlüpfen durchs Netz. Mittlerweile gibt es massive Polizeikontrollen am Budapester Ostbahnhof - wer kein Schengen-Visum hat, wird nicht an Bord gelassen. Taxifahrer wurden angewiesen, keine Migranten in Richtung Österreich zu fahren.

Der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei Fidesz, Antal Rogán, sieht die einzige Lösung in einer Rückkehr zum von der EU ausgehebelten früheren System. Er will mit einer "Volksbefragung" darüber, ob Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihren Antrag festgehalten werden sollen. Ein Widerspruch zu geltendem europäischen Recht. Der junge Kollege von Szalma - Feldwächter Barnabás Herédi - verdient umgerechnet 345 Euro im Monat. Er überlegt nach England zu gehen. Der Mann, der die Grenze vor Wirtschaftsmigranten schützt, will selbst einer werden.

"Kosovo, alles Scheiße. Serbien, auch Scheiße. Deutschland, das ist gut" Rexhep Kurteshi, Flüchtling

Graphic

REUTERS/LASZLO BALOGH

Ausweg: Junge Familien versuchen über die ungarisch-serbische Grenze der wirtschaftlichen Misere ihrer Heimat zu entkommen

LASZLO BALOGH

Load-Date: February 14, 2015

Bürokratie verhindert wirksame Hilfe durch die Bundeswehr; Viele Offiziere möchten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Asylanträgen unterstützen. Doch das ist ihnen nicht erlaubt

Die Welt

Montag 26. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 249

Length: 772 words

Byline: Thomas Kieschnick

Body

Bundeswehr-Hauptmann B. kennt die Bilder der langen Warteschlangen aus den Abendnachrichten. Er weiß um die Situation der **Flüchtlinge** an den Registrierungsstellen und die überlasteten Behörden. Gemeinsam mit seinen Kameraden fasst er den Entschluss zu helfen. Vergeblich. "Ich weiß, dass ich mit meiner Ausbildung einen Beitrag leisten kann, die Lage zu verbessern. Es ist frustrierend, dass man mich nicht lässt."

B., der nicht namentlich genannt werden möchte, spielt auf ein internes Papier des Bundesamtes für Personalmanagement der Bundeswehr an, das der "Welt" vorliegt. Das Richtlinienpapier legt fest, welche Soldaten sich freiwillig für einen Unterstützungsdienst im Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) melden können. Offiziere der Bundeswehr mit den Dienstgraden vom Leutnant bis Stabshauptmann - de facto Beamte im gehobenen Dienst - werden kategorisch von einem Einsatz in der obersten **Asylbehörde** ausgeschlossen.

Dabei ist das BAMF notorisch überlastet. Über 300.000 unbearbeitete Asylanträge stapeln sich auf den Schreibtischen der Sachbearbeiter. Dass die Bearbeitungszeit auf unter drei Monate gedrückt werden kann, ist nicht absehbar. Vor drei Wochen bezifferte Behördenleiter Frank-Jürgen Weise den Personalbedarf auf 3000 weitere Mitarbeiter.

Der Ausschluss der Dienstgrade Leutnant bis Stabshauptmann löst Unmut in der Truppe aus. "Deutschlandweit lautet die Parole 'Wir helfen!'", kritisiert B. "Uns Offizieren wird das per Beschluss und ohne Begründung einfach verwehrt." Dabei spielt die Bundeswehr in der deutschen Flüchtlingspolitik bereits eine gewichtige Rolle. Zuletzt wurde diskutiert, Transall-Maschinen für Abschiebungen zu nutzen. Zudem sind Unteroffiziere und Feldwebel - vergleichbar mit Beamten des mittleren Dienstes - freiwillig im BAMF aktiv. Laut Verteidigungsministerium nehmen sie Personalien von Flüchtlingen auf und scannen Dokumente, unterstützen so im administrativen Bereich. "Das sind bessere Praktikanten. Die kopieren und kochen Kaffee, denn Entscheidungen treffen dürfen sie nicht. Das dürften nur wir, aber man lässt uns nicht", kommentiert Hauptmann B.

Bürokratie verhindert wirksame Hilfe durch die Bundeswehr Viele Offiziere möchten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Asylanträgen unterstützen.....

Wesentlich entlasten können Unteroffiziere und Feldwebel das BAMF nicht. Denn es mangelt ihnen an einer Entscheidungsbefugnis; sie dürfen Asylanträge von Flüchtlingen nicht abschließend bearbeiten. Diese Kompetenz ist Beamten vorbehalten, die mindestens im gehobenen Dienst arbeiten. Und ebendiese Gruppe könnte das Bundesamt für Migration enorm entlasten.

Gegenwärtig dienen 20.900 Offiziere in Heer, Luftwaffe und Marine. Schätzungsweise zehn Prozent davon ließen sich für die Beurteilung von Asylgesuchen Geflüchteter abstellen, heißt es aus Offizierskreisen. Personalausfälle in dieser Größenordnung muss die Truppe ohnehin ständig aufgrund von Lehrgängen, Urlaub und Krankheitsfällen abfedern. Warum auf das Reservoir an Verwaltungsexperten nicht zurückgegriffen wird, ist unklar. An mangelnder Kompetenz oder unzureichender Vertrautheit mit den deutschen Asylregeln kann es jedenfalls nicht liegen. Denn das BAMF wird bereits durch entscheidungsbefugte Mitarbeiter aus anderen Behörden unterstützt - darunter der Zoll und zivile Sachbearbeiter der Bundeswehr. Die notwendigen Kenntnisse werden in Intensivschulungen vermittelt. Nach kurzer Einarbeitung dürfen die Neulinge als Asylentscheider tätig werden.

Die Kompetenzen reichen weit: Sie umfassen etwa die "Bearbeitung von einfach gelagerten Asylverfahren" und die "Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft"; letztere kommt praktisch dem Abschluss des Asylverfahrens gleich. Selbst die Ablehnung eines Asylantrags gehört zu den Befugnissen.

Einen Soldaten mit gleicher Qualifikation solche Entscheidungen treffen zu lassen, ist offensichtlich nicht gewünscht. Eine einleuchtende Begründung für diese Praxis können weder das Verteidigungsministerium noch das Innenministerium, dem das BAMF untersteht, liefern. Einstimmig heißt es auf Anfrage, dass "der Bedarf an Asylentscheidern im BAMF von anderen Behörden gedeckt wird".

Angesichts eines Personalbedarfs von 3000 Stellen bleibt offen, welche anderen Behörden nun in die Verantwortung genommen werden sollen. Hauptmann B. ist deshalb enttäuscht: Ausgerechnet seine Uniform verhindert, dass er in der Flüchtlingskrise entscheidend mithelfen kann. "Es ist eine Farce. Alle Offiziere haben studiert. Ich selbst habe einen Masterabschluss in Staats- und Sozialwissenschaften." Er kenne die behördlichen Prozesse. "Es ist mir unergründlich, warum sich das BAMF dieses Potenzial durch die Lappen gehen lässt."

"Es ist frustrierend, dass man mich keinen Beitrag leisten lässt" Bundeswehr-Hauptmann B.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 26, 2015

FDP macht sich Gedanken über Migranten; Kein Asylstatus für Kriegsflüchtlinge

Die Welt

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 251

Length: 410 words

Byline: Thorsten Jungholt

Body

Manchmal hat das Dasein als Partei der außerparlamentarischen Opposition (Apo) auch Vorteile. Weil die FDP nicht im Bundestag vertreten ist und im täglichen Krisendiskurs über den Flüchtlingszustrom eher selten befragt wird, haben der Vorsitzende Christian Lindner und seine Mitstreiter ausreichend Zeit, auch einmal etwas gründlicher über Problemlösungen nachzudenken.

In den vergangenen Wochen unterhielt sich Lindner also mit früheren Staatsministern seiner Partei, schickte seinen Fraktionsvize in Flüchtlingslager in der Türkei. Und er ließ Gesetze zum Thema lesen. Nun beschloss das Präsidium der Freien Demokraten das Ergebnis dieses Nachdenkprozesses. Wichtigster Punkt: Nach dem Willen der FDP sollen Kriegsflüchtlinge vom normalen Asylverfahren ausgeschlossen werden. Stattdessen sollte lediglich ein "vorübergehender humanitärer Schutz" gewährt werden.

Die Vorteile dieses Verfahrens laut Lindner: Der eingeschränkte Aufenthaltstitel erleichtere die Rückführung der Flüchtlinge nach Ende des Konflikts in ihrer Heimat, begrenze den Familiennachzug und entlaste das völlig überforderte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Anträge von politisch Verfolgten könnten in der Folge schneller bearbeitet werden.

Deutschland ist schon in den 90er-Jahren ähnlich vorgegangen. Auf europäischer Ebene entstand in der Folge des damaligen Flüchtlingsstroms vom Balkan sogar eine Rechtsgrundlage für den aktuellen Vorschlag der FDP. Die EU erließ 2001 eine Schutzgewährungsrichtlinie, die ins deutsche Aufenthaltsrecht aufgenommen wurde. Danach kann Flüchtlingen aus Kriegsgebieten eine befristete Aufenthaltserlaubnis zwischen einem und drei Jahren ohne Asylverfahren erteilt werden. Diese endet, sobald im Herkunftsland wieder eine "den Anforderungen der Menschenrechte entsprechende Situation" hergestellt ist.

Um die Regelung erneut in Kraft zu setzen, müssten die Regierungschefs im EU-Rat einen "Massenzustrom" feststellen. "Mit Blick auf die unterschiedlichen und widerstreitenden Auffassungen innerhalb der EU zur Frage der Flüchtlingskrise" sei ein solcher Beschluss derzeit aber unwahrscheinlich, so Lindner. Daher müsse das deutsche

FDP macht sich Gedanken über Migranten Kein Asylstatus für Kriegsflüchtlinge

Recht geändert werden. Weil die FDP nicht im Bundestag vertreten ist, kann sie keinen Gesetzentwurf einbringen. Sie will deshalb den Umweg über den nordrhein-westfälischen Landtag nehmen. Noch in dieser Woche wollen sie die Landesregierung auffordern, das Vorhaben in den Bundesrat einzubringen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 28, 2015

"Weder Kinder noch Flüchtlinge"; Bundespolizei rechtfertigt sich für Zurückweisung von Minderjährigen. Niemand sei unter 16 gewesen

Die Welt

Montag 9. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 107

Length: 1117 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Lange ist bekannt, dass die Bundespolizei an der Grenze zu Österreich Migranten abweist: Jene nämlich, die weder eine Einreiseerlaubnis haben noch einen Asylantrag stellen wollen. Vor einer Woche wurde durch eine Anfrage der Grünen-Innenexpertin Luise Amtsberg bekannt, dass davon auch Minderjährige betroffen sind, die ohne Eltern reisen. An allen deutschen Grenzen zusammengekommen verweigerte die Bundespolizei im ersten Quartal des Jahres 309 von insgesamt 3652 unbegleiteten minderjährigen Ausländern die Einreise.

Doch den von Politikern und dem Bundesverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhobenen Vorwurf, sie schicke Flüchtlingskinder nach Österreich zurück, will die Bundespolizei so nicht gelten lassen. Ihrer Auffassung nach handelte es sich weder um Kinder noch um Flüchtlinge. "Von den an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgewiesenen 280 unbegleiteten Minderjährigen war keiner unter 16 Jahre alt", teilte die Bundespolizei der "Welt" mit. Die Minderjährigen seien "vor dem Vollzug der Einreiseverweigerung unter Zuhilfenahme eines Dolmetschers" zu den Einreisegründen befragt worden. "Die Minderjährigen haben in keiner Weise ein Schutzersuchen geäußert, sodass sie auch in keinem Fall als mögliche 'Flüchtlinge' im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention einzustufen waren", teilte ein Sprecher mit. "Die Bewertung einiger Medien, die Bundespolizei habe Flüchtlinge zurückgewiesen, ist somit in jedem Falle unzutreffend."

Die angesprochenen Minderjährigen seien jeweils unmittelbar nach Abschluss der Maßnahmen durch die Bundespolizei an die österreichische Grenzbehörde übergeben worden. Österreich sei rechtlich verpflichtet "und im Übrigen selbstverständlich in der Lage und bereit, die altersgerechte Unterbringung und Versorgung der Minderjährigen zu gewährleisten. Die Behauptung, man beließe die Minderjährigen damit im "rechtlichen Niemandsland", sei insofern "nicht nachvollziehbar", rechtfertigt sich die Bundespolizei.

"Weder Kinder noch Flüchtlinge" Bundespolizei rechtfertigt sich für Zurückweisung von Minderjährigen.
Niemand sei unter 16 gewesen

Streng juristisch betrachtet ist das Handeln der Polizisten womöglich korrekt. Im Land sind die Jugendämter verantwortlich - für die Einreise allerdings die Bundespolizei. Paragraph 18 des Asylverfahrensgesetzes regelt, dass Asylsuchende an der Grenze abgewiesen werden, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat wie zum Beispiel Österreich einreisen. Zur "Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland" kann davon aber abgesehen werden. Diese Ausnahmeregel gilt derzeit. Doch es gibt Ausnahmen von der Ausnahme: Denn Bundespolizisten weisen bereits seit Langem Einreisewillige an der Grenze ab. Das passierte auch während des größten Andrangs im vergangenen Herbst. Doch weil die Zahlen der Abgewiesenen recht gering sind, fiel es lange nicht auf.

Vor allem zwei Gruppen von Migranten weisen die Beamten ab: Jene, die Deutschland nur als Transitland nach Skandinavien oder eine andere europäische Region nutzen wollen, sowie alle, die in der Bundesrepublik kein Asyl beantragen wollen. Jeder aber, der an der Grenze zumindest erklärt, er wolle in Deutschland einen Schutzstatus beantragen, der wird auch ins Land gelassen. Eben dieses Verfahren wenden die Bundespolizisten auch bei Minderjährigen an, die ohne Eltern kommen. Wenn sie nicht sagen, dass sie in der Bundesrepublik Asyl oder Flüchtlingsschutz suchen, werden sie zurückgeschickt.

Die Bundespolizei verweist darauf, dass die Migranten nicht das Wort "Asyl" verwenden müssen, um ins Land gelassen zu werden. "Das Schutzersuchen kann durch den Drittstaatsangehörigen bereits im Rahmen der Einreisebefragung, die mit allen Personen durchgeführt wird, vorgebracht werden. In diesem Fall wird zwingend das Jugendamt beteiligt und grundsätzlich ein Vormund bestellt", sagte die Bundespolizei der "Welt". Die "aus dem politischen Raum stammende Aussage", die Jugendlichen hätten keine Chance gehabt, einen Asylantrag zu stellen, sei jedenfalls nicht nachvollziehbar.

Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Luise Amtsberg, will hingegen die Erklärung der Bundespolizei nicht akzeptieren. Es falle ihr zum Beispiel schwer, zu glauben, dass alle abgewiesenen Kinder tatsächlich 16 Jahre alt gewesen sein sollen. "Die Aussagen der Bundespolizei sind schon erstaunlich", sagte Amtsberg der "Welt". Sie wirft der Bundespolizei vor, die Rechtslage zu ignorieren. Seit Oktober sehe das Gesetz vor, dass auch für 16- und 17-Jährige eine rechtliche Vertretung gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auftreten müsse. Das Stellen eines Asylantrags durch den Minderjährigen selbst sei gar nicht mehr möglich.

"Ich erwarte von der Bundespolizei, dass sie die besondere Schutzbedürftigkeit dieser jungen Menschen ernst nimmt", sagte Amtsberg. "Dazu gehört für mich, dass die Jugendlichen nicht nur einen Dolmetscher, sondern eine kindgerechte Betreuung erhalten, die sie adäquat über ihre Rechte aufklärt." Sie fordert zudem, dass Jugendliche mit ihren Familien zusammengeführt werden, falls diese etwa weiter nach Skandinavien gereist seien.

Falsch findet Amtsberg zudem die Begründung der Zurückweisung, wonach den Jugendlichen die Einreise aus einem sicheren Drittstaat verweigert wurde. "Würde man der Logik der Bundespolizei folgen, hätte dies für die Jugendlichen einen Dominoeffekt zur Folge, nach dem die Betroffenen von Staat zu Staat bis zurück in die Türkei geschoben werden könnten", findet Amtsberg. "Das aber hat mit dem Schutz des Kindeswohls nichts mehr zu tun."

Doch was geschieht eigentlich, wenn Minderjährige ohne Eltern an der deutschen Grenze abgewiesen werden? Nach Angaben des Wiener Innenministeriums kümmert sich in Österreich die Jugendwohlfahrt der Länder um die unbegleiteten Minderjährigen.

Die Oberösterreichische Landesregierung - dorthin kommen Zurückgewiesene etwa aus Passau - teilte der "Welt" mit, bei einem Aufgriff von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Oberösterreich werde, unabhängig davon, ob sie an der Grenze zurückgewiesen wurden, nach der Identitätsfeststellung in der Regel die örtliche Kinder- und Jugendhilfe verständigt und zudem eine kurzfristige Versorgung durch Betreuungsorganisationen wie das Rote Kreuz gewährleistet.

Falls die Minderjährigen einen Asylantrag stellen, werden laut der Landesregierung über 14-Jährige in der Regel in einer Erstaufnahmestelle betreut, bis ihr Antrag abgeschlossen ist. Danach übernehme wieder die Kinder- und Jugendhilfe, wie auch bei den Unbegleiteten unter 14 Jahren. Ähnlich wie in Deutschland genießen alle

"Weder Kinder noch Flüchtlinge" Bundespolizei rechtfertigt sich für Zurückweisung von Minderjährigen.
Niemand sei unter 16 gewesen

unbegleiteten Minderjährigen in Österreich eine besondere Betreuung - aber eben erst dann, wenn sie im Land sind.

Die Aussagen der Bundespolizei sind schon erstaunlich Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 9, 2016

End of Document

Wirtschaft forciert die Integration von Flüchtlingen; DIHK-Aktionsprogramm soll Einstieg in den Arbeitsmarkt beschleunigen. Klage über geringe Qualifikation vieler Migranten und Bürokratie

Die Welt

Mittwoch 9. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 287

Length: 677 words

Byline: Dr. Dorothea Siems

Body

Die Wirtschaft will alle Kräfte mobilisieren, um die vielen **Flüchtlinge** rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ein entsprechendes Aktionsprogramm hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vorgelegt. "**Flüchtlingen** soll möglichst früh der Einstieg insbesondere in Praktika, Einstiegsqualifizierung und berufliche Ausbildung gelingen", sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer am Dienstag in Berlin.

Die Integration der Migranten sei allerdings eine schwierige Aufgabe und werde in den meisten Fällen mehrere Jahre dauern. "Denn Flüchtlinge kommen meist nicht als Fachkräfte zu uns", sagte Schweitzer. Fehlende Deutschkenntnisse und zumeist geringe Qualifikationen seien die größten Beschäftigungshürden. Den Zuwanderern müssten darüber hinaus aber auch die hiesigen Wertvorstellungen des Grundgesetzes und die Umgangsformen im Arbeitsalltag wie etwa das selbstverständliche Zusammenarbeiten von Männern und Frauen nahegebracht werden.

Um die Integration zu forcieren, bauen die 79 Industrie- und Handelskammern jetzt ein flächendeckendes Angebot für Beratung, berufliche Orientierung und Vermittlung in Ausbildung auf. Betriebe können sich vor Ort über die rechtlichen Rahmenbedingungen informieren oder zum kulturellen und religiösen Hintergrund der Flüchtlinge. Den jungen Migranten sollen die Chancen der in Deutschland üblichen dualen Berufsausbildung aufgezeigt werden. Dazu sollen die Handelskammern die Jugendlichen an die Hand nehmen und ihnen Betriebsbesuche, Praktika, Einstiegsqualifizierungen und Lehrstellen vermitteln. Bei den Firmen gebe es eine enorme Bereitschaft anzupacken, sagte der DIHK-Chef. Es existierten jedoch noch immer zu viele bürokratische Hürden. Der Gesetzgeber müsse endlich die von der Wirtschaft geforderte Verbesserung der Duldung von Flüchtlingen während der Ausbildungszeit beschließen, forderte Schweitzer. Während der Lehrzeit sowie zwei Jahre im Anschluss sollten die jungen Migranten vor Abschiebung sicher sein.

Hinderlich ist laut DIHK auch die Regel, dass eine Ausbildung vor dem 21. Lebensjahr begonnen werden muss. Ebenso unnötig sei die im Gesetz vorgeschriebene Vorrangprüfung, nach der ein Flüchtling in den ersten 15

Wirtschaft forciert die Integration von Flüchtlingen DIHK-Aktionsprogramm soll Einstieg in den Arbeitsmarkt beschleunigen. Klage über geringe Qualifikation viel....

Monaten einen Job nur dann bekommt, wenn kein Deutscher oder EU-Bürger ihn übernehmen will. Schweitzer monierte, dass hierzulande generell die deutsche Gründlichkeit in den Ämtern übertrieben werde, was viele Betriebe, die Flüchtlingen eine Chance geben wollten, entmutige.

Dringend nötig ist aus Sicht der Wirtschaft der massive Ausbau der Sprachförderung. Vor allem an den Berufsschulen müssten hierfür mehr Lehrer eingestellt werden. Da viele Zuwanderer nur sehr geringe Schulbildung mitbrächten, müssten bewährte Instrumente wie die betriebliche Einstiegsqualifizierung oder die neue Assistierte Ausbildung für die Integration von Flüchtlingen genutzt werden. Für ältere Migranten gebe es die Möglichkeit der Teilqualifikation. Auch bieten die IHKs konkrete Hilfestellung für ausländische Existenzgründer an. Für gut qualifizierte Flüchtlinge fordert der DIHK die Möglichkeit, leichter als bisher in die reguläre Fachkräftezuwanderung zu wechseln. Ein solcher Spurwechsel ist bislang für Asylbewerber nicht möglich.

Insgesamt dämpfte Schweitzer allerdings die Erwartungen, dass mit Hilfe des starken Flüchtlingsstroms die hiesigen Fachkräftelücken geschlossen werden könnten. Vom Asylantrag bis zur vollen Integration in den Arbeitsmarkt werde es im Regelfall sieben bis zehn Jahre dauern, sagte der Unternehmer.

Man dürfe Asyl keineswegs mit der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung verwechseln. Da der deutsche Arbeitsmarkt aufgrund des hohen Lohnniveaus immer weniger Jobs für Unqualifizierte biete, gebe es keine Alternative zur möglichst guten Qualifizierung der Flüchtlinge, unterstrich der DIHK-Präsident. Derzeit sei aber nicht absehbar, wie viele der Migranten letztlich in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. "Zweifelloos ist die Bewältigung der Flüchtlingskrise die größte Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung", sagte Schweitzer.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 9, 2015

Breite Front gegen Flüchtlinge; In Brüssel und ganz Europa wird die Hilfsbereitschaft Deutschlands gelobt. In vielen Ländern ist die Ablehnung von Migranten jedoch groß, der Druck auf die Politik wächst. Ein Überblick

Die Welt

Donnerstag 27. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 199

Length: 1264 words

Byline: Stefanie Bolzen

Boris Kalnoky

Fatih Karaburun

Body

Deutschland rechnet in diesem Jahr mit bis zu 800.000 **Asylbewerbern**. Allein der Bund stellt eine Milliarde Euro bereit, damit Länder und Kommunen die Krise bewältigen können. Und Deutschland schickt **Flüchtlinge** aus Syrien nicht in deren Einreiseländer wie Italien oder Griechenland zurück, obwohl es dies rechtlich könnte. Bei den europäischen Nachbarn löst diese Großzügigkeit Erstaunen aus, aber auch Erleichterung, dass das größte und wirtschaftlich stärkste Land Europas die mit Abstand größte Anstrengung unternimmt. Denn in anderen Staaten ist weder bei der Bevölkerung noch bei den Regierungen die Bereitschaft da, **Flüchtlinge** in großer Zahl aufzunehmen. Deshalb hält der heftige Streit auf EU-Ebene an. Deutschland will durch Quoten eine verpflichtende Lastenteilung, andere Staaten aber wollen und werden das Prinzip der freiwilligen Aufnahme nicht anrühren.

Großbritannien: Scharfe Gesetze

Gerade einmal ein Prozent der syrischen Flüchtlinge, die es in den vergangenen Monaten nach Europa geschafft haben, stellte seinen Asylantrag im Königreich. Kaum 7000 sollen es bisher sein. Die Briten schotten sich mit viel Geld und Polizeieinsatz gegen den Zustrom ab. Umgerechnet zehn Millionen Euro steckt London aktuell in einen noch höheren Zaun in Calais. Dort harren seit Monaten Tausende Flüchtlinge aus, die durch den Eurotunnel auf britischen Boden zu gelangen versuchen. Mindestens zwölf Menschen sind seit Jahresbeginn dabei ums Leben gekommen.

Die meisten Asylsuchenden kommen aber weiter über die britischen Flughäfen ins Land. Deshalb hat die Regierung des konservativen Premiers David Cameron diese Woche noch einmal verschärfte Gesetze für Illegale

Breite Front gegen Flüchtlinge In Brüssel und ganz Europa wird die Hilfsbereitschaft Deutschlands gelobt. In vielen Ländern ist die Ablehnung von Migranten jedo....

vorgestellt. Und illegal bleiben die meisten Flüchtlinge für lange Zeit - wie in Deutschland brauchen die Asylverfahren Monate und Jahre. Einwanderer, die ohne Aufenthaltserlaubnis arbeiten, erwartet eine Strafe von bis zu sechs Monaten Gefängnis. Löhne werden beschlagnahmt. Geschäfte oder Kneipen, die Illegale beschäftigen, können bis zu 48 Stunden geschlossen werden. Geldstrafen für Arbeitgeber, die Illegale einstellen, gibt es schon.

Damit wollen die Briten sowohl Asylsuchende als auch jene, die aus deren Lage Profit ziehen, gleichermaßen abschrecken. "Wenn ihr illegal hier seid, dann werden wir euch daran hindern, zu arbeiten, eine Wohnung zu mieten, ein Bankkonto zu eröffnen und ein Auto zu fahren", sagte Migrationsstaatssekretär James Brokenshire. Sein Regierungschef Cameron steht durch das angekündigte Referendum über die EU-Mitgliedschaft extrem unter Druck. Denn Europas offene Grenzen und ihre Folgen sind ein Hauptargument der Anti-EU-Partei Ukip, die bereits fleißig für ein "No" Wahlkampf macht. Deshalb führt London das Lager der EU-Quoten-Gegner an.

Ungarn: Straftat Grenzübertritt

Laut Eurostat ist Ungarn das Land, das die wenigsten Asylbewerber akzeptiert. 2014 lag die Quote bei neun Prozent - der EU-Durchschnitt liegt bei 23 Prozent. Wer angenommen wird, erhält allerdings umfassende Privilegien, insbesondere das Recht zu arbeiten, eventuell auch die Staatsbürgerschaft. Nach einer Verschärfung des ungarischen Asylrechts sollen seit dem 1. August Anträge auf Asyl binnen 15 Tagen entschieden, abgelehnte Antragsteller sofort abgeschoben werden. Da die meisten Flüchtlinge über die serbische Grenze kommen, bedeutet dies eine Abschiebung nach Serbien - welches von Ungarn mittlerweile asylrechtlich zum "sicheren Land" erhoben wurde.

Da aber EU-Vorschriften es verbieten, Asylbewerber nach Antragstellung festzuhalten, ist es bislang zu keinen nennenswerten Abschiebungen gekommen. Die Antragsteller sind zumeist bereits in nördlichere EU-Länder weitergereist, für die wenigsten ist Ungarn das Ziel ihrer Odyssee. Die Regierung in Budapest erwägt, weitere Verschärfungen einzuführen, wonach illegaler Grenzübertritt zur Straftat würde, geahndet mit bis zu vier Jahren Gefängnis. Die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán weiß die Flüchtlingskrise derweil politisch für sich zu nutzen. So ließ sie unter anderem landesweit Plakate aufhängen, auf denen Slogans wie "Wenn du nach Ungarn kommst, kannst du unsere Jobs nicht wegnehmen" standen. Damit stilisierte sich Orbán einmal mehr zum Retter nationaler Interessen.

Die Zahl der Asylanträge ist für das Land mit seinen zehn Millionen Einwohnern unbestritten gewaltig. Von Januar bis Juli 2015 waren es 103.000. Seither kamen im Durchschnitt täglich mehr als 1000 weitere Anträge dazu. Zum Vergleich: Im ganzen Jahr 2012 waren es nur 2157. In jenem Jahr aber kippte der Europäische Gerichtshof die bis dahin geltende ungarische Praxis, Asylbewerber bis zur Entscheidung über ihre Anträge festzuhalten. Seither gilt Ungarn als attraktives Transitland für Migranten, die in reichere EU-Länder wollen.

Norwegen: Aufgeheizte Debatte

Zwar ist Norwegen kein EU-Land, aber der Union eng verbunden und als reiches Ölland mit einem großzügigen Sozialsystem für Zuwanderer attraktiv. Doch im Vergleich zu Schweden, das wie Deutschland einen großen Teil des aktuellen Andrangs schultert, sind die Skandinavier für die Aufnahme von Neuankömmlingen wenig aufgeschlossen. Im September finden Regional- und Lokalwahlen statt, und da wie in Deutschland auch in Norwegen Kommunen die Versorgung finanzieren müssen, ist die Stimmung aufgeheizt.

Im Frühjahr hatte die Koalition in Oslo beschlossen, in den kommenden drei Jahren zusätzlich 8000 Syrer aufzunehmen. Dies geschah gegen den Widerstand der an der Regierung beteiligten Fortschrittspartei, die nun heftig gegen die Einwanderungspolitik Stimmung macht. Parteigründer Carl I. Hagen forderte, "Europa muss das tun, was Australien getan hat: die Bootsflüchtlinge nicht reinlassen". Stattdessen sollten Flüchtlingslager "auf der anderen Seite des Mittelmeers" finanziert werden. Bei der Debatte im Osloer Parlament trug der Vizechef der Partei ein T-Shirt mit der Aufschrift "Good Journey". Angesichts dieser Polarisierung brach Ari Behn, Ehemann von Prinzessin Märtha Louise, mit der strengen Neutralität des Königshauses. "Ich bin froh, dass wir wenigstens 8000 Flüchtlinge nehmen. Wir sollten 10.000 nehmen. Und auch das ist noch eine kleine Zahl."

Breite Front gegen Flüchtlinge In Brüssel und ganz Europa wird die Hilfsbereitschaft Deutschlands gelobt. In vielen Ländern ist die Ablehnung von Migranten jedo....

Österreich: Klage gegen Brüssel

Die Alpenrepublik ist auf der Europaroute der Flüchtlinge das erste Zielland. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl ist die Zahl der Flüchtlinge der in Deutschland ähnlich. Bisher sind es rund 70.000. Aber es fehlt an Unterkünften. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat bereits die Zustände im größten Aufnahmelaager Traiskirchen bei Wien kritisiert. Mindestens 1500 Menschen harren dort im Freien aus. In ihrem Untersuchungsbericht beklagte die Organisation besonders die Zustände für Minderjährige, die derzeit "nicht ausreichend geschützt" seien.

Ähnlich wie in Deutschland gibt es große Kritik an der Politik, die sich vor dem Problem drücke. "Wir schämen uns", schreibt die linksliberale Wochenzeitung "Falter". Kanzler Werner Faymann (SPÖ) mag lediglich einräumen, dass die Zustände "humanitär nicht tragbar" seien. Das wie in Deutschland föderal strukturierte Aufnahmesystem steht vor dem Kollaps, weil es für solche Flüchtlingszahlen nicht eingerichtet ist. Die rechtspopulistische FPÖ profitiert von der Hilfslosigkeit der großen Koalition, die Partei führt alle Umfragen an, im Herbst sind mehrere Wahlen. Vehementer noch als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) forderte Faymann zuletzt die Lastenteilung per EU-Quote. Die Alpenrepublik drohte der EU-Kommission mit einer Klage, weil sie das im Vertrag von Lissabon festgelegte Prinzip der fairen Lastenverteilung verletzt sieht.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/CSABA SEGESVARI; dpa/ London News And Pictures; REUTERS/ HEINZ-PETER BADER; dpa/ Zoltan Balogh

Ein Mann kriecht durch einen Zaun an Ungarns Grenze zu Serbien; afrikanischer Migrant in Calais; britische Polizisten entdecken in Dover zwei Männer in einem Lkw; Kinder im Lager Traiskirchen bei Wien (v.l.o. im Uhrzeigersinn)

AFP/CSABA SEGESVARI; dpa/ London News And Pictures; REUTERS/ HEINZ-PETER BADER; dpa/ Zoltan Balogh

Ein Mann kriecht durch einen Zaun an Ungarns Grenze zu Serbien; afrikanischer Migrant in Calais; britische Polizisten entdecken in Dover zwei Männer in einem Lkw; Kinder im Lager Traiskirchen bei Wien (v.l.o. im Uhrzeigersinn)

AFP/CSABA SEGESVARI; dpa/ London News And Pictures; REUTERS/ HEINZ-PETER BADER; dpa/ Zoltan Balogh

Ein Mann kriecht durch einen Zaun an Ungarns Grenze zu Serbien; afrikanischer Migrant in Calais; britische Polizisten entdecken in Dover zwei Männer in einem Lkw; Kinder im Lager Traiskirchen bei Wien (v.l.o. im Uhrzeigersinn)

CSABA SEGESVARI

Zoltan Balogh

London News And Pictures

Load-Date: August 27, 2015

Breite Front gegen Flüchtlinge In Brüssel und ganz Europa wird die Hilfsbereitschaft Deutschlands gelobt. In vielen Ländern ist die Ablehnung von Migranten jedo....

End of Document

"Ihr seid willkommen hier"; Flüchtlingskrise: Auf der britischen Seite des Kanaltunnels ist die Bevölkerung gespalten - zwischen Mitfühlenden und Rechtspopulisten

Die Welt

Montag 3. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 178

Length: 888 words

Byline: Peter Stäuber

Body

Folkestone

Großbritannien und Frankreich haben ihre Partner in der EU aufgefordert, in der **Flüchtlingskrise** um den Kanaltunnel zu helfen. "Es gibt keine einfachen Lösungen - und es ist nicht Aufgabe des Vereinigten Königreichs und Frankreichs allein, diese Probleme zu lösen", schrieben die Innenminister Bernard Cazeneuve und Theresa May in einem im "Sunday Telegraph" veröffentlichten Brief. Viele der in Calais wartenden **Flüchtlinge** seien über Italien, Griechenland und andere Länder gekommen. Daher sei auch die EU als Ganzes gefordert, das Problem an der Wurzel zu packen. "Viele sehen Europa, und besonders Großbritannien, als eine Gegend an, die Perspektiven und finanziellen Vorteil bietet. Das ist nicht der Fall - unsere Straßen sind nicht mit Gold gepflastert."

Ohrenbetäubend trällern Dudelsackklänge aus dem Lautsprecher, als die Rechtsextremen vor dem Eingang des Eurotunnels aufmarschieren. Einige sind maskiert, rot-weiß, die Farben der Englandflagge. "Linker Abschaum, verschwindet von unseren Straßen!" brüllen sie den Leuten auf der anderen Straßenseite entgegen. Dort haben sich am Samstagmittag rund zwanzig Demonstranten aufgestellt, mit Plakaten, auf denen steht: "Menschen vor Profit im Eurotunnel." Der Protest soll Solidarität mit den **Migranten** zeigen, die auf der anderen Seite des Ärmelkanals festsitzen und auf eine Überfahrt nach England hoffen - doch die Demo hat prompt die Rechtsextremen von der English Defence League und von Britain First auf den Plan gerufen.

Im französischen Calais versuchten mehrere Hundert Flüchtlinge in den Eurotunnel zu gelangen, wobei ein Mann aus dem Sudan von einem Lastwagen erfasst und getötet wurde - es war der neunte Todesfall in diesem Sommer. Die gegenwärtige Krise brach Ende Juni aus, als das Personal eines französischen Fährunternehmens gegen Stellenstreichungen streikte. Einige der 3000 bis 4000 Migranten in den Camps außerhalb von Calais versuchten, auf Lastwagen zu klettern, um so die Überfahrt auf die Insel zu schaffen. Wie vielen dies gelungen ist, darüber gibt das Innenministerium keine Informationen. Die Sozialdienste in Kent haben einen Anstieg von Asylanträgen Minderjähriger gemeldet.

"Ihr seid willkommen hier" Flüchtlingskrise: Auf der britischen Seite des Kanaltunnels ist die Bevölkerung gespalten - zwischen Mitfühlenden und Rechtspopuliste....

Die britischen Behörden wie auch die Medien sind in Alarmbereitschaft. Premierminister David Cameron sprach von "Schwärmen" von Flüchtlingen, die versuchen würden, nach England zu gelangen. Eine Formulierung, für die er von Flüchtlingshilfswerken scharf kritisiert wurde, und die der Vize-Bürgermeister von Calais als rassistisch bezeichnete. Nach einer Notfallsitzung am Freitagmorgen kündigte Cameron Maßnahmen an, um die Flüchtlinge an der Grenzüberschreitung zu hindern: Zusätzliche Zäune, Patrouillen und Spürhunde sollen das Gebiet rund um die Verladestation in Coquelles besser sichern.

In der Region um Folkestone haben die Streiks in Calais in erster Linie zu Verkehrsstaus geführt. In den vergangenen Wochen steckten Lastwagenfahrer auf der M20 nach Dover bis zu 24 Stunden fest, und Urlauber beklagten sich über lange Verzögerungen am Eurotunnel. Die Staus haben sich mittlerweile etwas gelöst, und in Folkestone merkt man nichts von der Flüchtlingskrise. An diesem Wochenende liegt die kleine Stadt an der Südküste von Kent friedlich in der Sommersonne, Touristen und Anwohner - von denen über 90 Prozent weiße Briten sind - fischen oder spazieren am langen Kieselstrand entlang.

Sympathie für die Migranten findet man hier kaum - die Leute regen sich auf: Über die Einwanderer, über die Untätigkeit der eigenen Regierung, aber vor allem über die Franzosen. "Die scheren sich einen Dreck darum, dass diese Migranten nach Großbritannien kommen", sagt Ben Green und bringt damit zum Ausdruck, was hier viele denken. "Die wollen sie doch nur loswerden." Der 20-Jährige steht mit ein paar Freunden vor einer Einkaufspassage im Stadtzentrum. Wenn es nach ihm ginge, dann würde die Flüchtlingskrise mit Schusswaffen gelöst. In Folkestone beklagen sich die Leute seit Jahren, dass die Regierung zu wenig unternahme gegen die Ankömmlinge aus Frankreich. Die rechtspopulistische Ukip-Partei wurde bei der Parlamentswahl zweitstärkste Partei nach den Konservativen.

Dabei wird vergessen, dass nur ein kleiner Teil der Migranten, die es nach Europa geschafft haben, überhaupt nach Großbritannien will, sagt Zoe Grumbridge von der Stiftung Refugee Action. Während im vergangenen Jahr in Großbritannien 32.000 Asylanträge gestellt wurden, waren es in Deutschland über 200.000. Seit Januar sind weit über 100.000 Migranten über das Mittelmeer nach Europa gekommen - viele aus Krisengebieten wie Syrien und Afghanistan, andere aus ostafrikanischen Ländern wie Eritrea. "Ein Teil der Flüchtlinge, die in Calais festsitzen, erhoffen sich bessere Chancen auf dem britischen Arbeitsmarkt, weil sie Englisch sprechen oder weil sie hier Familienangehörige haben", sagt Grumbridge. Allerdings ist das Asylsystem in Großbritannien alles andere als großzügig. Die meisten Anträge werden abgelehnt, und kürzlich hat die Regierung die finanzielle Unterstützung für Asylbewerber um 30 Prozent gekürzt. Die Protestierenden vor dem Eurotunnel wollen hier gegensteuern. "Die Regierung behandelt diese Menschen auf entwürdigende Art und Weise", sagt die Lehrerin Teresa Clark. "Wir wollen den Flüchtlingen in Calais signalisieren: Ihr seid willkommen hier."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP /Getty Images

Demonstranten in Folkestone fordern eine Willkommenskultur für Flüchtlinge

AFP / Getty Images

Load-Date: August 3, 2015

Kaum mehr Abschiebungen als im Vorjahr; Innenministerium: 23.750 Fälle bis Ende November

Die Welt

Donnerstag 22. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 300

Length: 430 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Die Bemühungen, einen höheren Anteil ausreisepflichtiger Ausländer - darunter meist abgelehnte **Asylbewerber** - tatsächlich außer Landes zu bringen, zeigen nur begrenzten Erfolg. Bis Ende November wurden im laufenden Jahr nur 23.750 **Migranten** abgeschoben, wie das Bundesinnenministerium (BMI) auf Anfrage der "Welt" mitteilte.

Damit ist nur ein geringfügiger Anstieg im Vergleich zum Vorjahr feststellbar, als insgesamt 20.888 Abschiebungen durchgeführt worden waren. Darüber hinaus wurden laut BMI im laufenden Jahr 51.243 Anträge zur Förderung der freiwilligen Rückkehr im Rahmen des REAG/GARP-Programms bewilligt. 2015 waren es im gesamten Jahr nur rund 35.000.

Im April hatte Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) noch eine "Verdopplung" der Abschiebungen sowie der freiwilligen Ausreisen als "realistischen Maßstab für 2016" bezeichnet. Zu beachten ist vor allem, dass Abschiebungen und freiwillige Ausreisen 2016 wesentlich schwächer anstiegen als die Zahl der Entscheidungen über Asylanträge. In den ersten elf Monaten 2016 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 616.000 Asylentscheidungen getroffen; das sind rund 160 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Mit 63 Prozent liegt die Schutzquote (Asyl, Flüchtlings-, Subsidiär- und Abschiebungsschutz) in diesem Jahr deutlich höher als im Vorjahr (49,8 Prozent). Zusätzlich gab es laut BMI 2016 bis Ende November 1158 sogenannte Zurückschiebungen an den deutschen Grenzen. Diese Maßnahme erfolgt, wenn der Betroffene in Verbindung mit der unerlaubten Einreise angetroffen wird und nicht kenntlich macht, dass er Schutz sucht.

Aktuell leben laut Ausländerzentralregister mehr als 215.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland. Der Abschiebungsbericht der Unternehmensberatung McKinsey prognostiziert, dass die Zahl der Ausreisepflichtigen bis Ende 2017 auf "mindestens 485.000" steigen werde.

Kaum mehr Abschiebungen als im Vorjahr Innenministerium: 23.750 Fälle bis Ende November

Die Gründe für den Verbleib in Deutschland trotz bestehender Ausreisepflicht sind vielfältig. Zum einen gibt es Personen, die ohne eigenes Verschulden - etwa wegen Krankheit oder mangelnder Rücknahmebereitschaft ihrer Herkunftsstaaten - nicht ausreisen können. Ebenfalls in diesen Personenkreis fallen Familien mit Kleinkindern und Schwangere. Andere verhindern ihre Abschiebung, indem sie Krankheit vortäuschen oder ihren wahren Herkunftsstaat verheimlichen. Wenn es den Behörden nicht gelingt, Reisepapiere zu beschaffen, weil sie sich an die falschen Auslandsvertretungen wenden, bleiben diese Migranten im Land - auch wenn ihre Asylanträge in letzter Instanz abgelehnt worden sind.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 22, 2016

End of Document

Friede, Freundschaft, Eierkuchen; 2014 ließ das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Werbefilm für das Asylverfahren drehen. Ein neuer Clip dient jetzt der Abschreckung. Beide Filme sind realitätsfern. Eine Kritik von Stefan Aust

Die Welt

Montag 31. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 202

Length: 1595 words

Byline: Stefan Aust

Body

Der Film ist ein wahres Musterbeispiel für die Willkommenskultur. Produziert hat ihn, im Auftrag des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge**, die Miramedia in Hamburg Anfang 2014. Auf ihrer Homepage verkündet die Produktionsfirma, wie ihre Auftraggeber am besten "Ihre Kunden und Absatzmärkte filmisch ansprechen und erreichen können". In diesem Fall die potenziellen Kunden des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf): "Keine Lösung von der Stange, sondern individuelle Botschaften und Filme, die helfen zu überzeugen - von Ihrem Unternehmen und Ihrem Produkt."

Das zu verkaufende Produkt ist offenbar **Asyl** in Deutschland. Deshalb wurde der Film auch in alle Sprachen potenzieller Kunden übersetzt, darunter Albanisch, Arabisch, Russisch, Arabisch, Dari, Farsi, Patschu und Serbisch. Er schildert in 17 Minuten die fiktive Fluchtgeschichte eines jungen **Asylsuchenden** aus Irak, gespielt von einem Schauspieler, und wird laut Homepage des Produzenten überall in Deutschland zur Beratung von **Asylsuchenden** eingesetzt. Im weltweiten Netz wird er zum Werbefilm für das gelobte Deutschland.

Der Hauptdarsteller, ein gut aussehender junger Mann mit gepflegtem Dreitagebart, erscheint bei bestem Wetter munteren Schrittes vor der Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende, er ist offenbar der Einzige, der an diesem Tag Asyl sucht, nicht einer von Hunderten oder Tausenden, wie man es aus dem Fernsehen kennt. Er sagt: "Mein Name ist Abbas, ich komme aus dem Irak. In meiner Heimat kann ich nicht mehr leben. Ich würde dort verfolgt und meine Familie bedroht. Daher möchte ich in Deutschland Asyl beantragen, und ich hoffe, hier ein sicheres Leben zu führen." Der fiktive Flüchtling sagt nichts darüber, wie er bis hierher gekommen ist. Nur: "Bei meiner Ankunft in Deutschland habe ich mich gleich an eine Polizeidienststelle gewandt." Dann habe man ihn noch einmal auf eine weite Zugfahrt zu einer Aufnahmeeinrichtung geschickt. Eine Karte wird eingeblendet, auf der diese verzeichnet sind.

Friede, Freundschaft, Eierkuchen 2014 ließ das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Werbefilm für das Asylverfahren drehen. Ein neuer Clip dient jetzt

Abbas wird von einer blonden Mitarbeiterin im FdJ-blauen Hemd freundlich begrüßt: "Guten Morgen, wie kann ich Ihnen helfen, haben Sie Dokumente dabei? Documents?" Abbas zeigt ihr seine Bescheinigung und wird in die "Erstaufnahmeeinrichtung" geführt, wo er von zwei Mitarbeitern per Handschlag freudig begrüßt wird. Einer spricht sogar seine Sprache.

Man überreicht ihm eine durchsichtige Plastiktüte mit Klopapier und anderen Hygieneartikeln sowie Bettwäsche und geleitet ihn zu seinem Zimmer. Dort sind noch zwei oder drei andere Asylbewerber, alles junge Männer, untergebracht. Einer von ihnen spricht seine Sprache und bietet Hilfe an. Im Zeitraffer ziehen Wolken durch die Abendstimmung. Abbas schläft: "Ich bin froh, nach meiner langen Reise endlich ein Dach über dem Kopf zu haben."

Am nächsten Tag meldet Abbas sich in der zentralen Ausländerbehörde als Asylsuchender. Er wird gemessen und fotografiert. Eine Mitarbeiterin stellt eine neue Bescheinigung aus, seinen Ausweis für die erste Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung. Dann wird er zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschickt. "Dort muss ich als nächstes meinen Asylantrag stellen. Einen Termin dafür bekomme ich zugeschickt", spricht Abbas im Off-Ton.

"Obwohl die Mitarbeiterin meine Sprache nicht spricht und ich nur ein paar Worte Englisch kann, schaffen wir es trotzdem, uns zu verständigen". Die heile Welt des Bamf:

Mitarbeiterin: "Wait in the waiting room "

Abbas: "Ok."

Mitarbeiterin: "No problem."

Ohne größere Wartezeit wird Abbas von einem Arzt mit langem grauen Hippiezopf untersucht. Abbas strahlt: "Bei mir ist zum Glück alles in Ordnung, ich bin gesund." Jetzt wird er zu Tisch gebeten. Auch hier ist alles vom Besten. Abbas stellt fest: "Bei der Zubereitung der Gerichte wird auf religiöse Speisevorschriften Rücksicht genommen."

Streitigkeiten unter politisch oder religiös unterschiedlichen Asylbewerbern gibt es nicht. Es reißt auch niemand Seiten aus einem Koran und spült sie in der Toilette herunter, was zu heftigen Auseinandersetzungen bis hin zum Mordversuch führt. Und auch sonst ist alles Friede, Freundschaft, Eierkuchen. Er freut sich, hier andere Asylsuchende kennenzulernen. Schon nach etwa einer Woche bekommt er einen Termin für seine Antragstellung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Er meldet sich bei einer freundlichen Pförtnerin im Blauhemd.

Ein Dolmetscher ist dabei. Abbas bekommt gesagt, dass er für die Dauer seines Asylverfahrens in Deutschland bleiben kann. Dazu einen Zettel, auf dem - mehrsprachig übersetzt - Namen und Adressen von Organisationen stehen, an die er sich wenden kann. Abbas sagt: "Das hilft mir sehr."

Danach nimmt eine Mitarbeiterin seine Daten auf. Außerdem nimmt sie seine Fingerabdrücke. Abbas erfährt: "Sie werden genommen, um meine Identität zu sichern und zu überprüfen, ob ich bereits in einem anderen europäischen Land oder schon früher einmal in Deutschland Asyl beantragt habe. In Europa gilt die Regel, dass immer das Land für mich zuständig ist, in dem ich zuerst angekommen bin. Daher werden meine Informationen im Computer mit internationalen Datenbanken abgeglichen."

Die Frage, wie Abbas denn nach Deutschland gekommen ist, wird wieder ausgeklammert. Da die Bundesrepublik nur von sogenannten sicheren Drittstaaten umgeben ist, muss er eines passiert haben. Falls er mit dem Flugzeug angekommen sein sollte, wäre er schon dort der Asylbürokratie in die Hände gefallen. Er muss also direkt vom Himmel gefallen sein.

Fehlt noch die Anhörung. "Dort kann ich erzählen, warum ich in Deutschland Asyl beantragen möchte", sagt Abbas. Er nutzt die Zeit, um andere Asylsuchende besser kennenzulernen und mehr über Deutschland zu erfahren. Dazu spielt er Tischtennis und blättert auf einer Parkbank in einem Atlas. Dann geht es zur Anhörung. Er ist gespannt, was ihn erwartet: "In meiner Heimat habe ich mit Behörden weniger gute Erfahrungen gemacht. Wie wird es hier sein?"

Friede, Freundschaft, Eierkuchen 2014 ließ das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Werbefilm für das Asylverfahren drehen. Ein neuer Clip dient jetzt

Eine Entscheiderin des Bundesamtes, eine junge, gut aussehende Frau, wird seinen Asylantrag bearbeiten. Sie bietet ihm ein Glas Wasser an.

"Wie geht es Ihnen, Herr Abbas?"

"Gut."

"Haben Sie sich schon gut eingelebt in Deutschland?"

"Ja, sogar ich etwas Deutsch gelernt habe."

"Sie fühlen sich gesundheitlich in der Lage, diese Anhörung heute durchzuführen?"

"Ja, ich hab keine Probleme."

"Herr Abbas, bitte berichten Sie mir jetzt alle Gründe, warum Sie Ihr Heimatland verlassen haben. Ich bin die Person, die über Ihren Asylantrag ."

Abbas Stimme erklärt aus dem Off: "Dann bittet sie mich, meine Fluchtgeschichte zu erzählen und alle Belege für meine Schilderungen vorzulegen."

" alles streng vertraulich."

Abbas im Film: "Jetzt ist es soweit. Ich muss über das sprechen, was ich eigentlich für immer vergessen wollte. Aber die Entscheiderin beruhigt mich mit ihrer freundlichen Art und gibt mir Sicherheit."

Zögern und etwas stotternd berichtet Abbas nun auf Arabisch über seinen Leidensweg. Der Dolmetscher übersetzt: "Ich möchte in Deutschland Asyl beantragen, weil ich in meinem Heimatland verfolgt wurde. Die Situation war so schlimm, sodass ich um mein Leben fürchten musste." Abbas sagt: "Die Entscheiderin wird nach der Anhörung ein paar Wochen Zeit brauchen, um ihren Bericht zu schreiben. Per Post bekomme ich dann eine Mitteilung, wie es ausgegangen ist. Damit ist aber noch nichts endgültig entschieden. Ich kann gegen den Bescheid auch gerichtlich vorgehen. Jetzt bin ich erleichtert, es war überhaupt nicht so schlimm, wie ich es mir vorgestellt habe. Ich habe nun erst mal alles getan, um in Deutschland Asyl zu bekommen."

Im Film geht Abbas jetzt erst einmal am Strand der Elbe spazieren. Er fasst noch einmal die Etappen seiner Asylbewerbung zusammen. Dann blickt er in die untergehende Sonne. Ein Nachspann läuft: "Bei den in diesem Film gezeigten Schutzsuchenden handelt es sich um Schauspieler mit einer erfundenen Fluchtgeschichte. Alle zu sehenden Situationen wurden gestellt, um den Prozess des Asylverfahrens zu zeigen." Der Film stammt aus dem November 2014, Auftraggeber ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kofinanziert wurde er vom Europäischen Flüchtlingsfonds.

Soweit die Theorie, hochauflösend dargestellt in einem Werbefilm. Die Praxis ist jeden Tag im Fernsehen zu sehen. Welcome to Germany. Hier werden Sie geholfen! Da wollte das Bundesinnenministerium offenbar nicht ganz tatenlos zuschauen.

Diesen Sommer ließ es einen eigenen Film herstellen. Der warnte einen Teil der Adressaten des Willkommensfilms vor der Einreise. Darin wird eine Gruppe von Flüchtlingen bei Regenwetter von Beamten in einen Polizeibus begleitet. Die Suche nach Arbeit, heißt es in dem Film, werde in Deutschland nicht als Asylgrund anerkannt, und die Wahrscheinlichkeit für Menschen aus dem Westbalkan, in Deutschland Asyl zu erhalten, sei äußerst gering. Wer das Land nach Ablehnung des Asylantrages nicht verlasse, müsse damit rechnen, "zwangsweise und gegebenenfalls in Begleitung durch die Polizei abgeschoben zu werden".

Dabei sieht man unter anderem eine Familie mit zwei kleinen Kindern bei der Sicherheitskontrolle am Flughafen. "Die hohen Kosten der Abschiebung von meist vielen Tausend Euro werden dann dem Abgeschobenen in

Friede, Freundschaft, Eierkuchen 2014 ließ das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Werbefilm für das Asylverfahren drehen. Ein neuer Clip dient jetzt

Rechnung gestellt und können noch nach vielen Jahren eingefordert werden", warnt die Stimme aus dem Off. "Ruiniere Sie nicht sich und Ihre Familie."

Der Film mit dem Titel "Rückführung in die Westbalkanstaaten" steht ebenfalls in mehreren Sprachen auf der Internetseite des Bundesinnenministeriums. Verglichen mit der derzeitigen Abschieberealität ist dieses Abschreckungsvideo genauso unrealistisch.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

BAMF(5)

Der Demonstrationsfilm zum Ablauf des Asylverfahrens zeigt einen einsamen Flüchtling, der von freundlichen Mitarbeitern bei der Abgabe seines Antrags und bei der Unterbringung in einem Heim unterstützt wird (von oben)

BAMF(5)

Der Demonstrationsfilm zum Ablauf des Asylverfahrens zeigt einen einsamen Flüchtling, der von freundlichen Mitarbeitern bei der Abgabe seines Antrags und bei der Unterbringung in einem Heim unterstützt wird (von oben)

BAMF(5)

Der Demonstrationsfilm zum Ablauf des Asylverfahrens zeigt einen einsamen Flüchtling, der von freundlichen Mitarbeitern bei der Abgabe seines Antrags und bei der Unterbringung in einem Heim unterstützt wird (von oben)

BAMF(5)

Der Demonstrationsfilm zum Ablauf des Asylverfahrens zeigt einen einsamen Flüchtling, der von freundlichen Mitarbeitern bei der Abgabe seines Antrags und bei der Unterbringung in einem Heim unterstützt wird (von oben)

BAMF(5)

Der Demonstrationsfilm zum Ablauf des Asylverfahrens zeigt einen einsamen Flüchtling, der von freundlichen Mitarbeitern bei der Abgabe seines Antrags und bei der Unterbringung in einem Heim unterstützt wird (von oben)

BAMF

BAMF

BAMF

BAMF

BAMF

Load-Date: August 31, 2015

Wo Deutschland wächst; Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik: Im Jahr 2015 kamen mehr als zwei Millionen Zuwanderer - vor allem Flüchtlinge. 860.000 Ausländer zogen allerdings wieder weg

Die Welt

Dienstag 22. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 69

Length: 559 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Im vergangenen Jahr sind knapp zwei Millionen Ausländer nach Deutschland gekommen, gleichzeitig verließen rund 860.000 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit das Land, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden auf Basis vorläufiger Zahlen mitteilte. Damit lag der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, bei 1,14 Millionen. Das ist der höchste jemals gemessene Wanderungsüberschuss von Ausländern in der Geschichte der Bundesrepublik. Wie viele der Zuwanderer **Flüchtlinge** waren, lässt die Statistik offen.

Insgesamt hat sich die Zahl der registrierten Ausländer im Jahresverlauf von 8,15 auf 9,11 Millionen erhöht. Mehr waren es nie seit der Einführung des Ausländerzentralregisters im Jahr 1967.

Allerdings muss nach Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes davon ausgegangen werden, dass sowohl die Ergebnisse der Wanderungsstatistik als auch die der Ausländerstatistik für 2015 niedriger liegen als die tatsächlichen Zahlen, da nicht alle Flüchtlinge und Migranten zeitnah registriert wurden.

Gunter Brückner, der im Bundesamt für die Ausländerstatistik zuständig ist, sagt gegenüber der "Welt": "Die zwei Millionen beschreiben die Untergrenze. Wir wissen, dass die tatsächliche Zahl der Ausländer und Zugewanderten höher liegt, wir wissen aber nicht wie hoch genau."

So seien möglicherweise Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt worden, bevor sie in Erstaufnahmeeinrichtungen, Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge oder durch die Bundespolizei registriert werden konnten. Die statistischen Landesämter veröffentlichten am Montag ebenfalls Rekordzahlen für ihre Zuständigkeitsbereiche. So wurden in Berlin bis zum Jahresende rund 100.000 Zuzüge von Ausländern registriert - so viele wie noch nie seit Beginn der Statistik. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen lebten Ende 2015 knapp 2,3 Millionen Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das waren etwa 196.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Wo Deutschland wächst Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik: Im Jahr 2015 kamen mehr als zwei Millionen Zuwanderer - vor allem Flüchtlinge. 860.000 Auslän....

Neben dem bundesweiten Anstieg der Zuzüge um etwa 49 Prozent brachte das Jahr auch eine strukturelle Änderung der Zuwanderung mit sich: Während in den vergangenen Jahren bis 2014 die Migration zum großen Teil durch die Zunahme der Wanderungsbewegungen mit anderen EU-Ländern bestimmt war, wird dies laut dem Statistikamt nun überlagert durch die Zuwanderung von Schutzsuchenden. Ausführliche Ergebnisse zum Stand des Ausländerzentralregisters und zur Anzahl der Asylsuchenden werden allerdings erst am 29. März veröffentlicht.

Nach Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BamF) kamen im vergangenen Jahr etwa eine Million Schutzsuchende nach Deutschland, das waren mehr als in den Jahren von 1953 bis 1989 zusammen. Von der Einführung des gesetzlich geregelten Asylverfahrens im Jahr 1953 bis zum Fall der Berliner Mauer kamen insgesamt 0,9 Millionen Schutzsuchende.

In den 24 Jahren von 1990 bis 2014 waren es insgesamt rund 3,2 Millionen. Der starke Zuzug führte dazu, dass Deutschland 2015 mehr neue Bewohner durch Einwanderung als durch Geburten bei den Einheimischen hinzugewann.

Der für 2015 im Rahmen der Wanderungsstatistik ermittelte Wanderungssaldo von 1,14 Millionen beruht auf einer erstmals vorgenommenen Schnellschätzung. Grundlage sind geprüfte Verwaltungsdaten für Januar bis August 2015 und Schätzungen für September bis Dezember.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 22, 2016

**So wird in Europa abgeschoben; Deutschland debattiert über
Rückführungen straffällig gewordener Asylsuchender. In anderen Ländern
der EU ist man deutlich weiter**

Die Welt

Mittwoch 20. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 16

Length: 1888 words

Body

Europa ächzt unter dem nicht enden wollenden **Flüchtlingsstrom**. Willkommenskultur trifft auf überlastete Kommunen, die gesellschaftspolitische Stimmung droht von Hilfsbereitschaft und Großzügigkeit in Ablehnung und offene Feindschaft zu kippen. Die Europäer gehen unterschiedlich mit der Krise um. Von Totalverweigerung bis zu weit offenen Grenzen, von völkerrechtswidriger Praxis bis zur Überstrapazierung geltender EU-Richtlinien und Gesetze. Viele Länder wollen die **Flüchtlinge** abschieben. Doch in vielen Fällen ist das rechtlich gar nicht möglich. Ein europäischer Überblick.

Schweiz

Regierungsdelegationen aller europäischen Staaten holen sich ihre Inspiration in Sachen Abschiebepaxis gern in der Schweiz. Von der Schweiz lernen, heißt zügig abschieben lernen. Schon seit 2012 gibt es dort ein beschleunigtes Verfahren. Die eidgenössischen Behörden machen bei Immigranten aus Staaten, die als sichere Herkunftsländer gelten, nicht viel Aufhebens. Über Menschen aus den Balkanstaaten oder aus Georgien wird innerhalb von 48 Stunden entschieden. So schreibt es das Gesetz vor. In der Praxis dauert es zumeist länger, aber nicht viel. Das Bundesamt für Migration gibt die durchschnittliche Verfahrensdauer mit anderthalb Monaten an. 2015 beantragte die Schweiz 3500 Überstellungen nach Italien, 580 nach Deutschland und 1000 nach Ungarn. Zwischen 2009 und 2013 schob die Schweiz 17.000 Asylsuchende in einen anderen Staat ab, der gemäß des Dublin-Abkommens gezwungen ist, den Flüchtling zurückzunehmen, weil er dort zuerst europäischen Boden betreten hat. Das waren der EU-Behörde Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zufolge 16 Prozent aller in diesem Zeitraum Asylsuchenden. Deutschland verwies im gleichen Zeitraum 15.000 Asylsuchende in einen anderen Dublin-Staat - das waren fünf Prozent aller Asylsuchenden. Asylanträge von Nordafrikanern oder Asylsuchenden aus Westafrika werden im sogenannten Fast-Track-Verfahren behandelt, das zwischen 35 und 65 Tagen dauern kann. Die schnelle Abwicklung eindeutiger Fälle hat zwei positive Folgen: Erstens versuchen es Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern in der Schweiz gar nicht mehr, und zweitens haben die Beamten mehr Zeit für die berechtigten und zum Teil langwierigen Fälle wie Asylanträge aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Eritrea. In diesen Regelverfahren dauert es vom eingereichten Antrag bis zum Beschluss durchschnittlich etwa

So wird in Europa abgeschoben Deutschland debattiert über Rückführungen straffällig gewordener Asylsuchender. In anderen Ländern der EU ist man deutlich weiter

400 Tage. Aber das ist den Schweizern auch noch viel zu lange. Durch Zusammenlegungen in Auffanglagern soll die Dauer von Regelverfahren nun deutlich verkürzt werden. Die Schweiz ist der Abschiebe-Champion. In der Wahl ihrer Mittel ist sie nicht zimperlich.

Österreich

Rund 90.000 Asylbewerber sind im vergangenen Jahr nach Österreich gekommen. So soll das aber nicht weitergehen, weshalb die Kontrollen an den Grenzen intensiviert werden sollen. Langfristig will Österreich dazu übergehen, dass Asylanträge an den EU-Außengrenzen oder - noch besser - außerhalb der EU gestellt werden, um Immigranten gar nicht erst im Land zu haben, während die Berechtigung zum Asyl geprüft wird.

Die konservative ÖVP erwägt eine "kapazitätsorientierte Obergrenze", da kursiert die Zahl 100.000 pro Jahr. Die Sozialdemokraten lehnen eine solche Obergrenze ab. Bundeskanzler Werner Faymann hält eine Begrenzung für nicht vereinbar mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Asyl sei "ein Recht, kein Gnadenakt". ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz ist anderer Meinung: "Das wäre vielleicht sogar ein Treiber für eine europäische Lösung", sagte er im ZDF-"heute-journal". Für Österreich sei klar, dass sich die Situation vom vergangenen Jahr so nicht wiederholen könne. "Das überfordert uns massiv." Knapp 8000 Asylsuchende haben Österreich im vergangenen Jahr wieder verlassen, teilweise unfreiwillig. 1740 wurden zwangsweise in ihre Heimatländer abgeschoben, 1300 aufgrund der Dublin-Regelung in ein anderes Schengenland gebracht. Etwa 5000 Menschen zogen freiwillig weiter, vor allem nach Deutschland. 70 Prozent der Flüchtlinge kamen 2015 aus Afghanistan, dem Irak oder Syrien und können nicht in ihre Heimat abgeschoben werden, weil dort Krieg herrscht oder sie Verfolgung und Repression fürchten müssen. Das Wiener Innenministerium rechnet vor, dass nur ungefähr zehn Prozent der Asylsuchenden tatsächlich abgeschoben werden können - der Rest bleibt.

Frankreich

Regelmäßig wird Frankreich vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für seine Abschiebep Praxis verurteilt. Unlängst erst wieder, weil zwei Sudanesen in ihre Heimat ausgeflogen wurden. Einen Abschiebungsbescheid bekommt, wer sich illegal im Land aufhält, darunter jedes Jahr etwa 50.000 Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wird. Nur fünf Prozent von ihnen werden tatsächlich in Polizeibegleitung ins Flugzeug gesetzt, und das allein kostet den Steuerzahler eine Milliarde Euro pro Jahr. 15.161 Menschen sind 2013 abgeschoben worden, 7,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Knapp 5000 haben das Land freiwillig wieder verlassen. Für das Jahr 2016 hat sich Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve 16.000 Abschiebungen als Ziel gesetzt. Von Menschenrechtsorganisationen wird beklagt, dass illegale Einwanderer teils mit ihren minderjährigen Kindern immer noch in Abschiebezentren festgehalten werden, damit sie sich ihrer Abschiebung nicht entziehen können. Wer das versucht, wird bei der zweiten Abschiebung mit brachialer Gewalt abgeführt: Handschellen, verbundene Beine, Helm auf dem Kopf. Erst im August vergangenen Jahres ist ein 51-jähriger Algerier, der seit 18 Jahren in Frankreich lebte, beim Transport zum Flughafen unter ungeklärten Umständen gestorben.

Spanien

Seit 2010 nimmt Spanien in Zusammenarbeit mit der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex Abschiebungen von illegalen Einwanderern vor. Bis Ende 2014 (neue Zahlen liegen noch nicht vor) wurden insgesamt 26.291 Menschen in ihre Heimatländer abgeschoben, 250-mal wurde ein Flugzeug gechartert - eine große Belastung für den Staatshaushalt. Abgeschoben werden abgelehnte Asylsuchende und Nicht-EU-Einwanderer hauptsächlich aus Kolumbien, Ecuador und Pakistan. Spanien ist EU-weit auch führend, was die Zurückweisung von potenziellen Einwanderern an den Außengrenzen, insbesondere an den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla angeht. Dort handelt es sich zu 97 Prozent um marokkanische Staatsbürger, die versuchen, nach Spanien zu gelangen. Spanien hat sich der EU gegenüber dazu verpflichtet, 19.000 Flüchtlinge, hauptsächlich Syrer, die an den griechischen und italienischen Küsten gestrandet sind, aufzunehmen. Gerade einmal 18 sind bisher im Land. "Das ist ein beschämendes Zeugnis für Spanien, weil wir den Flüchtlingen nichts bieten, daher gehen sie lieber nach Deutschland", heißt es bei der jesuitischen Nichtregierungsorganisation SJM.

Skandinavische Länder

So wird in Europa abgeschoben Deutschland debattiert über Rückführungen straffällig gewordener Asylsuchender. In anderen Ländern der EU ist man deutlich weiter

Schweden, das im vergangenen Jahr 162.000 Asylsuchende aufgenommen hat, weist Personen aus, deren Antrag abgelehnt worden ist, weil sie straffällig geworden oder aus einem sicheren Herkunftsland gekommen sind. Seit dem 3. Januar 2016 hat Schweden Grenzkontrollen eingeführt und weist Personen ohne gültige Ausweispapiere direkt ab.

Nach Angaben der Einwanderungsbehörde stehen derzeit 22.000 Personen auf der Abschiebeliste. Die Hälfte von ihnen kam 2015 nach Schweden. Tatsächlich wurden in den vergangenen vier Jahren allerdings nur zwischen 3000 und 4000 Personen jährlich in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Der Grund für die niedrige Abschiebezahl: Personen, deren Asylanträge abgelehnt worden sind, tauchen oftmals unter. Außerdem gibt es mit einigen Herkunftsländern wie etwa Afghanistan derzeit keine Abkommen über die Rücknahme von Flüchtlingen, sodass diese Personen trotz Abschiebebeschluss im Land bleiben können. In Schweden und Finnland gilt, dass Asylsuchende, die wegen Straftaten zu einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden sind, abgeschoben werden. In allen nordeuropäischen Ländern werden die Abschiebungen in der Regel mit gecharterten Flugzeugen oder Linienmaschinen vorgenommen. Die abgewiesenen Personen werden bis zur Ankunft in ihrem Herkunftsland von Polizisten begleitet.

Italien

"Clandestini" ist einer der Ausdrücke, die zurzeit in jeder Fernsehsendung in Italien zu hören sind. Konservative Politiker schimpfen über die Welle an "illegalen Einwandern" und fordern eine rigorose Abschiebung. Doch obwohl die Rhetorik scharf ist und die Regeln klar sind, wird im Schnitt weniger als die Hälfte der "Clandestini" in ihre Heimat zurückgebracht. "Zwischen Gesetz und Praxis muss man in Italien unterscheiden", sagt Christopher Hein, Sprecher des Flüchtlingshilfswerks Consiglio Italiano per i Rifugiati (CIR). Wer aus Drittstaaten in Italien ohne gültige Papiere einreist oder wessen Asylantrag endgültig abgelehnt wird, der erhält einen Ausreisebefehl. Ihm wird eine Frist von 30 Tagen gesetzt, um freiwillig das Land zu verlassen. Lässt er das Ultimatum verstreichen, wird er mit Polizeigewalt aus dem Land geschafft. So weit die Theorie. Die alltägliche Praxis sieht anders aus. Damit ein Migrant abgeschoben werden kann, muss ihm sein Herkunftsland ein Reisepapier ausstellen. Während das mit Ägypten, Marokko und Tunesien hervorragend klappt, stellen sich Algerien oder Nigeria quer. Und das, obwohl Italien mit den beiden Ländern Rückführungsabkommen geschlossen hat. Noch schwieriger ist es mit all den Staaten, mit denen es überhaupt keine Vereinbarung gibt, beispielsweise mit Gambia.

Nach Angaben von Giovanni Pinto, dem Leiter der Zentraleinheit Immigration und Grenzschutz, hat Italien 2015 von Januar bis November insgesamt 70 Flüge veranlasst. Knapp 12.000 von 26.000 illegalen Einwanderern seien abgeschoben worden, sagte Pinto im Parlament. Einen diplomatischen Hebel, um die Quote zu erhöhen, hat Italien nicht. Um die Herkunftsländer dazu zu bewegen, die Migranten zurückzunehmen, könnte Italien entweder damit drohen, die Entwicklungshilfe zu kürzen, oder sich die Zustimmung mit Einreiseerlaubnissen erkaufen.

Großbritannien

Im Jahr 2014 schoben die britischen Behörden fast 39.000 Menschen ab. 6788 von ihnen waren Asylsuchende. Insgesamt wurden nur 252 Personen auf Grundlage des Dublin-Abkommens in den EU-Staat abgeschoben, in den sie zuerst eingereist waren.

60 Prozent der Migranten kamen aus asiatischen Ländern, hauptsächlich aus Indien, Pakistan und China. Die Briten schoben zudem mehr als 5000 Personen ab, die eine Straftat begangen hatten.

Die Statistiken des Innenministeriums belegen, dass die Zahl der Abschiebungen seit 2004 um fast 15.000 Menschen angestiegen ist. Allerdings weisen Migrationsforscher darauf hin, dass das Ministerium seither die Datensammlung verändert hat und jetzt auch Personen in die Statistik einschließt, die das Königreich nach einer Aufforderung zur Ausreise freiwillig verlassen haben.

Die Zahl der Asylsuchenden benennt das Innenministerium derzeit mit 47.000. Zuletzt musste die zuständige Grenzschutzagentur zugeben, dass rund 10.000 Asylsuchende vom Radar verschwunden sind, weil sie sich nicht mehr wie vorgeschrieben bei den Einwanderungsstellen melden. Und obwohl die britische Regierung sich nicht an

So wird in Europa abgeschoben Deutschland debattiert über Rückführungen straffällig gewordener Asylsuchender. In anderen Ländern der EU ist man deutlich weiter

der Aufnahme von Flüchtlingen in der EU beteiligt, ist auch hierzulande die Zahl der Asylanträge in die Höhe geschellt: Im Oktober 2014 gingen 5000 Anträge ein, doppelt so viele wie noch im Februar 2014.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

pa/Patrick Seeger; Oli Scarff WPA Pool /Getty Images

Abgelehnte Asylbewerber steigen am Baden-Airpark in Rheinmünster im Rahmen einer Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien in ein Flugzeug (l.). Bei einer Razzia entdecken englische Polizisten illegale Migranten (r.). Auch sie werden abgeschoben

pa/Patrick Seeger; Oli Scarff WPA Pool /Getty Images

Abgelehnte Asylbewerber steigen am Baden-Airpark in Rheinmünster im Rahmen einer Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien in ein Flugzeug (l.). Bei einer Razzia entdecken englische Polizisten illegale Migranten (r.). Auch sie werden abgeschoben

Patrick Seeger

Photo by Oli Scarff WPA Pool /

Load-Date: January 20, 2016

Flüchtlingsstrom reißt nicht ab Neue Route über Marokko?; Migranten werden vom EU-Türkei-Abkommen kaum abgeschreckt. CDU-Vize Thomas Strobl sieht trotzdem "außerordentlichen Erfolg". Ausweichbewegungen über nordafrikanische Exklaven drohen

Die Welt

Montag 21. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 68

Length: 621 words

Byline: Robin Alexander

Alfred Hackensberger

Body

Ungeachtet der drohenden Rückführung in die Türkei haben am Sonntag Hunderte **Flüchtlinge** die Überfahrt auf griechische Inseln riskiert. Nach Angaben der Regierung in Athen wurden seit Samstag 875 Neuankömmlinge gezählt. Mehrere **Flüchtlinge** erklärten nach ihrer Ankunft auf Lesbos, sie wüssten um das seit Mitternacht geltende EU-Türkei-Abkommen. Dennoch wollten sie versuchen, nach Deutschland oder in andere europäische Staaten weiterzukommen.

Eine neue Route für Flüchtlinge nach Europa könnte jetzt über die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta in Marokko führen. Die Städte mit jeweils etwa 80.000 Einwohnern gehören nicht zum Schengen-Raum. Trotzdem sind sie ein Stück Europa im äußersten Norden Afrikas und damit der große Anziehungspunkt für Tausende von Flüchtlingen.

Seit über einem Jahr befinden sich unter den Migranten auch vermehrt Menschen aus Syrien. 2013 wurden in Melilla nur 250 Asyl suchende Syrer registriert. 2014 stieg die Zahl auf 3092 und im vergangenen Jahr bis September auf 5700. Danach ging der Ansturm zurück, da der Weg über die Türkei und Griechenland populärer wurde.

Nachdem nun die Balkanroute geschlossen wurde, geht in Spanien die Angst um, dass sich syrische Flüchtlinge dieses Nadelöhr suchen. "Wenn eine Tür geschlossen ist, suchen sie eine andere", warnte Innenminister Jorge Fernández Díaz bereits vor dem Abschluss des EU-Abkommens mit der Türkei in einem Interview mit dem nationalen Fernsehsender RTVE. "Spanien muss weiter auf dem Wachtposten bleiben und weitsichtig sein." Der

Flüchtlingsstrom reißt nicht ab Neue Route über Marokko? Migranten werden vom EU-Türkei-Abkommen kaum abgeschreckt. CDU-Vize Thomas Strobl sieht trotzdem "außer....

Minister befürchtet, die westliche Mittelmeerroute von Marokko nach Spanien könnte erneut in großem Ausmaß genutzt werden.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Thomas Strobl, sieht in dem EU-Türkei-Plan gleichwohl einen "außerordentlichen Erfolg", weil es nun gelinge, "das Unwesen der Schlepper und Schleuser auch in der Ägäis zu beenden". Der "Welt" sagte Thomas Strobl: "Nachdem es uns schon gelungen ist, in den Westbalkanstaaten den Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen, wird dies ein zweiter entscheidender Schlag gegen die internationale organisierte Kriminalität."

Mit der Einigung in Brüssel würde auch die Zustimmung der Bevölkerung zur Flüchtlingspolitik Angela Merkels wieder steigen, prophezeit Strobl: "Wir haben eine spürbare und nachhaltige Reduzierung der Flüchtlingszahlen versprochen, und das liefern wir jetzt. Deshalb werden die Werte für die CDU wieder ansteigen." Wenn die illegale Migration über die Ägäis tatsächlich zum Erliegen kommt, würden stattdessen Flüchtlinge auf legalem Wege in die EU kommen. Es dürfe allerdings nicht Deutschland allein sein, das dann auf diesem Wege Flüchtlinge aufnehme, mahnte Strobl: "Das ist eine europäische Herausforderung, und deshalb muss es eine europäische Antwort geben. Einen Alleingang Deutschlands in der Kontingentfrage schließe ich aus." Angaben zur Höhe eines deutschen Kontingents lehnte Thomas Strobl ab: "Beim Thema Obergrenze sind schon andere in eine Falle getappt. Das beabsichtige ich nicht zu tun. Aber klar ist: Es werden spürbar weniger sein, als im vergangenen Jahr zu uns gekommen sind."

Die EU und die Türkei hatten vereinbart, dass alle ab dem 20. März in Griechenland ankommenden Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschickt werden, nachdem sie registriert und ihre Asylanträge aufgenommen sind. Im Gegenzug hat die EU zugesagt, syrische Flüchtlinge direkt aus der Türkei zu übernehmen. Am Samstag hatten die Behörden auf Lesbos damit begonnen, Migranten aufs Festland zu bringen, um Platz zu schaffen für die Neuankömmlinge, die nach der neuen Vereinbarung erst einmal auf der Insel bleiben müssen. Dafür hat Lesbos eine Aufnahmekapazität von 3500 Personen. Siehe Kommentar, Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 21, 2016

Jobwunder bei Migranten bleibt aus; Syrer und Iraker integrieren sich laut Studie schlecht in den deutschen Arbeitsmarkt

Die Welt

Samstag 30. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 25

Length: 1313 words

Byline: Thomas Exner

Body

Statt ein neues Wirtschaftswunder zu entfachen, dürfte der starke Zustrom an **Flüchtlingen** in den nächsten Jahren eher für eine deutliche Belastung der Sozialkassen sorgen. Denn viele **Flüchtlinge** werden wahrscheinlich auf Jahre hinaus kaum eine Chance haben, aktiv am deutschen Arbeitsmarkt teilzunehmen. Das legen Auswertungen von Statistiken des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nahe. Insbesondere Zuwanderer aus Syrien tun sich demnach schwer, Beschäftigung und damit eigenes Einkommen zu finden.

Generell ist die Beschäftigungsquote der Ausländer in Deutschland in den vergangenen Jahren nach den Zahlen des IAB zwar merklich gestiegen - von 43,2 Prozent Ende 2010 auf 48,2 Prozent Ende November vergangenen Jahres. Dies ist auch eine Folge der guten Konjunktur und der damit verbundenen erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings geht der positive Trend an den Staatsbürgern aus den derzeit wichtigsten Herkunftsländern unter den **Asylsuchenden** weitgehend vorbei. Im Gegenteil: Hier hat sich die Beschäftigungsquote im Vergleichszeitraum teilweise drastisch verschlechtert. So ist sie bei den Afghanen von 37,6 auf 24,5 Prozent gefallen, bei den Irakern haben derzeit nur 25,3 Prozent eine Beschäftigung gegenüber fast 34 Prozent Ende 2010. Noch dramatischer ist der Negativtrend unter den Syrern: Hier hatten vor fünf Jahren immerhin noch 32 Prozent ein Arbeitsverhältnis, Ende November waren es nur noch rund neun Prozent.

Zum Vergleich: Die Beschäftigungsquote unter allen Ausländern in Deutschland liegt bei 48,2 Prozent. Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien konnten im Auswertungszeitraum ihren Beschäftigungsgrad beispielsweise deutlich steigern. Insgesamt liegt der Vergleichswert aller Erwerbsfähigen in Deutschland, der vor allem von den deutschen Staatsbürgern bestimmt wird, bei 67,3 Prozent. Damit liegt die Arbeitslosenquote, die bei Ausländern ohnehin immer noch rund doppelt so hoch ist wie im Gesamtdurchschnitt, bei den asylsuchenden Zuwanderern teilweise um ein Vielfaches über dem Gesamtdurchschnitt von sieben Prozent. So sind derzeit 43 Prozent der Iraker, fast 32 Prozent der Afghanen und knapp 49 Prozent der libanesischen Staatsbürger in Deutschland ohne Arbeit. Bei den Syrern beträgt der Wert gegenwärtig sogar fast 64 Prozent.

Jobwunder bei Migranten bleibt aus Syrer und Iraker integrieren sich laut Studie schlecht in den deutschen Arbeitsmarkt

Natürlich spiegelt sich in dieser Negativentwicklung auch der starke Zustrom neuer Zuwanderer im vergangenen Jahr wider, wobei viele der Neuankömmlinge in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) noch gar nicht auftauchen. Erfahrungsgemäß braucht es eben Zeit, bis die Sprache erlernt, berufliche Qualifikationen erworben und ein Arbeitsplatz gefunden sind - von rechtlichen Hürden vor einer Arbeitsaufnahme ganz abgesehen. Doch ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Zuwanderern aus dem nicht westlichen Kulturkreis die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt immer schon deutlich schwerer gefallen ist als anderen Migranten. So war die Arbeitslosenquote nach den Zahlen des IAB, dem Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit, unter Syrern, Irakern und Afghanen schon Ende 2010 mit jeweils rund 32 Prozent deutlich höher als bei anderen Herkunftsländern. Bei den Libanesen betrug sie auch damals schon fast 50 Prozent.

Die Integration dauert oft eben sehr lange. So gehören die in Deutschland lebenden Türken für den IAB-Migrationsexperten Herbert Brücker "immer noch zu den Gruppen, die sich eher schlecht am Arbeitsmarkt integrieren". Der Umstand, dass ehemals gezielt geringer qualifizierte Arbeitnehmer aus bildungsfernen Schichten angeworben worden seien, wirke immer noch nach. "Die Struktur verbessert sich nur sehr langsam", so Brücker. Und die Probleme sind bei Kriegsflüchtlingen noch erheblich größer. "Wir wissen, dass sich Menschen, die als Flüchtlinge kommen, deutlich schwerer in den Arbeitsmarkt integrieren als solche, die zur Arbeit einwandern", sagt Gabriel Felbermayr, Migrationsexperte beim Ifo-Institut. "In der Regel dauert es mindestens eine Generation, bis sich der Charakter der Erwerbsbiografien dem der heimischen Bevölkerung angenähert hat."

Zeit, die viele Flüchtlinge nicht haben. Denn in der Regel kehren die meisten von ihnen wieder in ihre Heimat zurück, wenn sich die Umstände dort verbessern. Von den Balkan-Flüchtlingen in den 90er-Jahren seien beispielsweise rund 60 Prozent wieder zurückgegangen. "Damit aber ist der Anreiz, größere Investitionen in das Humankapital zu tätigen, sowohl für die Flüchtlinge selbst wie für potenzielle Arbeitgeber gering", konstatiert Felbermayr.

Eine umfassende Qualifizierung wäre aber eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Denn laut Ifo-Institut verfügen fast 50 Prozent aller Flüchtlinge nicht über Basiskenntnisse westlicher Bildungsstandards. Bei den Zuwanderern aus dem nicht europäischen Ausland kommt Felbermayr zufolge aber auch sicherlich noch eine kulturelle Komponente hinzu. So sei die Erwerbsbeteiligung von Frauen hier oft sehr niedrig, was nicht nur die Beschäftigungsquote, sondern auch die Einkommensaussichten solcher Zuwanderer erheblich mindere. Und die sind ohnehin nicht rosig.

Nach einer Studie der Münchener Wirtschaftsforscher verdiente knapp die Hälfte der erwerbstätigen Einwanderer, die zwischen 2008 und 2013 aus dem nicht westlichen Kulturkreis kamen, weniger als den Mindestlohn. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer verbessern sich demnach zwar die durchschnittlichen Stundenlöhne der Migranten, der Abstand zu den Einkommen deutscher Arbeitnehmer bleibt aber markant.

Für die Unternehmen sind die Flüchtlinge überwiegend ein Reservoir für kostengünstige Arbeitskräfte. In einer Befragung des Ifo-Instituts aus dem Oktober vergangenen Jahres gaben 41 Prozent der Firmen an, dass sie vor allem im Bereich ungelernter Hilfsarbeiten ein großes Einstellungspotenzial für Flüchtlinge sähen. 37 Prozent konnten sich auch vorstellen, Auszubildende unter den Flüchtlingen zu finden, aber nur 22 Prozent glaubten, unter den Asylsuchenden auch geeignete Fachkräfte zu finden. Auch von dieser Seite bleiben die Einkommensaussichten für viele Flüchtlinge also eher gedämpft.

Vieles spricht also dafür, dass ein großer Teil der Asylsuchenden auf Jahre hinaus auf staatliche Unterstützung angewiesen sein wird - sei es in Form direkter Hartz-IV-Zahlungen oder als "Aufstocker", weil die durch Arbeit erzielten Einkommen zu gering für den Lebensunterhalt sind. Schon seit Jahren liegt der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher unter den Migranten aus den Asylherkunftsländern weit über dem Schnitt.

Während unter den Ausländern in Deutschland insgesamt nur 15,4 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen, sind es bei den Syrern und Irakern jeweils deutlich über 40 Prozent und bei den Libanesen liegt der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher sogar bei über 70 Prozent.

Jobwunder bei Migranten bleibt aus Syrer und Iraker integrieren sich laut Studie schlecht in den deutschen Arbeitsmarkt

Auch bei den Afghanen, den Marokkanern und den Iranern liegt die Quote rund doppelt so hoch wie bei den Ausländern insgesamt.

"Entscheidend wird sein, ob es uns gelingt, die Bildungsbiografien möglichst vieler Zuwanderer aufzuwerten", so IAB-Experte Brücker. "Wenn uns dies nicht gelingt, dann haben wir ein größeres Problem." Auch für Ifo-Forscher Felbermayr ist im Hinblick auf die Kosten die entscheidende Frage, inwieweit es gelingt, möglichst viele Flüchtlinge im Arbeitsmarkt unterzubringen. Er plädiert dafür, die jungen Flüchtlinge durch Qualifizierung ausbildungsfähig zu machen und für die Zuwanderer insgesamt einen Bereich zu schaffen, in dem der Mindestlohn nicht gilt. Denn dieser dürfte angesichts der oft niedrigen Qualifikation sonst ein K.-o.-Kriterium für die erfolgreiche Beschäftigungssuche sein. Auch so würden die meisten Flüchtlinge zwar eher Nettoempfänger im Transfersystem bleiben, aber die Belastung für die öffentlichen Kassen falle immerhin geringer aus.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Martin Steinröder

Martin Steinröder

Load-Date: January 30, 2016

End of Document

Das Hindernis; Hungern für die Grenzöffnung; Ungarn versucht mit allen Mitteln, dichtzumachen. Neue Sperre zu Rumänien im Gespräch

Die Welt

Mittwoch 16. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 216

Length: 785 words

Byline: Boris Kálnoky

Body

Budapest

Die ungarische Regierung hat am Dienstag in zwei südlichen Grenzregionen den **Flüchtlingsnotstand** ausgerufen. Das ist kein Notstand, um **Flüchtlingen** besser helfen zu können, sondern um sie besser aus dem Land ausweisen zu können. Am Vorabend war der neue Grenzzaun fertiggestellt worden, damit auch keine weiteren **Flüchtlinge** die Grenze zwischen Serbien und Ungarn übertreten können.

Die Grundidee: Wer illegal über die Grenze kommt, wird festgenommen und/oder abgeschoben. Wer beim Übertritt den Grenzzaun beschädigt, und anders kann man fast nicht mehr in das Land gelangen, wird schwerer bestraft. Wer als **Flüchtling** legal einreist - dafür wurden zwei Übergänge eingerichtet, an denen die Abfertigung betont langsam vonstatten geht - und einen **Asylantrag** stellt, muss in der Nähe warten, bis Sonderrichter "binnen Stunden" oder wenigen Tagen über sein Schicksal entscheiden. Dutzende Richter wurden dafür in die Region entsandt.

Weil sich die Flüchtlingsrouten nun verändern dürften, bereitet Ungarn den Bau eines Zauns entlang der rumänischen Grenze vor. Das erklärte Außenminister Péter Szijjártó.

Zurück zum Fall Serbien: Wer dort bereits Asyl beantragt hat (das hat fast niemand), wird in das Land zurückgeschickt. Wer in Serbien kein Asyl beantragt hat, wird auch dorthin zurückgewiesen, da es ein "sicheres Land" sei, das doch auch Asyl gewähre.

So weit die Theorie. Ungarn nimmt niemanden mehr auf, der über Serbien einreist. Aber Serbien hat nun erklärt, dass es keinen Migrant mehr akzeptiert, der bereits auf ungarischem Gebiet war, weil Ungarn ja auch ein sicheres Land sei. Serbische Politiker erklärten Ungarns Grenzschießung zum "diplomatischen Skandal" und verlangten Verhandlungen zwischen beiden Ländern.

Das Hindernis Hungern für die Grenzöffnung Ungarn versucht mit allen Mitteln, dichtzumachen. Neue Sperre zu Rumänien im Gespräch

Und so hockten gestern Hunderte Migranten und Flüchtlinge zwischen den beiden Grenzen und versuchten zu verstehen, was eigentlich los ist. Im Tagesverlauf wurden es immer mehr, die Spannung wuchs, sie begannen, Parolen zu skandieren. Und gegen Mittag hielten sie den Polizisten Englisch beschriebene Zettel vors Gesicht: "No water no food until border open." Hungerstreik also.

Der zuständige serbische Minister Aleksandar Vulin, der sich persönlich an den Ort des Geschehens begab, erklärte derweil, dass die Regierung eine solche Zahl von Flüchtlingen an der Grenze "nicht erwartet" habe, sie aber nach Möglichkeit verpflegen werde. Der Minister versuchte auch, mit ungarischen Offizieren zu sprechen, offenbar um sich über deren geltende Vorschriften zu informieren. Es sah so aus, als seien die Migranten in Sachen ziviler Widerstand von Menschenrechtlern unterstützt und beraten worden: Aktivisten des Helsinki-Komitees verteilten ungarischen Medien zufolge Unterschriftenlisten auf Englisch unter den Flüchtlingen. Darin sollten sie den ungarischen Behörden erklären, warum Serbien für sie kein sicheres Land sei und sie daher dort kein Asyl beantragen könnten.

Der Grenzzaun schien derweil zu halten. Aber nur vorerst. Schon schnitten sich erste Flüchtlinge durch das Drahthindernis und wurden auf der ungarischen Seite, den neuen Gesetzen entsprechend, sofort festgenommen. Örtliche Medien berichteten von 60 Festnahmen bis zur Mittagszeit. Die Polizei hat 100 Offiziere abgeordnet, um zu diesen neuen "Verbrechen" zu "ermitteln".

Ungarn hat mindestens 4300 Soldaten und eine ähnliche Anzahl Polizisten an die Grenze beordert. Die Soldaten dürfen gegen Migranten keine Schusswaffen gebrauchen. Journalisten sahen dennoch mindestens zwei Hummer-Mehrzweckfahrzeuge mit aufmontierten Maschinengewehren in der Nähe der Grenze.

Für Serbien wie Ungarn künden sich neue logistische Probleme an. Ungarns Gefängnisse sind voll. Allein die in diesem Jahr festgenommenen Menschenschmuggler - mehr als 1000 - bedeuten eine schwere zusätzliche Belastung. Wenn jetzt noch täglich hundert oder gar Hunderte Flüchtlinge dazukommen, die illegal über den Grenzzaun kamen, dann wird es eng. Der Passus in den neuen Grenzschutzbestimmungen, wonach sie statt einer Inhaftierung auch abgeschoben werden können, wird nicht angewendet werden können, wenn Serbien sie nicht akzeptiert.

Und Serbien weiß nicht, was es mit Tausenden Flüchtlingen machen soll, die in ihrem Land sind. Am Dienstag waren es noch nicht so viele wie in früheren Tagen, da fast alle am Montag, dem letzten Tag vor der Grenzschließung, noch rasch nach Ungarn geflohen waren - rund 9000 Menschen an diesem einen Tag. Am Dienstagvormittag hieß es, "nur" etwa 1000 Flüchtlinge seien noch auf serbischem Gebiet und rund 1200 neu an der mazedonischen Grenze angekommen. Auch das war weniger als an den Vortagen. Aber selbst 1000 Neuankömmlinge täglich werden Serbien sehr rasch vor unlösbare Probleme stellen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 16, 2015

"Europa ist belastbar"; Kommissionschef Juncker moniert die Untätigkeit der EU-Staaten und weist indirekt in dieser Zeitung erhobene Kritik zurück, er versage in der Flüchtlingsfrage

Die Welt

Montag 24. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Gastkommentar I; S. 2; Ausg. 196

Length: 1238 words

Byline: Jean Claude Juncker

Body

Europa war und ist für mich eine Wertegemeinschaft. Darauf können wir stolz sein, sind es aber viel zu selten. Wir haben in Europa die höchsten **Asylstandards** der Welt. Niemals würden wir Menschen wegschicken, wenn sie unseren Schutz brauchen. Das ist in unseren Gesetzen und Verträgen festgeschrieben. Ich mache mir allerdings Sorgen, dass das immer weniger in unseren Herzen verankert ist. Wenn wir über **Migration** sprechen, dann sprechen wir über Menschen, über Menschen wie Sie und mich - außer dass diese Menschen nicht so wie Sie und ich leben können, weil sie nicht das Glück hatten, in einer der reichsten und einer der stabilsten Regionen der Welt geboren zu sein. Wir sprechen über Menschen, die vor dem Krieg in Syrien fliehen müssen, vor dem IS-Terror in Libyen oder der Diktatur in Eritrea.

Es bereitet mir Sorgen, wenn ich die Ablehnung eines Teils der Bevölkerung gegenüber diesen Menschen sehe. In Brand gesetzte Flüchtlingslager, zurückgedrängte Boote, Gewalt gegen Asylbewerber oder nur das Wegschauen bei Not und Hilfsbedürftigkeit - das ist nicht Europa. Es bereitet mir Sorgen, wenn Politiker von weit rechts und weit links einen Populismus nähren, der nur Groll, aber keine Lösungen hervorbringt. Hasstiraden und unbesonnene Äußerungen, die eine unserer größten Errungenschaften - die Reisefreiheit im Schengen-Raum und die Überwindung von Grenzen in seinem Inneren - in Gefahr bringen. Das ist nicht Europa. Europa, das sind aber Gott sei Dank auch die Rentner in Calais, die Generatoren vorbeibringen, damit Flüchtlinge ein bisschen Musik hören und ihre Handys laden können. Europa, das sind auch die Studenten in Siegen, die ihren Campus für Asylbewerber öffnen. Europa, das ist auch der Bäcker im griechischen Kos, der sein Brot an die hungrigen und ermatteten Menschen verteilt. Das ist das Europa, in dem ich leben will. Natürlich gibt es nicht nur eine und erst recht keine einfache Antwort auf die Migrationsströme. Genauso wie es wenig realistisch wäre, zu denken, dass wir die Grenzen Europas gegenüber allen Nachbarn einfach öffnen könnten, ist es wirklichkeitsfremd, zu glauben, dass wir sie gegenüber Not, Angst und Elend abriegeln könnten.

"Europa ist belastbar" Kommissionschef Juncker moniert die Untätigkeit der EU-Staaten und weist indirekt in dieser Zeitung erhobene Kritik zurück, er versage in....

Eines aber ist klar: Es gibt keine wirksamen nationalen Lösungen. Kein Mitgliedsstaat kann Migration wirksam allein regeln. Wir brauchen einen starken europäischen Ansatz. Und zwar jetzt. Deshalb hat die Europäische Kommission unter meiner Führung bereits im Mai detaillierte Vorschläge für eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik vorgelegt. Wir haben unsere Präsenz im Mittelmeer verdreifacht, um dabei zu helfen, Leben zu retten und Schleuser abzufangen. Wir unterstützen die Mitgliedsstaaten, indem wir Teams der Europäischen Grenzschutzagentur (Frontex), des EU-Asylbüros (EASO) und des Europäischen Polizeiamts in die am meisten betroffenen Regionen schicken. Unsere Teams helfen den oft überlasteten Behörden vor Ort, die Identität der Flüchtlinge festzustellen, sie zu registrieren und Fingerabdrücke zu nehmen sowie die Bearbeitung der Asylanträge zu beschleunigen. Wir greifen gegen die Netzwerke der Menschenschmuggler durch und durchkreuzen so Schritt für Schritt ihr grausames Geschäftsmodell.

Wir zeigen Solidarität mit unseren Nachbarn, wie mit der Türkei, Jordanien und dem Libanon, indem wir 20.000 Flüchtlinge von außerhalb Europas bei uns ansiedeln. Wir arbeiten mit Ländern zusammen, aus denen die Flüchtlinge kommen oder die sie durchqueren. So wollen wir legale, sichere und so auch kontrollierbare Wege der Migration öffnen. Wir schließen Rückführungsabkommen, die die Heimkehr der Menschen erleichtern, die nicht das Recht erhalten haben, in Europa zu bleiben. Und wir bestehen darauf, das von allen Mitgliedstaaten gerade beschlossene gemeinsame EU-Asylrecht umzusetzen - von den Aufnahmebedingungen über das Asylverfahren bis hin zu der Verpflichtung, von Flüchtlingen bei der Ankunft in Europa Fingerabdrücke zu nehmen. Die Kommission hat im Mai einen Mechanismus vorgeschlagen, der einen Teil der Menschen, die in Italien und Griechenland ankommen und Schutz brauchen, gerecht in der EU verteilen soll. 40.000 wollte die Kommission verteilen, etwas mehr als 32.000 konnten die Mitgliedstaaten bereits akzeptieren.

Wir wollen noch deutlich weiter gehen, indem wir einen dauerhaften Mechanismus einrichten, der in Notsituationen automatisch ausgelöst werden könnte - je nachdem, welcher EU-Mitgliedstaat ihn braucht. Es liegt in der Konsequenz gemeinsamer Außengrenzen, dass wir die Mitgliedstaaten an der vordersten Front nicht alleinlassen, sondern die Herausforderungen der Migration solidarisch bewältigen. Einige dieser von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen haben bereits Unterstützung gefunden. Alle anderen müssen die 28 Mitgliedstaaten jetzt dringend anpacken, auch jene, die sich bisher weigern. Die dramatischen Ereignisse dieses Sommers führen uns vor Augen, dass wir die gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik jetzt ohne Zögern in die Tat umsetzen müssen. Wir brauchen nicht nur Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs. Es gab bereits einen Migrationsgipfel, im November treffen wir erneut auf Malta zusammen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle EU-Staaten die nötigen europäischen Rechtsakte jetzt verabschieden und vor Ort umsetzen.

Bereits vor neun Jahren hat die Kommission eine Liste sicherer Herkunftsländer vorgeschlagen. Die große Mehrheit der Regierungen hat dies damals als Einmischung in ihre Kompetenzen zurückgewiesen. Es ist aber unlogisch, dass die Mitgliedstaaten beschließen, die westlichen Balkanstaaten zu Beitrittskandidaten zu machen, sie aber nicht zugleich als sicher einstufen. Deshalb wird die Kommission den Mitgliedstaaten im September eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer vorlegen. Was wir brauchen und was uns noch fehlt, ist die kollektive Courage, um europäisches Recht und unsere Verpflichtungen gegenüber den Menschen einzuhalten - auch wenn sie nicht einfach und sicherlich oft nicht populär sind. Stattdessen sehe ich, wie mit dem Finger auf andere gezeigt wird - ein Schwarzer-Peter-Spiel an Schuldzuweisungen, mit dem man vielleicht Aufmerksamkeit oder Stimmen gewinnen kann, aber keine Probleme löst. Die Bundeskanzlerin schilderte mir kürzlich, dass einige deutsche Länder und Kommunen behaupten, die europäischen Regeln über die Vergabe öffentlicher Aufträge behinderten die rasche Errichtung von Flüchtlingsunterkünften. Wir sind dem schnell nachgegangen und haben feststellen können, dass dies unzutreffend ist. Europa hilft bei der Unterbringung von Flüchtlingen, und ich bin bereit, meine Mitarbeiter nach Berlin und in die Länder zu schicken, sollte es dennoch konkrete Probleme geben.

Europa scheitert, wenn Angst die Oberhand gewinnt. Europa scheitert, wenn Egoismen lauter sind als die in weiten Teilen unserer Gesellschaft vorhandene Solidarität. Europa gelingt, wenn wir pragmatisch und unbürokratisch die Herausforderungen dieser Zeit bewältigen. Ich hoffe, dass wir zusammen - Mitgliedsstaaten, EU-Institutionen und -Agenturen, internationale Organisationen sowie unsere Nachbarländer - beweisen können, dass wir der Herausforderung gewachsen sind. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen können. Unsere gemeinsame

"Europa ist belastbar" Kommissionschef Juncker moniert die Untätigkeit der EU-Staaten und weist indirekt in dieser Zeitung erhobene Kritik zurück, er versage in....

Geschichte zeigt: Europa ist ein belastbarer Kontinent, der sich im Angesicht dessen, was ihn zu spalten droht, am Ende vereint. Das sollte uns Mut für die nächsten Wochen und Monate geben.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Julien Warnand

Load-Date: August 24, 2015

End of Document

AfD will "anarchischen Migranten-Zustrom" regeln; Thüringens Fraktion plädiert für Asylverfahrenszentren in Nordafrika und im Nahen Osten

Die Welt

Donnerstag 25. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 145

Length: 651 words

Byline: Günther Lachmann

Body

Über ihren tief greifenden innerparteilichen Streit scheint die AfD die Politik doch nicht ganz zu vergessen. Zum einen hat die thüringische AfD-Fraktion unter der Leitung des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke einen Entwurf für eine umfassende Neuregelung der Asylpolitik erarbeitet. Zum anderen reist die Parteivorsitzende Frauke Petry am Donnerstag mit einer mehrköpfigen Delegation für zwei Tage nach Griechenland.

Das der "Welt" vorliegende Papier trägt den Titel "Den Herausforderungen konstruktiv begegnen: Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zur Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik". Es formuliert radikale Ansätze - etwa die Kernforderung, dass Asylverfahren im Ausland durchgeführt werden sollen. Es gehe darum, den "anarchischen Zustrom von Migranten nach Europa" zu regulieren. Nach Ansicht der thüringischen AfD würde die Bundesrepublik "flüchtlingspolitisch entlastet", wenn die Asylverfahren "weitestgehend auf einen Zeitpunkt vor der Einreise ,verlagert' würden". Wörtlich heißt es: "Dies wäre durch die Einrichtung von Aufnahme- und Asylverfahrenszentren zum Beispiel in stabilen südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers und des Nahen Ostens möglich."

Höckes AfD sieht eine solche Regelung als "humanitäre Maßnahme", da den Flüchtlingen schließlich die lebensgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer erspart bleibe. Außerdem könne die EU vor Ort "eine menschenwürdige Unterbringung sowie rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze sicherstellen", schreibt die Fraktion. Die "Zentralisierung der Verfahren in den Asylverfahrenszentren" ermögliche eine "Standardisierung von Sozialleistungen an Asylbewerber"; somit würden "Fehlansätze" gestoppt, die an Flüchtlinge in der EU aufgrund unterschiedlicher Sozialleistungsniveaus in den Mitgliedsländern ausgesendet würden. Den Anlass für eine grundsätzliche Neuregelung der Asyl- und Flüchtlingspolitik sieht die thüringische Fraktion zum einen in der zunehmenden Belastung deutscher Kommunen, aber auch in der Weigerung von EU-Staaten "wie Ungarn oder Griechenland", die "offenkundig nicht willens oder in der Lage sind, rechtsstaatliche Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen zu schaffen".

AfD will "anarchischen Migranten-Zustrom" regeln Thüringens Fraktion plädiert für Asylverfahrenszentren in Nordafrika und im Nahen Osten

In der Folge mussten Länder wie Deutschland, die die Rechtmäßigkeit des Asylverfahrens und menschenwürdige Aufnahmebedingungen gewährleisteten, "die damit verbundenen politischen, sozialen und finanziellen Folgen tragen", heißt es in dem Asyldokument. Nach Ansicht der AfD hat sich die Bundesregierung stillschweigend darauf eingestellt, Asylanträge aus den entsprechenden EU-Staaten zu bearbeiten. "Und dies, obgleich alle EU-Staaten nach deutschem Recht als sichere Drittstaaten gelten", schreibt die thüringische AfD-Fraktion.

Wörtlich heißt es in dem Asyldokument: "Ähnlich der australischen Praxis sollten auf dem Mittelmeer aufgegriffene Flüchtlinge nicht nach Europa gebracht werden. Vielmehr sollten sie direkt in Aufnahme- und Asylverfahrenszentren in EU-Anrainerstaaten zurückgeführt werden. Auf diese Weise würde die EU die Praxis beenden, den Schleppern einen Teil ihrer Arbeit abzunehmen. Zudem würde es ein deutliches Signal geben, dass illegale Einwanderung nach Europa nicht zum gewünschten Ergebnis - den dauerhaften Verbleib in Europa - führt."

In eines der Länder, das sich nach Ansicht der Thüringer AfD-Fraktion seiner politischen Verantwortung entzieht, reist nun die AfD-Vorsitzende Frauke Petry: Gemeinsam mit den Europaabgeordneten Marcus Pretzell und Beatrix von Storch sowie dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Alexander Gauland bricht sie am Donnerstag in die griechische Hauptstadt Athen auf. Dort treffen die Politiker mit Vertretern von Wirtschafts- und Sozialverbänden zusammen. Seit ihrer Gründung tritt die AfD nicht nur für ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone ein, sondern auch für eine geordnete Auflösung des Währungsgebiets.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 25, 2015

Einfach durchwinken; Zwei Drittel der Deutschen haben das Gefühl, dass die Zuwanderung nach Europa außer Kontrolle ist. Dieser Eindruck täuscht nicht. Es ist wie bei der Schuldenkrise

Die Welt

Mittwoch 7. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 5

Length: 1013 words

Byline: Gerd Held

Body

Bei der Zuwanderung ist es ähnlich wie bei der Finanzpolitik: Deutschland hat seine politische Gestaltungsmacht weitgehend einem Gemeinschaftssystem anvertraut, das die Pflichten der Einzelstaaten in einem gemeinsamen europäischen Raum festlegt. Bisher hatte man den Eindruck, dass dieser **Migrationspakt** trotz mancher Lücken funktionierte, insbesondere in Gestalt der sogenannten Dublin-Abkommen. Dort wurde unter anderem vereinbart, dass die Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten zur Klärung ihres Status zunächst in jenen Staaten aufgenommen werden, in die sie zuerst einreisen.

Das war eine essenzielle Regelung, damit **Migranten** nicht ohne geklärten Status in den 500-Millionen-Bevölkerungsraum der EU entlassen werden und willkürlich zirkulieren. Jeder größere Territorialstaat dieser Welt trifft eine solche Regelung und setzt dafür seine Grenzregionen (und seine Flughäfen) als Auffangräume ein. Mit den Dublin-Abkommen war also die Erwartung verbunden, dass durch eine EU-Regelung die gleiche gesetzliche Stabilität hergestellt würde, wie es sie bisher auf der Ebene der Einzelstaaten gab.

Diese Erwartung erweist sich nun als Täuschung. Die Dublin-Abkommen sind im Kern außer Kraft gesetzt. Steffen Angenendt, der von 2011 bis 2013 als Berater für Migration im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) war, sagt: "Den Staaten an Europas Außengrenzen gelingt es nicht, ein vernünftiges Asylsystem aufzubauen." Diese Länder ließen die Flüchtlinge oft durchreisen. Die Migranten gingen dorthin, "wo sie gut behandelt werden und wo sich schon Verwandte und andere Flüchtlinge aus ihrem Land aufhalten". Deutschland bewältige daher momentan "fast im Alleingang die Flüchtlingsaufnahme in Europa". Das ist bisher in dieser Klarheit noch nicht öffentlich gesagt worden. Wenn es stimmt, haben wir es in der Migrationspolitik der Europäischen Union mit einem systematischen Rechtsbruch zu tun.

Die südlichen Randstaaten der EU verweigern ihren Beitrag. Zugleich weigert sich die EU-Kommission, die Verletzung der Dublin-Abkommen zu sanktionieren und an der Wiederherstellung des Migrationspaktes zu arbeiten. Das nennt man einen geduldeten außergesetzlichen Zustand. Einerseits wird europaweit die Hilfe für Flüchtlinge in

Einfach durchwinken Zwei Drittel der Deutschen haben das Gefühl, dass die Zuwanderung nach Europa außer Kontrolle ist. Dieser Eindruck täuscht nicht. Es ist wie....

Not angemahnt und damit ein Öffnungsdruck erzeugt, andererseits wird die Kontrolle an den Eintrittsorten verweigert. Der Druck von außen durch Zuwanderungsbegehren aller Art wird in eine interne Wanderungsanarchie übersetzt. Das aber heißt in der Konsequenz, dass unter den Zuwanderern die Bessergestellten und die Besservernetzten die Gewinner sind. Hingegen bleiben diejenigen, die am meisten Not leiden und die deshalb besonders auf die rechtsstaatlichen Verfahren angewiesen sind, auf der Strecke. So sind unter denen, die jetzt in Europa um Notaufnahme ersuchen, Familien in der Minderzahl. Auch sind es keineswegs die Flüchtlinge aus dem syrisch-irakischen Kriegsgebiet, die den Hauptteil stellen.

Zugleich wird die unregelmäßige Zuwanderung zu einem Umverteilungsinstrument zwischen den EU-Ländern. Mit dem ungeprüften "Durchreichen" von Migrantinnen werden Ansprüche an die Wohnungsvergütung, an das Gesundheits- und Bildungswesen, an die Sozialversicherungen zwischen den Mitgliedsstaaten weitergereicht. Manche Deutschlandkritiker im Süden Europas sehen das als legitimen Ausgleich zwischen "armen und reichen EU-Staaten" an. Gewiss ist es gerecht, wenn einzelne Mitgliedsstaaten der EU einen Ausgleich für ihre Erstaufnahme-Arbeit bekommen, aber dies erfordert einen Gesamtvertrag mit Leistung und Gegenleistung - mit Zahlen und Quoten für Arbeitsimmigration, für kurzfristige Flüchtlingshilfe und für die Gewährung längerfristigen Asyls. Doch für einen solchen Gesamtvertrag ist in der EU offenbar kein Konsens herstellbar.

Diese Situation erinnert fatal an die Schuldenkrise. Auch dort gibt es Schwierigkeiten, im System der EU eindeutige Verantwortlichkeiten herzustellen und die Schulden nicht unkontrolliert zirkulieren zu lassen. Auch dort droht die Gefahr, in eine Transferunion jenseits aller vernünftigen Haftungsgrenzen hineinzuschlittern. In der Schuldenkrise ist zumindest im Grundsatz anerkannt, dass die Bürger der einzelnen Mitgliedsstaaten nur begrenzt für die Schulden anderer Länder haften. Und es ist verfassungsrechtlich festgestellt, dass hier die Rechte und Pflichten der nationalen Parlamente berührt sind. In der Migrationskrise gibt es eine solche Klärung bisher nicht. Wir bewegen uns auf der Ebene von Pauschalaussagen und Ad-hoc-Programmen.

Vor diesem Hintergrund hat die gegenwärtige Diskussion über "Angst", "Mut" oder andere moralische "Grundeinstellungen" zur Migration etwas geradezu Gespenstisches. Man streitet über die richtige Form der Begrüßung und lässt alle härteren und langfristigen Anforderungen, die jede Integration stellt, unbeachtet. Eine politische Gestaltungsaufgabe wird nicht formuliert. Deshalb ist auch die Krise, in der sich die EU-Migrationspolitik befindet, bisher kaum zum Thema geworden. Es ist noch nicht einmal offiziell festgestellt, dass es hier eine Krise gibt. Außer bei spektakulären Notfällen erfährt man kaum etwas über die Praxis der verschiedenen Behörden. Es gibt keine Anfragen von Abgeordneten zur Umsetzung der Dubliner Abkommen. Nur hier und da kommt in Einzelfällen zum Vorschein, wie viel "Augen zu" und Durchwinken inzwischen bei der Zuwanderung herrscht. Dieser undurchsichtige Migrationskomplex muss ganz unvermeidlich das Misstrauen und die Erbitterung von Bürgern wecken, zumal sie in ihrem beruflichen und privaten Alltag oft mit der kleinlichsten Bürokratie und Regelungswut konfrontiert sind.

Angesichts weiter wachsender Migrationsströme sind moralische Appelle und Verdächtigungen die falsche Antwort. Gebraucht wird das klare Maß und die Verbindlichkeit von Gesetzen. Denn Einwanderung ist kein Kinderspiel. Das Vakuum, das der Bruch des EU-Migrationspaktes hier erzeugt hat, muss schnell gefüllt werden - europäisch oder einzelstaatlich.

Wir streiten über die richtige Form der Begrüßung und lassen die Anforderungen an Zuwanderer unbeachtet

Graphic

dpa/ Italian Navy

Hauptsache, ankommen: Ein Boot mit rund 200 Flüchtlingen vor der Küste von Lampedusa

Einfach durchwinken Zwei Drittel der Deutschen haben das Gefühl, dass die Zuwanderung nach Europa außer Kontrolle ist. Dieser Eindruck täuscht nicht. Es ist wie....

Italian Navy, Handout

Load-Date: January 7, 2015

End of Document

Christdemokraten im EU-Parlament ändern Asylpolitik; EVP fordert Quoten für Verteilung der Flüchtlinge

Die Welt

Dienstag 28. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 98

Length: 460 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Brüssel

Angesichts der anhaltenden **Flüchtlingsströme** aus Afrika hat die christdemokratische Mehrheitsfraktion im EU-Parlament (EVP) wichtige Positionen in der **Asylpolitik** geändert. So fordert die Fraktion in einem Papier zur **Migration**, das am heutigen Dienstag verabschiedet werden soll, "bindende Quoten für die Verteilung von **Asylsuchenden**". Wie viele **Flüchtlinge** ein Land aufnimmt, soll von der Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Leistungskraft des Landes abhängen. Dieser Positionswandel ist wichtig, weil das EU-Parlament bei der Neuformulierung der **Asylgesetzgebung** ein wichtiges Wort mitspricht.

Zuvor hatten bereits EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ein Quotensystem für Asylbewerber gefordert. Das ist eine radikale Abkehr vom geltenden Regelwerk. Bisher gilt in der EU dagegen die sogenannte Dublin-III-Regel. Sie schreibt vor, dass Schutzsuchende in dem Land einen Asylantrag stellen und bleiben, wo sie erstmalig europäischen Boden betreten haben. Diese Regel führte dazu, dass fünf Länder, darunter Deutschland, 70 Prozent aller Asylanträge bearbeiten. Neben einer Verteilung auf alle EU-Länder fordert die EVP aber auch, "illegale Migranten" konsequent wieder nach Hause zu schicken.

Eine weitere wichtige Forderung der EVP: legale Zuwanderung zu erleichtern. Dazu sollen sogenannte humanitäre Visa ausgegeben werden und Menschen aus den Flüchtlingscamps in Europa wieder angesiedelt werden. Beides sind langjährige Forderungen von Hilfsorganisationen. In einer Art EU-Asylbüros, die in den Herkunftsländern aufgebaut werden, sollen zudem Aufnahmeanträge bereits vor Ort geprüft werden, heißt es in dem EVP-Dokument. Schließlich fordern die europäischen Christdemokraten auch den Einsatz einer gemeinsamen Militäroperation von EU und Vereinten Nationen (UN) in libyschen Gewässern. Demnach sollen bewaffnete Soldaten auf Schiffen Schlepperboote rechtzeitig abfangen und zerstören. Diese Forderung, die auch von Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi vertreten wird, ist umstritten. Experten fürchten, dass mit den Schleusern verbündete Dschihadisten die EU-Schiffe angreifen könnten. Außerdem gilt ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates wegen des Widerstands Moskaus als unrealistisch.

Christdemokraten im EU-Parlament ändern Asylpolitik EVP fordert Quoten für Verteilung der Flüchtlinge

Der Gründer der Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, fordert eine umfassendere Seenotrettung für Flüchtlinge, die auch an der Küste Libyens greift, sagte Neudeck der "Leipziger Volkszeitung". Zudem sollten die Missionen unter wechselnde nationale Federführung der EU-Länder gestellt werden. "Ein derart breites, auf der Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten gründendes Mandat wäre nicht nur effektiver, sondern würde erheblich zur Akzeptanz derartiger Operationen beitragen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 28, 2015

End of Document

"Merkel hat die moralische Führungsrolle bewiesen"; UNHCR-Hochkommissar António Guterres lobt die Asylpolitik der Kanzlerin. Doch Deutschland könne diese europäische Aufgabe nicht allein bewältigen

Die Welt

Mittwoch 16. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 293

Length: 910 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Das **Flüchtlingshilfswerk** der Vereinten Nationen (UNHCR) ist für die Sicherheit und das Überleben von zwei Dritteln der weltweit rund 60 Millionen **Flüchtlinge** zuständig. Seit zehn Jahren steht der ehemalige portugiesische Premierminister António Guterres an der Spitze der Organisation. Wenige Wochen vor Ende seiner Amtszeit spricht er über die Bekämpfung der Fluchtursachen.

Die Welt:

Laut Ihrer Organisation waren seit 1945 nie mehr Menschen auf der Flucht als im vergangenen Jahr: 59,5 Millionen. Steigen die Zahlen weiter?

António Guterres:

Genaue, nachprüfbare Statistiken zu erstellen, dauert seine Zeit. Wir werden bald einen Überblick für die erste Jahreshälfte 2015 vorstellen. Leider ist jedoch klar, dass die Zahl der Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Menschenrechtsverletzungen fliehen müssen, in diesem Jahr nicht geringer geworden ist.

Wie sind Ihre Prognosen in dieser Krise für die kommenden Jahre?

Das hängt entscheidend davon ab, ob die tieferliegenden Ursachen der Fluchtbewegungen in politisch konzentrierten Maßnahmen angegangen werden. Es braucht internationale Geschlossenheit, um zum Beispiel den Syrien-Konflikt endlich zu lösen.

Dort dürften durch die Militärinterventionen mittelfristig islamistische Kriegsparteien geschwächt werden. Fliehen dadurch weniger Menschen?

" Merkel hat die moralische Führungsrolle bewiesen" UNHCR-Hochkommissar António Guterres lobt die Asylpolitik der Kanzlerin. Doch Deutschland könne diese europä....

Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen sind neben Syrien auch Afghanistan und Somalia. Das zeigt, wo man ansetzen muss: bei konzertierten Maßnahmen der Konfliktlösung sowie der politischen und ökonomischen Stabilisierung. Es geht um den Wiederaufbau staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen. Eine Aufgabe, die einen langen Atem braucht und viel Know-how für die vorhandenen Probleme vor Ort.

Wäre es dafür nicht besser, Deutschland würde wesentlich mehr Geld und Personal in die Flüchtlingslager vor Ort stecken, sodass die Menschen heimatnah untergebracht und ausgebildet würden, um beim Wiederaufbau zu helfen, sobald es die Lage erlaubt?

Die meisten Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen müssen, bleiben in der Region, aus der sie stammen, die weitaus meisten bleiben sogar als Binnenvertriebene innerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer. Insofern wäre es in der Tat sehr wichtig, dass die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen in den Krisengebieten noch mehr Unterstützung als in der Vergangenheit erfährt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel plant, künftig weit größere Kontingente der vom UNHCR registrierten Flüchtlinge aufzunehmen und im Gegenzug die illegale Einreise zu reduzieren. Inwieweit dient das den Schutzsuchenden?

Ich setze mich seit Langem dafür ein, mehr legale Wege nach Europa zu schaffen, um die sehr gefährliche Flucht über das Mittelmeer zu vermeiden und das Schlepperunwesen zu bekämpfen. Neben der Familienzusammenführung ist hierfür eine massive Aufstockung von Resettlement- beziehungsweise humanitären Aufnahmeprogrammen ein guter Ansatz. Das braucht aber viel mehr Plätze und Kapazitäten als bislang vorhanden. Bei einer entsprechenden Größenordnung kann eine solch organisierte Aufnahme in Kontingenten das individuelle Asylsystem auch wirksam entlasten, aber natürlich nicht ersetzen.

Wie schafft es Europa, möglichst vielen Flüchtlingen zu helfen und nicht schutzbedürftige Migranten von der illegalen Einreise abzuhalten?

Der EU-Afrika-Migrationsgipfel in Valetta vor zwei Wochen hat gezeigt, dass das Thema Migration einen umfassenden Ansatz und einen fairen Ausgleich braucht, in dem auch die Interessen der Herkunfts- und Transitländer und vor allem ihrer Bevölkerungen mit berücksichtigt werden. Ökonomische Entwicklung, gute Regierungsführung - im Sinne, dass man sich um seine Bevölkerung kümmert - legale Migrationswege, fairer Handel: Es gibt zahlreiche Politikfelder und Maßnahmen, die konkret dazu beitragen könnten, die Arbeitsmigration besser zu steuern - im Interesse aller Seiten. Das würde auch helfen, das Asylsystem zu entlasten, denn Flüchtlinge brauchen spezifischen Schutz, der international gewährleistet werden muss.

Die Umsetzung dieser Pläne dauert Jahre, was muss die EU aber jetzt tun, um die Belastungen zu schultern?

Deutschland ist beispielgebend bei der Aufnahme von Flüchtlingen, bei der die Bundeskanzlerin eine moralische Führungsrolle bewiesen hat. Das Problem ist, dass lediglich Deutschland und eine Handvoll anderer Staaten - vor allem Schweden und Österreich - den Großteil der Asylsuchenden aufnehmen. Das kann so nicht bleiben. Flüchtlingsschutz muss eine gemeinsame europäische Verantwortung sein, das schließt auch die Umsetzung eines gerechten Verteilungsprogramms für Asylsuchende ein. Die Lösung einer europäischen Aufgabe kann nicht allein Deutschland übernehmen.

Das heißt?

Was die derzeitigen Prioritäten betrifft: Es braucht ausreichende Aufnahmekapazitäten, faire, zugleich effektive Asylverfahren und gezielte Integrationsmaßnahmen. Es ist darüber hinaus im ureigenen europäischen Interesse, dazu beizutragen, nicht nur Konflikte zu befrieden, sondern die betroffenen Regionen wirtschaftlich dabei zu unterstützen, dem Kreislauf aus Krieg und Verelendung zu entkommen. Letzten Endes geht es im Zeitalter der Globalisierung darum, dem ökonomischen Wettbewerb - Triebkraft für Wohlstand und Armut zugleich - einen politischen Rahmen zu geben, der partnerschaftliches Handeln zum Wohle der Menschen ermöglicht. Die Pariser Bemühungen, den Klimawandel aufzuhalten, sind hierfür ein Beispiel. Es ist schwierig, das Ziel zu erreichen, aber beileibe nicht unmöglich.

" Merkel hat die moralische Führungsrolle bewiesen" UNHCR-Hochkommissar António Guterres lobt die Asylpolitik der Kanzlerin. Doch Deutschland könne diese europä....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/TORU YAMANAKA

António Guterres vom UN-Flüchtlingshilfswerk wirbt für offene Grenzen

TORU YAMANAKA

Load-Date: December 16, 2015

End of Document

Weniger Flüchtlinge - mehr nicht; Die Zahl der Zuwanderer ist eingebrochen, doch die Krise hält an: Hunderttausende Asylanträge sind unbearbeitet, in Afrika sind weitere Menschen auf dem Sprung nach Europa

Die Welt

Dienstag 10. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 108

Length: 1670 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Pauly

Body

War's das? Die Zahlen sprechen jedenfalls dafür, dass 2015 eine historische Ausnahme war. Die geschlossenen Grenzen entlang der Balkanroute und das **Flüchtlingsabkommen** mit der Türkei zeigen nämlich Wirkung: Im vergangenen Monat sind nur noch 15.941 **Asylsuchende** in Deutschland angekommen, wie das Bundesinnenministerium jetzt erklärte. Damit wurden im April durchschnittlich rund 500 **Flüchtlinge** pro Tag neu registriert.

Im Vergleich zu vergangenem Herbst, als täglich bis zu 10.000 Personen kamen, klingt das nach nichts. Doch die Krise dauert an. Denn noch immer sind die Behörden überfordert.

Nach der Einreise und der Registrierung bei den deutschen Behörden stellen die meisten **Flüchtlinge** einen **Asylantrag**. Bis dahin vergehen aber oft Monate: 300.000 Menschen warten noch auf ihren Termin, im April kamen die besagten rund 16.000 Neuankömmlinge hinzu. Dabei konnte das zuständige Bundesamt für **Migration und Flüchtlinge** (BAMF) in den vergangenen Monaten die Zahl der entgegengenommenen **Asylanträge** durchaus steigern. Im April waren es 59.680 Anträge. Allerdings zieht sich die weitere Bearbeitung der Anträge enorm in die Länge: Bis zur Entscheidung vergeht im Schnitt fast ein halbes Jahr; rund 400.000 gestellte Anträge warten noch darauf, bearbeitet zu werden.

Die Bundesregierung setzt sich in dieser Sache selbst unter Druck: Sie hält an ihrem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel fest, die Dauer der Verfahren auf drei Monate zu reduzieren. BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise erklärte gerade zudem, dass er bis Jahresende alle offenen Asylanträge inklusive der Altfälle bearbeiten könne (hierzu sollte man allerdings anmerken, dass Weise seine Zielmarken zuletzt mehrfach korrigieren musste).

Weniger Flüchtlinge - mehr nicht Die Zahl der Zuwanderer ist eingebrochen, doch die Krise hält an:
Hunderttausende Asylanträge sind unbearbeitet, in Afrika sind....

Im Moment wirkt sich in Deutschland vor allem die geschlossene Balkanroute aus, über die es kaum noch ein Flüchtling bis nach Bayern schafft. Das erste deutliche Zeichen, dass nur noch wenige durchgelassen werden, wurde Mitte Februar von Österreich gesetzt: Niedrige Tageskontingente sollten die Zuwanderung ins Nachbarland begrenzen. Die Maßnahme sollte zudem eine abschreckende Wirkung erzielen. Hinzu kam schließlich das Abkommen zwischen der EU und der Türkei, wonach Flüchtlinge, die über die Ägäis kommen, umgehend zurückgebracht werden. Dieser Deal scheint eine ergänzende Wirkung zu zeigen: In der vorvergangenen Woche waren es nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) gerade einmal 423 Personen, die übers Meer kamen - zu Beginn des Jahres zählten die Helfer noch das bis zu 45-Fache.

Es liegt vor allem an den vielen Syrern unter den Flüchtlingen, dass der Anteil der anerkannten Asylbewerber hierzulande stark zugenommen hat. Sehr viele von ihnen wollen dem Terror des Assad-Regimes und der Terrormiliz Islamischer Staat entkommen. Fast alle erhalten bei uns Schutz. Bis Anfang 2016 mussten Syrer im Normalfall sogar nur einen Fragebogen ausfüllen, um einen Flüchtlingsstatus zu erhalten.

Insgesamt wurden vergangenes Jahr rund 61 Prozent aller Anträge, über die das BAMF 2015 inhaltlich entschied, positiv beschieden. Im laufenden Jahr ist der Anteil der sogenannten bereinigten Gesamtschutzquote sogar auf 71 Prozent gestiegen.

Auch wenn immer weniger Anträge abgelehnt werden - aufgrund der sehr hohen Zuwanderung 2015 werden schon bald viele Personen das Land eigentlich wieder verlassen müssen. Schätzungen gehen von bald etwa 600.000 abschiebepflichtigen Personen in Deutschland aus - derzeit sind es noch rund 200.000.

Die hohe Zahl wird die Behörden vor eine große Herausforderung stellen: Denn 2015 wurde gerade mal jeder zehnte Ausreisepflichtige tatsächlich zurückgeführt. Diese Folgen der hohen Zuwanderung werden derzeit noch immer unterschätzt. Gerade deshalb pochen viele darauf, möglichst noch vor der Einreise zu prüfen, ob ein Migrant tatsächlich schutzbedürftig ist.

Auch wenn die Route über die Ägäis jetzt vorerst dichtgemacht wurde - die Fluchtursachen vieler Migranten bestehen weiterhin. Deshalb warnen die Staats- und Regierungschefs der EU, dass "alle erforderlichen Maßnahmen im Hinblick auf etwaige neu entstehende Routen" ergriffen werden müssten. Bislang stellen die Sicherheitsbehörden zwar nicht fest, dass massenhaft andere Wege nach Europa genutzt werden - etwa über das Schwarze Meer, Bulgarien oder Rumänien.

Doch die Erfahrung lehrt: Schlepper suchen und finden neue Wege. Das liegt vor allem am lukrativen Geschäft. Das Schlepperwesen setzt nach Schätzung von Sicherheitsbehörden mittlerweile mehr Geld um als der Handel mit illegalen Drogen oder Waffen.

Seit Monaten bereits wird erwartet, dass wegen der gesperrten Balkanroute viele Flüchtlinge auf die sogenannte zentrale Mittelmeer-Route ausweichen und versuchen werden, von Libyen oder Ägypten aus Europa zu erreichen. Schon im Februar sprachen Sicherheitskreise von bis zu 200.000 Menschen, die in Libyen ausharren und auf besseres Wetter für die Überfahrt warten würden, inzwischen reden Nachrichtendienste dem Vernehmen nach von einer halben Million - Menschenrechtsorganisationen sprechen sogar von bis zu einer Million Menschen.

Die Schlepper vor Ort schicken überfüllte Schlauchboote mit viel zu wenig Benzin aufs offene Meer - kühl berechnend, dass die Flüchtlinge in internationalen Gewässern von Hilfsorganisationen oder Militärschiffen aufgegriffen werden.

Bislang bleibt die Zahl der Ankömmlinge in Italien oder Malta aber noch unauffällig. Über das zentrale Mittelmeer kamen im April laut UNHCR 9116 Menschen an - weniger als im gleichen Monat in den beiden Jahren zuvor.

In den Jahren 2014 und 2015 stieg im April die Zahl in Italien sprunghaft auf mehr als 15.000 an. Doch trotz der Warnungen der Sicherheitsbehörden - bislang ist ein solches Hochschnellen in diesem Jahr ausgeblieben.

Weniger Flüchtlinge - mehr nicht Die Zahl der Zuwanderer ist eingebrochen, doch die Krise hält an:
Hunderttausende Asylanträge sind unbearbeitet, in Afrika sind....

Über die zentrale Mittelmeer-Route kommen derzeit laut Grenzschutzagentur Frontex Flüchtlinge vor allem aus Nigeria, Gambia und dem Senegal.

Der Anteil der Syrer ist stark zusammengeschumpft. Während die Migranten aus dem Kriegsgebiet früher rund 40 Prozent ausmachten, ist ihr Anteil im vergangenen Frühjahr auf fast null geschrumpft, nachdem sich die weniger gefährliche Route über die Ägäis etabliert hat - und ist bislang auch nach dem Schließen der Balkanroute nicht erneut angestiegen.

Die EU-Kommission und Europas Innenminister rechnen damit, dass die Ankunftsahlen in Italien schon bald stark ansteigen könnten. Österreich bereitet sich bereits darauf vor, den Brenner schließen zu können. Deutschland versucht - anders als bei der Schließung der Balkanroute - Teil einer Länder-Allianz von Frankreich bis Skandinavien zu sein, die die Grenzkontrollen verlängern möchte. Man möchte vorbereitet sein. Außerdem setzt man alles daran, um die Lage im zerrütteten Libyen zu stabilisieren.

Aber die Zahl der Menschen, die bei der Überfahrt im Mittelmeer - und dort vor allem auf der zentralen Route - ertrinken, ist mit dem Frühling wieder angestiegen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) zählte in den ersten vier Monaten dieses Jahres schon 1357 Todesopfer. Im Vorjahreszeitraum waren es sogar 1733 Menschen.

Zurück zum Eingangsbefund: Mit abnehmender Zahl der Zuwanderer versucht die Politik einen zweiten Anlauf, um Flüchtlinge auf die europäischen Länder zu verteilen. Die EU-Kommission arbeitet an einem Vorschlag für einen "korrigierenden Verteilungsmechanismus", um zu verhindern, dass einzelne Zielländer überfordert werden. Ähnliche Vorhaben sind in der Vergangenheit immer wieder gescheitert, vor allem am Widerstand vieler osteuropäischer Länder wie Ungarn, die gar keine Asylsuchenden mehr aufnehmen wollen. Tatsächlich schulterte Ungarn im vergangenen Jahr eine besonders große Last - jedenfalls gemessen an den gestellten Asylanträgen und der Einwohnerzahl: rund 174.000 Asylbewerber; das sind 1770 je 100.000 Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland entfielen 544 Asylbewerber auf 100.000 Einwohner.

Zur Wirklichkeit der Zahlen gehört aber auch, was gerade erst Tschechiens Vizepremier erklärt hat: In den osteuropäischen Staaten zum Beispiel wollten viele Flüchtlinge nicht bleiben - sie reisen stattdessen nach gestelltem Asylantrag weiter.

Ein Blick auf die Hauptherkunftsländer der Asylantragssteller in Deutschland zeigt, dass der Bürgerkrieg in Syrien bereits kurz nach Ausbruch 2011 zu Fluchtbewegungen hierzulande geführt hat. Schon 2014 stellten Syrer die meisten Schutzgesuche. Die Gesamtzahlen lagen jedoch lange deutlich unter dem Wert von 2015.

Insgesamt stellen deutsche Behörden über die Jahre ein stetiges Wachstum der Antragszahl fest. Immer wieder kam es dabei zu "Sondereffekten", wie es bei Migrationsexperten heißt: 2013 kamen viele aus Tschetschenien, nachdem dort das Gerücht die Runde gemacht hatte, dass man in Deutschland allerlei Geschenke erhalten würde.

Der seit Jahren bereits konstant hohe Zuzug vom Westbalkan nahm Ende 2014 ebenfalls noch einmal stark zu - auch wenn kaum einer aus der Region Chancen auf einen erfolgreichen Asylantrag in Deutschland hat.

2015 schnellte die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien noch einmal nach oben, nachdem die Aussicht auf Frieden in der Region immer schlechter und die Versorgung in den Flüchtlingslagern heruntergefahren wurde, und die Staaten entlang der Balkanroute Syrer möglichst schnell weiter in Richtung Lieblingszielland Deutschland transportierten. Ab Mitte des vergangenen Jahres nahm schließlich die Zahl der Zuwanderer aus Afghanistan deutlich zu. Schleuser hatten zum Beispiel das Gerücht gestreut, dass Deutschland nur noch kurze Zeit Flüchtlinge aufnehmen werde.

Niemand traut sich eine Prognose darüber zu, wie viele Menschen in diesem Jahr vor Krieg und Elend flüchten und nach Europa aufbrechen. Das vergangene Jahr stellte den bisherigen Höhepunkt dar. Allein in Deutschland wurden mehr als 440.000 Asylanträge gestellt - noch mehr als 1992, als die Jugoslawienkriege Hunderttausende Menschen vertrieben. Und es wären wohl noch viel mehr gewesen, wenn das BAMF die entsprechenden Kapazitäten zur Bearbeitung gehabt hätte. So aber werden sich die Anträge wohl über die Jahre verteilen.

Weniger Flüchtlinge - mehr nicht Die Zahl der Zuwanderer ist eingebrochen, doch die Krise hält an:
Hunderttausende Asylanträge sind unbearbeitet, in Afrika sind....

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 10, 2016

End of Document

Die Grenzen der Solidarität in Europa; Quotenregelung soll für gerechtere Verteilung von Asylbewerbern unter EU-Staaten sorgen. London, Budapest und Prag laufen Sturm

Die Welt

Freitag 15. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 111

Length: 1369 words

Byline: Stefanie Bolzen

Christoph B. Schiltz

G. Gnauck

B. Kalnoky

T. Vitzthum

Body

Brüssel

Das Lob kam von hoher Stelle. Die Internationale Organisation für **Migration** (IOM) sieht die Pläne der Europäischen Union zum Umgang mit den Mittelmeer-**Flüchtlingen** positiv. "Diese Initiativen spiegeln einen ernsthaften und konstruktiven Ansatz gegenüber einer weiter andauernden Herausforderung wider", sagte IOM-Direktor William Lacy Swing am Donnerstag in Genf. Die Vorschläge könnten zu sichereren legalen **Flüchtlingsrouten** und besserem internationalen Schutz führen. Die Bundesregierung begrüßte die Quotenpläne aus Brüssel ebenfalls, auch wenn dadurch nicht weniger **Flüchtlinge** nach Deutschland kämen. Doch die Liste der Gegner ist lang: Protest kam vor allem aus Großbritannien, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Ungarn sowie den baltischen Staaten. Diese Länder lehnen das Vorhaben ab.

Und dies, obwohl die bestehenden Regeln für die Bearbeitung von **Asylanträgen**, die sogenannte Dublin-Verordnung, vorerst nicht angetastet werden und die ungleiche Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsländern bei der Aufnahme von **Flüchtlingen** weiter bestehen wird. "Europa kann dem Sterben im Mittelmeer nicht tatenlos

Die Grenzen der Solidarität in Europa Quotenregelung soll für gerechtere Verteilung von Asylbewerbern unter EU-Staaten sorgen. London, Budapest und Prag laufen

zusehen", erklärte der für **Migration** zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos bei der Vorlage der neuen **Flüchtlings-** und **Migrationsstrategie** am Mittwoch. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker forderte: "Wir müssen untereinander solidarischer sein."

Die Quoten sollen zunächst im Rahmen von sogenannten Neuansiedlungen, aber auch bei Umsiedlungen angewendet werden. Beide Maßnahmen regeln - allerdings auf unterschiedliche Weise - die Verteilung von Flüchtlingen. Dies sind die wichtigsten Vorschläge der neuen EU-Migrationsstrategie, die allerdings noch von den Mitgliedsstaaten und teilweise auch vom EU-Parlament abgesegnet werden muss. Die EU will 20.000 Flüchtlinge, die internationalen Schutz benötigen, aus den Flüchtlingscamps holen und in Europa neu ansiedeln. Ende Mai will die Kommission ein EU-weites Neuansiedlungssystem vorschlagen, das die Verteilungsschlüssel regeln soll. 50 Millionen Euro sollen dafür extra bereitgestellt werden. Das Programm steht unter dem Regime der Vereinten Nationen. Es existiert bereits, Länder wie Deutschland haben aus eigener Initiative Tausende Flüchtlinge, insbesondere aus Syrien, im Rahmen dieses Programms aufgenommen.

Wegen des großen Zustroms von Flüchtlingen will die Kommission unverzüglich einen "Notlagemechanismus" nach Artikel 78.3 des EU-Vertrags aktivieren und damit Länder wie Malta entlasten. Allerdings müssen die EU-Regierungen mit qualifizierter Mehrheit darüber abstimmen, ob der Zustrom für ein Mitgliedsland nicht mehr zu bewältigen ist. Wenn dies der Fall sein sollte, sollen die Flüchtlinge zeitlich befristet auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden - aber nicht sofort, sondern erst dann, wenn die Schwelle in dem betreffenden Land überschritten ist. Der Quotenschlüssel richtet sich nach Wirtschaftsleistung (40 Prozent), Arbeitslosenrate (zehn Prozent), Bevölkerungszahl (40 Prozent) und der Zahl der bisherigen Asylanträge (zehn Prozent). Deutschland muss nach dieser neuen Quote die meisten Flüchtlinge aufnehmen: 18,42 Prozent. Es folgen Frankreich (14,17 Prozent) und Italien (11,84 Prozent). Ende 2015 sollen Regeln für einen dauerhaften Umsiedlungsmechanismus vorgelegt werden.

Die innenpolitische Sprecherin der Christdemokraten im EU-Parlament, Monika Hohlmeier (CSU), begrüßte den Vorschlag: "Der Notfallmechanismus für die Flüchtlingsverteilung ist eine richtige Maßnahme. Wir brauchen ein Quotensystem, das nicht vom ersten Flüchtling an greift, sondern erst, wenn ein Land bereits ein noch zu bezifferndes Kontingent aufgenommen hat." Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff (FDP), sagte dazu: "Die Freien Demokraten fordern schon seit Jahren einen gesamteuropäischen Verteilungsschlüssel für schutzbedürftige Flüchtlinge."

In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen soll im Niger ein Pilotprojekt eingerichtet werden, das Flüchtlinge informiert, schützt und über legale Migration nach Europa aufklärt. Für irreguläre Migranten soll Unterstützung bei der Rückführung angeboten werden. Außerdem will die EU ihre Mission im Niger aufstocken, damit die Beratung beim Grenzschutz und bei der Bekämpfung von Kriminalität intensiviert werden kann. "90 Prozent der Migranten aus Westafrika reisen auf ihrem Weg nach Libyen durch den Niger", sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini.

Die Gelder für die EU-Grenzschutzmissionen "Triton" und "Poseidon" werden verdreifacht. Dies hatten bereits die EU-Staats- und -Regierungschefs bei ihrem Sondergipfel Ende April beschlossen. Die Grenzschutzmission "Frontex" soll zudem ein erweitertes Mandat bekommen, um illegale Flüchtlinge zurückführen zu können. Die EU arbeitet mit Hochdruck an einer neuen Militäroperation im Mittelmeer. Diese Operation soll in internationalen Gewässern patrouillieren, Präsenz zeigen, retten, aufklären, Schleuserboote zerstören und Schlepper festnehmen. Die EU plant aber auch, in libysche Gewässer einzudringen. Dazu braucht sie aber ein Mandat der Vereinten Nationen. Es wird in Brüssel erwartet, dass Moskau dies nicht blockieren wird, allerdings klare Vorgaben fordert.

Eine Zerstörung von Schlepperschiffen an Land durch bewaffnete Drohnen oder Beschuss vom Meer aus wird es aber nicht geben. Wahrscheinlich ist, dass Spezialkräfte in verdeckten Operationen die Schiffe zerstören sollen. Dazu ist jedoch die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden notwendig. Die SPD-Innenexpertin im Europäischen Parlament, Birgit Sippel, kritisierte den aus ihrer Sicht zu starken Fokus auf die Bekämpfung von Schleuserkriminalität: "Ich höre immer wieder, dass Europa gegen Schleuser vorgehen müsse. Was wir aber ebenso brauchen, sind legale und sichere Wege für Flüchtlinge." Die Vorschläge in diesem Bereich sind vage. So

Die Grenzen der Solidarität in Europa Quotenregelung soll für gerechtere Verteilung von Asylbewerbern unter EU-Staaten sorgen. London, Budapest und Prag laufen

soll die sogenannte Blue-Card-Richtlinie für qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten attraktiver und sollen Überweisungen in die Heimatstaaten sicherer und schneller werden. Brüssel will auch einen "EU-weiten Pool von qualifizierten Migranten" schaffen, aus dem sich europäische Unternehmen bedienen können sollen.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer äußerte sich grundsätzlich positiv über den Vorstoß, gab aber eines zu bedenken: Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge bleibe problematisch, "solange einzelne Staaten das Gebot der europäischen Solidarität schlicht ignorieren und eine faire Lösung blockieren". Es könne nicht sein, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufnimmt, wie 23 andere Mitgliedsstaaten zusammen. "Das läuft immer mehr auf eine Überforderung Deutschlands hinaus, die wir nicht akzeptieren können."

Für Quoten im Rahmen von Umsiedlungen ist eine qualifizierte Mehrheit unter den EU-Regierungen erforderlich. In Großbritannien ist die Skepsis gegen Quoten besonders hoch. "Bei vielen Flüchtlingen handelt es sich um Wirtschaftsflüchtlinge, die Schleuserbanden für ihre Überfahrt bezahlen. Die wiederum setzen darauf, dass die Boote gerettet werden", sagte Innenministerin Theresa May. Die Briten haben im Bereich Justiz und Inneres Sonderregeln, sogenannte Opt-in-Klauseln. Sie müssen sich, ebenso wie Irland, nach drei Monaten entscheiden, ob sie bei den Quoten mitmachen wollen. Auch Dänemark kann aussteigen. Alle drei Länder haben allerdings die Verteilungsregeln des europäischen Asylsystems, die Dublin-Verordnung, anerkannt.

Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán nannte die Quotenpläne aus Brüssel eine "verrückte Idee". Es gehe gegen jede Vernunft, "wenn manche Länder Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen und dann fordern, sie an andere Länder zu verteilen". Orbán gibt der EU die Schuld für den 20-fachen Anstieg der Asylanträge in Ungarn seit 2013. Auch die polnische Regierung ist gegen verpflichtende Quoten. Regierungschefin Ewa Kopacz will stattdessen eine "freiwillige Solidarität" der EU-Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Ein EU-Diplomat aus Polen, wo starke Skepsis gegenüber Menschen aus anderen Kulturkreisen herrscht, bittet um Verständnis: "Für Länder wie Schweden, die über Jahrzehnte immer wieder Wellen von Flüchtlingen aufgenommen haben, verändert eine neue Gruppe von 1000 Personen nicht das Gesamtbild."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

AFP/ CHRISTOPHE ARCHAMBAULT

Männer, Frauen und Kinder aus Birma im Andamanischen Meer, an das auch Thailand, Malaysia und Indonesien grenzen

CHRISTOPHE ARCHAMBAULT

Load-Date: May 15, 2015

Europäische Parallelen; Trumps wichtigste Pläne zur Migrationspolitik sind die Grenzsicherung, die Rückführung illegaler und die präzisere Auswahl legaler Zuwanderer. Das gibt es auch bei uns

Die Welt

Freitag 11. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 265

Length: 1091 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Wie stellt sich Donald Trump die Einwanderungskontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika vor? Ein Grenzschutz, der jährlich 400.000 illegale Ausländer abschiebt - mehr als unter dem überzeugten Texaner George W. Bush. Barrieren auf 1000 Kilometern an der mexikanischen Grenze und darüber ein fliegender Überwachungsapparat aus Drohnen. Das ist ein Abwehrsystem, das jährlich Dutzende Grenztote auf der Ausweichroute durch Arizona fordert.

So nicht. Das ist nämlich der migrationspolitische Status Quo unter Barack Obama - getragen von einem überparteilichen Konsens, der aufwändige Grenzsicherung für eine Selbstverständlichkeit hält. Schon Bill Clinton ordnete strengere Einlasskontrollen an, seine Frau stimmte als Senatorin 2006 für mehr Zäune und Stacheldraht. Mittlerweile sind 21.000 bewaffnete Grenzpolizisten im Einsatz. Der liberale Schmelztiegel Kalifornien hat übrigens die stärksten Mauern. Trotzdem gehen die US-Behörden davon aus, dass nur etwa jeder zweite illegale Grenzübertritt entdeckt wird.

Donald Trump will mehr. Die Grenze soll nicht halbwegs dicht sein, sondern dicht. Es sollen nicht einige der laut PEW-Institut elf Millionen Illegalen abgeschoben werden, sondern alle (beziehungsweise an Trumps milderen Tagen einige Millionen). Die legale Einwanderung soll sinken und nur noch dann möglich sein, wenn sie sich nicht negativ auf "Arbeitsplätze, Löhne und Sicherheit des amerikanischen Volkes" auswirkt, wie es gleich im ersten Punkt von "Donald J. Trump's Vision" heißt.

All diese Positionen erfreuen sich auch in Europa wachsender Beliebtheit. Grenzen dicht, illegal Aufhältige und abgelehnte Asylbewerber abschieben, kriminelle sowieso. Nur noch einwandern lassen, wer nützlich und nett ist, Flüchtlinge nur zeitlich befristet zu- und nicht dauerhaft einwandern lassen. Dieser Forderungskatalog findet sich bei allen rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa, von FPÖ, SVP und UKIP über den Front National bis zur AfD. Wie Trump servieren auch sie diese Inhalte teilweise mit fremdenfeindlichen Beilagen.

Europäische Parallelen Trumps wichtigste Pläne zur Migrationspolitik sind die Grenzsicherung, die Rückführung illegaler und die präzisere Auswahl legaler Zuwanderer....

Doch auch die etablierten konservativen Parteien bewegen sich zumindest rhetorisch deutlich in Richtung einer strikten Einwanderungspolitik. Nicht nur die CSU, sondern auch CDU-Innenpolitiker reden regelmäßig vom "Beenden der illegalen Migration". Was zwar besser klingt als "Grenzen dicht" und nicht auf eine "beautiful wall" (Trump) an der deutschen Grenze hinausläuft, aber nichts anderes bedeutet, als das stabile EU-Außengrenzen nahezu verhindern sollen, dass nichteuropäische Ausländer in die Bundesrepublik kommen, denen man das vorher nicht erlaubt hat. Österreich, Ungarn und Schweden etwa, halten auch die nationale Grenzschiebung für geboten, sollte es keinen besseren Schutz der EU-Außengrenzen geben.

Speziell soll aber die Zuwanderung über die bewusst herbeigeführte Seenot nicht nur in der Ägäis, sondern perspektivisch auch im Mittelmeer über das Zurückschleppen in sichere Länder oder Zonen Afrikas beendet werden. Im Gegenzug sollen dann deutlich mehr besonders Schutzbedürftige gezielt ausgesucht werden und aus den Flüchtlingslagern in den Krisenregionen eingeflogen werden, was einem Paradigmenwechsel der deutschen und europäischen Migrationspolitik gleichkäme. Seit Jahrzehnten nehmen die meisten europäischen Staaten gar keine und Deutschland verschwindend wenige dieser sogenannten Resettlement-Flüchtlinge auf, sondern warten ab, wer es schafft, sich unerlaubt bis ins eigene Land durchzuschlagen, und prüfen dann, ob es sich um einen Flüchtling handelt. Das ist ungefähr bei jedem zweiten der Fall.

Auch im zweiten wichtigen Punkt der Trumpschen Migrationspolitik - so vage sie auch bisher skizziert ist - der Abschiebung, gibt es Parallelen. Im US-Kontext handelt es sich dabei nur selten um abgelehnte Asylbewerber, sondern um die elf Millionen Menschen ohne Papiere. Von ihnen dürfen die Behörden offiziell nichts wissen, ihnen wird weder staatliche Unterstützung noch eine legale Arbeitserlaubnis zuteil, trotzdem werden sie als billige und anspruchsarme Schwarzarbeiter indirekt geduldet, bekommen eine geringe Gesundheitsversorgung und dürfen ihre Kinder zur Schule schicken.

Trump will nun "jeden, der die Grenze illegal übertritt, festhalten bis er aus dem Land gebracht wird", wie er in seinem "Plan to put America first" ankündigt. Wer kriminell wird, soll "von Tag eins der Präsidentschaft" abgeschoben werden, zudem will er diverse Amnestieregelungen für Illegale beseitigen. Trump bezeichnete Angela Merkels Migrationspolitik zwar als "Katastrophe" und warnte vor der Stimmabgabe für Clinton, weil diese im Falle eines Wahlsieges wie Merkel agieren würde, doch mit einem Satz der Bundeskanzlerin dürfte Trump sich wohl anfreunden: "Für die nächsten Monate ist das Wichtigste Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung", wurde die Kanzlerin von Teilnehmern einer Fraktionsklausur zitiert.

War das Thema Abschiebung vor der Flüchtlingskrise eine von Politikern fast verschwiegene Handlung, die der Staat nur ab und an mal vornahm, hat sich das fundamental gewandelt. Unionspolitiker suchen nun nach Lösungen, wesentlich mehr abgelehnte Asylbewerber auch tatsächlich zurückzubringen. Auch in der SPD sieht man die Notwendigkeit, sogar von Spitzengründern wurden große Misstände bei der Abschiebung von nicht schutzbedürftigen Nordafrikanern beklagt.

Der dritte große Punkt der Trumpschen Migrationspolitik, die präzisere Auswahl legaler Zuwanderer, hat in Deutschland, England und Frankreich schon längst die Mitte erobert, zuletzt hat auch die SPD in ihrem jüngsten Vorschlag für ein Einwanderungsgesetz das kanadische Punktesystem affirmiert. Allerdings kommen in Europa die meisten legalen Zuwanderer über den Familiennachzug und als EU-Bürger, sie können genausowenig ausgewählt oder abgewiesen werden, wie Asylsuchende. Deswegen ist in der EU nur ein relativ kleiner Teil der Einwanderung nach Kriterien steuerbar.

Trump will allerdings nicht nur legale Einwanderer nach ihren "Erfolgchancen in den USA auswählen" und "Einwanderungswillige prüfen, ob sie die Amerikaner und ihre Werte lieben" sondern auch für Flüchtlinge "die Zuwanderung aus Regionen, die Terror exportieren und in denen eine umfassende Sicherheitsprüfung der einwanderungswilligen nicht gewährleistet werden kann, zeitweise aussetzen". Letzteres war die zurückgestutzte Version seiner Ankündigung, keine Muslime mehr ins Land zu lassen. Flüchtlinge wegen mangelnder Assimilationsfähigkeit ablehnen, das wollen wie Donald Trump bisher in Europa nur die Rechtspopulisten.

Europäische Parallelen Trumps wichtigste Pläne zur Migrationspolitik sind die Grenzsicherung, die Rückführung illegaler und die präzisere Auswahl legaler Zuwand....

Graphic

AFP/Getty Images/Getty Images

Die US-Grenze nach Mexiko in Nogales, Arizona

Getty Images

Load-Date: November 11, 2016

End of Document

Städtebund wünscht sich Flüchtlinge als Polizisten; In der öffentlichen Verwaltung sollten zur besseren Konfliktlösung generell mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten. Union mahnt "klares Bekenntnis zu unserer Rechtsordnung" an

Die Welt

Montag 4. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 154

Length: 530 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Thorsten Mumme

Body

Der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg, hat sich dafür ausgesprochen, mehr **Migranten** im öffentlichen Dienst anzustellen: "Mittelfristig müssen wir versuchen, den Anteil von Personen mit **Migrationshintergrund** in der öffentlichen Verwaltung deutlich zu erhöhen", sagte Landsberg im Interview der "Welt".

Ein Flüchtlingsmanager "mit eigener Fluchterfahrung" sei für eine solche Aufgabe besonders gut geeignet, sagte Landsberg. Dies gelte auch für den Polizeidienst: "Auch ein Polizist mit Migrationshintergrund hat es möglicherweise bei Konflikten zwischen Flüchtlingen leichter, diese Konflikte zu lösen."

Die Unionsfraktion im Bundestag äußerte Bedenken bezüglich Landsbergs Vorstoß. "Natürlich soll die Polizei ein Spiegelbild der Gesellschaft sein", sagte der Großstadtbeauftragte der Union, Kai Wegner (CDU), der "Welt". Polizeikräfte mit Migrationserfahrung und interkulturellen Kompetenzen seien zwar wünschenswert. "Klar muss aber sein, dass an den Einstellungsvoraussetzungen und Leistungsstandards keine Abstriche gemacht werden dürfen, um die hohe Qualität der Polizeiarbeit zu sichern", warnte Wegner. "Staatsbürgerschaft, sicheres Beherrschen der deutschen Sprache und ein klares Bekenntnis zu unserer Rechtsordnung sind dabei die Voraussetzungen." Die Polizei sei Garantin der inneren Sicherheit und nehme "besonders sensible hoheitliche Aufgaben war", sagte der Christdemokrat. "Da ist kein Platz für Schnellschüsse oder Experimente."

Städtebund wünscht sich Flüchtlinge als Polizisten In der öffentlichen Verwaltung sollten zur besseren Konfliktlösung generell mehr Menschen mit Migrationshintergrund....

Was die Kosten der Flüchtlingskrise angeht, forderte Städtebund-Geschäftsführer Landsberg mit Blick auf das nächste Treffen zwischen Bund und Ländern einen Kompromiss. "Beim nächsten Treffen am 8. Juli muss es endlich eine Lösung geben", so Landsberg. Aus Sicht der Kommunen belaufen sich die Integrationskosten pro Jahr auf 20 Milliarden Euro. Die Kostenübernahme des Bundes von 2,6 Milliarden Euro für Unterkünfte erwerbsloser Asylbewerber bis 2018 lobte der Verwaltungsjurist als richtiges Zeichen. "Für uns Kommunen zählt, dass das Geld auch bei uns ankommt", mahnte er aber.

Weiter pochte Landsberg auf mehr Wohnungsneubau. "Wir brauchen 2016 und in den folgenden Jahren rund 400.000 Wohnungen", so der DStGB-Geschäftsführer. "Das schaffen wir nur, wenn wir die bisherigen bürokratischen Hürden weiter absenken." Das Bauen dürfe nicht mehr als 1500 Euro pro Quadratmeter kosten. "Wir müssen noch viel mehr scheinbar unverrückbare Standards absenken", forderte er. Als Beispiel nannte er die Energieeinsparverordnung.

Auch im Bildungssektor sind laut Landsberg Investitionen nötig. "Wir rechnen durch die hohe Flüchtlingszahl mit 300.000 zusätzlichen Schulkindern und rund 100.000 zusätzlichen Kitakindern", so Landsberg. Dadurch seien alle Prognosen der vergangenen Jahre hinfällig. "Wir brauchen mehr Gebäude, mehr Personal und mehr Busse und Bahnen für den Schulweg." Zudem sieht Landsberg in der Ausbildung für Flüchtlinge "riesige Chancen". Die deutsche Wirtschaft müsse jetzt schon an den Wiederaufbau in Syrien denken: "Wenn wir schlau sind, werden das unsere Flüchtlinge sein, die wir ausgebildet haben und die dann für deutsche Firmen dort arbeiten."Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 4, 2016

**Flüchtlinge; Hessen: Zuwanderer üben Kritik an Unterbringung ++
Thüringen: SPD-Chef gegen Schulpflicht für Kinder ++ Brandenburg:
Verdacht in Nauen auf Brandanschlag bestätigt ++ Libyen: Mehrere Dutzend
Tote auf Schiff gefunden**

Die Welt

Donnerstag 27. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 199

Length: 640 words

Body

Hessen

Zuwanderer üben Kritik an Unterbringung

Flüchtlinge in der Zeltunterkunft in Wetzlar haben ihrem Unmut über ihre Situation Luft gemacht. Bewohner demonstrierten Medienberichten zufolge vor dem Zeltendorf, in dem mehrere Hundert Menschen leben. Daraufhin trafen sich Vertreter des zuständigen Regierungspräsidiums Gießen mit den **Asylsuchenden**. Die **Flüchtlinge** kritisieren nach Angaben eines Helfers unter anderem, dass es zu wenige Toiletten gebe. Die Menschen wollten zudem wissen, wann sie endlich auf die Kommunen verteilt würden oder wann sie - freiwillig - ausreisen könnten. Sie lebten bereits seit Wochen in dem Camp, das eines der Notunterkünfte von Hessens Erstaufnahmestelle für **Flüchtlinge** ist. Im Gespräch mit den **Flüchtlingsvertretern** habe man die Hintergründe für die Situation erläutert, berichtete eine Sprecherin des Regierungspräsidiums: Weil es Fälle von Hepatitis A gab, musste demnach sichergestellt werden, dass die Menschen immun gegen die Infektionskrankheit sind.

Thüringen

SPD-Chef gegen Schulpflicht für Kinder

Der Thüringer SPD-Chef und Oberbürgermeister von Erfurt, Andreas Bausewein, hat die generelle Schulpflicht für Flüchtlingskinder infrage gestellt. Für Kinder, über deren Asylantrag noch nicht entschieden sei, meist aus sicheren Herkunftsländern, müsse die gesetzliche Schulpflicht im laufenden Verfahren ausgesetzt werden, schreibt Bausewein an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke). Die Anzahl der schulpflichtigen Kinder ohne Aufenthaltsstatus sei sehr hoch und die Kapazitäten der Schulen seien ausgereizt. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel erteilte dem Vorschlag seines Parteikollegen eine klare Absage. "Der Vorschlag ist absolut falsch und hat deshalb auch keine Chance auf Realisierung. Bildung ist Kinderrecht." Der Vorschlag sei

Flüchtlinge Hessen : Zuwanderer üben Kritik an Unterbringung ++ Thüringen : SPD-Chef gegen Schulpflicht für Kinder ++ Brandenburg: Verdacht in Nauen auf Brandan....

aber Ausdruck der Überforderung der Städte und Gemeinden. Daher müsse es bei dem angekündigten Flüchtlingstreffen von Bund und Ländern im September zu klaren Entlastungen der Kommunen kommen, betonte Gabriel.

Brandenburg

Verdacht in Nauen auf Brandanschlag bestätigt

Nach dem Feuer in einer geplanten Notunterkunft für Flüchtlinge im brandenburgischen Nauen hat sich der Verdacht auf vorsätzliche Brandstiftung bestätigt. "Es handelt sich um einen gezielten Anschlag", erklärte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) in Potsdam. Die Ermittler hätten Spuren von Brandbeschleunigern festgestellt. Der Einsatz eines Spürhundes habe dies bestätigt. Die Polizei stellte am Brandort weiteres Beweismaterial sicher, das den Angaben zufolge eindeutig auf Brandstiftung hinweist. In Nauen war in der Nacht zum Dienstag eine Sporthalle abgebrannt, in der in wenigen Tagen 100 Asylbewerber vorübergehend unterkommen sollten.

Libyen

Mehrere Dutzend Tote auf Schiff gefunden

Erneut sind die Leichen von Dutzenden Flüchtlingen auf einem Schiff im Mittelmeer entdeckt worden. Die etwa 50 Toten seien vor der libyschen Küste im Laderaum des Boots gefunden worden, sagte ein Sprecher der italienischen Küstenwache. Vermutlich sind die Migranten an Abgasen erstickt. Das schwedische Schiff "Poseidon" habe von Bord mehr als 430 Menschen gerettet, berichtete die Nachrichtenagentur Ansa. Das Schiff sei in Richtung Italien unterwegs gewesen. Insgesamt seien bei verschiedenen Operationen am Mittwoch etwa 2000 Flüchtlinge gerettet worden. Zwei weitere Migranten kamen dabei ums Leben. Erst vor wenigen Tagen waren im Mittelmeer etwa 50 Leichen auf einem Schiff unter Deck entdeckt worden. Auch sie waren vermutlich erstickt. Oft sind die billigeren Plätze auf den meist überladenen Flüchtlingsbooten unter Deck. Nach Schätzungen kamen in diesem Jahr auf dem Mittelmeer bereits mehr als 2300 Menschen ums Leben. Derzeit machen sich viele Migranten auf den gefährlichen Weg über das Meer, weil das Wetter ruhig ist.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 27, 2015

Bund will nicht mehr Geld für Flüchtlinge geben; Auch Grüne fordern realistische Asylzahlen

Die Welt

Dienstag 24. März 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 70

Length: 538 words

Body

Die Bundesregierung hat Forderungen von Ländern und Kommunen nach mehr Finanzhilfen für die Versorgung von **Flüchtlingen** abgeblockt. Über die für 2015 und 2016 zugesagte eine Milliarde Euro hinaus werde es keine finanzielle Unterstützung geben, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Montag in Berlin.

In den vergangenen Tagen hatten sich die Forderungen aus den Ländern nach mehr Bundeshilfen gehäuft. Einige Länder gehen davon aus, dass dieses Jahr mehr als 500.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, weit mehr als bislang prognostiziert. Im vergangenen Jahr war die Zahl der Asylanträge bereits auf mehr als 200.000 gestiegen. Die Bundesregierung geht bislang von etwas mehr als 300.000 Flüchtlingen aus. Es gebe auch keinen Anlass, diese Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu korrigieren, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Im vergangenen Jahr habe sich die Prognose als "sehr zuverlässig" erwiesen.

Die Länder hatten ihre Forderungen nach mehr Unterstützung bei der Versorgung von Flüchtlingen vor der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag in Berlin erneuert. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) schlug die Übernahme der Kosten für die Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden durch den Bund vor. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) drang auf eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen. Beide SPD-Politiker bekräftigten zudem ihre Einschätzung, dass die derzeitigen Prognosen über die zu erwartende Flüchtlingszahl in diesem Jahr nach oben korrigiert werden muss.

Die Grünen unterstützen die Forderung der Länder nach genaueren Prognosen. "Die Ministerpräsidenten haben recht, es muss zu realistischen Schätzungen kommen, damit die sich auch darauf einstellen können", sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt im ARD-"Morgenmagazin". Es müsse auch zu einer "anständigen Lastenverteilung" bei den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge kommen. "Ich finde, dass der Bund hier wirklich in die Pflicht gehört. Es kann nicht sein, dass diese Last jetzt bei den Ländern und Kommunen ist", sagte die Grünen-Politikerin.

Nach Nordrhein-Westfalen, Hessen und Brandenburg gibt es auch in Baden-Württemberg offenbar erste Bestrebungen, eigene Berechnungen über die Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge aufzustellen. Dort liegen die

Bund will nicht mehr Geld für Flüchtlinge geben Auch Grüne fordern realistische Asylzahlen

tatsächlichen Zahlen für den Januar 2015 bereits über dem errechneten durchschnittlichen monatlichen Zuwachs an Antragsstellungen.

"Für 2015 rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach der neusten Prognose mit einer Steigerung der Zahl der Erstantragsteller um circa 25 Prozent. Ich will aber nicht ausschließen, dass diese Prognose noch mal nach oben korrigiert werden muss", sagt Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD).

Auch Hamburg stellt sich auf die Seite der Kritiker. Innensenator Michael Neumann (SPD) sagte der "Welt": "Wir in Hamburg planen aus unserer Erfahrung heraus eigenständig." Er habe lieber Plätze für Asylbewerber, die leer blieben, als sich am Ende vorwerfen lassen zu müssen, unzureichend auf die Flüchtlingslage reagiert zu haben.

"Ich finde, dass der Bund hier wirklich in die Pflicht gehört" Katrin Göring-Eckardt, Grünen-Fraktionsvorsitzende

Load-Date: March 24, 2015

**Frontex vermisst Vorkehrungen gegen erneute Flüchtlingskrise;
Europäische Grenzschutzagentur sieht Schwächen bei der Sicherung auf
der Balkanroute. Vor einem Jahr leitete Mazedonien das Weiterreichen von
Migranten ein**

Die Welt

Mittwoch 15. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 138

Length: 975 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Als entscheidender Moment der **Flüchtlingskrise** wird immer wieder jene Nacht im September gehandelt. Damals entschied sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dafür, **Migranten**, die in Ungarn auf den Autobahnen marschierten und am Budapester Hauptbahnhof ausharrten, direkt nach Deutschland zu lotsen. Doch bereits zuvor trafen Politiker folgenschwere Entscheidungen.

Vor fast genau einem Jahr, also bereits Mitte Juni 2015, fiel der Startschuss für das Durchreichen von **Flüchtlingen** entlang der Balkanroute. Ein bislang nicht-veröffentlichter Bericht der europäischen Grenzschutzagentur Frontex beschreibt die Ursachen der **Flüchtlingskrise** genauer. Laut der Risikoanalyse für den Westbalkan, die der "Welt" vorliegt, kann insbesondere der 18. Juni 2015 als sehr wichtiges Datum angesehen werden. Ort des Geschehens: Mazedonien. "Es war jener Tag, an dem die Behörden in Skopje eine Gesetzesänderung beschlossen, wonach illegal Eingereiste, die einen **Asylwunsch** äußern, Dokumente erhalten, mit denen sie 72 Stunden durchs Land reisen können, um eines der Einreisezentren zu erreichen."

Dahinter stand eigentlich die Absicht, die Gefahr für die Flüchtlinge zu reduzieren - sie durften fortan Busse und Bahnen benutzen und waren nicht mehr auf kriminelle Schleuser angewiesen. Das traf auch ein - doch gleichzeitig machte sich kaum jemand auf den Weg in die Einreisezentren im Land, sondern gleich weiter Richtung Mitteleuropa. Verstärkt wurde der Andrang mit Meldungen, dass Ungarn entlang seiner Grenzen einen langen Zaun bauen würde - für die Migranten ein untrügliches Zeichen dafür, dass ihnen nicht mehr viel Zeit für die Flucht nach Mitteleuropa bleiben würde. Noch stand das Tor nach Europa für die vielen Bürgerkriegsflüchtlinge offen.

Das Durchwinken startete also an jenem 18. Juni. Frontex kommt deshalb zu dem Schluss: "Diese Maßnahme markiert den Anfang des Anschwellens der Flüchtlingszahl in der Region." Nun, ein Jahr später, stellt sich die Frage: Was hat Europa daraus gelernt? Geht es nach Frontex, dann offensichtlich nicht viel. Die europäische

Frontex vermisst Vorkehrungen gegen erneute Flüchtlingskrise Europäische Grenzschutzagentur sieht Schwächen bei der Sicherung auf der Balkanroute. Vor einem Jah....

Grenzagentur warnt davor, dass die Ursachen für die Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr nicht beseitigt wurden. "Die größten Gefahren und Schwachstellen, die sich auf die Region auswirken, haben sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren nicht verändert", heißt es in der Analyse zur Situation auf dem Westbalkan. Insbesondere fürchtet Frontex, dass es erneut zu nationalstaatlichen Alleingängen kommt.

In dem Bericht schlägt die Behörde mit Sitz in Warschau einen Maßnahmenkatalog vor. Demnach soll die Türkei weiterhin dabei unterstützt werden, den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Zudem wird empfohlen, das Land nach wie vor bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen.

Der nachhaltige Schutz der Grenzen nach Griechenland und Bulgarien solle außerdem verstärkt werden. Frontex warnt davor, noch einmal ein System des "Weiterreichens" wie 2015 zu etablieren. Zunächst war es nur Mazedonien. Aufgrund der vielen Flüchtlinge entschieden sich aber in kürze auch andere Staaten, Migranten schnell weiter in Richtung der Wunsch-Zielländer in Mitteleuropa zu transportieren. Die europäischen Staaten müssten in dieser Frage koordiniert vorgehen, fordert Frontex und pocht Frontex auch darauf, dass an den Grenzen konsequent jene Migranten zurückgewiesen werden, die nicht um Schutz bitten.

Insgesamt stellte Frontex im Jahr 2015 mehr als zwei Millionen illegale Grenzübertritte auf dem Westbalkan fest. Der Wert lag damit etwa 30 Mal so hoch wie im Vorjahreszeitraum. Die Grenzschutzagentur spricht daher von der größten Migrationskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Vor diesem Hintergrund wurden verschiedene Initiativen gestartet, die zum mittlerweile zum Absinken der Flüchtlingszahl geführt haben.

Die Analyse spricht insgesamt von einem Sommer mit "chaotischen Szenen", in denen sich Migranten einen Weg über den Balkan bahnten und zum Teil zu Fuß auf Autobahnen unterwegs waren. "Konfuse" Signale seien aus den Staaten Europas ausgesendet worden: Mancherorts habe man auf restriktive Maßnahmen gesetzt. Woanders wiederum wurden Willkommenszeichen gesetzt.

Hintergründe für den hohen Migrationsdruck waren vor allem der anhaltende Bürgerkrieg in Syrien, die Offensiven der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) sowie das Wiedererstarken der Taliban in Afghanistan. Den Ausschlag für die "frappierend" hohen Zugangszahlen schließlich gaben nach Einschätzung von Frontex das organisierte Entlangreichen der Flüchtlinge entlang der Balkanroute sowie das zeitweilige Aussetzen von nationalen und europäischen Grenzbestimmungen.

Lehrreich ist laut Grenzschutzagentur vor allem, dass auch Erwartungshalten und Gerüchte großen Einfluss gehabt hätten. "Viele angehende Migranten aus Syrien, Iran, Irak, Nordafrika oder Pakistan entschlossen sich in Massen zur Reise nach Griechenland, nachdem sie überzeugt waren, dass die westliche Balkanroute offen stand - sie also sicher waren, dass die Weiterreise schnell und günstig ist und bestimmte Mitglieder der Europäischen Union sie aufnehmen werden", heißt es im Rückblick. Solche Vorstellungen und Nachrichten wurden vor allem über Soziale Netzwerke gestreut. Dabei erwies es sich als schwer, dagegen anzugehen.

Wie unvorbereitet viele Staaten waren, zeigte sich unter anderem, als ab Mitte November eigentlich nur noch Syrer, Iraker und Afghanen durchgelassen werden sollten. Weil die Möglichkeiten für die Prüfung stark begrenzt waren, erwies sich die Einhaltung einer solchen Bestimmung als schwer. Mit der schwierigen Identitätsüberprüfung waren Sicherheitsrisiken verbunden. Frontex verweist darauf, dass mindestens zwei der Attentäter von Paris mit falschen Identitäten getarnt als Flüchtlinge über die Balkanroute nach Europa gekommen sind.

Die größten Gefahren haben sich nicht verändert Risikoanalyse Westbalkan

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 15, 2016

EU-Innenminister setzen auf Abschreckung; Irreguläre Migranten sollen schneller zurück

Die Welt

Freitag 9. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 235

Length: 273 words

Body

Die EU-Staaten wollen bis 2020 mehr als 800 Millionen Euro ausgeben, um die Rückkehr irregulärer **Migranten** in ihre Heimatländer zu beschleunigen. Das geht aus einer Erklärung zur "Zukunft der Rückkehrpolitik" hervor, die die 28 EU-Innenminister in Luxemburg verabschiedeten. "Höhere Rückkehrraten sollten als Abschreckung für irreguläre **Migration** wirken", heißt es wörtlich in dem Dokument. Zum Beschluss gehört auch, die derzeitige Rückkehrquote von 40 Prozent zu steigern.

Die Minister betonen zugleich, dass mit dem Geld auch die Reintegration der Zurückgekehrten finanziert werden sollte. Für Kritik sorgte eine Passage der Erklärung, in der der Ministerrat erwägt, Menschen mit Anspruch auf Flüchtlingsschutz in "sicheren" Aufnahmelager außerhalb der EU unterzubringen. Von einem "absoluten Tabubruch" sprach die Europaabgeordnete Ska Keller (Grüne). Durch einen solchen Schritt werde "das europäische Asylrecht ausgehebelt".

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach sich am Rande des Ministertreffens ebenfalls für schnellere Abschiebungen aus. "Wir können schutzbedürftigen Flüchtlingen nur dann Platz und Unterstützung bieten, wenn die nicht schutzbedürftigen gar nicht erst kommen oder schnell zurückgeführt werden", sagte er. Er plädierte dafür, auch den Druck auf die Herkunftsländer zu erhöhen: "Wir unterstützen den Ansatz, dass Wirtschafts- und Entwicklungspolitik verknüpft werden muss mit der Bereitschaft der Staaten, die eigenen Staatsbürger zurückzunehmen." Die britische Innenministerin Theresa May betonte: "Wir müssen hart durchgreifen gegen die, die unser Asylsystem missbrauchen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 9, 2015

Flüchtlinge: Kraft verlangt dringend Hilfe vom Bund; Zahl der Asylbewerber überfordere die Länder

Die Welt

Donnerstag 16. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 88

Length: 692 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Yousra Fakih muss weinen, während sie erzählt: "Ich lebe mit meinem Sohn seit fast sieben Monaten in einem Hotelzimmer. Ich habe keine Küche und kann nur auf einem kleinen Kocher Mahlzeiten zubereiten. Ich weiß nicht, wie lange ich hier noch bleiben muss", berichtet sie auf Englisch am Telefon. Sie muss dringend an der Gebärmutter operiert werden, aber sie kann die Betreuung für ihren 13-jährigen Sohn Hani nicht sicherstellen. "Mein Sohn sagt, ich soll nicht weinen. Aber ich verliere meine Energie", sagt die 51-Jährige. Sie hat etwa 20 Quadratmeter für sich und ihren Sohn in einem Hotel in Köln. Es ist ruhiger als in einer überfüllten Flüchtlingsunterkunft, doch für die Libanesin ist es schwer zumutbar. Vor acht Monaten kam sie nach Deutschland, so wie etwa 200.000 weitere Asylbewerber im Jahr 2014. Bevor Yousra Fakih ein Hotelzimmer zugewiesen wurde, hauste sie in Essen in einer überfüllten Flüchtlingsunterkunft, wo das Essen stets kalt war, ihr Geld gestohlen und sie bedroht wurde.

Die angemessene Unterbringung bereitet den Gemeinden große Probleme. Wegen des großen Ansturms muss jetzt alles schnell gehen. Kommunen funktionieren ehemalige Schulen, Baumärkte, Polizeiwachen um, räumen Sporthallen frei, mieten Flüchtlinge in Hotelzimmer ein und bauen neue Unterkünfte. Die Überlastung ist nicht nur auf die stetig steigende Anzahl der Asylsuchenden zurückzuführen; Deutschland ist teilweise selbst dafür verantwortlich, dass es zu dramatischen Engpässen gekommen ist.

Angesichts weiter rasant steigender Flüchtlingszahlen hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mehr Unterstützung vom Bund verlangt. Zum Abschluss des zweiten NRW-Flüchtlingsgipfels am Mittwoch in Düsseldorf forderte sie zudem eine deutlich schnellere Bearbeitung der Asylverfahren, die in drei - statt wie bisher sechs - Monaten erfolgen solle. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge häuften sich trotz personeller Aufstockung aktuell rund 200.000 unbearbeitete Asylanträge - nach 100.000 unerledigten Fällen im März 2014. Das belaste die Kommunen enorm, die am "Rande ihrer Möglichkeiten" angekommen seien. Das Land habe seit dem ersten Spitzentreffen vieles vorangebracht.

Flüchtlinge: Kraft verlangt dringend Hilfe vom Bund Zahl der Asylbewerber überfordere die Länder

Kraft verständigte sich auf einem ersten Flüchtlingsgipfel im Oktober 2014 mit Beteiligten von Kirchen, Hilfsverbänden und Landespolitik auf weitreichende Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Sie versprach 46 Millionen Euro mehr als geplant in diesem Jahr für die Unterkünfte und erhöhte Pauschalen für die Kommunen, ein dezentrales Beschwerdemanagement und Bildungsförderung. "Wir wollen die Perspektive verändern. Wir wollen aus dem Blickwinkel der Flüchtlinge die Situation ansehen", sagte Kraft damals nach dem Gipfel, der allenthalben positiv aufgenommen wurde. Innenminister Jäger sprach wenige Tage später im NRW-Landtag sogar von einem "Paradigmenwechsel". Doch auch wenn er einen raschen Neu- und Ausbau von Flüchtlingsheimen anwies: Die früheren Versäumnisse lassen sich nicht rasch aufholen. Alleine in diesem Jahr werden 300.000 bis 500.000 neue Asylbewerber in Deutschland erwartet, davon werden mindestens 60.000 nach NRW kommen.

Die Interessensgruppe Flüchtlingsrat NRW beklagte vor einigen Wochen in einer Stellungnahme an den NRW-Landtag: Die Asylbewerberzahl sei "keineswegs über Nacht" angestiegen. "Spätestens seit 2010 sind im Kontext der weltweiten Konflikt- und Krisenherde deutliche Veränderungen hinsichtlich der Flüchtlingszahlen wahrnehmbar gewesen." Die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe spricht in ihrer Stellungnahme an die Parlamentarier von einem "breiteren Nicht-Hinschauen". Allerdings ist die Diakonie froh, dass sich Politik, Landes- und Kommunalverwaltung nach dem Misshandlungsskandal um Verbesserungen bemühen. Ein zusätzliche Herausforderung sind die zunehmenden Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo, denen die Behörden kaum Erfolgchancen einräumen. Im Januar waren es nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bundesweit 3034, im Februar 6913. "Das Kosovo lag damit im Februar 2015 nunmehr vor Syrien auf Platz eins der Herkunftsländer", erklärt das NRW-Innenministerium.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 22, 2015

Flüchtlinge sitzen fest an mazedonischer Grenze; Zwischen den Balkanstaaten werden Übergänge geschlossen, nur Iraker und Syrer dürfen noch passieren. Alle anderen müssen in Griechenland bleiben. Athen droht jetzt eine humanitäre Katastrophe

Die Welt

Mittwoch 24. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 46

Length: 1191 words

Byline: Kalnoky

Boris

Body

Budapest

In der **Flüchtlingskrise** schafft Südosteuropa Fakten. Erst erschwerten Österreich, Slowenien und Serbien die Ein- und Durchreise für **Flüchtlinge**, jetzt hat Mazedonien seine Grenze zu Griechenland für alle geschlossen, die keine syrischen oder irakischen Pässe vorweisen können. Das Ergebnis: Rund 10.000 **Migranten** sitzen in Griechenland in der Falle - allein in den 24 Stunden bis Dienstagmittag kamen 5000 hinzu.

Der Beschluss Österreichs, tägliche Obergrenzen zur Aufnahme von **Asylbewerbern** einzuführen, hat eine Reihe weiterer brisanter Maßnahmen von Staaten entlang der sogenannten Balkanroute ausgelöst. Slowenien setzt zur Sicherung seiner Grenze mittlerweile die Armee ein. Am griechisch-mazedonischen Grenzübergang Idomeni kam es zu Szenen mit verzweifelten **Flüchtlingen**. Afghanen verlangten, durchgelassen zu werden, einige versuchten, über den mit ungarischer Hilfe errichteten Grenzzaun zu klettern. Die griechische Polizei begann mit der Räumung eines Grenzübergangs und steckte die Wartenden in Busse, die sie nach Athen brachten. Rund 450 Menschen sollen in Auffanglager in die griechische Hauptstadt gebracht werden.

Die aktuelle Krise hatte sich bereits Mitte Februar mit einer gemeinsamen Erklärung der sogenannten Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn angekündigt: Darin versprachen sie "humanitäre Hilfen für Griechenland", falls das Land infolge einer Schließung der mazedonischen Grenze in Not gerate. Es handle sich um einen "Plan B", betonten die Unterzeichner, falls Griechenland und die Türkei den Flüchtlingsstrom nicht begrenzen könnten. Im Gegensatz dazu steht der von Angela Merkel (CDU) favorisierte "Plan A" - die Verteilung der Menschen auf so viele europäische Länder wie möglich.

Flüchtlinge sitzen fest an mazedonischer Grenze Zwischen den Balkanstaaten werden Übergänge geschlossen, nur Iraker und Syrer dürfen noch passieren. Alle andere....

Doch während die von der Bundeskanzlerin proklamierte "europäische Lösung" in weite Ferne rückt, wird Plan B bereits umgesetzt. Gemeinsam mit den Visegrád-Staaten ist Österreich dabei die treibende Kraft. Nach dem neuen System sollen Flüchtlinge die mazedonische Grenze nur noch in begrenzter Zahl passieren dürfen. Wer durchkommt, soll vor Ort registriert und ohne Zwischenstopp an die österreichische Grenze gebracht werden. Die Wiener Regierung will dann täglich nur noch bis zu 3200 Flüchtlinge - Syrer und Iraker - nach Deutschland weiterleiten und selbst maximal 80 Asylanträge pro Tag annehmen. Die EU-Kommission hatte das Vorgehen bereits vorige Woche als illegal bezeichnet. Bundeskanzler Werner Faymann verteidigte den Kurs dagegen am Dienstag in Wien. "Wir haben eine Zahl genannt, und das steht uns politisch zu."

Am Mittwoch wollen die Balkanstaaten bei der Wiener Westbalkankonferenz über das weitere Vorgehen beraten - ohne Beteiligung Athens. Der griechische Außenminister Nikos Kotzias bezeichnete die Ausladung als "einseitigen und unfreundlichen Akt". Athens Botschafter in Wien sprach angesichts der Maßnahmen an der mazedonischen Grenze von Wortbruch: Beim EU-Gipfel in Brüssel am Wochenende sei zugesagt worden, dass die Grenze auch für Afghanen offen bleiben werde. Etwa ein Drittel der Migranten, die in Griechenland ankommen, stammt aus Afghanistan. Auch Deutschland kritisierte den Wiener "Alleingang" in der Flüchtlingskrise scharf.

Griechenland droht neben der Schuldenkrise nun auch eine Flüchtlingskatastrophe. Falls die Regierung in Athen nicht binnen drei Monaten den Grenzschutz in den Griff bekommt, könnte das Land sogar "vorübergehend" aus der Schengenzone ausgeschlossen werden.

Die Entwicklungen in der Flüchtlingskrise ließen vor allem in Griechenland eine humanitäre Katastrophe befürchten, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung des europäischen Flüchtlingskommissars Dimitris Avramopoulos und des niederländischen Migrationsministers Klaas Dijkhoff. Die EU-Regeln müssten respektiert und die Politik des "Durchwinkens" beendet werden, wobei die Regierungen zugleich die Auswirkungen auf die Nachbarländer berücksichtigen müssten. Auf dem EU-Gipfel hatten alle 28 Mitgliedsländer vereinbart, das "Durchwinken", also das unkontrollierte Weiterreisen von Flüchtlingen auf der Balkanroute, zu beenden.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) kritisierte die restriktiveren Maßnahmen in Europa und rief zu einem gemeinsamen Vorgehen auf. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) kamen in diesem Jahr bereits mehr als 100.000 Menschen in Griechenland und Italien an. Allein am Dienstagmorgen erreichten weitere 1250 Flüchtlinge per Fähre von drei griechischen Inseln Athen. "Es kommen immer mehr Schiffe", sagte der Bürgermeister der Hafenstadt Piräus, Jannis Moralis, dem Fernsehsender Mega TV. Die Hafenterminals seien bereits voll, überwiegend mit Frauen und Kindern.

Griechenlands Verteidigungsminister Panos Kammenos warf der Türkei vor, die Vereinbarung über eine Nato-Beobachtungsmission zur Überwachung der Flüchtlingsströme und Bekämpfung von Schlepperbanden in der Ägäis nicht einzuhalten. Die Türkei und Griechenland sind zwar Nato-Partner, ihre Beziehungen zueinander aber seit Jahrzehnten gespannt. Auf einem EU-Türkei-Gipfel Anfang März sollen die Fortschritte bei der Eindämmung des Migrationsstroms bewertet werden.

Während unbestritten ist, dass die neueste Entwicklung für Griechenland katastrophale Ausmaße annehmen kann, bleibt völlig unklar, ob eine Abschottung entlang der mazedonischen Grenze den übrigen Ländern Europas helfen wird. Denn auch in Ungarn spitzt sich die Flüchtlingskrise wieder zu. Im Februar überwand dort bislang 1500 Migranten die stark gesicherte Grenze. Das sind mehr als im gesamten Zeitraum von Mitte Oktober 2015, als Ungarns Grenzzaun fertig wurde, bis Ende Januar. Alleine am Wochenende nahmen Sicherheitskräfte 501 "Illegale" in Gewahrsam. Zudem versuchen erstmals größere Gruppen, auch über Rumänien nach Ungarn zu kommen.

Der Grund dafür: Schlepperbanden sind dazu übergegangen, Flüchtlinge über die grünen Grenzen von Griechenland bis nach Ungarn zu schleusen. Immer wieder wird der Stacheldraht mit Bolzenschneidern durchgeschnitten. Dabei sehen die im vergangenen Herbst verschärften Gesetze für die Beschädigung des Zauns bis zu fünf Jahre Haft vor, außerdem drei Jahre für illegalen Grenzübertritt. In der ungarischen Grenzstadt Szeged werden die Flüchtlinge seitdem in drei Gerichtssälen gleichzeitig und in Schnellverfahren abgefertigt. Meist sind es

Flüchtlinge sitzen fest an mazedonischer Grenze Zwischen den Balkanstaaten werden Übergänge geschlossen, nur Iraker und Syrer dürfen noch passieren. Alle andere....

die Schlepper, die den Zaun durchschneiden. Sie selbst müssen keine Strafe fürchten, sie bleiben ja auf der serbischen Seite der Grenze. Weil der Zaun jeden Tag neue Löcher bekommt, hat die Regierung nun rund 200.000 Euro für Reparaturen bereitgestellt und will am Mittwoch über weitere Maßnahmen beraten.

Nachdem Ministerpräsident Viktor Orbán Anfang Februar eine "Stärkung" der Grenzsicherung gefordert hat, kommen verstärkt Drohnen, Hubschrauber, Infrarotkameras und noch mehr Sicherheitskräfte zum Einsatz. Am Montag sagte er im Parlament, die Schließung der mazedonischen Grenze werde Ungarn entlasten.

Die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge ist unterdessen zurückgegangen. Seit einer Woche kommen pro Tag weniger als 900 Migranten über die Grenze, wie aus Zahlen der Bundespolizei hervorgeht.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Claudia Weidner

Load-Date: February 24, 2016

Syrische Staatsbürgerschaft wird massenhaft vorgetäuscht; Frontex-Kontrollen: Tausende Migranten geben falsche Nationalität an, um Asylchancen in Europa zu erhöhen. Das gilt allein für 40 Prozent der über Griechenland eingereisten Marokkaner

Die Welt

Freitag 24. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 146

Length: 537 words

Byline: Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

Body

Viele **Migranten**, die sich in Europa als Syrer ausgeben, kommen tatsächlich aus einem anderen Herkunftsland. Das geht aus einer vertraulichen Analyse der europäischen Grenzschutzagentur Frontex hervor, die der "Welt" vorliegt.

Demnach hat die Behörde im Jahr 2015 die Angaben von 173.042 Migranten überprüft, die sich bei ihrer Ankunft in Griechenland als syrische Staatsbürger ausgaben. Insgesamt 14,2 Prozent davon erwiesen sich als falsch. Bei mehr als der Hälfte dieser falschen Syrer handelte es sich vermutlich um Iraker, hinzu kamen Palästinenser, Marokkaner und verschiedene andere Nationalitäten. Fast 40 Prozent aller über Griechenland eingereisten Marokkaner gaben sich laut dem Bericht fälschlicherweise als Syrer aus.

Nach Angaben von Frontex hat sich dieser Trend auch 2016 fortgesetzt. In ihrer Analyse weisen die Experten darauf hin, dass nur ein geringer Anteil der mutmaßlichen Syrer gründlich kontrolliert wurde. Migranten, die die Bürgerkriegsregion als Herkunftsland angaben, wurden lediglich im Eilverfahren überprüft. Bei diesem sogenannten Screening wird zum Beispiel nach dem höchsten Berg eines Landes, der Währung oder dem vorletzten Staatspräsidenten gefragt.

Die Grenzschutzagentur weist auf mögliche Hintergründe für die vielfach falschen Angaben hin: Demnach erhalten Syrer leichter Flüchtlingsschutz in Europa, weil sie aus einer Kriegsregion kommen. Zudem war es ab Herbst 2015 nur noch Syrern, Afghanen und Irakern erlaubt, von Griechenland nach Mazedonien einzureisen. Eine Rolle spielt laut Frontex auch, dass sich kriminelle Netzwerke in der Türkei darauf spezialisiert hatten, syrische Dokumente wie zum Beispiel Ausweise, Pässe oder Geburtsurkunden zu fälschen.

Syrische Staatsbürgerschaft wird massenhaft vorgetäuscht Frontex-Kontrollen: Tausende Migranten geben falsche Nationalität an, um Asylchancen in Europazu erhöhe....

Die Frontex-Statistik gibt erstmals konkrete Anhaltspunkte dafür, dass die Vortäuschung der syrischen Staatsbürgerschaft ein Massenphänomen darstellt. Im Herbst war Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) von Grünen und Linken heftig kritisiert worden, weil er den Missbrauch auf etwa 30 Prozent beziffert hatte. Eine statistische Grundlage konnte er dafür jedoch nicht vorweisen. Sein Ministerium verwies auf Hinweise aufgrund von Frontex-Lagebewertungen sowie Berichten von Verbindungsbeamten der Bundespolizei vor Ort. Eine genaue Übersicht zur Situation in Deutschland gibt es weiterhin nicht.

Genau erfasst wird lediglich, wie viele Personen mit gefälschten Papieren einen Asylantrag stellen. In den ersten drei Monaten 2016 beanstandete das BAMF von rund 100.000 untersuchten Dokumenten 412. Das sind 0,41 Prozent. Die Zahl der beanstandeten Dokumente lässt jedoch keinen Rückschluss darauf zu, wie viele Migranten tatsächlich falsche Angaben über ihr Herkunftsland gemacht haben könnten. Insgesamt haben in den vergangenen Monaten nämlich nur etwa 30 Prozent der eingereisten Personen tatsächlich Ausweispapiere vorgelegt.

Das Asylverfahrensgesetz schreibt vor, dass "die Identität eines Ausländers, der um Asyl nachsucht, durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern" ist. Wie das Bundeskriminalamt der "Welt" mitteilte, wurden im Jahr 2015 insgesamt "461.627 erkennungsdienstliche Behandlungen" erhoben und in der europäischen Datenbank Eurodac gespeichert. Siehe Kommentar, Seiten 4 und 5

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 24, 2016

Deutschland darf nicht nach Ungarn abschieben

Die Welt

Donnerstag 1. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 282

Length: 221 words

Body

Das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg hält Abschiebungen von Asylbewerbern nach Ungarn für unzulässig. Die Richter wiesen einen Berufungsantrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zurück, dass einen Asylbewerber aus dem Kosovo gemäß dem sogenannten Dublin-Verfahren nach Ungarn überstellen wollte, wie das Obergerverwaltungsgericht mitteilte. Demnach ist das EU-Land zuständig, das der Flüchtling als erstes erreicht. Das Asylverfahren in Ungarn weise jedoch "systemische Mängel" auf, urteilten die Richter. Das Obergerverwaltungsgericht stellte in seinem Urteil fest, dass die Bedingungen in den ungarischen Asylhaftanstalten erhebliche Missstände und Mängel erkennen ließen. Der Kosovare müsse damit rechnen, dort unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden.

Außerdem sei nicht auszuschließen, dass Ungarn nach der Dublin-Regel von anderen EU-Ländern zurückgeschickte Flüchtlinge ohne inhaltliche Prüfung ihrer Asylanträge nach Serbien als sicherem Drittstaat abschiebe. Zusätzlich sei es nicht realistisch anzunehmen, dass es Deutschland innerhalb der festgelegten Sechs-Monats-Frist nach Rechtskraft eines Urteils gelinge, den Flüchtling nach Ungarn zu überstellen. Danach wäre Deutschland ohnehin auch für das Asylverfahren zuständig, befand das niedersächsische Gericht.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 1, 2016

Der Roman ist ein Fremder; Die deutschsprachige Literatur kennt schon lange eine Vielzahl von Herkunftsländern. Jetzt rücken die Geschichten von Migranten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Vorausblick auf einen Bücherfrühling im Zeichen der Flüchtlingskrise

Die Welt

Samstag 6. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; Literarische Welt; S. 1; Ausg. 31

Length: 1436 words

Byline: Richard Kämmerlings

Body

Als ob sie sich plötzlich, um jeden Preis und mit allen Mitteln Gehör verschaffen müsste. So dringt die Stimme eines **Asylbewerbers** in den Raum der Fiktion: "Sie ruhig sind und bleiben still!" und "Nix will ich hören!" Die Sachbearbeiterin kann ihm auch gar nicht mehr ins Wort fallen, mit ihren gefürchteten Hülsen wie "sicheres Herkunftsland", "Duldungsgründe" oder "Rückführung". Denn ihr Mund ist mit Packband verschlossen, sie selbst an den Bürostuhl gefesselt. Ein wütender Mann nimmt Rache an einer "gottesgleichen Figur", in deren Macht es lag, das Leben "nach eigenem Gutdünken paradiesisch oder höllisch" zu gestalten: "Immer wieder fuchtelten Sie mit ihrem spitzen Füller in der Luft herum, als würden Sie Fliegen erstechen. Und mit dem Gewicht Ihres übertrieben großen Stempels erdrückten Sie Hoffnungen."

Der deutsche Schriftsteller Abbas Khider, 1973 in Bagdad geboren, lässt seinen neuen Roman "Ohrfeige" (Hanser) mit einer Gewalttat beginnen. Sein Erzähler, der aus dem Irak stammende Karim Mensy ist am Ende. Oder eben wieder am Anfang: Sein Asylbescheid ist nach dreieinhalb Jahren Aufenthalt in Deutschland widerrufen worden. Die Amerikaner haben das Regime Saddam Husseins gestürzt, der Diktator ist auf der Flucht, und die einst aus seinem Land Geflohenen sollen nun zurückkehren. "Wir erwarten, dass Ihr auch wieder, mit dem Wissen, das Ihr jetzt bei uns bekommen habt, in Eure Heimat zurückgeht" - die jüngste Äußerung der Kanzlerin galt auch schon 2003 für die irakischen Flüchtlinge.

Karim also muss weiter fliehen, ein neuer Schlepper ist schon engagiert, sein neues Ziel heißt Finnland. Dort wird alles von vorne losgehen: die Tristesse der Flüchtlingsheime, die sprachliche Isolation, die kafkaeske Bürokratie. Und nun will er stellvertretend wenigstens Frau Schulz von der Ausländerbehörde einer bayrischen Kleinstadt dazu zwingen, ihm zuzuhören.

Der Roman ist ein Fremder Die deutschsprachige Literatur kennt schon lange eine Vielzahl von Herkunftsländern. Jetzt rücken die Geschichten von Migranten ins Ze....

Muss man uns, die Deutschen, zwingen, die Geschichten der Migranten anzuhören, ihre Romane zu lesen? Die deutschsprachige Literatur hat schon seit Langem ihre auch ausländischen Wurzeln entdeckt, Aussiedler, Zuwanderer und eben auch Flüchtlinge prägen seit Jahren immer stärker ihr Gesicht - von Bestsellerautoren wie dem aus Syrien stammenden Rafik Schami über den als Kind aus Bosnien geflüchteten Sa a Stani i bis zu den zahlreichen Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, von Olga Grjasnowa bis Katja Petrowskaja oder Dimitri Wall.

Seit mehr als dreißig Jahren gibt es für Autoren nicht deutscher Herkunft einen eigenen Literaturpreis, der ein einprägsames Genre-Schlagwort prägte: die "Chamisso-Literatur". Die Erfolgsgeschichte hatte aber auch eine Kehrseite. Wenn Maxim Biller vor zwei Jahren die "Jungen und Mädchen aus der Chamisso-Besserungsanstalt" verhöhnte und überall nur Anpassung an den deutschen Mainstream erkannte, so traf das bei aller Polemik doch einen wunden Punkt: Die Realität migrantischen Lebens in Deutschland war in all ihrer Härte und Unversöhnlichkeit zu selten Thema (obwohl selbstverständlich auch der von Biller schon damals als Ausnahme gelobte Abbas Khider ein "Chamisso-Autor" war).

Aber auch das Umgekehrte stimmt: Die Literatur mochte schon länger da sein, von einem breiten Publikum wahr- oder gar ernst genommen wurde sie kaum. In Jan Böttchers neuem Roman "Y" (Aufbau, 12. Februar) trifft ein junger Deutscher nach Jahren seine aus dem Kosovo stammende Schulhofliebe wieder und wundert sich: "Hatte er sie damals angeheimelt, ohne sich im Geringsten für ihre Herkunft zu interessieren? Wie konnte es sein, dass er von all dem, was sie ihm nun über ihre Flucht nach Deutschland erzählte, noch nie gehört hatte?"

Die Flüchtlingsgeschichten in der Belletristik dieses Frühjahrs reichen alle Jahre oder sogar Jahrzehnte zurück; sie sind keine Reaktionen auf die dramatischen Entwicklungen seit dem letzten Sommer, angesichts der Gärungszeit von Literatur könnten sie es auch gar nicht sein. Dennoch ist es irritierend, wenn in Khiders Roman noch mit D-Mark bezahlt wird, so hochaktuell erscheinen seine Erzählungen vom Alltag im Asylantenheim, von Reibereien unter den Nationalitäten, von religiöser Radikalisierung oder dem Abdriften in Kriminalität und Prostitution. Das Leben in endloser Warteschleife ist kein Patent aus dem Jahr 2015, auch wenn die Schlangen vor sogenannten Gesundheitsämtern erst jüngst zum traurigen Symbol geworden sind. Zuvor hat es nur die Öffentlichkeit kaum interessiert.

Auch Böttchers Roman nimmt seinen Ausgangspunkt Ende der Neunzigerjahre, als der Krieg im Kosovo die Migranten-Community in Deutschland bewegte und zerriss. Vor dem Hintergrund des Krieges und des anschließenden, zermürend langsamen Aufbaus eines unabhängigen, politisch wie ökonomisch halbwegs funktionierenden Landes erzählt Böttcher die Geschichte einer Liebe und einer grenzüberschreitenden Patchworkfamilie. Das ist natürlich kein autobiografisches Migrantenschicksal - Böttcher stammt aus Lüneburg - , doch findet die mehrfach gebrochene Vater-Sohn-Geschichte ihren Antrieb in den Wanderungsbewegungen der Gegenwart.

Die 1988 als Tochter iranischer Emigranten in Deutschland geborene Shida Bazayr spannt in "Nachts ist es leise in Teheran" (Kiepenheuer & Witsch, 18. Februar) ein weites historisches Panorama auf und erzählt in vier großen Zeitschnitten eine Familiengeschichte. Noch eine Auswanderungswelle, die schon mehr als eine Generation zurückliegt und gerade deswegen als Spiegel auch die Gegenwart erhellen kann. Wie die hochpolitisierten Exilperser von den merkwürdigen Problemen deutscher Linksalternativer mit ihren Frauengruppen und Atomkraftängsten irritiert sind, das erinnert durchaus an den Einbruch der Realität von Krieg und Verfolgung in die Neubürgerlichen Biomarktwelten unserer Tage. Auch Bazayr erzählt von einer Rückkehr: Die Kinder der Flüchtlinge begegnen einem Teheran, das für sie keine Heimat mehr sein kann. Migration erzeugt eben auch eine neue Fremdheit, vor allem für die nachfolgende Generation.

Erzählerisch am konsequentesten setzt Senthuran Varatharajah die Ortlosigkeit oder besser: die Vielortigkeit des Homo migrans um. Sein Roman "Von der Zunahme der Zeichen" (S. Fischer, 10. März) besteht aus einem Facebookdialog zwischen einem (wie der Autor) aus Sri Lanka stammenden Studenten und einer Kommilitonin mit kosovarischem Hintergrund. Schon beim Kennenlernen wechseln die Orte und Zeiten ständig hin und her: die Virtualität des Netzwerks hebt die migrantische Erfahrung auf eine anthropologische Ebene. Umso intensiver

Der Roman ist ein Fremder Die deutschsprachige Literatur kennt schon lange eine Vielzahl von Herkunftsländern. Jetzt rücken die Geschichten von Migranten ins Ze....

beschwören die beiden Partner dieses zeitgenössischen Briefromans die Topografie der Erinnerung. Der sperrige Titel bezieht sich nur vordergründig auf die Zeit vor der Flucht - die immer deutlicher werdende Bedrohung gegen die tamilische Minderheit in Sri Lanka. Die "Zunahme der Zeichen" signalisiert auch den sprachphilosophischen Anspruch des Romans. Denn er will keine Wiedergabe eines realistischen Gesprächs zweier Flüchtlingskinder sein, sondern ein hochartifiziemer Diskurs über Migration als Bedingung des Schreibens.

Die Studentin besucht einmal ein Seminar: "Biografie des Asyls - das Asyl der Biografie". Die eigene Lebensgeschichte ist ein Zufluchtsort, den der Erzähler sich selbst erschafft. Was auf den ersten Blick überintellektualisiert und spröde klingt, transportiert doch nicht weniger an konkreter Migrationserfahrung als die wütende Anklage eines Khider. Auch Varatharajah erzählt von Gewalt und Hilflosigkeit, von Erniedrigung und Diskriminierung - und sei es die Erinnerung an die sogenannten hautfarbenen Buntstifte seiner Betreuerinnen.

Die Erzählung der Herkunftsgeschichte ist selbst ein Ankommen, an einem neuen Ort, in einer neuen Sprache. Der Roman ist Integration, gerade indem er auf Individualität besteht. Jede dieser Geschichten ist besonders, und es liegt eine Gefahr darin, pauschalisierend "Flüchtlings-", oder Migranten- oder Chamisso-Autoren als Subspezies der Gegenwartsliteratur auszurufen. Jenseits der Phrase, dass Migration heute die Norm sei, und wir alle irgendwie "Flüchtlinge" sind, und die selbst wieder die Differenzen nivelliert. Die Geschichten dieses Frühjahrs zeigen auch: Herkunft ist ein Stoff, der nicht vorgibt, wie von ihm zu erzählen ist.

Die Formen gelingender Integration sind höchst unterschiedlich, im Alltag und auch in Kunst und Literatur. Jeder bedeutende Roman ist zunächst ein Fremder. Er bietet dem Leser die Chance, sich in seiner Fremde zu Hause zu fühlen, früher oder später. Literatur ist eine Einladung zum Verstehen. Sie anzunehmen war selten wichtiger als heute.

Herkunft ist ein Stoff, der nicht vorgibt, wie von ihm zu erzählen ist

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Joachim Gern

Shida Bazayr 1988 als Tochter iranischer Einwanderer in Hermeskeil geboren

Peter-Andreas Hassiepen

Abbas Khider 1973 in Bagdad geboren

Heike Steinweg

Senthuran Varatharajah 1984 in Jaffna auf Sri Lanka geboren

© Joachim Gern

Peter-Andreas Hassiepen

Heike Steinweg

Load-Date: February 6, 2016

Der Roman ist ein Fremder Die deutschsprachige Literatur kennt schon lange eine Vielzahl von Herkunftsländern. Jetzt rücken die Geschichten von Migranten ins Ze....

End of Document

Entscheidung über Asyl in 48 Stunden?; Das für Flüchtlinge zuständige BAMF will in diesem Jahr eine Million Anträge schaffen - mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr

Die Welt

Samstag 6. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 31

Length: 1279 words

Byline: Stefan Von Borstel

Marcel Leubecher

Body

Was hat sich Frank-Jürgen Weise nicht alles anhören müssen. Seine Leute im Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** könnten doch Nachtschichten einlegen, um den Berg von mehr als 300.000 liegengebliebenen **Asylanträgen** abzuarbeiten, hatten ihn Landesminister nahelegt. "Unprofessionell" sind solche Vorschläge, findet der Chef der Bundesagentur für Arbeit, der im September als "Trouble-Shooter" der Kanzlerin die Leitung des BAMF übernahm, um die in der **Asylkrise** heillos überforderte Behörde auf Vordermann zu bringen. Denn ob er 20 Leute in einer oder in zwei Schichten arbeiten lässt - mehr Personal hat er dadurch nicht. Für solche Empfehlungen bedanke er sich, meint Weise trocken. An diesem Freitag legte der Krisenmanager der **Migrationsbehörde** nun vor der Hauptstadtresse in Berlin seine vorläufige Bilanz für 2015 und sein Programm für 2016 vor.

Der Erwartungsdruck ist hoch. Mehr Tempo beim Umbau des BAMF verlangte die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer. Wenn sie die Zahlen nüchtern betrachte, stelle sie fest, "dass die Situation besser werden muss". "Das Nadelöhr BAMF muss zu einem großen Entscheidungstor werden", hatte auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich gefordert. "Jetzt muss geliefert werden." Und Weise liefert. Der neue BAMF-Chef lässt die Zahlen für sich sprechen: 280.000 Anträge auf Asyl habe seine Behörde im Jahr 2015 beschieden, davon allein 110.000 im vierten Quartal - sprich, nach Weises Amtsantritt. Im Januar 2015 entschied die Behörde 600 Fälle am Tag, im Dezember sind es schon 2000. Weise peilt 6000 Entscheidungen am Tag an - nur so kann das BAMF überhaupt das Ziel schaffen, mehr als eine Million Fälle in diesem Jahr zu bearbeiten. 2015 wurden 480.000 Anträge gestellt.

Freilich ist noch nicht alles gut. 370.000 Anträge sind gestellt, weitere 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge seien schätzungsweise noch nicht registriert oder haben noch keinen Antrag gestellt - oder stellen können, weil das BAMF so überlastet ist. Wie viele es genau sind, weiß keiner, Flüchtlinge könnten von BAMF, Polizei oder

Entscheidung über Asyl in 48 Stunden? Das für Flüchtlinge zuständige BAMF will in diesem Jahr eine Million Anträge schaffen - mehr als doppelt so viele wie im V....

Landesbehörden doppelt gezählt worden sein, andere sind weitergezogen oder in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Doch wenn in diesem Jahr mehr als 500.000 Flüchtlinge hinzukommen, dann kann das die Behörde trotz Personalaufstockung nicht bewältigen, dann werden sich die Verfahren bis in das Jahr 2017 hinziehen - "für die Menschen und uns unerträglich", findet Weise, der ja angetreten ist, die Dauer eines Asylverfahrens auf drei Monate im Schnitt zu verkürzen. Als Prognose will er freilich weder die Zahl 500.000 verstanden wissen, noch seine Aussage, dass seine Behörde in diesem Jahr zwischen 1,1 bis 1,2 Millionen Anträge bewältigen kann.

Wie hat es Weise geschafft, die Asylverfahren in so kurzer Zeit zu beschleunigen? Zackig stellt Weise, Bundeswehroffizier der Reserve, seinen Schlachtplan in vier Punkten vor: Mehr Personal, mehr Computer, verbesserte Abläufe, frühzeitige Integration. Als Weise das BAMF übernahm, waren dort 2650 Mitarbeiter beschäftigt, jetzt sind es 3500, Mitte des Jahres sollen es 6300 sein, hinzu kommen noch einmal 1000 befristete und Abgeordnete Mitarbeiter von anderen Bundesbehörden. Die Zahl der Entscheider, das waren anfangs 360, soll bis Ende März auf 1700 steigen.

Vor allem aber wurde der Ablauf des Asylverfahrens neu konzipiert, das sich bislang über Monate, manchmal auch länger als ein Jahr hinziehen kann. Das neue Verfahren wurde an drei Modellstandorten getestet. Künftig soll es 20 solcher Aufnahmezentren geben, mindestens eins in jedem Bundesland. Auf diese Aufnahmezentren werden die Flüchtlinge verteilt, dort werden sie registriert und erkennungsdienstlich behandelt, hier stellen sie ihren Asylantrag, der dann binnen 48 Stunden entschieden wird. Komplexere Fälle werden in eine Aufnahmeeinrichtung des Landes weitergeleitet, bisher gibt es diese Einrichtungen im Saarland (Lebach), in Niedersachsen (Bad Fallingb., Bad Fallingb.), Baden-Württemberg (Heidelberg) und Sachsen (Dresden). Auf diese hatten sich die Parteichefs der großen Koalition als Kompromiss im Streit um die vor allem von der CSU geforderten Transitzone verständigt.

Auch die spätere Integration der Flüchtlinge wird hier schon vorbereitet. Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive sollen einen Kurzlebenslauf ausfüllen. Dieser dient dann später als Erstgespräch mit dem Kundenberater des Jobcenters. Denn je schneller Weises BAMF die Anträge der Asylbewerber entscheidet - desto eher werden sie in Weises Jobcentern zur Arbeitssuche aufschlagen. "Das Thema wandert auf die Bundesagentur zu", sagt der doppelte Behördenchef. Das BAMF selbst will 430.000 Asylsuchenden einen Platz im Integrationskurs anbieten - das sind mehr als doppelt so viele wie 2015.

Ob die Pläne gelingen hängt nicht nur vom Ausbau der Behörde ab, sondern vor allem von der weiteren Entwicklung der Zuwanderung. Die Januarzahlen lassen nicht darauf schließen, dass im laufenden Jahr weniger als 500.000 Asilmigranten einreisen. Mit 52.000 wurden mehr als doppelt so viele Asylanträge gestellt als im Vergleichszeitraum des Rekordjahres 2015. Im Easy-System der Länder - das bei aller Fehleranfälligkeit die tatsächliche Flüchtlingszuwanderung besser abbildet, als die Zahl der Asylanträge, die mittlerweile oft erst Monate nach der Einreise gestellt werden - wurden 92.000 Zugänge registriert. Wer jetzt anfängt die Januarzahlen hochzurechnen, sollte beachten, dass in den vergangenen Jahren der Zuzug in der zweiten Jahreshälfte deutlich anstieg.

Einer wachsenden Problemgruppe will sich das BAMF besonders widmen: Die Asylverfahren von Marokkanern, Algeriern und Tunesiern werden beschleunigt, da auch sie, wie Migranten vom Westbalkan, kaum Aussicht auf ein Bleiberecht haben. Alle derzeit anhängigen Asylverfahren sollen bis zum 10. März entschieden sein. Bei straffälligen Flüchtlingen aus diesen Ländern soll ihr Fall binnen 48 Stunden bearbeitet werden. Marokko und Algerien lagen im Januar auf Platz fünf und sechs der Herkunftsländer, aus denen die meisten neuen Flüchtlinge registriert wurden. Mit insgesamt rund 3200 Flüchtlingen kamen sie auf 3,5 Prozent der Neuankömmlinge. Tunesien rangierte mit 170 Ankömmlingen auf Platz 30.

Gleichzeitig mit dem Asylpaket II hatte die Regierung am Mittwoch beschlossen, die drei Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen, um Asylanträge von dort schneller ablehnen zu können. Obwohl nur einer von 100 Antragsstellern aus diesen Staaten als Flüchtling anerkannt wird, bleiben die meisten im Land, weil die drei Staaten bis auf Ausnahmen die Rücknahme ihrer Staatsbürger verweigern - obwohl es mit Marokko und Algerien bereits Rückführungsabkommen gibt.

Entscheidung über Asyl in 48 Stunden? Das für Flüchtlinge zuständige BAMF will in diesem Jahr eine Million Anträge schaffen - mehr als doppelt so viele wie im V....

Das Asylpaket II hatte sich wegen Streitigkeiten in der großen Koalition um drei Monate verzögert - vor allem die letztlich doch beschlossene Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit eingeschränktem (subsidiärem) Schutz für zwei Jahre wollte die SPD zunächst nicht akzeptieren. Ob dieser Punkt so entscheidend war, erscheint fraglich, wenn man beachtet, dass von allen 49.000 im Januar abgeschlossenen Asylanträgen gerade einmal 194 Personen (0,4 Prozent) diesen subsidiären Schutz erhielten.

Doch die Stimmung in der Koalition war derart aufgeheizt, dass sich ihr auch BAMF-Chef Weise wohl nicht ganz entziehen konnte. Als sich am Freitag ein Journalist wunderte, warum er Anfang Januar bei der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth die Zahl der vermutlich noch nicht gestellten Asylanträge aus dem Vorjahr auf etwa 300.000 beziffert habe, nun aber von 300.000 bis 400.000 spricht, sagt Weise schlicht: "Um aus Wildbad Kreuth wieder heil rauszukommen, habe ich die untere Grenze genommen."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/FABRIZIO BENSCH

Frank-Jürgen Weise leitet seit September vergangenen Jahres das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das hatte damals 2650 Mitarbeiter, jetzt sind es 3500. Bis Mitte dieses Jahres soll die Zahl auf 6300 steigen

Wolfgang Kumm

Wolfgang Kumm

FABRIZIO BENSCH

Load-Date: February 6, 2016

Bundesregierung dämpft Erwartungen der Türkei; Gabriel: Land ist nicht in dem Zustand, um Mitglied der EU zu werden. CSU gegen vollständige Visa-Freiheit. Jede Menge offener Fragen nach dem Gipfeltreffen zur Flüchtlingsfrage

Die Welt

Mittwoch 9. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 58

Length: 661 words

Body

Nach dem EU-Türkei-Gipfel zur **Flüchtlingspolitik** warnen führende Politiker in Deutschland vor zu schnellen und weitreichenden Zugeständnissen an die Türkei. Ein rascher Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) ist nach Worten von SPD-Chef Sigmar Gabriel trotz der Zusammenarbeit in der **Flüchtlingsfrage** kein Thema. Man müsse sehr klar sagen, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang gebe, sagte Gabriel. "Die Europäische Union ist nicht in dem Zustand, in dem sie die Türkei aufnehmen könnte. Die Türkei ist nicht in einem Zustand, in dem sie Mitglied der Europäischen Union werden könnte." In den Beitrittsverhandlungen müssten nun die Kapitel aufgemacht werden, die sich mit Menschenrechten, Demokratie und Meinungsfreiheit befassen.

Die CSU fordert, Visa-Erleichterungen für Türken an Bedingungen zu knüpfen. "Die Visa-Befreiung lädt zu Missbrauch ein", sagte der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl der "Welt". "Voraussetzung für eine Befreiung muss deshalb die Einordnung der Türkei als sicheres Herkunftsland sein." Uhl befürchtet, dass wegen des Kurdenkonflikts nach den Syrern türkische Kurden die nächste Flüchtlingswelle in Gang setzen könnten. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer sagte der "Welt", mit der Kanzlerin über diesen Punkt "intensiv" reden zu wollen. "Die Bundeskanzlerin kennt die Haltung der CSU. Nein zum EU-Beitritt der Türkei und zu vollständiger Visa-Freiheit - Ja zu privilegierter Partnerschaft und zu Visa-Erleichterungen vor allem für die Wirtschaft." Es sei schief, wenn die Türkei ein immer stärkeres Entgegenkommen der EU fordere, sich aber gleichzeitig in Sachen Presse- und Meinungsfreiheit immer weiter von der EU entferne. Auch der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, erklärte einer Vollmitgliedschaft eine klare Absage. "Es darf keinerlei Zugeständnisse hinsichtlich einer etwaigen Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU geben." Grünen-Chefin Simone Peter sagte: "Wir unterstützen die Visa-Freiheit für türkische Staatsangehörige, aber nicht als Teil eines halbseidenen Deals zulasten der Flüchtlinge."

Die türkische Regierung hatte die Aussicht auf Vollmitgliedschaft zuletzt zu einer Voraussetzung für die Annahme einer EU-Türkei-Vereinbarung gemacht. Laut Pro Asyl wurden 2015 von 1767 Asylanträgen aus der Türkei 14,7 Prozent positiv durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschieden. "Die Einordnung als sicherer Herkunftsstaat hätte mit Sicherheit abschreckende Wirkung", hieß es von Pro Asyl.

Bundesregierung dämpft Erwartungen der Türkei Gabriel : Land ist nicht in dem Zustand, um Mitglied der EU zu werden. CSU gegen vollständige Visa-Freiheit. Jede

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten Ratspräsident Donald Tusk in der Nacht zum Dienstag beauftragt, mit der türkischen Seite bis zum nächsten Gipfeltreffen am 17. März ein Paket auszuhandeln, um die illegale Migration zu stoppen. Die Türkei hatte bei dem Treffen überraschend angeboten, alle in Griechenland ankommenden Migranten zurückzunehmen. Für jeden zurückgeführten Syrer soll ein anderer syrischer Flüchtling von der EU direkt aus der Türkei aufgenommen werden. Als Gegenleistung erwartet die Regierung in Ankara mehr Geld von der Europäischen Union, Visa-Freiheit für seine Bürger und deutlich schnellere Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union. Wenn der Vorschlag beim nächsten Gipfel beschlossen werde, sei das "der Durchbruch", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Finanzminister Wolfgang Schäuble sprach von einem "beachtlichen Erfolg" für die Kanzlerin. "Die Tage irregulärer Einwanderung sind vorüber", sagte Tusk.

Österreich beharrt unterdessen auf einer Blockade der sogenannten Balkanroute. "Wir werden keinen Millimeter abweichen von unserer Position", sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. In der Erklärung zum Abschluss des Gipfels war auch auf Druck Deutschlands ein ursprünglich geplanter Passus nicht mehr enthalten, wonach die Balkanroute geschlossen sei. Merkel sagte: "Ich bin Österreich nicht dankbar. Ich fand es nicht glücklich, dass einseitige Entscheidungen getroffen wurden."

Siehe Kommentar und Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 9, 2016

Migranten, die niemand haben will; So viele Asylsuchende wie noch nie kommen 2016 über das Mittelmeer nach Italien. Das Land ist überfordert - aber Europa hilft kaum. In der Bevölkerung wächst der Unmut. Ein Besuch im Zentrum der Krise

Die Welt

Mittwoch 23. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 275

Length: 2271 words

Byline: Manuel Bewarder

Body

Rom

Wenn Abel Goitom von seinem Leben in letzter Zeit erzählt, fällt ihm wenig Gutes ein. "Wenigstens habe ich es versucht", sagt der Eritreer. So glücklich wie viele andere junge Menschen, die durch die hektische Metropole Rom ziehen, sei er aber nicht. Der 24-jährige Goitom ist einer von vielen **Migranten** in Italien, die das Gefühl haben, dass ihr Leben hier zum Stillstand gekommen ist. In seiner Heimat Eritrea herrscht das brutale Regime von Staatschef Issaias Afewerki. Vor drei Jahren kam Goitom mit einem Boot aus Libyen. Er zog weiter in die Niederlande, dort kannte er andere Eritreer.

Doch die europäischen Regeln sehen vor, dass man in jenem EU-Land seinen **Asylantrag** stellen muss, wo man ankommt. Wie bei vielen anderen war das bei ihm Italien. Und weil man dort seine Fingerabdrücke gespeichert hatte, setzten ihn die Niederländer in ein Flugzeug nach Rom. Dort lebt Goitom nun in einem großen ehemaligen Bürogebäude im Zentrum von Italiens Hauptstadt, ein paar Straßen entfernt vom Hauptbahnhof. Hunderte Menschen, vor allem Ostafrikaner, haben das Haus besetzt. Dutzende Kinderwagen stehen drinnen vor den Aufzügen. Auf einem Tisch liegt Kinderkleidung zum Tauschen.

Auch die Polizei kommt immer wieder hierher; sie sucht Schleuser oder Kleinkriminelle. Draußen am Haus hängt ein großes Plakat: "Wir sind Flüchtlinge, keine Terroristen." Goitom wartet hier auf sein Asylverfahren. Die Chance, bleiben zu dürfen, ist für Eritreer ganz gut. Doch Goitom sieht im Süden Europas keine Perspektive: "Hier gibt es keine Arbeit und damit kein Leben für mich. In Italien habe ich keine Zukunft."

Immer mehr Migranten stranden in Italien. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen warnt in einem Bericht, dass die Zahl der illegalen Migranten, die irgendwo im Land hausen, schon bald stark ansteigen könnte. Aus Afrika haben zuletzt so viele wie noch nie die Überfahrt gewagt. Internationale Organisationen haben im Oktober mehr als

Migranten, die niemand haben will So viele Asylsuchende wie noch nie kommen 2016 über das Mittelmeer nach Italien. Das Land ist überfordert - aber Europa hilft

27.000 gerettete Menschen gezählt. Das ist im Vergleich zum Vorjahr das Dreifache. Im November 2016 bleibt die Zahl auf Rekordniveau. Im ganzen Jahr werden es wohl rund 180.000 Menschen sein. Über das zentrale Mittelmeer kommen aktuell somit zehnmal so viele Migranten nach Europa wie über die Ägäis. Der Krisenherd liegt nun nicht mehr in Griechenland, sondern zwischen Libyen und Italien.

Gleichzeitig aber verlassen viel weniger Migranten als früher das Land nach Norden. Zum einen werden die Grenzen dort strenger kontrolliert. Zum anderen registriert Italien heute mehr als 90 Prozent der Ankommenden - und drückt ihnen nicht mehr wie früher 500 Euro in die Hand, damit sie schnell weiter über die Alpen ziehen. Im Ergebnis muss Italien also viel mehr Menschen unterbringen, versorgen und integrieren als früher. Doch das schafft das Land bislang nicht.

Deshalb ist der Streit in Europa groß: Die nördlichen Nachbarstaaten und auch Deutschland fordern von Rom zum Beispiel ein noch härteres Durchgreifen. Sie finden, dass Italien noch immer zu wenig unternimmt, um das Weiterreisen von Migranten zu stoppen. Italiens Regierung wiederum fühlt sich im Stich gelassen, weil fast niemand in Europa sein Versprechen hält und dem Land Flüchtlinge abnimmt. Und während man in Europa weiterhin vor allem mit dem Finger aufeinander zeigt, wenn es um Verantwortung geht, nimmt das Sterben im Mittelmeer kein Ende. Der Tod von mehr als 4600 Menschen allein in 2016 ist dermaßen zum Alltag geworden, dass er kaum noch zur Schlagzeile wird.

Wenn in diesen Tagen einer der vielen Herbststürme tobt, schlagen zunächst die immer heftigeren Wellen gegen die Kaimauern im Hafen von Catania. Sie sind die Vorboten jener Rettungsschiffe, die Stunden, aber manchmal auch erst Tage später die Überlebenden in der Stadt an der Ostküste Siziliens an Land bringen. Eingehüllt in Wärmedecken, stehen jene auf dem Deck, die Glück hatten und von ihren vollgepackten Gummibooten oder schrottreifen Holzschiffen gerettet wurden. Im Fernsehen laufen die Bilder der Rettungseinsätze bereits seit Jahren: Die Videoaufnahmen zeigen, wie schnelle Rettungsschiffe an die Schlauchboote heranfahren und die Afrikaner aufnehmen.

Doch ähnlich wie bei Berichten über Terroranschlägen werden die brutalen Bilder vor der Ausstrahlung aussortiert. Zum Beispiel tote Körper, die im Wasser treiben. Leichen, die am Strand angespült wurden und bis auf Arm oder Bein bereits vom Sand überdeckt sind. Vielleicht fällt das Weggucken leichter, wenn man diese Aufnahmen nicht kennt. Pal Erik Tegen ist Kommandant der "Siem Pilot". Eigentlich versorgt das Schiff norwegische Ölplattformen in der Nordsee. In diesem Jahr aber fahren Polizisten, Beamte der Küstenwache und Mediziner damit im Frontex-Einsatz vor der Küste Italiens umher. Ihr Auftrag: Grenzschutz - und Leben retten.

Der norwegische Polizist mit kahl geschorenem Kopf sagt beim Gespräch im Hafen von Catania nicht viel über das, was in ihm vorgeht, wenn Hunderte Gerettete auf dem Schiff dicht gedrängt zusammenhocken. Oder wenn seine Mannschaft mehrere Leichen im Kühlcontainer an Bord ablegen muss. "Man weiß nie, was hier als Nächstes passiert", sagt Tegen dann aber doch über den Einsatz. "Irgendwie macht man etwas Richtiges. Wir helfen dabei, Menschen zu retten, die sonst wohl sterben müssten."

In der Rettungskette auf dem Mittelmeer sind große Schiffe wie die "Siem Pilot" oftmals aber nicht die ersten. Nur wenige Meilen vor der libyschen Küste fahren mehrere Schiffe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) umher. Sie sind meist am nächsten, wenn ein Flüchtlingsboot irgendwo auftaucht. Die NGOs holen die Menschen dann an Bord und übergeben sie meist Schiffen der Küstenwache oder von Frontex. Diese wiederum bringen sie in italienische Häfen. In der vergangenen Woche starben besonders viele Migranten auf dem Meer. Montag, Dienstag und Donnerstag kenterten Boote. Nur ein paar Dutzende Menschen überlebten. Weil aber mittlerweile um die 150 Personen auf Schlauchbooten die Überfahrt wagen, auf denen eigentlich nur Platz für 20 ist, haben wohl Hunderte nicht überlebt. Das liegt nicht nur am stürmischen Wetter, das nun immer öfter herrscht. Es hat auch damit zu tun, dass die Schlepper skrupelloser geworden sind.

Richtige Boote scheint es in Libyen kaum noch zu geben. Nach Angaben von Sicherheitsbehörden kaufen die Schleuser deshalb immer öfter Plastik oder Holz als Grundmaterial ein. Die zusammengeflückten Schlauchboote besitzen manchmal bloß eine Luftkammer und sinken nach dem ersten Leck. Aus dem Holz werden keine Schiffe

Migranten, die niemand haben will So viele Asylsuchende wie noch nie kommen 2016 über das Mittelmeer nach Italien. Das Land ist überfordert - aber Europa hilft

mehr, sondern lediglich größere Flöße gezimmert. Bislang haben die Migranten fast immer ein Satellitentelefon mitbekommen. Sobald sie zwölf Meilen von der Küste entfernt sind und internationale Gewässer erreichen, rufen sie damit die italienische Küstenwache an. Sie wiederum alarmiert das nächstgelegene Schiff - das wiederum zur Seenotrettung verpflichtet ist. Mittlerweile geben die Schlepper solche Telefone manchmal aber gar nicht mehr mit. Bis nach Italien schaffen es solche schwimmenden Wracks kaum noch. Laut der italienischen Küstenwache sind in diesem Jahr erst vier Flüchtlingsboote aus Afrika in Sizilien angekommen - nicht ein einziges davon aus Libyen.

An Land durchlaufen die Migranten eine straff organisierte Kontrollstraße mit Sicherheitscheck, medizinischer Untersuchung sowie Befragungen zu möglichen Schleusern. Dann geht es weiter in einen sogenannten Hotspot, ähnlich einem Erstaufnahmelaager. Hier können sie einen Asylantrag stellen. Hilfsorganisationen kritisieren seit Längerem, dass es in diesen Lagern zu dreckig und für viele Flüchtlinge zu gefährlich sei. Die Zahl der ankommenden Menschen übersteige die Kapazität der meisten Zentren bei Weitem. Viele verließen die Lager und versuchten, sich auf eigene Faust durchzuschlagen.

Wenn man mit Sizilianern spricht, berichten sie von einem Murren in der Bevölkerung, das lauter werde. Es gebe nicht viel zu verteilen auf der armen Insel - und jetzt seien halt noch mehr Menschen da, die ihre Arbeitskraft oder Billigwaren wie Sonnenhüte und Regenschirme anböten. Mancher ärgert sich darüber, dass den Behörden die Kosten offenbar egal seien, wenn es darum gehe, ein Flüchtlingsboot auf hoher See zu retten. Gleichzeitig erlebten die Einheimischen, wie schwer es ist, die Küstenwache in Gang zu setzen, wenn man befürchtet, dass ein Fischer oder ein Tourist auf dem Meer verloren gegangen ist. Eigentlich sollten viele der Migranten bereits über ganz Italien verteilt sein. Doch noch immer muss sich vor allem Süditalien um sie kümmern. Das wiederum ist auch für Ministerpräsident Matteo Renzi zu einem Problem geworden.

Der Sozialist buhlt in diesen Wochen in besonderer Weise um die Gunst der Menschen; in Sizilien, aber auch im Rest des Landes. Anfang Dezember lässt Renzi die Italiener über seine geplante Verfassungsreform abstimmen. Er will das politische System stabiler machen. Genau darüber redet Renzi auch bei einem Auftritt in Catania, allerdings weit entfernt vom Hafen. Die linke Hand meist in der Tasche, die rechte wahlweise zur Faust oder mit ausgestreckten Fingern, spricht Renzi vor allem über notwendige Gesundheitsreformen. Der Saal des Kongresszentrums am Rande der Stadt ist zwar voll, doch kaum jemand rührt sich während der 30-Minuten-Rede von Renzi. Sein Vortrag über politische Theorie spricht hier kaum jemanden an.

Renzi spielt in diesen Wochen allerdings über Bande. Immer wieder schießt er in Richtung Europäische Union. Denn am gleichen Tag droht Renzi vor Journalisten mit einem Veto gegen die europäischen Haushaltspläne. Italien zahle viel Geld in die EU-Kasse - er will daher nicht mit ansehen, wie andere Länder dieses Geld in die Hand nehmen und Mauern gegen Flüchtlinge und damit gegen Italien errichten. Es sind Sätze, mit denen Renzi die Italiener wohl besser hinter sich versammelt als mit Details über eine komplizierte Verfassungsreform. Es sind aber auch Sätze auf Kosten der EU, die nicht jeder in Europa gern hört. Auf jeden Fall stehen sie am nächsten Tag auf den Titelseiten der Zeitungen.

Unfälle sind solche Bemerkungen nicht. Italien wehrt sich dagegen, dass die Lösung der Migrationskrise von Europa abgeschoben wird. Im Außenministerium kann man mit Mitarbeitern sprechen, die zuspitzend fragen: Warum werden gerettete Flüchtlinge eigentlich nur nach Italien, nicht aber in einen französischen Hafen wie Marseille gebracht? Anders als Deutschland etwa hält Italien zudem nichts davon, den EU-Türkei-Deal auf Nordafrika zu übertragen, um lediglich die Ströme zu stoppen. Im Außenministerium heißt es, dass es nicht reichen wird, Migranten aus dem Mittelmeer zu retten und nach Italien zu bringen. Vielmehr müssten die Zustände in den Herkunftsländern so verbessert werden, damit vor allem die jungen Menschen ihre Heimat erst gar nicht verlassen. Fast zwei Drittel der Migranten aus Afrika hätten keine Aussicht auf Asyl in Italien oder Europa. Diese Perspektivlosigkeit müsse den Menschen vor Ort deutlich gemacht werden.

Der Mann, der einem die italienische Migrationspolitik wohl am besten erklären kann, sitzt nicht im Außenministerium, sondern arbeitet in einem Palast mitten in Rom. Mario Morcone ist Staatssekretär im Innenministerium. Vor zwei Jahren holte Renzi ihn, um endlich ein ordentliches Migrationssystem aufzubauen - eine Mammutaufgabe. Der 64-Jährige ist Chef der nationalen Einwanderungsbehörde. Wenn er im vierten Stock

Migranten, die niemand haben will So viele Asylsuchende wie noch nie kommen 2016 über das Mittelmeer nach Italien. Das Land ist überfordert - aber Europa hilft

des Ministeriums vor einer EU-Fahne sitzt und über die Flüchtlingskrise spricht, dann braucht er nicht lange, um fehlende Solidarität innerhalb der Gemeinschaft zu beklagen.

Vor einem Jahr hat die EU beschlossen, 160.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien über alle Länder aufzuteilen. Bislang wurden aber erst 7000 umgesiedelt. Zahlen eines Scheiterns. "Auch Deutschland bleibt noch weit hinter seinen Versprechungen zurück", kritisiert Morcone. Aber beschweren will er sich vor allem über Osteuropa: Die Länder dort stellten sich fast komplett quer. "Mit Solidarität hat ein solches Verhalten nichts zu tun", sagt Morcone. Er komme daher immer mehr zu dem Schluss, dass die EU-Osterweiterung ein Fehler gewesen sei.

Doch selbst innerhalb seines Landes stößt Morcone auf heftigen Widerstand. Auch in Italien sollen Migranten über die Regionen verteilt werden. Doch im wirtschaftsstarken Norden geht die rechte Partei Lega Nord dagegen auf die Barrikaden und warnt vor einer "Afrikanisierung". Morcone klingt jetzt wie die Bundeskanzlerin: Er sagt, die Flüchtlingskrise wäre keine Krise, wenn sich Europa solidarisch um die Menschen kümmern würde.

Auf eine andere Frage allerdings hat auch Morcone derzeit keine Antwort: Wie man verhindern kann, dass die Schleuser ihre Schiffe weiterhin von Libyen aus aufs Meer schicken. "Die Lage im Land ist zerfahren", analysiert Morcone vorsichtig. Der Staat sei in mehrere Teile zerfallen, verschiedene Milizen herrschten. Morcones Worte lassen nur einen Schluss zu: Europa muss eine Lösung finden. Auf Libyen aber kann es noch lange nicht setzen.

"Ich habe die Hölle gesehen", sagt Idiakhena Zaccheaus. Er lebt jetzt in einem großen Flüchtlingscamp im sizilianischen Mineo. Der 27-Jährige sagt, dass er vor dem Boko-Haram-Terror aus Nigeria geflüchtet sei. In Libyen habe er in einem riesigen Flüchtlingsgefängnis gesessen. Vor ein paar Monaten kam er schließlich mit 170 anderen auf einem Schlauchboot nach Italien. Zaccheaus sagt, er sei einfach nur froh, dass er noch lebe. Er ist einer von wenigen, die nicht mehr weiter wollen. "Es wäre schön, in Italien bleiben zu dürfen."

Die Recherche für diesen Artikel fand im Rahmen einer Reise der EU-Kommission statt, von der die Kosten übernommen wurden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

REUTERS/ANTONIO PARRINELLO; Manuel Bewarder (3)

Migranten warten im sizilianischen Hafen Catania, dass sie an Land kommen dürfen. Der norwegische Polizist Pal Erik Tegen, Staatssekretär Mario Morcone und Flüchtling Idiakhena Zaccheaus (von oben) haben ihre ganz eigene Sicht auf das Problem

Migranten warten im sizilianischen Hafen Catania, dass sie an Land kommen dürfen. Der norwegische Polizist Pal Erik Tegen, Staatssekretär Mario Morcone und Flüchtling Idiakhena Zaccheaus (von oben) haben ihre ganz eigene Sicht auf das Problem

Migranten warten im sizilianischen Hafen Catania, dass sie an Land kommen dürfen. Der norwegische Polizist Pal Erik Tegen, Staatssekretär Mario Morcone und Flüchtling Idiakhena Zaccheaus (von oben) haben ihre ganz eigene Sicht auf das Problem

ANTONIO PARRINELLO

Load-Date: November 23, 2016

Migranten, die niemand haben will So viele Asylsuchende wie noch nie kommen 2016 über das Mittelmeer nach Italien. Das Land ist überfordert - aber Europa hilft

End of Document

Abgelehnte Asylbewerber können im Land bleiben; Der Bundesrat hat das Integrationsgesetz verabschiedet. Künftig gilt: Ein Ausbildungsvertrag schützt Migranten vor der Ausweisung

Die Welt

Samstag 9. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 159

Length: 1038 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Weil die physische Ankunft auf einem Gebiet nicht zwangsläufig die gesellschaftliche, berufliche und kulturelle Ankunft bewirkt - besonders wenn viele Menschen in kurzer Zeit hinzukommen - , hilft die Bundesregierung nach: mit dem Integrationsgesetz, das der Bundesrat am Freitag absegnete. Fordern und Fördern - diese Grundsätze sollen die Integration in Deutschland fortan bestimmen.

Mit dem Gesetz vergrößert die Bundesrepublik erneut den Kreis der zu Integrierenden: von den Gastarbeitern, die man erst nachträglich als dauerhafte Einwanderer begriff, über die **Flüchtlinge**, die man zunehmend nicht mehr zurückschickte, nachdem der Fluchtgrund entfallen war, bis hin zu **Asylbewerbern** und sogar abgelehnten **Asylbewerbern** mit einem Ausbildungsplatz. Mit dem neuen Gesetz werden auch sie zu den Integrationsbedürftigen gezählt.

Der Konstanzer Asylrechtler Daniel Thym kritisierte im Gespräch mit der "Welt": "Mit dem Integrationsgesetz geben wir abgelehnten Asylbewerbern einen einklagbaren Anspruch, aufgrund einer Ausbildung in Deutschland zu bleiben." Danach dürften sie sechs Monate einen Job suchen, auch wenn sie in dieser Zeit Sozialleistungen beziehen. "Wenn sie dann einen Job finden, dann bekommen sie einen Rechtsanspruch, auch länger zu bleiben", sagte Thym. Dabei geht es wohlgerne nicht um Flüchtlinge - die einen Schutzanspruch nach dem Grundgesetz oder nach der Genfer Konvention haben. Sondern um Personen, in deren Fällen die Behörde oder gegebenenfalls schon ein Gericht festgestellt hat, dass sie eben aus Sicht des deutschen und europäischen Asylrechts sowie des Völkerrechts keine Flüchtlinge im Rechtssinn sind. Sondern abgelehnte Asylbewerber.

Der entscheidende Punkt ist die im Integrationsgesetz enthaltene Drei-plus-zwei-Regelung, die Rechtsprofessor Thym so beschreibt: "Nach der Ablehnung seines Asylantrags findet der Migrant einen Arbeitgeber, der ihm einen Ausbildungsplatz gibt." Dann bekomme er eine Duldung, also ein vorübergehendes Bleiberecht für drei Jahre. Danach erhalte er ein halbes Jahr Zeit zur Arbeitsplatzsuche, "und schließlich zwei Jahre, um den Arbeitsplatz auszuüben". Dass die Betroffenen nach den fünf Jahren ausreisen müssen, hält Thym für "relativ

Abgelehnte Asylbewerber können im Land bleiben Der Bundesrat hat das Integrationsgesetz verabschiedet.
Künftig gilt: Ein Ausbildungsvertrag schützt Migranten vo....

unwahrscheinlich". Im Ausländerrecht werde üblicherweise nach dem befristeten der dauerhafte Aufenthaltstitel erteilt. "Zuerst kommt ein Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit, dann die Niederlassungserlaubnis und acht Jahre nach Einreise die Staatsangehörigkeit", sagt Thym, der Direktor des Forschungszentrums Ausländer- und Asylrecht in Konstanz ist.

Zwar ist es nichts Neues, dass Ausländer, die eigentlich abgeschoben werden müssten, ein Aufenthaltsrecht bekommen, wenn eine Rückführung nicht umgesetzt werden kann; einfach, um die Menschen nicht über Jahrzehnte in einem unklaren Status zu belassen. Doch bisher mussten einige Jahre ins Land gehen, bevor ein abgelehnter Asylbewerber ein Bleiberecht bekommt. Jetzt kann gegebenenfalls ein Migrant, kurz nachdem er einen Ablehnungsbescheid bekommen hat, direkt wieder eine einklagbare Bleibeperspektive über einen Ausbildungsplatz erhalten.

Am Mittwoch wurde das Integrationsgesetz - bevor es am Donnerstag in den Bundestag und am Freitag in den Bundesrat ging - mit einem Änderungsantrag der Koalition in wenigen Details noch einmal geändert. So darf der Rechtsanspruch auf Duldung zum Zweck der Ausbildung nur dann erteilt werden, wenn "konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht bevorstehen". Nach Auffassung des Bundesinnenministeriums, der treibenden Kraft hinter dem Integrationsgesetz, sind damit unter anderem abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten gemeint. Laut Asylrechtler Thym bezieht sich die Formulierung auf Fälle, in denen die Behörden mitteilen, gerade eine Abschiebung vorzubereiten. Man werde sehen, "wie sich diese Formulierung in der Praxis auswirkt".

Eine weitere wichtige Änderung, die in das Gesetz einging, ermöglicht zusätzlich den einmaligen Ausbildungsplatzwechsel für Asylbewerber und für Geduldete, also abgelehnte Asylbewerber, deren Abschiebung ausgesetzt ist. Wer seine Ausbildung abbricht, bekommt nun einen Anspruch darauf, noch einmal sechs Monate einen anderen Ausbildungsplatz zu suchen. Dadurch sollen die Zuwanderer davor geschützt werden, dass ihr Betrieb sie mit einer drohenden Abschiebung unter Druck setzen kann.

Wie sich das alles mit den Aussagen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) verträgt, ist fraglich. Der sagte erst vor wenigen Tagen: "Diejenigen, die abgelehnt werden, müssen schnellstmöglich in ihre Herkunftsländer zurückgehen, damit uns die Ressourcen, die wir für die Bleibeberechtigten benötigen, in vollem Umfang zur Verfügung stehen." Nicht nur Wirtschaftswissenschaftlern leuchtet ein, dass jeder Ausbildungsplatz für einen - gegebenenfalls abgelehnten - Asylbewerber nicht mehr an einen anerkannten Flüchtling gehen kann. Wie heftig die Schwierigkeiten in diesem Bereich sind, verdeutlichte in dieser Woche eine Umfrage der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" unter den Dax-Unternehmen. Die Konzerne schufen demnach 300 zusätzliche Ausbildungsplätze für Flüchtlinge, von denen erst ein kleiner Teil besetzt ist. Zusammengefasst stellten die 30 Großunternehmen eigenen Angaben zufolge bis Anfang Juni gerade einmal 54 Flüchtlinge fest an. Davon entfielen allein 50 auf die Deutsche Post.

Neben Linker, Grünen und SPD hatten sich vor allem Wirtschaftsvertreter für den neuen Abschiebeschutz starkgemacht. Vor allem mit dem Hinweis, dass Betriebe Asylbewerbern kaum Lehrstellen anbieten würden, solange deren Verbleib in Deutschland nicht rechtlich gesichert werde. Um den Einstieg in das Arbeitsleben für Flüchtlinge zu erleichtern, erlaubt die Regierung mit dem Integrationsgesetz auch die Aussetzung der Vorrangprüfung in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit für drei Jahre; bisher musste erst umständlich geschaut werden, ob ein Inländer für die Stelle geeignet ist. Das Gesetz erlaubt nun die Anstellung von Asylbewerbern als Leiharbeiter. Auch schafft die Bundesregierung für 100.000 Schutzsuchende 80-Cent-Jobs als "niedrigschwelligen" Einstieg in die Arbeitswelt.

Wir geben abgelehnten Asylbewerbern einen einklagbaren Anspruch Daniel Thym, Asylrechtler

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 9, 2016

Abgelehnte Asylbewerber können im Land bleiben Der Bundesrat hat das Integrationsgesetz verabschiedet.
Künftig gilt: Ein Ausbildungsvertrag schützt Migranten vo....

End of Document

"Mehr Personal, mehr Geld, und zwar schnell"; Der Chef der Innenminister-Konferenz, Roger Lewentz (SPD), ist überzeugt, dass Westdeutsche weniger Probleme mit Asylbewerbern haben als Ostdeutsche. Im Kampf gegen Schleuser fordert er zusätzliche Mittel

Die Welt

Montag 31. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 202

Length: 1436 words

Byline: Karsten Kammholz

Body

Der Fund eines Schlepper-Lkw mit 71 toten **Flüchtlingen** in Österreich sorgt für Entsetzen. Der Vorsitzende der Innenminister-Konferenz Roger Lewentz (Rheinland-Pfalz, SPD) setzt auf internationale Zusammenarbeit, um "mit aller Härte" gegen das Geschäft der Schlepper vorzugehen.

Die Welt:

Herr Lewentz, Tausende **Flüchtlinge** werden täglich von Schleusern über die Balkanroute bis nach Deutschland transportiert. Eine solche Fahrt mit einem Transporter endete in Österreich in einem Drama mit 71 Toten. Hätte man das verhindern können?

Roger Lewentz:

Ich bin mir nicht sicher, ob man Dramen wie in Österreich oder im Mittelmeer grundsätzlich verhindern kann. Das geht mir sehr nah. Jetzt wird es endlich Zeit, dass die Europäische Union dieses europäische Thema nachdrücklich angeht. Brüssel ist jetzt gefordert, das Leid der **Flüchtlinge** zu begrenzen und für eine gerechte Verteilung der **Flüchtlinge** in Europa zu sorgen. Und klar ist auch: Wir müssen mit aller Härte gegen die Schlepper vorgehen.

Wie kann die Politik den Schleusern das Handwerk legen?

Es handelt sich um international agierende Banden. Deshalb brauchen wir die Hilfe von Europol und Interpol, um deren Strukturen zu zerschlagen. Wir können diese organisierte Kriminalität bekämpfen, wir müssen es nur wollen. Das heißt aber auch: Mehr Personal, mehr Geld, und zwar schnell. Spätestens das Bild der elendig erstickten Menschen in dem Transporter muss uns doch alle wachrütteln.

"Mehr Personal, mehr Geld, und zwar schnell" Der Chef der Innenminister-Konferenz, Roger Lewentz (SPD), ist überzeugt, dass Westdeutsche weniger Probleme mit As....

Österreich will seine Grenzen nun viel stärker kontrollieren. Wird Deutschland genauso reagieren?

Wir kontrollieren unsere Grenzen in Bayern und in Ostdeutschland schon intensiv. Die Bundespolizei tut eine Menge. Und wir werden weiter Grenzkontrollen durchführen. Wir brauchen aber jetzt vor allem eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf Europa. Die EU sollte sich den Königsteiner Schlüssel zum Vorbild nehmen. Nach diesem Schlüssel verteilen wir in Deutschland die Asylbewerber auf die Länder. Das System kann man übertragen. Es kann doch nicht sein, dass nur Deutschland und Schweden dieser weltweiten Flüchtlingskrise mit Offenheit begegnen.

Es gab den Vorschlag der EU-Kommission, eine Flüchtlingsquote einzuführen. Der Versuch ist gescheitert.

Wir dürfen nach einem Versuch nicht schon aufgeben. Welches Bild wird denn vermittelt, wenn beispielsweise Agrar-Subventionen aus Brüssel von allen EU-Staaten gerne angenommen werden, aber die Folgen der Flüchtlingsproblematik nur einige wenige tragen sollen. Das ist inakzeptabel. Die Bundesregierung hat starken Einfluss auf Europa. Den muss sie jetzt geltend machen.

Läuft es unabhängig davon auf stationäre Grenzkontrollen hinaus?

Es wird nicht funktionieren, unsere Polizei an die Grenzen zu stellen und niemanden mehr hineinzulassen. Dann würde Österreich die Hauptlast tragen. Aber wir werden künftig Lkw viel intensiver kontrollieren müssen. Auf deren Bewegungen an den Grenzen muss unser Augenmerk liegen. Das ist eine der Lehren aus der Katastrophe in Österreich. Es darf nicht wieder geschehen, dass Menschen eingepfercht in Transportern ohne Sonnenlicht über Tage um ihr Leben kämpfen.

Manche argumentieren anders: Je offener die Grenzen wären, desto schlechter stünden die Chancen für Schlepper, Geschäfte zu machen.

Das wäre falsch. Unsere Botschaft wäre dann: Deutschland ist offen für alle Wanderungsbewegungen, die Europa erreichen. Das schaffen wir gar nicht. Es ist jetzt schon eine enorme Kraftanstrengung, die erwarteten 800.000 Asylsuchenden bei uns aufzunehmen. Viel mehr wäre eine Überforderung. Es gibt eben auch genug Menschen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen bei uns Asyl suchen. Deswegen ist es so wichtig, die Asylverfahren gerade für die Menschen vom Westbalkan so zu beschleunigen, damit sie schnell wieder nach Hause gehen. Das Verfahren darf nicht Monate dauern.

Nun kommen die Länder aber ihrer Aufgabe, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben, oft nicht schnell genug nach. Woran liegt es?

Die Gründe sind überall die gleichen: Klageverfahren, Arztbescheinigungen über Krankheiten, Eheschließungen - es gibt so viele Möglichkeiten für Asylsuchende, den Aufenthalt in Deutschland zu verlängern.

Ist das Verfahren ineffizient? Zuerst erfolgt ja nur eine Ausreiseaufforderung. Abschiebungen sind ein Notmittel.

Wir wollen bei diesem Rechtsverständnis und dem damit verbundenen Verfahren bleiben. Was wir aber tun können, ist die Rückführungen zu beschleunigen. Ich erwarte da eine Entscheidung vom Flüchtlingsgipfel im September.

Die ungarische Regierung hat ihren Grenzzaun zu Serbien fertiggestellt. Werden damit weniger Asylbewerber nach Deutschland kommen?

Es fällt mir enorm schwer, mich mit Zäunen mitten in Europa abfinden zu sollen. Die Auswirkungen auf Deutschland wird man abwarten müssen.

Manche Ministerpräsidenten rechnen allerdings schon mit bis zu einer Million Flüchtlingen in diesem Jahr in Deutschland. Muss die Prognose womöglich noch einmal korrigiert werden?

"Mehr Personal, mehr Geld, und zwar schnell" Der Chef der Innenminister-Konferenz, Roger Lewentz (SPD), ist überzeugt, dass Westdeutsche weniger Probleme mit As....

Jetzt müssen wir erst einmal mit den neuen Zahlen des Bundes arbeiten. Das ist schon eine riesige Herausforderung, die es zu bewältigen gilt. Aber wir haben die enormen Steigerungen der letzten Monate gesehen. Gedanklich beschäftigen wir uns natürlich mit sehr hohen Zugangszahlen auch in den kommenden Monaten.

Viele ihrer Amtskollegen fragen sich daher, wie sie im Winter die wachsende Zahl der Asylbewerber unterbringen sollen. Brauchen wir neue Lösungen?

Wir hoffen, dass wir viel mehr Bundesliegenschaften als bisher nutzen können. Wir haben in Rheinland-Pfalz gerade erst die Entscheidung getroffen, weitere Bundeswehrkasernen als Erstaufnahmeeinrichtungen zu nutzen. Kasernen sind derzeit die einfachste Lösung, viele Menschen unterzubringen. Wir setzen auch auf die Hilfsbereitschaft von Bürgern, eigenen Wohnraum anzubieten. Die private Betreuung von Asylbewerbern wird wichtiger.

Wie kann der Staat solche privaten Engagements fördern?

Die Landkreise kommen durch die Zuweisungen der Länder für die Unterkunftskosten auf. Damit kann auch Miete gezahlt werden. Wer privat eine Wohnung anbietet, soll dafür eine vernünftige Miete nehmen. Das gleiche gilt für die Anbieter von Zimmern. Da müssen wir bürokratische Hürden abbauen. Ein Beispiel: Ich suche mit meiner Familie derzeit für eine meiner Töchter ein Zimmer in einer Uni-Stadt. Bei Studenten-WGs gibt es keine eigenen Brandschutzbestimmungen, bei Asylunterkünften schon. Was bei Studenten geht, muss doch auch bei Flüchtlingen gehen.

Einer beeindruckenden Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen stehen Angriffe und Fremdenhass gegenüber. Hat der Osten ein besonderes Problem?

Ja, und das deckt sich mit der Materialsammlung des Bundesrats zum NPD-Verbot, die wir am Freitag dem Bundesverfassungsgericht übergeben haben. Wir schildern darin 370 Ereignisse, die die NPD betreffen und sich überwiegend im ostdeutschen Raum abspielen. Es gibt im Osten eine größere Bereitschaft zu einer fremdenfeindlichen Radikalisierung. Im Osten leben deutlich weniger Flüchtlinge und Migranten als im Westen, und doch ist die Aggressivität dort besonders hoch. Das ist bedrückend und befremdlich.

Wie erklären Sie sich das?

Wir sind im Westen Deutschlands mit Migration groß geworden. Wir haben Migranten zumeist als Bereicherung wahrgenommen. Der Osten kannte über Jahrzehnte nicht den umfangreichen Zuzug aus anderen Kulturen. Das Zusammenleben mit Menschen mit Migrationshintergründen muss gelernt werden. Im Osten ist es offenkundig so, dass Migranten Angst und Fremdenfeindlichkeit auslösen. Und zwar in einem Ausmaß, dass wir im Westen nicht für möglich gehalten haben.

Was raten Sie Ihren Kollegen im Osten?

Für uns alle gilt: Wir müssen uns an Artikel 1 des Grundgesetzes erinnern: Die Würde des Menschen ist unantastbar. In diese Artikel gibt es noch einen klaren Auftrag an die staatlichen Institutionen. Sie sollen so handeln, dass dieser erste Satz ohne Wenn und Aber gilt. Wenn es einen Antrag auf ein Willkommensfest für Flüchtlinge gibt, dann ist das ein tolles Signal. Und dann muss der Staat alles dafür tun, dass so ein Fest stattfinden kann. Und wenn der rechte Mob vor einem Flüchtlingsheim Angst verbreitet, dann hat der Staat da hart durchzugreifen.

Wie wirkt es dann auf Sie, wenn Behörden wie in Heidenau den polizeilichen Notstand ausrufen. Fast wäre damit ein Willkommensfest für Flüchtlinge verboten worden.

Gerade bei symbolträchtigen Ereignissen wie einem Willkommensfest muss alles getan werden, damit es stattfinden kann. Dann muss man eben noch mehr Polizeikräfte organisieren. Das geht in diesem Staat, davon bin ich fest überzeugt. Wenn das bei Fußballspielen geht, geht das auch bei einem Willkommensfest. Man muss es nur wollen.

"Mehr Personal, mehr Geld, und zwar schnell" Der Chef der Innenminister-Konferenz, Roger Lewentz (SPD), ist überzeugt, dass Westdeutsche weniger Probleme mit As....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

ROBERT MICHAEL

Willkommensfest als symbolträchtiges Ereignis: Flüchtlinge feiern in Heidenau zusammen mit ihren Unterstützern

ROBERT MICHAEL

Load-Date: August 31, 2015

End of Document

Länder bekommen mehr Geld für Flüchtlinge; Zuschuss steigt auf eine Milliarde Euro. Von 2016 an beteiligt sich der Bund an den "gesamtstaatlichen Kosten". Harte Verhandlungen erwartet

Die Welt

Samstag 13. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 135

Length: 536 words

Body

Die Länder erhalten mehr Geld vom Bund für die Unterbringung und Versorgung von **Flüchtlingen**. Für das laufende Jahr werden die Hilfen auf eine Milliarde Euro verdoppelt, ab 2016 will sich der Bund dauerhaft an den Kosten beteiligen. Das ist das Ergebnis eines Treffens von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer. In dem Beschlusspapier, das nach dem Treffen veröffentlicht wurde, heißt es, Bund und Länder seien sich einig, "dass sie zur Bewältigung der großen Zahl der **Flüchtlinge** und **Asylbewerber** in einer Verantwortungsgemeinschaft stehen".

Ab 2016 will sich der Bund der Vereinbarung zufolge strukturell "an den gesamtstaatlichen Kosten, die im Zusammenhang mit der Zahl der schutzbedürftigen Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen, beteiligen". Konkrete Entscheidungen dazu sollen im Herbst fallen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, es müsse noch entschieden werden, wie die zusätzliche finanzielle Beteiligung des Bundes im Einzelnen aussehen werde, ob es Beträge "pro Kopf" seien oder eine neue Aufgabenteilung. In der kommenden Woche findet das reguläre Treffen der Regierungschefs mit der Kanzlerin statt. Dort sollen laut Beschluss ebenfalls weitere Details zur Verteilung der Finanzierung der Flüchtlingsversorgung besprochen werden. Das lässt noch harte Verhandlungen erwarten. Bisher kursieren die unterschiedlichsten Zahlen in den Ländern, was der Bund als Pauschale beisteuern sollte. 12.500 bis 14.000 Euro je Asylbewerber pro Jahr werden genannt. Das summiert sich bei 450.000 Bewerbern - vorausgesetzt, sie bleiben länger - auf Kosten für den Bund zwischen 5,6 Milliarden und 6,3 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, war innerhalb des vergangenen Jahres stark gestiegen. 2014 verzeichnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt rund 200.000 Asylanträge, davon 173.000 Erstanträge. Für das laufende Jahr rechnet die Behörde mit bis zu 400.000 Erst- und 50.000 Folgeanträgen.

In den Ländern stießen die Vereinbarungen zur Flüchtlingspolitik überwiegend auf ein positives Echo. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bezeichnete sie als "echten Fortschritt". Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) sagte, das Wesentliche und Neue sei aus seiner Sicht, "dass der Bund

Länder bekommen mehr Geld für Flüchtlinge Zuschuss steigt auf eine Milliarde Euro. Von 2016 an beteiligt sich der Bund an den "gesamtstaatlichen Kosten". Harte

zum ersten Mal anerkannt hat, sich dauerhaft an dieser Aufgabe zu beteiligen, auch durch Finanzen". Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU) sprach von einem Paradigmenwechsel. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) kritisierte: "Angesichts der Problemstellungen, die die Gemeinden und Landkreise zurzeit erledigen müssen, ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein."

Schon vor Wochen hatte der Bund zugesagt, mehr Personal einzustellen, um die Asylanträge schneller zu bearbeiten. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schiebt schon jetzt einen Berg von gut 200.000 Asylanträgen vor sich her, die noch abgearbeitet werden müssen. Asylverfahren sollen deutlich beschleunigt werden. Im vergangenen Jahr lag der Schnitt noch bei gut sieben Monaten, inzwischen sind es noch mehr als fünf Monate.

Siehe Kommentar

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 13, 2015